

2017

GESCHÄFTSBERICHT POSTBANK KONZERN

DER POSTBANK KONZERN IN ZAHLEN 2017

		01.01. – 31.12.2017	01.01. – 31.12.2016 ¹
Gewinn- und Verlustrechnung			
Gesamterträge	Mio €	3.194	3.317
Verwaltungsaufwand	Mio €	-3.030	-2.853
Ergebnis vor Steuern	Mio €	248	304
Konzerngewinn	Mio €	250	314
Bereinigtes Ergebnis vor Steuern ²	Mio €	649	466
Cost Income Ratio	%	89,9	85,9
Return on Tangible Equity			
vor Steuern	%	4,6	5,9
nach Steuern	%	4,7	6,1
Ergebnis je Aktie ³	€	1,14	1,44

		31.12.2017	31.12.2016 ¹
Bilanz			
Bilanzsumme	Mio €	145.345	147.190
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Mio €	118.699	118.918
Forderungen an Kunden	Mio €	106.997	101.996
Risikovorsorge	Mio €	997	998
Eigenkapital	Mio €	7.115	7.219
Harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) regular phased-in	%	12,9 ⁴	14,2
Harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) fully phased-in	%	11,9 ⁴	12,4
Verschuldungsquote (Leverage Ratio) regular phased-in	%	3,7 ⁴	4,1
Verschuldungsquote (Leverage Ratio) fully phased-in	%	3,3 ⁴	3,4
Mitarbeiter (auf Vollzeitkräfte umgerechnet)		17.441	18.112
Langfristrating			
Fitch		BBB+ Ausblick stabil	BBB+ Ausblick stabil

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

²Die Bereinigungen können im Konzernlagebericht im Abschnitt „Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage“ nachvollzogen werden.

³Bezogen auf 218,8 Millionen Aktien

⁴Unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Gewinns

digital & persönlich

INHALT

01

AN UNSERE STAKEHOLDER

Brief des Vorsitzenden des Vorstands	4
Gremien	6
Bericht des Aufsichtsrats	8

02

KONZERNLAGEBERICHT

Geschäfts- und Rahmenbedingungen	16
Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung	19
Nichtfinanzielle Erklärung	19
Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals	19
Mitarbeiter	19
Wichtige Ereignisse bei der Postbank im Jahr 2017	19
Wirtschaftsbericht	20
Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2017	20
Geschäftsverlauf	23
Ertragslage	24
Segmentberichterstattung	26
Vermögens- und Finanzlage	28
Chancenbericht	31
Risikobericht	33
Prognosebericht	70

03

KONZERNABSCHLUSS

Gesamtergebnisrechnung	74
Bilanz	76
Eigenkapitalveränderungsrechnung	77
Kapitalflussrechnung	78
Anhang – Notes	80
Segmentberichterstattung (Note 39)	116
Bestätigungsvermerk	153

04

WEITERE INFORMATIONEN

Konzernabschluss: Quartals- und Mehrjahresübersichten	157
Gewinn- und Verlustrechnung Quartalsübersicht	157
Zusammengefasste Gesamtergebnisrechnung – Quartalsübersicht	158
Gewinn- und Verlustrechnung Mehrjahresübersicht	159
Bilanz Mehrjahresübersicht	160
Segmentberichterstattung Mehrjahresübersicht	162
Adressen	164

Schöne Leute Damen und Herren,

auch das Jahr 2017 war für die Postbank erneut geprägt von einem schwierigen Marktumfeld mit historisch niedrigen Zinsen in einem sehr kompetitiven Wettbewerb. Umso erfreulicher ist es, dass wir auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurückblicken können, in dem wir mit der Umsetzung unserer Postbank Management Agenda gut vorangekommen sind.

So haben wir 2017 unser gesamtes Produkt- und Dienstleistungsangebot neu strukturiert, in fünf Kompetenzfelder untergliedert und den Vertrieb für unser Privatkundengeschäft neu aufgestellt. Kern dieser Überlegung war es, das Angebot noch stärker auf unsere Kunden und ihre Bedürfnisse auszurichten.

Diese Entscheidung hat 2017 bereits einen Beitrag zur guten wirtschaftlichen Entwicklung der Postbank geleistet. Das gilt sowohl für die Ertrags- als auch für die Kostenseite. So konnten wir dank der neu eingeführten Preismodelle für Privat- und Geschäftskunden rund um unser Kernprodukt Girokonto sowie aufgrund eines starken Wachstums im Wertpapiergeschäft moderat verbesserte Provisionserträge verbuchen. Zudem hat unser erneut starkes Wachstum im Kreditgeschäft bewirkt, dass wir unserem Ziel einer ausgeglichenen Kundenbilanz auch 2017 wieder ein gutes Stück näher gekommen sind und wir unsere Ertragsbasis stabilisieren konnten. Striktes Kostenmanagement hat dazu geführt, dass unser Verwaltungsaufwand ohne Aufwendungen für strategische Initiativen im Jahr 2017 gesunken ist. Wir haben so unsere wirtschaftliche Basis weiter gestärkt.

Das um wesentliche Sondereffekte bereinigte Ergebnis vor Steuern konnten wir im Vergleich zum Vorjahr um 183 Millionen Euro bzw. 39,3 Prozent auf 649 Millionen Euro verbessern und damit unsere eigene Prognose deutlich übertreffen. Durch Sondereffekte belastet, betrug das Ergebnis vor Steuern 2017 248 Millionen Euro und lag damit um 56 Millionen Euro bzw. 18,4 Prozent unter dem Vorjahreswert. Positiven Effekten aus der Geschäftsentwicklung standen im Geschäftsjahr 2017 um 225 Millionen Euro gestiegene Aufwendungen für strategische Initiativen gegenüber, die im Wesentlichen auf Maßnahmen aus der bevorstehenden Integration in den Deutsche Bank Konzern zurückgehen.

Angesichts des unveränderten Niedrigzinsniveaus legen wir ein großes Augenmerk auf ein striktes

Kostenmanagement. Hier haben wir 2017 weitere Fortschritte erzielt, was maßgeblich an verbesserter Kostendisziplin, der Anpassung von Kapazitäten und an Effizienzsteigerungen lag. Entsprechend konnten wir den Verwaltungsaufwand ohne Aufwendungen für strategische Initiativen um 41 Millionen Euro bzw. 1,5 Prozent reduzieren. Dabei sank die Anzahl der Mitarbeiter, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, von 18.112 im Jahr 2016 sozialverträglich um rund 670 auf 17.441 im Jahr 2017.

Die Risikovorsorge lag mit 99 Millionen Euro auch durch eine erfolgreiche Verwertung einer gewerblichen Immobilienfinanzierung um 85 Millionen Euro bzw. 46,2 Prozent deutlich unter dem schon sehr niedrigen Niveau des Vorjahres von 184 Millionen Euro.

Unter Berücksichtigung des Gewinns für das Geschäftsjahr 2017 betrug die CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) zum Jahresende 2017 11,9 Prozent, nachdem sie im Vorjahr bei 12,4 Prozent bzw. zum Ende des dritten Quartals 2017 bei 12,6 Prozent gelegen hatte. Belastend wirkten im Jahresverlauf erfolgsneutrale Neubewertungsverluste aus leistungsorientierten Versorgungsplänen und die damit korrespondierende Reduktion des harten Eigenkapitals. Die rückläufige Entwicklung im vierten Quartal 2017 steht im Wesentlichen im Zusammenhang mit den Aufwendungen der Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern sowie der gezahlten Gewinnabführung. Ohne die zuletzt genannten Effekte hätte die CET1-Quote (fully phased-in) bei 13,2 Prozent gelegen.

Die Leverage Ratio ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) und unter Berücksichtigung des Gewinns für das Geschäftsjahr 2016 konnten wir per 31. Dezember 2017 nahezu stabil bei 3,3 Prozent halten.

Der Return on Tangible Equity (RoTE) nach Steuern – ohne Berücksichtigung der bereinigten Sondereffekte – betrug 9,9 Prozent nach 8,3 Prozent im Vorjahr. Bereinigt man die Sondereffekte nicht, so lag der RoTE nach Steuern bei 4,7 Prozent.

Aufgrund des deutlichen Wachstums im Kundengeschäft konnten wir die Erträge, bereinigt um Sonderfaktoren wie den im Vorjahr getätigten Verkauf der Anteile an Visa Europe, im Jahr stabil halten. Vor dem Hinter-

grund der Neuorganisation der Kontomodelle und einer Wertpapieroffensive mit positiver Kundenresonanz ist es uns im abgelaufenen Geschäftsjahr gelungen, den Ertragsmix besser zu balancieren und die Zinsabhängigkeit zu vermindern. Infolge der erfolgreichen Umsetzung zahlreicher strategischer Maßnahmen der Postbank Management Agenda stieg unser Provisionsüberschuss spürbar um 101 Millionen Euro bzw. 12,0 Prozent auf 936 Millionen Euro. Die Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss konnte vor diesem Hintergrund trotz der deutlichen Belastungen aus dem Niedrigzinsumfeld beinahe konstant gehalten werden. Maßgeblich hierfür war zusätzlich das Wachstum der Forderungen gegenüber Kunden um 5,0 Milliarden Euro bzw. 4,9 Prozent auf 107,0 Milliarden Euro. Zudem konnte die Postbank im zweiten Halbjahr 2017 die Anzahl der neuen Girokonten wieder moderat steigern.

Unser Wachstum im Kreditgeschäft haben wir auch 2017 fortgesetzt. Treiber dieser positiven Entwicklung war im Wesentlichen das weiterhin starke Kreditneugeschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden, das mit einem Volumen von 19,4 Milliarden Euro das Rekordniveau der Vergleichsperiode erreichte.

Als eine der führenden Digitalbanken legen wir großen Wert auf eine positive Entwicklung bei der Digitalisierung. Hier haben wir 2017 erfreuliche Erfolge verbucht. Neben der digitalen Kontoeröffnung ist es seit Mitte 2017 möglich, einen Ratenkredit vollständig digital innerhalb weniger Minuten abzuschließen. Knapp jedes zehnte Girokonto wurde im Geschäftsjahr 2017 online abgeschlossen. Das Neuvolumen online abgeschlossener Ratenkredite wuchs 2017 um 59 Millionen Euro oder 6,6 Prozent auf 962 Millionen Euro. Das Neugeschäftsvolumen bei online abgeschlossenen Immobilienfinanzierungen über das Postbank Portal „Meine Immobilie“ legte von 179 Millionen Euro im Jahr 2016 auf 368 Millionen Euro im Jahr 2017 und damit um 105,4 Prozent zu.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Jahr 2018 schlägt die Postbank ein neues Kapitel ihrer Unternehmensgeschichte auf. Im März 2017 hat die Deutsche Bank in Bezug auf die Zukunft der Postbank eine Änderung der Strategie beschlossen, im Zuge derer die Postbank mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft der Deutschen Bank zusammengeführt wird. Unter dem Motto „Eine Bank, zwei Marken“ entsteht dabei Deutschlands größte Bank für Privat-, Geschäfts- und



Firmenkunden mit rund 20 Millionen Kunden. Wir werden beide Organisationen in einer Legaleinheit zusammenführen, mit einer Zentrale an den beiden Standorten Bonn und Frankfurt. Die beiden Marken Postbank und Deutsche Bank bleiben erhalten. Die Postbank hat auch im Jahr 2017 unter Beweis gestellt, dass sie gesund ist und Wachstum erzeugen kann. Diesen Weg möchten wir gemeinsam mit der Deutschen Bank fortsetzen und dabei die aus der Zusammenführung entstehenden Synergien nutzen.

Entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung der Postbank in den vergangenen Jahren sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Trotz der strategischen Veränderung und eines herausfordernden Umfelds haben unsere Mitarbeiter wieder starke Veränderungsbereitschaft gezeigt und eine zufriedenstellende Geschäftsentwicklung erreicht. Hierfür möchte ich mich im Namen des Vorstands und des Aufsichtsrats der Postbank sehr herzlich bedanken.

Meine Vorstandskollegen und ich sind überzeugt, dass die Postbank mit ihrem Produkt- und Dienstleistungsangebot und ihrer wirtschaftlichen Kraft ein starker Baustein der neuen Bank sein wird.

Bonn, 23. März 2018

Frank Strauß
Vorsitzender des Vorstands

GREMIEN

Vorstände

Frank Strauß, Bad Nauheim
Vorsitzender

Marc Heß, Bonn
Finanzen

Susanne Klöß-Braekler, München
Privatkunden I

Philip Laucks, Goldbach
Ressourcen
seit 1. Juni 2017

Dr. Ralph Müller, Bonn
Firmen und Märkte

Zvezdana Seeger, Berlin
IT/Operations
seit 1. Januar 2018

Ralf Stemmer, Königswinter
Ressourcen
bis 31. Mai 2017

Hanns-Peter Storr, Bonn
Risikomanagement

Lars Stoy, Bonn
Privatkunden II
seit 1. Juni 2017

Aufsichtsrat

Werner Steinmüller, Dreieich-Buchsschlag
Vorsitzender
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Frank Bsirske¹, Berlin
Stv. Vorsitzender
Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Susanne Bleidt¹, Bell
Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank
Filialvertrieb AG

Prof. Dr. Edgar Ernst, Bonn
Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung
DPR e.V.

Frank Fuß¹, Elsdorf
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats
Deutsche Postbank AG
seit 22. März 2017

Stefanie Heberling, Wuppertal
Marktgebietsleiterin Privatkunden Ruhrgebiet Mitte
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG

Timo Heider¹, Emmerthal
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft und
Postbank Finanzberatung AG

Dr. Tessen von Heydebreck, Berlin
Vorsitzender des Kuratoriums
Deutsche Bank Stiftung

Jens Isselmann¹, Bornheim
Leitender Angestellter Deutsche Postbank AG

Hans-Jürgen Kummetat¹, Köln
Beamter
bis 22. März 2017

Prof. Dr. Katja Langenbucher-Adolff, Frankfurt am Main
Professorin für Bürgerliches Recht,
Wirtschaftsrecht und Bankrecht,
Goethe-Universität Frankfurt am Main

Karen Meyer, Frankfurt am Main
Global Chief Operating Officer, HR
Deutsche Bank AG

Christiana Riley, Bad Homburg v. d. Höhe
CFO Corporate & Investment Banking
Deutsche Bank AG

Karl von Rohr, Oberursel
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Bernd Rose¹, Menden (Sauerland)
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats
Postbank Filialvertrieb AG und Postbank Filial GmbH

Martina Scholze¹, München
Gewerkschaftssekretärin Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Christian Sewing, Osnabrück
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Michael Spiegel, Bad Homburg v. d. Höhe
Head of Cash Management and
Head of GTB Germany Deutsche Bank AG

Eric Stadler¹, Markt Schwaben
Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für
Banken AG

Gerd Tausendfreund¹, Nidderau
Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft (ver.di)

Renate Treis¹, Brühl
Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats
Deutsche Postbank AG
bis 28. Februar 2017

Anna Lisa Trompa¹, Lehrte
Vorsitzende Konzern-Jugend- und Auszubildenden-
vertretung, Deutsche Postbank AG
seit 22. März 2017

¹Arbeitnehmersvertreter

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Deutsche Postbank AG (nachfolgend auch Postbank) hat auch im Geschäftsjahr 2017 trotz des anhaltend herausfordernden Marktumfelds ihre stabile Wettbewerbsposition weiter ausbauen können. Die Rahmenbedingungen waren geprägt durch die unverändert andauernde Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, die regulatorischen Erfordernisse sowie die rasant fortschreitende Digitalisierung in der Bankenbranche. Dabei scheint der geldpolitische Kurs der Europäischen Zentralbank auch für die kommenden Jahre ein weitestgehend konstant niedriges Zinsniveau vorzuzeichnen.

In diesem Umfeld konnte die Postbank das Ergebnis vor Steuern gegenüber dem Vorjahr deutlich steigern. Maßgeblich für diesen Erfolg waren neben der positiven Entwicklung der Risikovorsorge die ergriffenen strategischen Maßnahmen auf der Ertrags- und auf der Kostenseite. Dazu zählen u. a. die erfolgreiche Neuorganisation der Kontomodelle und die Etablierung eines neuen Beratungsansatzes im Wertpapiergeschäft, die positiv auf den Provisionsüberschuss wirkten. Daneben trugen auch die weiterhin erfreuliche Entwicklung des Kreditneugeschäfts sowie ein diszipliniertes Kostenmanagement zu dem verbesserten Ergebnis bei.

Ein wesentliches Ereignis im Geschäftsjahr 2017 war die am 5. März 2017 verkündete Entscheidung der Deutschen Bank AG (nachfolgend auch Deutsche Bank), die Postbank mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft der Deutschen Bank zusammenzuführen. Das Geschäftsjahr 2017 war auch davon maßgeblich geprägt.

Im Sinne einer intensiven und konstruktiven Zusammenarbeit informierte uns der Vorstand im Geschäftsjahr 2017 regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle unternehmensrelevanten Fragen der Strategie, der Planung, der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank, der Risikolage, des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems und der Compliance. Wir erörterten mit dem Vorstand zudem die Veränderungen des Vergütungssystems, strategische Maßnahmen, die Entwicklungen im regulatorischen Umfeld sowie wichtige Geschäfts-



vorgänge und -vorhaben. Abweichungen im Geschäftsverlauf von der Planung und von den Zielen in den einzelnen Segmenten wurden uns unter Angabe von Gründen erläutert. Wir haben alle uns vorgelegten zustimmungspflichtigen Maßnahmen und die strategische Ausrichtung des Unternehmens eingehend beraten. Soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich, haben wir nach gründlicher Prüfung und Beratung unser Votum abgegeben und Beschlüsse gefasst. Soweit dies zwischen den terminierten Sitzungen erforderlich war, wurden Beschlüsse im schriftlichen Verfahren gefasst. Zudem wurden der Aufsichtsratsvorsitzende sowie die Vorsitzenden des Prüfungs- und des Risikoausschusses auch zwischen den Aufsichtsratssitzungen vom Vorstand über wichtige Geschäftsvorfälle und anstehende Entscheidungen informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand darüber hinaus in ständiger Verbindung mit dem Vorstandsvorsitzenden.

Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2017 hat sich der Aufsichtsrat zu insgesamt elf, davon sechs ordentlichen und fünf außerordentlichen Sitzungen zusammengefunden. In den Sitzungen wurden wir vom Vorstand über die aktuelle wirtschaftliche und geschäftliche Situation der Bank, den Geschäftsverlauf in den einzelnen Geschäftsfeldern, die Risikoentwicklung sowie über das Risikomanagement und neue gesetzliche und regulatorische Anforderungen unterrichtet. In einer halbtägigen Klausurtagung haben wir gemeinsam mit dem Vorstand über die geschäfts- und risikostategische Ausrichtung der Postbank vertiefend beraten und diese eingehend diskutiert.

Weitere Schwerpunkte der Beratungen im Berichtszeitraum bildeten die Risikostruktur der Postbank, die Auswirkungen aktueller und zukünftiger regulatorischer Änderungen und die Anforderungen aus der Digitalisierung. Ferner haben wir über einen neuen Geschäftsverteilungsplan für die Postbank beraten, der die Neustrukturierung des Privatkundengeschäfts zur Folge hatte. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden regelmäßig Informationen über die aktuelle Lage des Unternehmens zur Verfügung gestellt.

Im Geschäftsjahr 2017 haben alle Mitglieder des Aufsichtsrats mindestens an der Hälfte der abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse teilgenommen.

In der ordentlichen Sitzung am 3. Februar 2017 haben wir über die Zielerreichung des Vorstands im Geschäftsjahr 2016 beschlossen. Ferner wurden in dieser Sitzung Beschlüsse über die Bestellung eines neuen Vorstandsmitglieds und über eine Anpassung des Geschäftsverteilungsplans unter besonderer Berücksichtigung der Neustrukturierung des Privatkundengeschäfts gefasst. Schließlich fand in dieser Sitzung die Wahl jeweils eines neuen Mitglieds des Präsidialausschusses, des Nominierungsausschusses und des Vergütungsausschusses sowie jeweils zwei neuer Mitglieder des Personalausschusses sowie des Risikoausschusses statt und wurde die Einrichtung eines temporären Ausschusses „Digitale Transformation“ beschlossen.

In einer außerordentlichen Sitzung am 14. Februar 2017 wurde intensiv über die Planung für das Geschäftsjahr 2017 beraten und diese verabschiedet.

In der Bilanzsitzung am 22. März 2017 haben wir nach umfassender eigener Beratung und Prüfung sowie vorhergehender Erörterung mit dem Abschlussprüfer auf Empfehlung des Prüfungsausschusses den Jahres- und den Konzernabschluss 2016 der Postbank gebilligt. Hierzu haben wir uns auch in der Sitzung durch den Vorstand und den Wirtschaftsprüfer über die wesentlichen Feststellungen im Jahr 2016 berichten lassen. Daneben haben wir den Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung gemäß § 171 Abs. 2 AktG und die Erklärung zur

Unternehmensführung beschlossen. Ferner haben wir die Ziele des Vorstands 2017 auf Basis der vorgelegten Mittelfristplanung beschlossen, und die Verträge zweier Vorstandsmitglieder wurden verlängert. Aufsichtsrat und Vorstand haben gemeinsam den Status zur Strategieentscheidung der Deutschen Bank AG erörtert und diskutiert. Im Rahmen der Beteiligungsangelegenheiten erfolgte der Beschluss zur Entlastung nach § 32 Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) für Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank Filialvertrieb AG sowie Vorstand und Aufsichtsrat der Betriebs-Center für Banken AG. Weitere Themen der Aufsichtsratsitzung waren die Risikosituation der Gesamtbank, der Personal- und Sozialbericht sowie der Jahresbericht der Revision. Außerdem haben wir auf dieser Sitzung die Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungspunkten für die Hauptversammlung am 22. März 2017 genehmigt. Die Aufsichtsratsitzung im Anschluss an die Hauptversammlung am 22. März 2017 hatte die Neu- bzw. Wiederbesetzung von Ausschüssen aufgrund der Veränderung im Aufsichtsrat zum Inhalt.

Anlass der außerordentlichen Sitzung am 11. Mai 2017 waren Nachfolgeplanung und Vorstandsbestellung für das Ressort Ressourcen.

In der Aufsichtsratsitzung am 2. Juni 2017 hat uns der Vorstand über die Geschäftsentwicklung für das erste Quartal 2017 und den aktuellen Stand bezüglich der Postbank Management Agenda informiert. Zudem wurden Zielvereinbarungen und Vorstandsverträge angepasst bzw. überarbeitet, zum Thema Verwässerungsschutz diskutiert, und es wurde der Vergütungskontrollbericht zur Kenntnis genommen. Ferner wurden wir vom Vorstand über die Risikosituation der Gesamtbank unterrichtet und befassten uns mit dem Jahresbericht der Revision. Soweit erforderlich, haben wir Beschlüsse gefasst.

Im Rahmen der Aufsichtsratssitzung am 7. September 2017 beschäftigte sich der Aufsichtsrat mit Fragen der Vorstandsvergütung und der Instituts-Vergütungsverordnung. Weiter wurden Beschlüsse nach § 32 MitbestG zur Wahl jeweils eines Aufsichtsratsmitglieds in der Postbank Filialvertrieb AG und der Betriebs-Center für Banken AG gefasst, und der Aufsichtsrat hat der Veräußerung einer Beteiligung zugestimmt. Ferner wurden wir vom Vorstand über die Geschäftsentwicklung im zweiten Quartal 2017 unterrichtet, und der Vorstand hat den Personal- und Sozialbericht sowie den Gesamtbankrisikobericht vorgestellt. Schließlich hat der Vorstand dem Aufsichtsrat ein Update zur Postbank Management Agenda gegeben und über den aktuellen Stand der Integration der Postbank in die Deutsche Bank berichtet.

In zwei außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen am 18. Oktober 2017 und am 25. Oktober 2017 wurden wir vom Vorstand erneut über den aktuellen Stand der Integration der Postbank in die Deutsche Bank informiert und haben wir uns detailliert mit der Vorgehensweise auseinandergesetzt.

In der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung am 28. November 2017 berichtete der Vorstand erneut zum Stand der Integration der Postbank in die Deutsche Bank. Weiter haben wir intensiv die Planung für das Geschäftsjahr 2018 diskutiert und dieser zugestimmt.

In der letzten Aufsichtsratssitzung des Geschäftsjahres am 13. Dezember 2017 standen die Geschäftsentwicklung, die Geschäftsplanung 2018, die Risikosituation der Gesamtbank, die Geschäfts- und Risikostrategie der Postbank und die Effizienzprüfung nach § 25d Abs. 11 Satz 2 Nr. 4 KWG im Mittelpunkt der Beratungen des Aufsichtsrats.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden fünf Mal im Wege der schriftlichen Stimmabgabe Beschlüsse gefasst.

Interessenkonflikt

Es wurden im Geschäftsjahr 2017 keine Interessenkonflikte von den Mitgliedern des Aufsichtsrats angezeigt und es sind solche dem Aufsichtsrat auch nicht bekannt.

Arbeit der Ausschüsse

Der Aufsichtsrat der Postbank hat für seine Arbeit im Geschäftsjahr 2017 sieben Ausschüsse sowie einen temporären Ausschuss „Digitale Transformation“ gebildet. Die aktuelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse stellt sich wie folgt dar:

Besetzung des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und seiner Ausschüsse**Aufsichtsrat**

Werner Steinmüller (Vors.)	Stefanie Heberling	Karen Meyer	Christian Sewing
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Timo Heider	Christiana Riley	Michael Spiegel
Susanne Bleidt	Dr. Tessen von Heydebreck	Karl von Rohr	Eric Stadler
Prof. Dr. Edgar Ernst	Jens Isselmann	Bernd Rose	Gerd Tausendfreund
Frank Fuß	Prof. Dr. Katja Langenbucher-Adolff	Martina Scholze	Anna Lisa Trompa

Präsidialausschuss (§ 11 GO AR)

Werner Steinmüller (Vors.)	Karl von Rohr
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

Nominierungsausschuss (§ 15 GO AR)

Werner Steinmüller (Vors.)	Frank Bsirske
Karl von Rohr (stv. Vors.)	Eric Stadler

Risikoausschuss (§ 12 GO AR)

Michael Spiegel (Vors.)	Stefanie Heberling
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Jens Isselmann
Frank Fuß	Bernd Rose

Vergütungskontrollausschuss (§ 16 GO AR)

Werner Steinmüller (Vors.)	Karl von Rohr
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

Prüfungsausschuss (§ 13 GO AR)

Christiana Riley (Vors.)	Karen Meyer
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Bernd Rose
Timo Heider	Gerd Tausendfreund

Vermittlungsausschuss (§ 17 GO AR)

Werner Steinmüller (Vors.)	Karl von Rohr
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

Personalausschuss (§ 14 GO AR)

Frank Bsirske (Vors.)	Stefanie Heberling
Werner Steinmüller (stv. Vors.)	Timo Heider
Susanne Bleidt	Karen Meyer

Ausschuss Digitale Transformation

Michael Spiegel (Vors.)	Timo Heider
Eric Stadler (stv. Vors.)	Christiana Riley
Stefanie Heberling	Bernd Rose

In die Kompetenz des Präsidialausschusses fallen u. a. die Vorbereitung der Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Nominierungsausschusses, die Vorbereitung des Abschlusses, der Änderung und der Beendigung der Anstellungsverträge der Mitglieder des Vorstands sowie die Gewährung von Organkrediten an Vorstandsmitglieder und an Mitglieder des Aufsichtsrats. Außerdem gehören in seinen Aufgabenbereich die Vorbereitung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Corporate Governance sowie besondere Themen von übergeordneter Bedeutung und Grundsatzfragen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Der Ausschuss tagte im Berichtsjahr elf Mal. Gegenstand der Beratungen waren u. a. die Weiterentwicklung in der Governance und die Kreditvergabe an Organmitglieder der

Postbank Gruppe. Weiterhin bereitete der Präsidialausschuss in seinen Sitzungen Beschlussfassungen für den Aufsichtsrat vor und stimmte der Übernahme von Mandaten von Vorstandsmitgliedern in anderen Unternehmen zu.

Der Risikoausschuss ist für die Überwachung und Beratung von Risikobereitschaft, -profil und -strategie einschließlich grundsätzlicher Fragen des Vergütungssystems und der Gestaltung der Konditionen im Kundengeschäft zuständig. Ferner befasst sich der Ausschuss mit der Gewährung von Organkrediten, wesentlichen Kreditentscheidungen, speziellen Investitionsentscheidungen sowie grundsätzlichen Fragen der Kreditgewährung. Der Risikoausschuss tagte 2017 sechs Mal, davon wurde eine Sitzung gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss abgehalten.

Der Vorstand hat den Risikoausschuss in den Sitzungen des abgelaufenen Geschäftsjahres umfassend und regelmäßig über die Entwicklungen der Finanz- und der Risikokennzahlen informiert. Der Ausschuss hat in seinen Sitzungen auftragsgemäß über das aktuelle Marktumfeld und die jeweilige Risikosituation beraten und über die Neugenehmigung, Prolongation und Erhöhung von diversen Einzelkrediten und Kreditrahmen entschieden. Darüber hinaus hat der Risikoausschuss die Risikostrategie sowie Portfoliostrategien und -strukturen mit dem Vorstand erörtert und Maßnahmen zur Steuerung von Risiken diskutiert. Ferner hat sich der Ausschuss intensiv mit Änderungen der regulatorischen Anforderungen beschäftigt, um hieraus Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Risikomanagements und der Risikokultur abzuleiten. In diesem Zusammenhang wurden die Berücksichtigung der Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur bei den durch das Vergütungssystem gesetzten Anreizen überprüft sowie die Angemessenheit der Konditionsgestaltung im Kundengeschäft erörtert. Um bei übergreifenden Themen den Aufsichtsrat und den Vorstand effizient beraten zu können, haben der Risikoausschuss und der Prüfungsausschuss in enger Abstimmung zusammengearbeitet.

Dem Prüfungsausschuss sind die Themengebiete Rechnungslegung, Risikomanagement, Compliance, Revision, internes Kontrollsystem und Abschlussprüfung zugewiesen. Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum insgesamt sechs Mal, davon ein Mal gemeinsam mit dem Risikoausschuss. Gegenstand der Beratungen – im Beisein des Abschlussprüfers – waren die intensive Begleitung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2016, die Zwischenberichte sowie die Erörterung der Rechnungslegung. Der Halbjahresbericht und die Quartalergebnisse 2017 wurden vor Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert. Der Prüfungsausschuss hat sich im Berichtszeitraum von der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems sowie des Revisionssystems der Postbank überzeugt. Der Ausschuss befasste sich mit der Erteilung der Prüfungsaufträge und legte die Jahresabschlussprüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr fest. Dabei überzeugte sich der Ausschuss von der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. In seinen sechs Sitzungen hat er sich 2017 umfassend mit den Prüfungsergeb-

nissen des Abschlussprüfers, der Arbeit der Internen Revision, mit Fragen der Compliance, der Rechnungslegung und zu Rechtsrisiken sowie mit durchgeführten Sonderprüfungen und Beanstandungen der Aufsichtsbehörden befasst. Der Ausschuss hat während des gesamten Berichtsjahres die Abarbeitung der Feststellungen aus solchen Prüfungen eng begleitet. Der Vorstand informierte den Prüfungsausschuss regelmäßig über Änderungen im regulatorischen Umfeld, deren Folgen für die Postbank und über den Umsetzungsstand der in diesem Zusammenhang gestarteten Projekte. Soweit dies erforderlich war, wurden eigene Beschlüsse gefasst oder eine entsprechende Beschlussempfehlung an den Aufsichtsrat gegeben.

Der Personalausschuss befasst sich mit den Strukturen der Personalarbeit der Deutschen Postbank AG und den Grundsätzen der Personalentwicklung. Im Geschäftsjahr 2017 hat der Ausschuss zwei Mal getagt. Schwerpunkte der Personalberichte des Vorstands in den Personalausschusssitzungen waren die Personalstrategie und die Personalentwicklung innerhalb des Konzerns. Dabei wurden u. a. auch die Themenbereiche Vielfalt (Diversity), Altersstruktur in der Deutschen Postbank AG einschließlich Demografie, geplante Ausbildungs- und Qualifizierungskonzepte einschließlich des Talentmanagements sowie Informationen zur Personalkosten- und Personalmengensteuerung behandelt. Behandelt wurden ferner auch die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung 2017.

Der Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl bzw. die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner durch die Hauptversammlung vor. Der Ausschuss unterstützt den Aufsichtsrat zudem bei der Ermittlung von Kandidaten für die Besetzung im Vorstand sowie der Personen der oberen Leitungsebene und der Einhaltung der zugrunde gelegten Grundsätze. Er erarbeitet die Ziele hinsichtlich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats und achtet auf deren Erreichung. Ferner überprüft der Nominierungsausschuss regelmäßig Struktur, Größe und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat und bewertet die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der einzelnen Organmitglieder sowie des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit. Der Nominierungsausschuss hat im abgelaufenen

Geschäftsjahr sieben Mal getagt. Im Ausschuss wurde ausführlich die Neustrukturierung des Privatkundengeschäfts beraten. Weitere Schwerpunkte waren die Vorbereitung der Wahlvorschläge an die Hauptversammlung für die Wahl der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat sowie die Nachfolgeplanung des Aufsichtsrats und des Vorstands. Im Rahmen der Effizienzprüfung und Evaluation hat der Ausschuss sich mit der Struktur, Größe und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat sowie Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen der einzelnen Organmitglieder und des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit intensiv befasst.

Der Vergütungskontrollausschuss unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung einer angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Vorstand und Mitarbeiter und insbesondere der Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion. Weiterhin bereitet er Beschlussvorschläge über die Vergütung von Geschäftsleitern unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Beschlüsse auf die Risiken und das Risikomanagement der Postbank vor und achtet darauf, dass die internen Kontroll- und alle sonstigen maßgeblichen Bereiche in die Ausgestaltung der Vergütungssysteme mit einbezogen werden. Der Vergütungskontrollausschuss tagte im Geschäftsjahr neun Mal. Der Ausschuss hat die Berichte des Vergütungsbeauftragten umfassend erörtert. Neben der Zielerreichung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2016 und den Zielen des Vorstands für das Geschäftsjahr 2017 hat der Vergütungskontrollausschuss die Vergütung der Vorstandsmitglieder sowie zum Vergütungsvergleich intensiv beraten.

Der Vermittlungsausschuss ist ein nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes (MitbestG) zu bildender Ausschuss. Er unterbreitet dem Aufsichtsrat Personalvorschläge für den Fall, dass für die Bestellung oder die Abberufung von Vorstandsmitgliedern die gesetzlich geforderte Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat nicht erreicht wird. Im Geschäftsjahr bestand hierfür kein Bedarf. Der Vermittlungsausschuss ist im Berichtszeitraum daher nicht zusammengetreten.

Im Februar 2017 hat der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG die vorübergehende Einrichtung eines Ausschusses „Digitale Transformation“ (befristet bis Ende 2018) beschlossen. Der Ausschuss soll mit dem Vorstand über strategische und geschäftspolitische Entscheidungen zum Thema Digitalisierung beraten und hat die Aufgabe, den Vorstand bei der Erhaltung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung und neue Technologien sowohl im Bereich des laufenden Bankbetriebs als auch im Bereich der strategischen Weiterentwicklung zu begleiten. Der Ausschuss ist im Geschäftsjahr 2017 nicht zusammengetreten.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsratsplenum regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die von der Hauptversammlung des vergangenen Jahres zum Abschlussprüfer gewählte PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat die Buchführung, den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss einschließlich der jeweiligen Lageberichte für das Geschäftsjahr 2017 geprüft und jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Abschlussprüfer hat gemäß § 317 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB) eine Prüfung des gemäß § 91 Abs. 2 AktG einzurichtenden Risikofrüherkennungssystems vorgenommen und bestätigt, dass der Vorstand Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen zu Risikostrategie, Risikotragfähigkeit, Risikosteuerung und Risikoüberwachung einschließlich der Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen hat sowie dass das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG, der Konzernabschluss, die Lageberichte sowie die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden von uns geprüft. Da sich für das Berichtsjahr kein ausschüttungsfähiger Bilanzgewinn ergab, hat der Vorstand

dem Aufsichtsrat keinen Gewinnverwendungsvorschlag vorgelegt. Vielmehr wurde der Jahresüberschuss des Einzelabschlusses auf HGB-Basis gemäß dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag bereits an die DB Beteiligungs-Holding GmbH abgeführt.

Die Beratungen fanden in Gegenwart von Vertretern des Abschlussprüfers statt. Diese haben über die Durchführung und die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung in der Aufsichtsratssitzung am 22. März 2018 berichtet und haben für ergänzende Auskünfte und Fragen zur Verfügung gestanden. Die Prüfungsausschussvorsitzende hat uns zudem in der Aufsichtsratssitzung am 22. März 2018 über die Ergebnisse der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses im Prüfungsausschuss am 13. März 2018 berichtet. Wir haben das Ergebnis der Abschlussprüfung zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer eigenen Prüfung erheben wir keine Einwände gegen den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss gebilligt, der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG ist damit festgestellt.

Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2017 gab es folgende Änderung in der Besetzung des Vorstands:

Herr Ralf Stemmer hat sein Amt als Mitglied des Vorstands der Deutschen Postbank AG zum 31. Mai 2017 niedergelegt. Herr Philip Laucks und Herr Lars Stoy wurden mit Wirkung zum 1. Juni 2017 zu Mitgliedern des Vorstands der Deutschen Postbank AG ernannt. Frau Zvezdana Seeger, bisher Generalbevollmächtigte, wurde zum 1. Januar 2018 zum Mitglied des Vorstands der Deutschen Postbank AG ernannt. Herr Marc Heß hat sein Amt als Mitglied des Vorstands der Deutschen Postbank AG zum 31. März 2018 niedergelegt.

In der Besetzung des Aufsichtsrats haben sich folgende Änderungen ergeben:

Durch die Hauptversammlung am 22. März 2017 wurden Herr Dr. Tessen von Heydebreck und Herr Christian Sewing als Mitglieder des Aufsichtsrats bestätigt. Frau Renate Treis ist aufgrund ihres Eintritts in den Ruhestand mit Wirkung zum Ablauf des 28. Februar 2017 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Herr Hans-Jürgen Kummetat ist nach Ablauf seiner Amtszeit am 22. März 2017 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Aufseiten der Arbeitnehmervertreter wurden Frau Anna Lisa Trompa und Herr Frank Fuß durch die Delegiertenversammlung neu in den Aufsichtsrat berufen.

Wir danken dem ausgeschiedenen Vorstandsmitglied Herrn Ralf Stemmer und den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Frau Renate Treis und Herrn Hans-Jürgen Kummetat für ihr großes Engagement im Vorstand bzw. im Aufsichtsrat und für die konstruktive Begleitung des Unternehmens während der vergangenen Monate und Jahre.

Corporate Governance

Seit dem 14. Januar 2016 ist die Deutsche Postbank AG nicht mehr börsennotiert. Seitdem unterliegen Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG nicht mehr der Pflicht zur Abgabe einer sogenannten Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG. Die zuletzt von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebene Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2015 und die darin enthaltenen Begründungen haben keine Gültigkeit mehr. Die Postbank hat sich auch nicht anderweitig verpflichtet, den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex zu entsprechen.

Wir danken dem Vorstand, den Arbeitnehmervertretungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

Bonn, 22. März 2018

Der Aufsichtsrat



Werner Steinmüller
Vorsitzender

KONZERNLAGEBERICHT DER POSTBANK

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Grundlagen und Geschäftsmodell des Konzerns

Grundlagen

Seit dem 3. Dezember 2010 ist die Postbank Teil des Konzerns Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main. In einer Reihe von Maßnahmen hat die Deutsche Bank am 5. März 2017 im Rahmen ihrer Strategie angekündigt, die Postbank mittelfristig mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft sowie dem Geschäft mit vermögenden Kunden der Deutschen Bank zusammenlegen zu wollen. Die strategische Neupositionierung und das klare Bekenntnis zum Heimatmarkt haben das Ziel, einen Marktführer im Privat- und Firmenkundengeschäft in Deutschland zu formen und die gemeinsamen Größenvorteile zu nutzen.

Geschäftsmodell

Der Deutsche Postbank Konzern (Postbank) versteht sich als Anbieter von Bank- und Finanzdienstleistungen, der mit einfachen, standardisierten Produkten auf die Bedürfnisse unserer Kundenbasis ausgerichtet ist. Als Bank für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden vertreibt die Postbank ihre Produkte und Services über ein deutschlandweites Filialnetz von Finanz-, Beratungs- und Vertriebscentern, einen mobilen Vertrieb, Callcenter sowie im Direkt-Banking über Online-Vertriebskanäle. Zusätzlich werden ausgewählte Finanzdienstleistungen der Postbank im Drittvertrieb über Vermittler und Kooperationspartner angeboten.

Auf Basis einer deutschlandweit einzigartigen Kooperation mit der Deutschen Post AG erwirtschaftet die Postbank in ihrem Filialnetz zudem Provisionserträge durch die Erbringung von Postdienstleistungen. Die hierdurch erhöhte Kundenfrequenz sorgt für einen effizienteren Betrieb des Filialnetzes und bietet zahlreiche Ansprachemöglichkeiten für die Vermittlung von Postbank Produkten.

Die Postbank hat ihre Aktivitäten in die Geschäftsbereiche Privatkunden, Geschäfts- und Firmenkunden, Financial Markets sowie Cost Center gegliedert.

- Im Geschäftsbereich Privatkunden bietet die Postbank Privatkunden standardisierte, preisgünstige und auf typische Bedarfssituationen ausgerichtete Bank- und Finanzdienstleistungen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem traditionellen Giro- und Spareinlagengeschäft, Bauspar- und Baufinanzierungsprodukten sowie Privatkrediten. Ergänzt wird das Produktspektrum durch den Auftritt der Postbank als Anbieter von Dienstleistungen im Wertpapier- und Depotgeschäft. Zusätzlich ist die Postbank im Vermittlungsgeschäft von Versicherungen und Immobilien tätig.
- Der Geschäftsbereich Geschäfts- und Firmenkunden bietet den Geschäfts- und Firmenkunden der Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sowie Firmenkundenkredite, gewerbliche Immobilienfinanzierung mit europäischer Ausrichtung, Factoring und Leasing an. Geldanlageprodukte sowie Angebote aus dem Zins- und Währungsmanagement ergänzen die Produktpalette.

- Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Postbank verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehören zum einen die Optimierung der Bilanzstruktur durch Ausnutzung von Risikoerträgen aus der Fristentransformation und zum anderen die Sicherung der Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken. Außerdem steuert der Geschäftsbereich Financial Markets die Liquiditätsposition der Postbank.

- Die Ergebnisse der Infrastrukturfunktionen der Postbank werden im Geschäftsfeld Cost Center abgebildet. Details sind der Segmentberichterstattung (siehe Note 39 des Konzernanhangs) zu entnehmen.



Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn. Darüber hinaus betreibt die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz mit – per Jahresende 2017 – 1.023 Finanzcentern in Deutschland sowie eine Zweigniederlassung in Luxemburg, die einen wesentlichen Ergebnisbeitrag im Firmenkundengeschäft der Postbank erwirtschaftet.

Der Sitz der Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft befindet sich in Hameln.

Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Privatkundengeschäft ist die Postbank fast ausschließlich in Deutschland aktiv und einer der großen Finanzdienstleister Deutschlands. Die Postbank möchte als fairer und verlässlicher Partner in finanziellen Fragen auftreten und zeichnet sich im Spar- und Einlagengeschäft wesentlich durch das bedarfsgerechte Angebot von Girokonten, Bauspar- und Anlageprodukten aus. Mit rund 6,3 Millionen Privat- und Geschäftskunden mit Online-Banking-Option zählt die Postbank zu den größten Direktbanken Deutschlands. Im Kreditgeschäft ist die Postbank bei privaten Baufinanzierungen mit ihren Marken DSL Bank und BHW – gemessen am bilanziellen Volumen – einer der größten Baufinanzierer in Deutschland. Ferner engagiert sich die Postbank zunehmend im Geschäft mit Konsumentenkrediten. Lösungen zur privaten Altersvorsorge, diverse Versicherungsprodukte und das Wertpapiergeschäft runden das Angebotsspektrum für Privatkunden ab. In diesen Feldern vermittelt die Postbank zum Teil Produkte und Dienstleistungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit Fondsgesellschaften, Banken und Versicherern. Mit einem ganzheitlichen Beratungskonzept im Wertpapier- und Depotgeschäft sowie dem damit verbundenen Relaunch der Online-Brokerage-Plattform will die Postbank ihren Kunden auch im Niedrigzinsumfeld eine Anlageberatung abseits von Spar- und Giroprodukten anbieten.

In ihren eigenen 1.023 Finanzcentern inklusive der neu etablierten Vertriebscenter bietet die Postbank neben umfangreichen Bank- und Finanzdienstleistungen auch Dienstleistungen der Deutschen Post AG an. Hinzu kommen knapp 4.200 Partnerfilialen der Deutschen Post AG, in denen ausgewählte Finanzdienstleistungen der Postbank erhältlich sind, sowie rund 600 Beratungszentren der Postbank Finanzberatung AG. Bedeutende Wettbewerber der Postbank im Privatkundengeschäft in Deutschland sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken.

Über das Privatkundengeschäft hinaus ist die Postbank im Firmenkundengeschäft tätig. Hier ist sie als mittelgroßer Marktteilnehmer – insbesondere im deutschen Mittelstandsgeschäft – sowie im Bereich der großen Zahlungsverkehrsadressen engagiert. Im Bereich der Zahlungsverkehrsabwicklung gehört die Postbank, genauso wie im Factoring, zu den führenden Anbietern in Deutschland. Zusätzlich tritt die Postbank als Partner für gewerbliche Immobilienfinanzierungen mit europäischer Ausrichtung im Firmenkundengeschäft auf. Auch in diesem Geschäftsbereich sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken die bedeutendsten Wettbewerber.

Unternehmenssteuerung bei der Postbank

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren bei der Postbank

Die Postbank setzt bei ihrer Unternehmenssteuerung – neben dem Einsatz von finanziellen Leistungsindikatoren – auch nichtfinanzielle Leistungsindikatoren ein. Bei den wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren handelt es sich um die Mitarbeiterzufriedenheit und die Kundenzufriedenheit. Beide genannten wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren waren 2017 im Zielsystem als Konzernziele für alle Vorstandsmitglieder vergütungsrelevant.

Die Messung der Mitarbeiterzufriedenheit erfolgt anhand der Auswertung der Ergebnisse der jährlich durchzuführenden Mitarbeiterbefragung. In der Befragung wird eine Vielzahl von Fragen gestellt, die sich in die Dimensionen Identifikation, Führung, Geschäftserfolg/Ziele, Kundenfokus, Produktivität und Effizienz, Leitbild, Veränderungsfähigkeit, Kommunikation, Arbeitsbelastung und Digitale Transformation einteilen lassen. Die Fragen können – je nach Zustimmungsgang – von den Mitarbeitern in fünf Stufen beantwortet werden. Die Mitarbeiterzufriedenheit wird hierbei insbesondere aus dem Ergebnis zur Dimension Identifikation abgeleitet. Diese besteht aus verschiedenen Fragen zur Ermittlung der Leistungsbereitschaft und der Bindung der Belegschaft an das Unternehmen.

Die Kundenzufriedenheit wird quartalsweise mittels telefonischer Interviews erhoben. Basis der Befragung ist ein strukturierter Fragebogen mit konstantem Kerninhalt, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse im Trend sicherzustellen. Die der Befragung zugrunde liegende Stichprobe ist repräsentativ für die Grundgesamtheit der Postbank Kunden. Die Untersuchungsanlage erlaubt systematische Zeitreihenvergleiche und Kausalanalysen. Neben der Gesamtzufriedenheit der Kunden mit den Leistungen der Postbank insgesamt wird die Zufriedenheit mit zentralen Leistungsfaktoren der Bank erfragt (z. B. Erreichbarkeit, Schnelligkeit, Freundlichkeit, Korrektheit, fachliche Beratung, Zufriedenheit mit den Vertriebskanälen und Selbstbedienungssystemen, Reklamationsmanagement). Mittels einer verbalisierten 5er-Skala (1 = vollkommen zufrieden bis 5 = unzufrieden) erfolgt die Erhebung der Zufriedenheit. Mit der Durchführung der Studie ist ein externes Marktforschungsinstitut beauftragt, das die Beachtung hoher Qualitätsstandards sicherstellt.

Auch im Zielsystem für die leitenden Angestellten finden sich Zieldimensionen, die eine Ableitung der Ziele aus den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren auf Konzernebene auf die Führungskräfte der Postbank ermöglichen. Neben Zielen in der Dimension Kosten/Finanzen als finanzielles Individualziel erhält jede Führungskraft auch Ziele in den Dimensionen Markt/Kunden, Prozess/Qualität sowie Mit-

arbeiter/Team, die auf das jeweilige Aufgabengebiet bezogen sind. Damit besteht ein durchgängiges System, das die konzernweite Steuerung nach den wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ermöglicht.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren	Definition
Ergebnis vor Steuern	Das Ergebnis vor Steuern beinhaltet als wichtigste Größe zur Beurteilung und Steuerung der Performance der Postbank alle Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung vor Abzug von Steuern. Dabei werden die Gesamterträge (bestehend aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Finanzanlageergebnis und Handelsergebnis), die Risikovorsorge, der Verwaltungsaufwand (bestehend aus Personalaufwand, anderen Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen) und das Sonstige Ergebnis (Saldo aus Sonstigen Aufwendungen und Sonstigen Erträgen) berücksichtigt.
Bereinigtes Ergebnis vor Steuern	Aufsatzpunkt für die Ermittlung des bereinigten Ergebnisses vor Steuern bildet das Ergebnis vor Steuern, welches um folgende materielle Sachverhalte bereinigt wird: - Effekte aus Unternehmensverkäufen und -käufen im Zusammenhang mit Erst- und/oder Entkonsolidierungen - Einmaleffekte aus Abschreibungen auf Goodwill, Unternehmensbeteiligungen und immaterielle Vermögenswerte - Aufwendungen für strategische Initiativen (ESI), die außerhalb der normalen Linientätigkeit in zeitlich begrenzten Projekten mit separaten Governance-Strukturen anfallen ¹ - Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Kundenschutzurteilen - periodenfremde Ergebnisse (z. B. Zinsen auf Steuernachzahlungen für vorausgegangene Jahre, Nachzahlung Bankenabgabe) Etwaige Verkäufe von Finanzanlagen, die auf operative Veranlassung der Postbank getätigt werden, treten regelmäßig auf und werden nicht bereinigt. Bereinigt werden alle Effekte, die pro Sachverhalt einen Einfluss von mehr als 10 Mio € auf das Ergebnis vor Steuern eines Jahres haben.
Return on Tangible Equity (RoTE) nach Steuern	Die Größe berechnet sich als Quotient aus dem Ergebnis nach Steuern und dem durchschnittlichen zeitgewichteten Eigenkapital abzüglich der durchschnittlichen zeitgewichteten immateriellen Vermögenswerte in der Berichtsperiode. Zur Berechnung des zeitgewichteten Eigenkapitals und der zeitgewichteten immateriellen Vermögenswerte werden Monatsdurchschnitte als Mittelwert aus Monatsanfangs- und -endbestand berechnet. Der Jahresdurchschnitt wird als Mittelwert aus den Monatsdurchschnitten ermittelt.
Cost Income Ratio (CIR)	Quotient aus Verwaltungsaufwand zuzüglich Sonstiger Aufwendungen sowie zwischen den Segmenten verrechneter Aufwendungen und Gesamterträgen zuzüglich Sonstiger Erträge vor Risikovorsorge sowie zwischen den Segmenten verrechneter Erträge
Common Equity Tier 1 Capital Ratio (CET1-Quote)	Quotient aus dem harten Kernkapital, das den höchsten Anforderungen an Kapitalpositionen der Capital Requirements Regulation (CRR) entspricht, und den risikogewichteten Aktiva (Risk-Weighted Assets)
Leverage Ratio	Quotient aus dem Kernkapital (hartes Kernkapital + zusätzliches Kernkapital) und der Gesamttrisikopositionsmessgröße (Leverage Exposure). Die Gesamttrisikopositionsmessgröße ist die Summe aller Aktiva und außerbilanziellen Positionen. Insbesondere bei Derivaten, Pensionsgeschäften und außerbilanziellen Geschäften werden spezifische regulatorische Anrechnungsvorgaben angewendet (Anforderungen gemäß Art. 429 CRR).

¹Im Geschäftsjahr 2017 gehörten hierzu insbesondere Projekte unter den Lenkungsausschüssen „Entflechtung“ und „Management Agenda“ sowie Belastungen aus der geplanten Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern.

Die Steuerung innerhalb der Postbank basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzerneinheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die ausbalancierte Optimierung von Rentabilität, Effizienz und Kapitalausstattung bzw. Verschuldungsgrad (Leverage).

Zentrale Bezugsgröße für die kapitalmarktorientierte Steuerung der Postbank bilden die Eigenkapitalkosten in Form einer Hurdle Rate, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarktes abgeleitet werden. Die Erreichung dieses Renditeanspruchs auf das Eigenkapital nach IFRS wird am Return on Tangible Equity (RoTE) nach Steuern gemessen. Die Effizienz der Postbank wird anhand der Cost Income Ratio (CIR) gemessen, die zentraler Maßstab für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung ist.

Aufgrund wiederkehrender wesentlicher Sondereffekte im Ergebnis vor Steuern wird ein bereinigtes Ergebnis vor Steuern ermittelt, das zur besseren Einschätzung der unterliegenden operativen Performance der Bank dient. Entsprechend werden auch die Steuerung und die Vorstandsvergütung daran ausgerichtet. Das berichtete bereinigte Ergebnis ist identisch mit dem vom Vergütungs- und Kontrollausschuss für die Vorstandsvergütung festgestellten bereinigten Ergebnis.

Um weiteren zentralen Anforderungen aus Kapitalmarktperspektive Rechnung zu tragen, hat die Postbank konkrete Zielwerte für die Kennzahlen Leverage Ratio und CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) definiert; die Mittelfristplanung des Postbank Konzerns ist konsequent auf die Erreichung dieser Zielwerte ausgerichtet. Die CET1-Quote und die Leverage Ratio werden im Rahmen der Steuerung ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) ermittelt. Die Ermittlung der Leverage Ratio basiert auf den regulatorischen Anforderungen gemäß Art. 429 CRR.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind. Der Prozess dieser regelmäßigen Reviews wird kontinuierlich weiterentwickelt.

Die variable Vergütung des Vorstands, der Führungskräfte und der Mitarbeiter der Postbank ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich an den individuellen Zielen, den Ressortzielen und den Zielen der Postbank, die an dem bereinigten Ergebnis vor Steuern und der zugehörigen CIR gemessen werden. Den aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Unternehmensziel des nachhaltigen Erfolgs entsprechend, fließt bei Vorstand, Risk Takern (Personen mit wesentlichem Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts) und unseren sonstigen Führungskräften ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung des langfristigen Teils der variablen Vergütung (Langfristkomponente) ein. Weitere Details finden sich im Konzernanhang in Note 54 („Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“).

Steuerungsprozess

Auf Segmentebene steuert die Postbank ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationensystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Postbank Konzernebene, mit Ausnahme der Kennzahl zur Kapitalausstattung (CET1-Quote) und der Leverage Ratio. Die beiden letztgenannten Kennzahlen werden ausschließlich auf Konzernebene gesteuert. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich nach deren ökonomischem Risikokapitalbedarf.

Auf Portfolio- bzw. Produktebene wird in der Steuerung zusätzlich eine umfassende Deckungsbeitragsrechnung berücksichtigt, die um ausgewählte risikoadjustierte Performance-Kennzahlen ergänzt wird.

Zusätzlich zu den genannten, wesentlichen Steuerungskennzahlen ermittelt die Postbank ergänzende Rendite Kennzahlen für die interne Steuerung, bezogen sowohl auf das durchschnittliche zeitgewichtete Eigenkapital (Return on Equity (RoE)) sowie das zugrunde liegende Bilanzvolumen (Return on Assets (RoA)) als auch auf die risikogewichteten Aktiva zuzüglich Kapitalabzugspositionen (Return on Total Capital Demand (RoTCD)). In Anlehnung an den RoE wird die Rendite auf das regulatorische Kapital (Return on Regulatory Capital (RoReC)) bzw. den ökonomischen Kapitalbedarf (Return on Risk adjusted Capital (RoRaC)) berechnet, die auf Portfolio- bzw. Produktebene eine wesentliche Entscheidungsgrundlage bildet. Der ökonomische Kapitalbedarf wird determiniert durch die relevanten Risikoarten je Steuerungsebene (z. B. Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Operationelles Risiko). Beide Ressourcen – regulatorisches Eigenkapital und ökonomisches Eigenkapital – werden mit Verzinsungsansprüchen in Form von Hurdle Rates belegt, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarktes abgeleitet werden und von der Postbank insgesamt zu erwirtschaften sind.

Im Sinne einer Optimierung des Bilanzstrukturmanagements hat die Postbank vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds und der eingeschränkten rentierlichen Anlagemöglichkeiten von Überschussliquidität bzw. der limitierten Möglichkeit der Weitergabe von Überschussliquidität an die Deutsche Bank Gruppe darüber hinaus auch eine Zielgröße für die Loan-to-Deposit-Ratio (LtD) festgelegt. Hierbei strebt die Postbank ein ausgeglichenes Verhältnis von Kundenkrediten und -einlagen an. Die Loan-to-Deposit-Ratio wird als Quotient aus den Forderungen gegenüber Kunden und den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (exklusive Geld- und Kapitalmarktaufnahmen) zuzüglich aus Förderrefinanzierungen resultierender Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gebildet und wird monatlich in einem mit der Bilanzsteuerung befassten Vorstandsgremium diskutiert.

VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG

137

Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Notesangabe 54.

NICHTFINANZIELLE ERKLÄRUNG



Die Postbank nutzt die nach § 315b Abs. 2 HGB bestehenden Befreiungsmöglichkeiten aufgrund des bestehenden Mutter-Tochter-Verhältnisses zur Deutschen Bank AG. Die Einbeziehung der Postbank erfolgt im Rahmen der Veröffentlichung der nichtfinanziellen Konzernberichterstattung auf den Internetseiten der Deutschen Bank (<https://www.db.com/ir>).

ZUSAMMENSETZUNG DES GEZEICHNETEN KAPITALS

114

Die gemäß § 160 AktG geforderten Angaben entnehmen Sie bitte dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Notesangabe 38.

MITARBEITER

Der Postbank Konzern beschäftigte am Jahresende 2017 – auf Vollzeitkräfte umgerechnet – 17.441 Mitarbeiter, das waren rund 670 weniger als am 31. Dezember 2016 (18.112). Der Bestandsrückgang spiegelt u. a. die im Rahmen der effizienteren Gestaltung der Flächenpräsenz erfolgte Anpassung der Kapazitäten wider. Darüber hinaus wurde die Anzahl der im Zahlungsverkehrsgeschäft beschäftigten Mitarbeiter auch durch den erfolgten Verkauf eines Geschäftsteils sowie durch Effizienzmaßnahmen innerhalb der Servicegesellschaften beeinflusst. Von den 17.441 Mitarbeitern sind – auf Vollzeitkräfte umgerechnet – 75 Beamte zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Saarbrücken abgeordnet und daher nicht operativ für den Postbank Konzern tätig.

Der Anteil der Beamten an unserer Mitarbeiterschaft lag mit – auf Vollzeitkräfte umgerechnet – 4.310 Personen bei ca. 25 %.

Etwa 25 % unserer Mitarbeiter befinden sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unsere externe Fluktuation – berechnet als Abgangsquote, bezogen auf die Anzahl der auf Vollzeitkräfte umgerechneten Mitarbeiter zum Jahresanfang – im Jahr 2017 belief sich auf rund 6 %. Die Gründe waren im Wesentlichen Ablauf von Befristungen, Beginn des gesetzlichen Ruhestands sowie Vorruhestand.

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter liegt bei etwa 21 Jahren. Die Postbank entlohnt nahezu alle Mitarbeiter nach leistungs- sowie erfolgsabhängigen Kriterien, die in einen variablen Entgeltbestandteil einfließen.

WICHTIGE EREIGNISSE BEI DER POSTBANK IM JAHR 2017

Organe

Frau Renate Treis ist aufgrund ihres Eintritts in den Ruhestand mit Wirkung zum Ablauf des 28. Februar 2017 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2016 beschließt, endete das Amt von Herrn Dr. Tessen von Heydebreck und Herrn Christian Sewing als Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat. Herr Dr. Tessen von Heydebreck wurde durch Beschluss der Hauptversammlung am 22. März 2017 für eine weitere Amtszeit von einem Jahr und Herr Christian Sewing für eine weitere Amtszeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2021 beschließt, als Vertreter der Anteilseigner gewählt.

Herr Hans-Jürgen Kummetat ist nach Ablauf seiner Amtszeit am 22. März 2017 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Des Weiteren wurden Frau Anna Lisa Trompa und Herr Frank Fuß im Rahmen der Delegiertenwahlen am 9. März 2017 als neue Vertreter der Arbeitnehmerseite zu Mitgliedern des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG gewählt. Amtszeitbeginn war der Ablauf der Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG am 22. März 2017.

Zum 1. Juni 2017 wurde Herr Lars Stoy in den Vorstand der Deutschen Postbank AG berufen. Zugleich wurde das Privatkundengeschäft der Postbank, das in der Vergangenheit auf verschiedene Bereiche und Vertriebswege verteilt war, neu strukturiert. Frau Susanne Klöß-Braekler, zuvor im Vorstand der Postbank für Produkte zuständig, verantwortet seither im Privatkundengeschäft die Kompetenzfelder „Postgeschäft“ und „Banking“ (Girokonten, Spar, Privatkredit), Herr Lars Stoy die Kompetenzfelder „4-Wände“ (Private Baufinanzierung, Bausparen, Immobilien) und „Wertpapier“. Die Bündelung dieser vier neu etablierten Kompetenzfelder erlaubt eine ganzheitliche Steuerung des Privatkundengeschäfts. Dies ermöglicht, die Postbank stärker an den Interessen des Kunden auszurichten sowie vertriebsübergreifende End-to-End-Prozesse durch Einbeziehung aller an der Wertschöpfungskette beteiligten Bereiche zu etablieren. Die Führung der vier Vertriebswege im Privatkundengeschäft übernehmen ebenfalls Frau Susanne Klöß-Braekler (Filialvertrieb und Callcenter) und Herr Lars Stoy (Mobiler Vertrieb inklusive Immobilienmakler sowie Baufinanzierungsspezialisten in den Filialen).

Herr Ralf Stemmer legte sein Mandat als Vorstand des Ressorts Ressourcen der Deutschen Postbank AG zum 31. Mai 2017 nieder. Seine Nachfolge hat Herr Philip Laucks, der zum 1. Juni 2017 in den Vorstand aufrückte, übernommen.

Veränderungen im Konzern

Die BHW Gesellschaft für Vorsorge GmbH wurde am 22. März 2017 mit der Eintragung in das Handelsregister rückwirkend zum 1. Januar 2017 auf die BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH verschmolzen.

Die Gesellschaften Deutsche Postbank Funding Trust IV und Deutsche Postbank Funding LLC IV wurden am 22. September 2017 aufgelöst.

Im dritten Quartal 2017 wurde mit dem Verkauf des Frankfurter girocard-Netzbetriebs der VÖB-ZVD Processing GmbH – ein zugelassener kaufmännischer Netzbetreiber für die technische Abwicklung der gängigsten Zahlungsarten mit Karten – ein weiterer Schritt zur Fokussierung auf unser Kerngeschäft abgeschlossen.

Die Postbank Beteiligungen GmbH führte im vierten Quartal 2017 als 100%ige Tochtergesellschaft der Deutschen Postbank AG eine Stammkapitalerhöhung mit Sacheinlagen durch. Den neuen Geschäftsanteil übernahm die Alleingesellschafterin Deutsche Postbank AG und brachte als Sacheinlage ihre sämtlichen Anteile an der PB Factoring GmbH ein.

WIRTSCHAFTSBERICHT

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2017

Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2017

Weltwirtschaft belebt sich

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2017 verstärkt. Dies war auf eine breit angelegte Zunahme der konjunkturellen Dynamik zurückzuführen. In den Industrieländern erhöhte sich der durchschnittliche Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 2,3%. In den aufstrebenden Märkten stieg das Wachstum auf 4,7%. Diese Belebung resultierte nicht zuletzt aus der Überwindung der zum Teil schweren Rezessionen in einigen großen Schwellenländern. Insgesamt wuchs die globale Wirtschaftsleistung kaufkraftbereinigt um 3,7% nach einem Plus von 3,2% im Vorjahr, während der Internationale Währungsfonds (IWF) zu Jahresbeginn eine Beschleunigung auf 3,4% erwartet hatte.

Die Konjunktur in den USA hat im Jahr 2017 spürbar an Tempo zugelegt. Insbesondere wurden die Unternehmensinvestitionen kräftig gesteigert. Dies war nicht zuletzt auf den im Vorjahresvergleich anziehenden Ölpreis und in der Folge wieder zunehmende Investitionen in den Energiesektor zurückzuführen. Zugleich belasteten die Lagerinvestitionen das Wachstum deutlich geringer als im Vorjahr. Der private Verbrauch wurde erneut beachtlich ausgeweitet und blieb wichtigster Wachstumsträger. Ausfuhren und Einfuhren wurden jeweils spürbar gesteigert. Per Saldo hatte der Außenhandel einen leicht dämpfenden Einfluss auf das Wachstum. Insgesamt beschleunigte sich das BIP-Wachstum von 1,5% im Vorjahr deutlich auf 2,3% im Jahr 2017. Dies entspricht dem von uns zu Berichtsjahresbeginn erwarteten Wert. Vor dem Hintergrund des positiven konjunkturellen Umfelds setzte sich der robuste Beschäftigungsaufbau in den USA in kaum vermindertem Tempo fort. Zugleich gab die Arbeitslosenquote, von einem bereits niedrigen Niveau ausgehend, nochmals spürbar nach.

Die asiatischen Schwellenländer wiesen erneut die höchste wirtschaftliche Dynamik auf. Ihr BIP-Wachstum lag mit 6,5% geringfügig über dem Ergebnis des Vorjahres von 6,4%. Dabei überraschte China mit einer leichten Beschleunigung des Wachstums auf 6,9% nach 6,7% im Vorjahr. Der Aufwärtstrend der Industrieproduktion verstärkte sich nach einem

schwachen Vorjahr wieder. Vor allem aber weitete die chinesische Wirtschaft ihre Exporte kräftig um 7,9% aus. Die japanische Wirtschaft belebte sich 2017 spürbar. Der private Verbrauch wurde moderat, die Bruttoanlageinvestitionen hingegen wurden deutlich gesteigert. Kräftige Impulse kamen aber vor allem von den Exporten, die von der zunehmenden globalen Nachfrage sowie der moderaten Abwertung des Yen profitierten. In der Summe führte dies zu einer Steigerung des BIP-Wachstums auf 1,8%, während wir lediglich ein Plus von 1,1% erwartet hatten.

Im Euroraum hat sich der konjunkturelle Aufschwung 2017 verstärkt. Kräftige Impulse kamen auch weiterhin von der Binnennachfrage. So wurde der private Verbrauch, den vorliegenden Daten nach zu urteilen, um 1,9% ausgeweitet. Der Staatsverbrauch stieg demnach um 1,1%. Die Bruttoanlageinvestitionen wurden um schätzungsweise 4,0% gesteigert. Eine markante Verstärkung des Aufwärtstrends ergab sich bei den Exporten. In der Folge lieferte der Außenhandel einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum, nachdem er im Vorjahr noch spürbar belastend gewirkt hatte. Letztlich war dies für die Beschleunigung des BIP-Wachstums auf 2,5% nach einem Zuwachs um 1,8% im Vorjahr verantwortlich. Zugleich stellte sich die konjunkturelle Entwicklung aus regionaler Perspektive ausgewogener dar als in den Vorjahren. Einige Länder, die zuvor eher schwach gewachsen waren, konnten zum Durchschnitt des Euroraums weitgehend aufschließen. Im Zuge des robusten Aufschwungs ging die durchschnittliche Arbeitslosenquote deutlich auf 9,1% zurück.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa verlief wesentlich positiver, als von uns erwartet. Das BIP wuchs weit stärker, als zu Berichtsjahresbeginn mit 1,4% prognostiziert.

Kräftiger Aufschwung in Deutschland

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat 2017 deutlich an Kraft und Breite gewonnen. Nachhaltige Impulse kamen erneut von der Binnennachfrage. Der private Verbrauch stieg um 2,0% und damit ähnlich stark wie im Vorjahr, obwohl die Inflationsrate deutlich von 0,5% auf 1,8% anzog. Er profitierte dabei von dem weiterhin historisch niedrigen Zinsniveau und von einem beschleunigten Anstieg der verfügbaren Einkommen. Dieser ermöglichte es den privaten Haushalten auch, trotz Mehrkonsums und Preissteigerungen, ihre Sparquote weitgehend konstant zu halten. Der Staatsverbrauch wurde hingegen nur noch moderat ausgeweitet. Der Zuwachs bei den Bruttoanlageinvestitionen wiederum verstetigte sich mit 3,0% auf einem ansehnlichen Niveau. Dabei beschleunigte sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen spürbar auf 3,5%. Positiv wirkte sich hierbei das sich verbessernde globale Umfeld aus. Der Zuwachs bei den Bauinvestitionen schwächte sich hingegen geringfügig auf 2,6% ab, was auf einen Rückgang der Wachstumsrate bei den Wohnungsbauinvestitionen auf – immer noch sehr solide – 3,1% zurückzuführen ist. Die Exporte wiederum wurden infolge der verstärkten globalen Nachfrage um 4,7% ausgeweitet. Trotz eines ebenfalls beschleunigten Importwachstums lieferte der Außenhandel einen positiven Beitrag zum BIP-Wachstum, nachdem er dieses 2016 noch gebremst hatte. Insgesamt wuchs das BIP 2017 um 2,2% und damit spürbar stärker als im Vorjahr. Vor dem Hintergrund des soliden Aufschwungs entwickelte sich der deutsche Arbeitsmarkt positiv. Die Zahl der Arbeitslosen fiel im Jahresdurchschnitt um 158.000 auf 2,53 Millionen, was zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote von 6,1% auf 5,7% führte. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 659.000 auf 44,29 Millionen.

Zusammenfassend betrachtet, verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2017 wesentlich positiver, als von uns zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts erwartet. Insbesondere hat das BIP-Wachstum unsere Prognose von 1,4 % deutlich übertroffen.

Entwicklung an den Märkten

Die globalen Finanzmärkte wurden insbesondere in der ersten Hälfte des Jahres 2017 durch politische Faktoren beeinflusst. Im späteren Jahresverlauf prägte vor allem der sich beschleunigende globale Aufschwung das Marktgeschehen.

Die Notierungen an den internationalen Aktienmärkten stiegen im Jahresverlauf deutlich an. Triebfeder dieser Entwicklung war die Beschleunigung des globalen BIP-Wachstums bei weiterhin sehr niedrigen Zinsen. In diesem Umfeld konnten viele Unternehmen Umsatz und Gewinn steigern und so die Basis für steigende Kurse legen. Dabei sorgten politische Unsicherheiten – ausgehend z. B. von den zahlreichen Wahlen im Euroraum, den stockenden Verhandlungen über die Konditionen eines Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU) oder dem Konflikt zwischen den USA und Nordkorea – am deutschen Aktienmarkt wie auch an anderen europäischen Märkten bis in den Sommer hinein immer wieder für temporäre Rücksetzer. In den letzten Monaten des Berichtsjahres beschleunigte und festigte sich dann der Kursaufschwung aufgrund der immer besseren globalen Wachstumsaussichten. Per saldo legte der DAX 2017 im Vergleich zu seinem Jahresschlussstand 2016 um 12,5 % zu. Der EURO STOXX 50 erzielte ein deutlich geringeres Plus von 6,5 %. In den USA entwickelten sich die Aktiennotierungen noch besser, wobei die dortigen Märkte auch von deutlichen temporären Rücksetzern verschont blieben. Der S&P 500 legte um 19,4 % zu.

Die Risikoauflagen im Bereich der Staatsanleihen der Mitgliedsstaaten des Euroraums (EWU) haben 2017 insgesamt abgenommen. Die Renditeaufschläge italienischer, spanischer und portugiesischer Staatsanleihen gegenüber Bundesanleihen gaben jeweils nach, dies jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Die stärksten Verbesserungen waren bei portugiesischen Staatsanleihen zu verzeichnen. Nachdem 2016 noch die Unsicherheit über den wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung und das anhaltend hohe Staatsdefizit die Risikoauflagen deutlich steigen lassen, reduzierten sich diese 2017 stark als Folge eines erwarteten kräftigen Wachstums und eines beachtlichen Fortschritts beim Abbau des Staatsdefizits sowie darauf basierender Anhebungen des Ratings für portugiesische Staatsanleihen durch einige Ratingagenturen. Der spanische Kapitalmarkt profitierte 2017 auch weiterhin von der anhaltend kräftigen wirtschaftlichen Erholung des Landes. Politische Faktoren wie die Unabhängigkeitsbestrebungen der Region Katalonien sorgten zwischenzeitlich aber für Verunsicherung. Dennoch gaben die Renditeaufschläge spanischer Staatsanleihen per Saldo nach. Ende 2017 lagen sie leicht unter ihrem Vorjahresschlussstand. Letzteres gilt auch für italienische Staatsanleihen, obwohl die Ausschreibung vorgezogener Neuwahlen gegen Jahresende die Risikoauflagen wieder leicht anziehen ließ.

Hinsichtlich der Geldpolitik der EZB gab es 2017 einen wichtigen, wenn auch sehr vorsichtigen Trendwechsel. Nachdem die Notenbank zur Bekämpfung von Krisen und der aus ihrer Sicht vorhandenen Deflationsrisiken das geldpolitische Umfeld in den vorangegangenen Jahren drastisch gelockert

hatte, wurde nun der Ausstieg aus dem Anleiheankaufprogramm eingeleitet. Um die Gefahr von Marktverwerfungen und einer konjunkturellen Dämpfung in der EWU zu verringern, ging sie dabei sehr behutsam vor. Im April senkten die Währungshüter das monatliche Ankaufvolumen für Anleihen von 80 Mrd € auf 60 Mrd €. Damit wurde der entsprechende Beschluss vom Dezember 2016 umgesetzt. Im Oktober 2017 erfolgte dann die Entscheidung, die Ankäufe ab Januar 2018 weiter zu senken, und zwar auf monatlich 30 Mrd €. Wie schon bei der vorangegangenen Volumenänderung entschieden die Währungshüter erneut, die Ankäufe noch einmal um neun Monate zu verlängern. Die Änderung der Forward Guidance auf der Ratssitzung im Juni 2017, gemäß der die EZB keine weitere Senkung der Leitzinsen mehr erwartet, kann ebenfalls als eine vorsichtige Trendwende in der Geldpolitik gewertet werden. Die Leitzinsen ließ der EZB-Rat im gesamten Jahr 2017 unverändert. Der Hauptrefinanzierungssatz verharrte bei 0,00 %, der Einlagensatz bei –0,40 % und der Spitzenrefinanzierungssatz bei 0,25 %. Infolge der konstanten Zinspolitik bewegten sich die Geldmarktzinsen durchgehend auf einem niedrigen Niveau. Der 3-Monats-Euribor lag Ende 2017 mit –0,33 % um 0,01 Prozentpunkte unter seinem Vorjahresschlussstand.

Die US-Notenbank beschleunigte im Jahr 2017 aufgrund des soliden Konjunkturaufschwungs und der sich fortsetzenden Verbesserung am US-Arbeitsmarkt ihren Ausstieg aus der Niedrigzinspolitik. Sie hob ihren Leitzins bis zum Jahresende in drei Schritten um insgesamt 0,75 Prozentpunkte auf eine Spanne von 1,25 % bis 1,50 % an und übertraf damit unsere Prognose einer Spanne von 1,00 % bis 1,25 %. Überdies reinvestierte die Fed die Beträge, die ihr aus fällig werdenden Anleihen in ihrem Bestand zufließen, seit Oktober 2017 nur noch teilweise.

Die Kapitalmarktzinsen unterlagen im Jahr 2017 recht starken Schwankungen. Vor allem in der ersten Jahreshälfte lösten sich Auf- und Abwärtsbewegungen der Renditen mehrfach in rascher Folge ab. Ausgelöst wurden diese zunächst durch wechselnde Einschätzungen hinsichtlich des zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurses der neuen US-Administration. Eine wichtige Rolle spielten aber auch politische Unsicherheiten in Europa. Zur Jahresmitte sorgten dann starke Konjunkturdaten aus dem Euroraum in Verbindung mit Äußerungen des EZB-Präsidenten, die als Vorbereitung auf eine geldpolitische Wende interpretiert wurden, für einen Renditeschub. Nachfolgend wurden diese Äußerungen aber deutlich relativiert. Im Kontext mit einer Verschärfung geopolitischer Spannungen und einer daraus resultierenden Flucht in die Qualität führte dies zu einer Abwärtskorrektur der Kapitalmarktzinsen. Gegen Jahresende ließen dann die guten konjunkturellen Aussichten und die zunehmende Erwartung einer baldigen Straffung der EZB-Geldpolitik die Kapitalmarktzinsen wieder steigen. Zum Jahresende 2017 lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen mit 0,43 % um 0,22 Prozentpunkte höher als zum Vorjahresschluss. Da die Geldmarktzinsen im gleichen Zeitraum geringfügig nachgegeben haben, ist die Zinskurve in Deutschland etwas steiler geworden. In den USA ging die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen leicht zurück. Bei gleichzeitig deutlich anziehenden Geldmarktsätzen ist die US-Zinskurve erheblich flacher geworden.

Trotz der sich ausweitenden Leitzinsdifferenz zugunsten der USA konnte der Euro im Verlauf des Jahres 2017 gegenüber dem US-Dollar spürbar zulegen. Er profitierte vor allem von dem sich deutlich beschleunigenden Konjunkturaufschwung

im Euroraum. Dieser wiederum stärkte die Erwartung, dass auch die EZB ihre Leitzinsen in absehbarer Zeit anheben dürfte. Zum Jahresende wurde der Euro mit gut 1,20 US-\$ gehandelt. Damit wurde er gegenüber dem Vorjahr um 14,0 % aufgewertet.

Die Entwicklung an den Märkten entsprach weitgehend unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen hatten wir zum Jahresende 2017 auf einem gegenüber dem Jahresanfang leicht erhöhten Niveau erwartet. Zugleich waren wir von konstanten EZB-Leitzinsen sowie einer moderaten Versteilerung der Zinsstrukturkurve ausgegangen.

Branchensituation

Die weiterhin andauernde Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), regulatorische Erfordernisse sowie die Lösung des Problems notleidender Kredite bei italienischen Banken und einem spanischen Institut waren die dominierenden Themen 2017 für den europäischen Bankensektor.

Die Deutsche Bundesbank hat gemeinsam mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bis Ende Juni 2017 rund 1.500 kleine und mittelgroße deutsche Finanzinstitute einem Stresstest unterzogen. Die Testergebnisse wurden Ende August 2017 veröffentlicht und werden in den Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) von Bundesbank und BaFin einfließen. Insgesamt war das Fazit positiv. Kleine und mittelgroße Institute verfügen fast ausnahmslos über eine gute Widerstandsfähigkeit. Die durchschnittliche – über alle teilnehmenden Banken hinweg berechnete – harte Kernkapitalquote nach Stress lag bei 13,3 %. Lediglich rund 4,5 % der Institute konnten die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nicht erfüllen.

Parallel zu diesem Stresstest führte die EZB ebenfalls europaweit eine Befragung zur Ertragskraft bei Banken durch, die zwar nicht ihrer direkten Kontrolle unterliegen, die aber aus anderen Gründen aufsichtsrechtliche Bedeutung haben. In diesem LSI Profitability Forecast Survey befragte die EZB u. a. 41 deutsche Institute, die ebenfalls von Bundesbank und BaFin überprüft wurden.

Mitte Mai 2017 hat der Bundesrat das Zweite Finanzmarktnovellierungsgesetz sowie Änderungen zur EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie verabschiedet. Ersteres regelt die Umsetzung von MiFID II (Markets in Financial Instruments Directive II) in nationales Recht. Letztere sollen rechtliche Unsicherheiten beheben, die bei der Umsetzung der zugrunde liegenden EU-Richtlinie aufgetreten waren.

MiFID II und MiFIR (Markets in Financial Instruments Regulation) sind am 3. Januar 2018 in Kraft getreten. PSD2 (Payment Service Directive) wurde am 13. Januar 2018 in deutsches Recht umgesetzt.

Das Volumen der an inländische Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ausgereichten Kredite wurde in den ersten drei Quartalen des Jahres 2017 um 3,1 % auf 2.589 Mrd € ausgeweitet. Damit hat sich das Kreditwachstum gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum beschleunigt. Dabei erhöhte sich das Volumen der Kredite an Unternehmen um 3,8 % auf 982 Mrd €, womit der Zuwachs deutlich stärker ausfiel als im Vorjahr. Die Ausleihungen an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen kletterten um 2,3 % auf 410 Mrd € und damit ebenfalls lebhafter als im

entsprechenden Zeitraum des Jahres 2016. Die Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen erhöhten sich in den ersten drei Quartalen um 2,8 % auf 1.182 Mrd €. Der Zuwachs war damit nur geringfügig stärker als 2016. Hierunter wiederum wurden die Wohnungsbaukredite um 2,9 % auf 945 Mrd € gesteigert. Im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten für Privatkunden war jedoch im Jahr 2017 ein Rückgang um 2,2 % zu verzeichnen. In der insgesamt spürbaren Belebung des Kreditgeschäfts spiegelt sich vor allem die Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs wider. Der leichte Rückgang im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten ist als Stabilisierung auf hohem Niveau zu klassifizieren.

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland sank zwischen Januar und Oktober des Jahres 2017 im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreswert deutlich um 5,9 %. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gab dabei kräftig um 7,2 % nach. Der hier bereits in den Vorjahren zu registrierende positive Trend setzte sich damit fort. Der konjunkturelle Aufschwung sowie das sehr niedrige Zinsniveau dürften hierzu beigetragen haben. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (einschließlich der Insolvenzen ehemals Selbstständiger sowie sonstiger Insolvenzen) fiel um weitere 5,6 %, nachdem es bereits in den Vorjahren zu spürbaren Rückgängen gekommen war. Die weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit dürfte sich hier erneut positiv ausgewirkt haben.

Die Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, kennzeichnet weiterhin den deutschen Bankenmarkt. Im Jahr 2017 waren keine nennenswerten Transaktionen zwischen den einzelnen Säulen zu beobachten. Allerdings waren sowohl im öffentlich-rechtlichen als auch im genossenschaftlichen Sektor weiterhin Fusionen kleinerer Institute zu beobachten. Die zunehmenden regulatorischen Erfordernisse dürften ein wichtiger Treiber dieser Entwicklung sein.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir wie gewohnt die im Branchenindex Prime Standard Banken der Deutschen Börse gelisteten Kreditinstitute sowie die Postbank berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis September 2017 mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Alle fünf Institute weisen sowohl vor als auch nach Steuern Überschüsse aus. Allerdings waren die Ergebnisse in beiden Abgrenzungen bei drei der fünf Banken im Vorjahresvergleich rückläufig. Das anhaltende Niedrigzinsumfeld hat wiederum Spuren in den Gewinn- und Verlustrechnungen aller Geldhäuser hinterlassen. Dies zeigt vor allem die Entwicklung des Zinsergebnisses: Vier Banken verzeichneten einen Rückgang des Zinsüberschusses sowohl vor als auch nach Verrechnung der Risikovorsorge. Das insgesamt wenig volatile Marktgeschehen wurde von den Instituten mehrheitlich erfolgreich gemeistert. Vier der fünf Geldhäuser konnten ihr Handelsergebnis verbessern. Ebenso viele Institute konnten den Provisionsüberschuss im Vorjahresvergleich steigern. Die Entwicklung des Verwaltungsaufwands zeigt, dass die Geldhäuser mehrheitlich weiterhin großes Augenmerk auf die Kostenkontrolle richten. Vier Kreditinstitute verringerten ihren Verwaltungsaufwand im genannten Zeitraum. Hierdurch gelang es diesen vier Banken, ihre Aufwand-Ertrags-Quote zu reduzieren. Den Return on Equity (RoE) nach Steuern konnten allerdings nur zwei Geldhäuser steigern.

Der DAX erreichte im Gesamtjahr 2017 einen Kursanstieg von 12,5 %. Die Aktien der beiden im deutschen Leitindex gelisteten Banken verzeichneten eine gegensätzliche Kursentwicklung: Während eine Aktie deutliche Kursgewinne verbuchen konnte, gab das andere Papier nach.

GESCHÄFTSVERLAUF

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebnis- und Bilanzpositionen detailliert erläutert. Die Kommentierungen der einzelnen Ergebnispositionen der Gewinn- und Verlustrechnung beziehen sich – wenn nicht anders angegeben – auf den Vergleich der Ergebnisse mit den angepassten Zahlen des Geschäftsjahres 2016. Die vorgenommenen Anpassungen können dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Notesangabe 6 entnommen werden.



Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Postbank erreichte im Geschäftsjahr 2017 bei anhaltend schwierigen Marktbedingungen und signifikanten Investitionen in die geplante weitere Integration in die Deutsche Bank Gruppe ein Ergebnis vor Steuern von 248 Mio € nach 304 Mio € im Vorjahr. Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 56 Mio € bzw. 18,4 %.

Das um wesentliche Sondereffekte bereinigte Ergebnis vor Steuern, eine Basis für die Beurteilung der operativen Geschäftsentwicklung, konnte mit 649 Mio € im Vergleich zum Vorjahr um 183 Mio € bzw. 39,3 % deutlich gesteigert werden. Mit diesem Ergebnis wurde der prognostizierte Anstieg im mittleren zweistelligen Millionen-Euro-Bereich übertroffen.

Bereinigt wurden dabei für das Geschäftsjahr 2017 Aufwendungen für strategische Initiativen – darunter im Wesentlichen Rückstellungen für die Integration in das Privat- und Geschäftskundengeschäft der Deutschen Bank inklusive der Neustrukturierung unseres Vertriebsmodells – (–434 Mio €), eine Zuschreibung auf die Marke der BHW Bausparkasse (23 Mio €), die aus dem Verkauf des Frankfurter girocard-Netzbetriebs der VÖB-ZVD Processing GmbH realisierten Sonstigen Erträge abzüglich der korrespondierenden Transaktionskosten (21 Mio €) sowie außergewöhnliche Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Kundenschutzurteilen (–11 Mio €). Zum Vergleich wurde das Ergebnis vor Steuern des Vorjahres bereinigt um Aufwendungen für strategische Initiativen (–209 Mio €), außergewöhnliche Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Kundenschutzurteilen (–56 Mio €) sowie einmalige Erträge aus dem Verkauf der strategischen Beteiligung an der Visa Europe Ltd. (104 Mio €).

Ohne Berücksichtigung der vorstehend genannten Sondereffekte erreichte die Postbank trotz der aus dem Niedrigzinsumfeld resultierenden Belastungen auf die Ertragssituation eine positive Ergebnisentwicklung. Diese wurde maßgeblich durch die erfolgreiche Umsetzung der strategischen Maßnahmen zur Steigerung des Provisionsüberschusses, erneute gesteigerte Volumen im Kreditneugeschäft und eine Reduktion der Kostenbasis erreicht. So konnten der Zinsüberschuss und der Provisionsüberschuss trotz der deutlichen Belastungen aus dem Niedrigzinsumfeld in Summe beinahe konstant gehalten werden, sodass sich der Rückgang der unbereinigten Gesamterträge um 123 Mio € bzw. 3,7 % auf 3.194 Mio € im Wesentlichen durch den im Vorjahr getätigten Verkauf der

strategischen Beteiligung an der Visa Europe Ltd. erklärt. Unter Einbezug der realisierten Steigerung der Sonstigen Erträge um 86 Mio € bzw. 61,0 % auf 227 Mio € – die jedoch in Höhe von 46 Mio € von einer Zuschreibung auf die Marke der BHW Bausparkasse und dem Verkauf des Frankfurter girocard-Netzbetriebs der VÖB-ZVD Processing GmbH profitieren konnten – ergibt sich eine positive Entwicklung der Ertragsbasis. Gleichzeitig wirkte sich im Ergebnis vor Steuern eine um 85 Mio € bzw. 46,2 % gesunkene Belastung aus der Risikovorsorge positiv aus.

Ohne Berücksichtigung der Aufwendungen für strategische Initiativen zeigt sich unterliegend eine Reduktion des Verwaltungsaufwands um 41 Mio € bzw. 1,5 % – und dies trotz erneut gestiegener Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung (+9 Mio €). Die erzielten Fortschritte auf der Kostenseite wurden maßgeblich durch eine verbesserte Kostendisziplin, Anpassung von Kapazitäten und effizienzsteigernde Maßnahmen aus der Umsetzung unseres strategischen Programms realisiert. Positiv bemerkbar machte sich zusätzlich die Reduktion von außergewöhnlichen Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Kundenschutzurteilen in Höhe von 45 Mio €, die die Sonstigen Aufwendungen im Vorjahr deutlich stärker belastet hatten.

Das Ergebnis nach Steuern lag per 31. Dezember 2017 – analog zum Ergebnis vor Steuern – mit 250 Mio € um 64 Mio € bzw. 20,4 % unter dem Vorjahreswert. Die Postbank erzielte im Berichtsjahr einen Steuerertrag in Höhe von 2 Mio € (Vorjahr: 10 Mio €). Dieser resultierte u. a. aus der steuerlichen Organschaft der Deutschen Postbank AG mit der Deutschen Bank AG.

Die Kapitalrendite der Postbank – berechnet als Quotient aus Konzerngewinn und Bilanzsumme – lag mit 0,2 % auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Postbank wird weiterhin maßgeblich durch die Ausrichtung ihrer Geschäftsaktivitäten auf Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden charakterisiert. Der Zinsüberschuss bewegte sich im Berichtsjahr aufgrund des anhaltend niedrigen bzw. zum Teil negativen Zinsniveaus mit 2.066 Mio € um 108 Mio € bzw. 5,0 % erneut moderat unter dem Vorjahresniveau (2.174 Mio €), wobei die aus dem Zinsniveau resultierenden Belastungen teilweise durch Steigerungen im Kreditgeschäft kompensiert werden konnten. Dem gegenüber steht die erfolgreiche Steigerung des Provisionsüberschusses um 101 Mio € bzw. 12,1 % auf 936 Mio €. Die Summe aus Handels- und Finanzanlageergebnis sank im Vergleich zum Vorjahr um 117 Mio € bzw. 37,9 %, was im Wesentlichen auf den Verkauf der strategischen Beteiligung an der Visa Europe Ltd. in der Vergleichsperiode zurückzuführen ist.

Die Risikovorsorge lag mit 99 Mio € um 85 Mio € bzw. 46,2 % deutlich unter dem schon sehr niedrigen Niveau des Vorjahres von 184 Mio €. Diese positive Entwicklung geht im Wesentlichen zurück auf die durch Auflösung von Risikovorsorge erzielten Erträge (63 Mio €) im Zusammenhang mit der Verwertung eines Firmenkundenengagements sowie den Verkauf zweier Kreditportfolios und bestätigt die hohe Qualität unseres Kreditbestands – gemessen am Loan-to-Value (LtV). Die unverändert gute Verfassung des deutschen Immobilienmarktes sowie die anhaltend gute Arbeitsmarktsituation in Deutschland begünstigten die positive Entwicklung der Risikovorsorge. In der Reduktion der Nettozuführungsquote um 9 Basispunkte auf 9 Basispunkte spiegelt sich neben der gesunkenen Risikovorsorge auch das im Berichtsjahr erzielte Bestandswachstum der Forderungen an Kunden wider.

Angesichts der weiterhin auf niedrigem bzw. zum Teil negativem Niveau verharrenden Zinsen legt die Postbank ein großes Augenmerk auf ein striktes Kostenmanagement. So konnte der Verwaltungsaufwand ohne Aufwendungen für strategische Initiativen im Berichtsjahr um 41 Mio € bzw. 1,5 % reduziert werden. Die Aufwendungen für strategische Initiativen stiegen im Vorjahresvergleich um 225 Mio € auf 434 Mio € an – 334 Mio € davon entfallen auf Aufwendungen im Zusammenhang mit der Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern.

ERTRAGSLAGE

Zinsüberschuss

Die Postbank verfügt aufgrund ihres hohen Bestands an Sicht- und Spareinlagen im Vergleich zum bestehenden Kreditgeschäft über einen Einlagenüberhang, der in Zeiten von negativen Geldmarktzinsen – in Verbindung mit einer konservativen Anlagestrategie – zu einer Belastung des Zinsüberschusses führt. Der Zinsüberschuss lag entgegen unserer Erwartung einer leichten Steigerung mit 2.066 Mio € moderat unter dem Vorjahreswert von 2.174 Mio €. Ertragsbelastend wirkten der fortgesetzte Abbau von festverzinslichen Finanzanlagen, Fälligkeiten sowie die anhaltend hohe Tilgungsbereitschaft der Kreditnehmer. Im Niedrigzinsumfeld werden diese Bestände durch niedriger verzinstes Neugeschäft ersetzt oder am Geldmarkt zu negativen Renditen angelegt. Allein die Belastung aus der Anlage des vorhandenen Einlagenüberhangs zu negativen Zinsen am Geldmarkt bzw. bei der EZB stieg im Berichtszeitraum auf 67 Mio € (Vorjahr: 54 Mio €). Insgesamt sanken die Zinserträge gegenüber dem Vorjahr um 377 Mio € bzw. 9,6 %. Die anhaltend erfreuliche Entwicklung des Kreditneugeschäfts und das daraus resultierende Bestandswachstum der Forderungen gegenüber Kunden trugen bei gleichzeitig stabilem Einlagenvolumen zu einer Mitigation der aus dem Niedrigzinsumfeld resultierenden Belastungen bei. Positive Effekte für die Entwicklung des Zinsüberschusses hatte ferner der fortgesetzte Abbau von hochverzinslichen Verbindlichkeiten. Der dadurch erzielte Rückgang der Zinsaufwendungen wurde allerdings durch erhöhte Zinsaufwendungen aus Absicherungsgeschäften für das unerwartet stark gewachsene Forward-Portfolio unseres privaten Baufinanzierungsgeschäfts geschmälert und betrug 273 Mio € bzw. 15,8 %.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis entwickelte sich im Berichtsjahr mit einem Anstieg um 62 Mio € bzw. 124,0 % auf 112 Mio € deutlich besser als erwartet; wir waren ursprünglich von einer rückläufigen Entwicklung im einstelligen Millionen-Euro-Bereich ausgegangen. Maßgeblich für den nicht prognostizierten Anstieg waren insbesondere die um 45 Mio € auf 57 Mio € gestiegenen positiven Bewertungseffekte der in der Fair-Value-Option befindlichen Baufinanzierungsbestände.

Finanzanlageergebnis

Das Ergebnis aus Finanzanlagen lag, unseren Erwartungen entsprechend, mit 80 Mio € um 178 Mio € bzw. 69,0 % deutlich unter dem Finanzanlageergebnis der Vergleichsperiode, das von dem Verkauf der strategischen Beteiligung an der Visa Europe Ltd. in Höhe von 104 Mio € sowie dem Verkauf von Unternehmensanleihen in Höhe von 58 Mio € profitiert hatte. Aus der weiter fortgesetzten Reduzierung eines strategischen Aktieninvestments, dem eine Vertriebskooperation zugrunde liegt, wurde ein Ergebnis von 12 Mio € erzielt – während die Erträge aus der Reduktion im Vergleichszeitraum noch bei 22 Mio € gelegen hatten. Ohne Berücksichtigung der vorstehend genannten Effekte konnte das Finanzanlageergebnis auf einem nahezu stabilen Niveau gehalten werden. Darin spiegelt sich – im Wesentlichen unverändert gegenüber dem Vorjahr – die erfolgreiche Wahrnehmung von Opportunitäten bei Staatsanleihen wider.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss konnte infolge der Umsetzung zahlreicher strategischer Maßnahmen um 101 Mio € bzw. 12,1 % auf 936 Mio € gesteigert werden und entsprach damit knapp unserer Wachstumsprognose, die einen Anstieg im niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Bereich vorsah. Einen wesentlichen Teil dieser strategischen Maßnahmen bildeten die Einführung eines neuen Girokonto-Modells Ende 2016 für Privatkunden und die Anpassung des Preismodells für Geschäftskunden in der Mitte des Jahres 2017. Als erfolgreich erwies sich auch die Einführung der neuen Wertpapierstrategie auf Basis eines optimierten Beratungsprozesses. Vor diesem Hintergrund und dank einer verbesserten Vertriebsleistung konnte das Neugeschäft mit Fonds im Geschäftsjahr 2017 deutlich um 0,5 Mrd € bzw. 31,8 % auf 2,3 Mrd € gesteigert werden. Der Anstieg des Volumens in Depots und Anlagekonten um 1,8 Mrd € bzw. 12,0 % auf 16,8 Mrd € bewirkte einen Anstieg der Bestandsprovisionen im Wertpapiergeschäft.

Der aus dem Geschäft mit Postdienstleistungen und der Abwicklung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen erzielte Provisionsüberschuss bewegte sich mit 263 Mio € leicht unter dem Niveau des Vorjahres; dies ist im Wesentlichen auf eine Ausweisänderung des Qualitätsbonus im Postgeschäft zurückzuführen. Der im Vermittlungsgeschäft von Versicherungen erwirtschaftete Provisionsüberschuss profitierte u. a. von einer einmaligen Abfindungszahlung in Höhe von 5 Mio € seitens eines Produktgebers.

Gesamterträge

Die Gesamterträge der Postbank betragen im Berichtsjahr 3.194 Mio €. Der Rückgang um 123 Mio € bzw. 3,7 % ist maßgeblich auf die Entwicklung des Finanzanlageergebnisses zurückzuführen, das im Vergleichszeitraum durch den Verkauf einer strategischen Beteiligung an der Visa Europe Ltd. (104 Mio €) und von Unternehmensanleihen (58 Mio €) positiv beeinflusst war.

Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft konnte 2017 – abweichend von unserer zu Jahresbeginn geäußerten Prognose einer Steigerung im niedrigen zweistelligen Millionen-Euro-Bereich –, ausgehend von dem bereits historisch niedrigen Vorjahresniveau von 184 Mio €, nochmals um 85 Mio € bzw. 46,2 % auf 99 Mio € reduziert werden. Diese positive Entwicklung geht im Wesentlichen auf die erfolgreiche Verwertung eines Firmenkundenengagements und die daraus resultierende Auflösung von Risikovorsorge (63 Mio €) sowie den Verkauf zweier Kreditportfolios zurück. Neben dem konservativen Geschäftsmodell der Postbank wirkten die verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland sowie die nachhaltig guten Bedingungen am deutschen Arbeitsmarkt weiterhin unterstützend.

Die annualisierte Nettozuführungsquote – Risikovorsorge bezogen auf den Kundenkreditbestand – lag mit 9 Basispunkten auf erfreulich niedrigem Niveau. In der erzielten Reduktion der Nettozuführungsquote um 9 Basispunkte dokumentiert sich neben der gesunkenen Risikovorsorge auch das im Berichtsjahr fortgesetzte Bestandswachstum der Forderungen gegenüber Kunden. Der niedrige Risikovorsorgebedarf unterstreicht die unverändert hohe Kreditqualität der Postbank.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich entgegen der Prognose einer moderaten Verbesserung – im Wesentlichen bedingt durch außerplanmäßige Rückstellungsbildungen im Zusammenhang mit der bevorstehenden Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern – um 177 Mio € bzw. 6,2 % auf 3.030 Mio €. Ohne Berücksichtigung der Aufwendungen für strategische Initiativen ist es uns gelungen, den Verwaltungsaufwand um 41 Mio € bzw. 1,5 % trotz steigenden Neugeschäftsvolumens und anhaltenden Kostendrucks aus regulatorischen Neuerungen leicht zu reduzieren. Diese leichte Verbesserung ist maßgeblich auf die erfolgreiche Umsetzung der strategischen Maßnahmen zurückzuführen, die eine gesteigerte Effizienz und die Anpassung von Kapazitäten zur Folge hatte.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vorjahresvergleich im Zusammenhang mit der vorstehend angesprochenen Integration durch Rückstellungsbildung für ein freiwilliges Vorruhestands- und Abfindungsprogramm im Volumen von 289 Mio € um 268 Mio € bzw. 19,2 % auf 1.663 Mio €, während sich die Mitarbeiteranzahl im Rahmen unserer Erwartung moderat rückläufig entwickelte. Die anderen Verwaltungsaufwendungen konnten hingegen um 99 Mio € bzw. 7,3 % auf 1.261 Mio € reduziert werden. Die operative Kostendisziplin der Postbank zeigt sich insbesondere vor dem Hintergrund der erneut um 9 Mio € gestiegenen Belastungen aus Bankenabgabe und Einlagensicherung. Trotz des anhaltenden Kostendrucks investierte die Postbank im Rahmen der Management Agenda einen niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Betrag in Maßnahmen zur Effizienzsteigerung, in die Automatisierung sowie in die weitere Digitalisierung des Geschäftsmodells.

Die auf den Verwaltungsaufwand entfallenden Aufwendungen für strategische Initiativen bewegten sich mit 425 Mio € deutlich oberhalb des Vorjahresniveaus (208 Mio €).

Die Abschreibungen belasteten den Verwaltungsaufwand mit 106 Mio € und lagen im Wesentlichen aufgrund von gestiegenen Abschreibungen auf Immobilien um 8 Mio € bzw. 8,2 % über dem Vorjahresniveau.

Sonstige Erträge und Aufwendungen

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen lag im Geschäftsjahr 2017 mit 183 Mio € um 159 Mio € deutlich über dem Vorjahreswert von 24 Mio €. Im Wesentlichen ist diese Entwicklung bedingt durch eine Vergütung für die Teilnahme an der TLTRO-Bietergruppe in Höhe von 106 Mio € (Vorjahr: 40 Mio €), Erträge aus dem Verkauf des Frankfurter girocard-Netzbetriebs der VÖB-ZVD Processing GmbH in Höhe von 23 Mio € sowie eine außerplanmäßige Zuschreibung in Höhe von 23 Mio € auf die Marke der BHW Bausparkasse. Belastend wirkten im Vergleichszeitraum demgegenüber außergewöhnliche Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Kundenschutzurteilen in Höhe von 56 Mio €, die sich in der aktuellen Berichtsperiode auf 11 Mio € beliefen.

Ergebnis vor Steuern und Konzerngewinn

Die Postbank erzielte ein Ergebnis vor Steuern von 248 Mio €. Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 56 Mio € bzw. 18,4 %, bei dem die positiven operativen Ergebnisentwicklungen durch die im Geschäftsjahr 2017 deutlich um 225 Mio € bzw. 108,0 % gestiegenen Aufwendungen für strategische Initiativen – die erheblich durch Maßnahmen aus der bevorstehenden Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern begründet waren – überlagert wurden.

Der Konzerngewinn verringerte sich gegenüber dem des Vorjahres um 64 Mio € bzw. 20,4 % auf 250 Mio €. Bedingt durch die steuerliche Organschaft der Deutschen Postbank AG mit der Deutschen Bank AG, wurde im Geschäftsjahr 2017 ein Steuerertrag in Höhe von 2 Mio € realisiert, während die Vergleichsperiode zusätzlich von Steuererstattungen für Vorjahre und der Reduzierung von Wertberichtigungen auf latente Steuern profitiert hatte.

Das Gesamtergebnis der Postbank – einschließlich Veränderungen der Bewertungsrücklagen – reduzierte sich 2017 gegenüber dem des Vorjahres um 43 Mio € bzw. 27,6 % auf 113 Mio €. Maßgeblich für diese Entwicklung ist der Rückgang des Ergebnisses nach Steuern um 64 Mio €. In Teilen kompensierend wirkte das im Jahresvergleich um 21 Mio € verbesserte Sonstige Ergebnis, das aufgrund von erfolgsneutralen Neubewertungsverlusten aus leistungsorientierten Versorgungsplänen und einer negativen Neubewertungsrücklage allerdings weiterhin negativ war.

Der Return on Tangible Equity nach Steuern (RoTE) lag bei 4,7 % (Vorjahr: 6,1 %).

Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie lag mit 1,14 € unter dem Vorjahreswert von 1,44 €.

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

Nach erfolgreichem Abbau von Risiken aus nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktiva wurde das Segment Non Core Operating Unit zum 31. Juli 2017 formell als Konzernsegment der Postbank geschlossen. Die verbliebenen Restbestände ausgewählter Finanzanlagen, bestimmter Auslandsaktivitäten und nicht mehr im Vertrieb befindlicher Produkte aus dem Kundengeschäft sowie zum Teil hochverzinslicher Passiva wurden zurück in die operativen Segmente gebucht und die Vergleichsperiode entsprechend angepasst. Dies impliziert keine Änderung der Portfoliostrategien für die betroffenen Bestände, die auch nach erfolgter Einstellung der separaten Berichterstattung weiter reduziert werden sollen.



Die daraus resultierenden rückwirkend durchgeführten Anpassungen können dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Notesangabe 39 entnommen werden.

Privatkunden

Im Segment Privatkunden belief sich das Ergebnis vor Steuern im Jahr 2017 auf 239 Mio € nach 386 Mio € im Vorjahr und blieb damit hinter unserer Prognose eines Anstiegs um einen mittleren bis hohen zweistelligen Millionen-Euro-Betrag zurück. Maßgeblich für die rückläufige Entwicklung ist der Anstieg der Verrechnungen um 194 Mio € auf 1.186 Mio €, der durch die signifikante Investition eines mittleren dreistelligen Millionen-Euro-Betrags in die geplante weitere Integration in die Deutsche Bank Gruppe begründet wurde. Ohne den Anstieg der Verrechnungen hätte sich eine positive Ergebnisentwicklung auf Basis der guten Geschäftsentwicklung eingestellt.

Die Gesamterträge lagen mit 2.822 Mio € um 77 Mio € bzw. 2,7 % moderat unterhalb des Vorjahreswertes. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf den in der Vergleichsperiode erzielten positiven Effekt in Höhe von 90 Mio € aus der Visa Europe Ltd. Transaktion zurückzuführen, während die durch das Zinsumfeld bedingten Belastungen des Einlagengeschäfts durch das starke Kreditneugeschäft sowie eine deutliche Steigerung des Provisionsüberschusses nahezu ausgeglichen werden konnten.

Der Zinsüberschuss sank um 122 Mio € bzw. 5,7 % auf 2.023 Mio €. Die moderat rückläufige Entwicklung bestätigte damit unsere Prognose. Nach wie vor stellt das Umfeld niedriger Zinsen eine besondere Herausforderung bei der Anlage der uns überlassenen Kundengelder dar, deren Wirkung auch durch das weiterhin auf Rekordniveau liegende Kreditneugeschäft nicht vollständig kompensiert werden konnte.

Das Handelsergebnis lag bei 56 Mio € und damit um 44 Mio € bzw. 366,7 % über dem Wert des Vorjahres. Das Handelsergebnis dieses Segments entstand im Wesentlichen durch substantielle per Saldo positive Bewertungseffekte der in der Fair-Value-Option befindlichen Baufinanzierungsbestände des BHW.

Das Finanzanlageergebnis sank um 89 Mio € auf ein nahezu ausgeglichenes Niveau von 1 Mio €. Hier hatte sich der Verkauf der strategischen Beteiligung an der Visa Europe Ltd. im Vorjahr positiv ausgewirkt, während im aktuellen Berichtszeitraum keine nennenswerten Effekte auftraten.

Der Provisionsüberschuss stieg um einen hohen zweistelligen Millionen-Euro-Betrag von 652 Mio € auf 742 Mio €. Mit dem erzielten Anstieg um 90 Mio € wurde die Einschätzung einer

Steigerung im niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Bereich knapp verfehlt. Treiber dieser positiven Ertragsentwicklung sind die erfolgreiche Neuorganisation der Kontomodelle für Privatkunden sowie die erfolgreiche Wertpapieroffensive, die zu spürbaren Zuwächsen des Volumens in Depots und Anlagekonten geführt hat.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich – entgegen unserer Erwartung eines deutlichen Anstiegs – trotz des erzielten Wachstums im Kreditgeschäft um 9 Mio € bzw. 6,3 % auf 134 Mio €. Dies ist der anhaltend stabilen Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt sowie der weiterhin hohen Kreditqualität im gesamten Privatkundengeschäft zu verdanken, die nach wie vor von unserem hoch besicherten privaten Baufinanzierungsgeschäft dominiert wird.

Vor dem Hintergrund der strikten Kostendisziplin und der effizienteren Gestaltung der Vertriebsoberfläche konnte der Verwaltungsaufwand moderat um 35 Mio € bzw. 2,7 % auf 1.276 Mio € gesenkt werden.

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen konnte im Geschäftsjahr 2017 um 80 Mio € auf ein positives Ergebnis von 13 Mio € gesteigert werden. Maßgeblich für die Entwicklung ist die deutliche Reduktion der außergewöhnlich hohen Belastungen aus Rückstellungen für Rechtsrisiken des Vorjahres. Während diese in der Vergleichsperiode noch 56 Mio € betragen hatten, beliefen sich diese im Jahr 2017 auf 5 Mio €. Zusätzlich profitierte der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen im Berichtsjahr von Rückstellungsaufösungen in Höhe von 15 Mio € und einer Zinszahlung auf eine Steuerrückzahlung einer Tochtergesellschaft.

Die Cost Income Ratio des Segments verschlechterte sich, wesentlich getrieben durch den Anstieg der verrechneten Investitionskosten sowie den Wegfall des Einmaleffekts aus dem Verkauf der strategischen Beteiligung an Visa Europe Ltd., von 82,9 % auf 87,8 %. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern betrug 7,1 % nach 11,7 % im Vorjahr.

Geschäfts- und Firmenkunden

Im Segment Geschäfts- und Firmenkunden spiegelt das Ergebnis vor Steuern unsere Erwartung einer deutlichen Verbesserung wider. Der Anstieg des Ergebnisses vor Steuern um 101 Mio € bzw. 48,6 % auf 309 Mio € ist maßgeblich auf die erfolgreiche Steigerung der Gesamterträge um 23 Mio € bzw. 4,9 % auf 496 Mio € sowie die positive Entwicklung der Risikovorsorge zurückzuführen.

Vor dem Hintergrund des erfolgreichen Bestandswachstums des Nominalvolumens der Geschäfts- und Firmenkundenkredite um 2,8 Mrd € bzw. 14,2 % auf 19,7 Mrd € ist es gelungen, den Zinsüberschuss moderat um 20 Mio € bzw. 5,8 % auf 364 Mio € zu steigern. Wesentlicher Treiber ist hier die starke Entwicklung im Kreditgeschäft der gewerblichen Immobilienfinanzierung bei konstanter Entwicklung des Zinsergebnisses im Factoring. Die Entwicklung blieb leicht hinter unserer Prognose einer spürbaren Verbesserung zurück, was zum einen durch das teilweise im negativen Bereich verharrende Niedrigzinsniveau und zum anderen durch ein im Vergleich zum Plan geringeres Kreditneugeschäft begründet werden kann.

Der Provisionsüberschuss profitierte u. a. von der Mitte des Berichtsjahres vorgenommenen Anpassung des Preismodells für Geschäftskunden und konnte um 11 Mio € bzw. 9,0 % auf 133 Mio € gesteigert werden.

Die Summe aus Finanzanlage- und Handelsergebnis reduzierte sich um 8 Mio € auf –1 Mio €. Verantwortlich für den positiven Wert im Vorjahr waren vor allem erhöhte Margen aus dem Zins- und Währungsmanagement sowie eine angepasste Vertragsgestaltung im Zusammenhang mit der Zinssicherung der Kunden bei variablen Krediten.

Aufgrund der erfolgreichen Verwertung eines Firmenkundenengagements und der daraus resultierenden Auflösung von Risikovorsorge (63 Mio €) belastete diese das Ergebnis vor Steuern nicht, sondern leistete durch die erfolgreiche Sicherheitenverwertung einen positiven Ergebnisbeitrag in Höhe von 35 Mio €.

Der Verwaltungsaufwand lag mit 110 Mio € nahezu unverändert auf dem Niveau des Vorjahres – trotz des weiter fortgesetzten Ausbaus der Vertriebscenter. Der mit dem Ausbau korrespondierende Anstieg der Personalaufwendungen konnte durch rückläufige Sachaufwendungen ausgeglichen werden. In Summe lag der Verwaltungsaufwand damit oberhalb unserer Prognose, die eine moderate Entlastung vorsah.

Einmalige Sonstige Aufwendungen in Höhe von 6 Mio € führten 2017 zu einem Rückgang des Saldos der Sonstigen Erträge und der Sonstigen Aufwendungen in gleicher Höhe.

Die Verrechnungen betragen 107 Mio € und lagen damit um 9 Mio € bzw. 7,8 % unter dem Vorjahresniveau.

Getrieben von der positiven Entwicklung der Gesamterträge bei einer in Summe stabilen Kostenbasis, konnte die Cost Income Ratio von 50,8 % auf 48,7 % gesenkt werden. Zusätzlich zur positiven Entwicklung der Gesamterträge konnte die Eigenkapitalrendite vor Steuern von dem positiven Ergebnisbeitrag der Risikovorsorge profitieren und betrug 36,5 % nach 26,9 % im Vorjahr.

Financial Markets

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Financial Markets verringerte sich um 53 Mio € auf –357 Mio €. Damit lag das Ergebnis vor Steuern – wie von uns erwartet – um einen mittleren bis hohen zweistelligen Millionen-Euro-Betrag unter dem Niveau der Vergleichsperiode. Wesentlicher Treiber dieser Entwicklung war ein um 88 Mio € bzw. 57,1 % schwächeres Finanzanlageergebnis, das in der Vergleichsperiode relativ stark von einer Umstrukturierung der Asset Allokation zur Reduzierung von Spread-Risiken im Bankbuch profitiert hatte.

Der Zinsüberschuss belief sich auf –322 Mio € und verharrte damit – wie bereits 2016 – weiterhin im negativen Bereich. Während sich der Zinsüberschuss im Vergleich zum Vorjahr insgesamt nur unwesentlich um 3 Mio € bzw. 0,9 % schwächer präsentierte, zeigten die darin enthaltenen Komponenten stärkere, aber gegenläufige Entwicklungen. Zu einer steigenden Belastung führte der Abschluss von Zinssicherungsgeschäften für das wachsende Forward-Neugeschäft der privaten Baufinanzierung. Dem entgegen standen eine Entlastung der Zinsaufwendungen durch den deterministischen Ablauf der zum Teil hochverzinslichen Passiva – die nach

der Auflösung der Non Core Operating Unit dem Segment Financial Markets zugeordnet wurden – sowie ein positiver Effekt (11 Mio €) aus der Kündigung einer Hybridanleihe.

Das Handelsergebnis konnte an das positive Vorjahresergebnis anknüpfen und lag mit 57 Mio € um 26 Mio € bzw. 83,9 % über dem Ergebnis der Vergleichsperiode. Analog zum Vorjahr wurde das Ergebnis durch derivatives Zinswährungsmanagement und Bewertungsanpassungen bei Aktiva sowie ein positives Devisenergebnis beeinflusst.

Das Finanzanlageergebnis verzeichnete, unserer Erwartung entsprechend, eine um 88 Mio € bzw. 57,1 % deutlich rückläufige Entwicklung und betrug 66 Mio €. Im Vergleich zum Vorjahr erfolgten – im Rahmen der Erwartung liegende – deutlich geringere Gewinnrealisierungen, insbesondere aus Unternehmensanleihen. Somit resultiert das Finanzanlageergebnis des Berichtszeitraums maßgeblich aus erfolgreichen Transaktionen mit Staatsanleihen und der fortgesetzten Reduzierung eines strategischen Aktieninvestments, dem eine Vertriebskooperation zugrunde liegt.

Der Provisionsüberschuss zeigte sich mit –23 Mio € nahezu unverändert im Vergleich zum Vorjahr.

Der Verwaltungsaufwand hingegen reduzierte sich um 2 Mio € bzw. 18,2 % auf 9 Mio €. Der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen verzeichnete im Berichtsjahr ein ausgeglichenes Ergebnis und zeigte sich um 1 Mio € verbessert. Die Verrechnungen sanken um 9 Mio € bzw. 6,7 % auf 126 Mio €.

Sowohl die Cost Income Ratio als auch die Eigenkapitalrendite vor Steuern bewegten sich im negativen Bereich.

Cost Center

Dieses Segment enthält die Ergebnisse der Cost Center zusätzlich zu den Ergebnissen der diesem Segment zugeordneten Tochtergesellschaften (siehe Note 39 des Konzernanhangs) sowie die sonstigen Überleitungen zum Konzernergebnis. Grundsätzlich werden alle Erträge und Aufwendungen auf die operativen Segmente verrechnet. Positive wie negative Ergebnisse entstehen vor allem aus Sondereffekten.

Das Ergebnis vor Steuern lag im Geschäftsjahr 2017 aufgrund von nicht prognostizierten Sondereffekten mit 57 Mio € oberhalb unserer Erwartung eines ausgeglichenen Ergebnisses. Entstanden ist das Ergebnis durch eine Zuschreibung auf die Marke der BHW Bausparkasse (23 Mio €) sowie durch zwei Transaktionen der VÖB-ZVD Processing GmbH, die sich von ihrer Beteiligung an der Concardis GmbH (13 Mio €) und dem Frankfurter girocard-Netzbetrieb (21 Mio €) trennte.

Der Zinsüberschuss reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 3 Mio € bzw. 75,0 % auf 1 Mio €. Der Provisionsüberschuss wird unverändert aus der Abwicklung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen erwirtschaftet und lag mit 84 Mio € auf dem Niveau des Vorjahres.

Das Finanzanlageergebnis betrug 13 Mio € nach einem Vorjahreswert von 14 Mio €. Während das Vorjahresergebnis auf die Erfassung des aktienbasierten Kaufpreisbestandteils aus der Visa Europe Ltd. Transaktion zurückzuführen war, wurde das Finanzanlageergebnis 2017 durch den Verkauf der Beteiligung an der Concardis GmbH erzielt.

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich deutlich um 214 Mio € bzw. 15,1 % auf 1.635 Mio €. Begründet ist dies durch signifikante Investitionen in die geplante weitere Integration in die Deutsche Bank Gruppe. Insgesamt wurden 1.419 Mio € Kosten im Rahmen der Vollkostenallokation an die anderen Segmente verrechnet. Dort ergaben sich Belastungen in korrespondierender Höhe, also mit –1.419 Mio €.

Der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen betrug 175 Mio € und lag damit um 85 Mio € über dem Vorjahreswert. Zurückzuführen ist die positive Veränderung im Wesentlichen auf die um 66 Mio € gestiegene Vergütung für die Teilnahme an der TLTRO-Bietergruppe, eine Zuschreibung auf die Marke der BHW Bausparkasse (23 Mio €) sowie den Verkauf des Frankfurter girocard-Netzbetriebs (23 Mio €).

VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Postbank lag am Jahresende 2017 mit 145,3 Mrd € um 1.845 Mio € bzw. 1,3 % unter dem Vorjahreswert von 147,2 Mrd €. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf eine Reduktion der kurzfristigen Forderungen gegenüber Kreditinstituten und das Auslaufen langfristiger Passivpositionen zurückzuführen. Auf der Aktivseite erhöhten sich, bedingt durch das erfolgreiche Kreditwachstum, die Forderungen gegenüber Kunden um 5,0 Mrd € bzw. 4,9 % auf 107,0 Mrd €. Das starke Kreditneugeschäft machte es möglich, den Abbau von Risikopositionen ohne Kundenbezug konsequent weiter fortzusetzen und einen weiteren Schritt hin zu einer ausgeglichenen Kundenbilanz voranzukommen. Bei einem gleichzeitig stabilen Einlagengeschäft konnten der vorhandene Einlagenüberhang reduziert und der Anteil des Kreditgeschäfts mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden an der Bilanzsumme ausgebaut werden.

Der deterministische Abbau von hochverzinslichen Verbindlichkeiten und die Ausnutzung einer Kündigungsmöglichkeit zur Rückführung von Nachrangkapital ermöglichten den fortgesetzten Abbau von Finanzanlagen. Der Reduktion der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 1,1 Mrd € bzw. 8,1 % stand ein Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute um 2,3 Mrd € bzw. 17,4 % gegenüber. Weitere nennenswerte Bewegungen auf der Passivseite ergaben sich innerhalb der Positionen „Rückstellungen“ (+0,2 Mrd €) und „Handelspassiva“ (–0,2 Mrd €).

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden, die auch verbriefte Forderungen wie Schuldscheindarlehen enthalten, konnten gegenüber dem Jahresende 2016 um 5,0 Mrd € bzw. 4,9 % auf 107,0 Mrd € gesteigert werden. Das erfolgreiche Bestandwachstum der Forderungen an Kunden trägt maßgeblich dazu bei, dem Ziel einer ausgeglichenen Kundenbilanz näher zu kommen. Treiber dieser positiven Entwicklung ist im Wesentlichen das weiterhin starke Kreditneugeschäft der Postbank, das mit einem Volumen von 19,4 Mrd € das Rekordniveau der Vergleichsperiode bestätigen konnte. Aufgrund der unverän-

dert beherrschenden Stellung der privaten Baufinanzierung im Kreditneugeschäft befindet sich nach wie vor ein hoher Anteil der Kreditzusagen in der Bereitstellungphase.

Die Bestände in der privaten Baufinanzierung konnten trotz anhaltend erhöhter Tilgungsbereitschaft der Bestandskunden auf 71,4 Mrd € (Vorjahr: 69,0 Mrd €) gesteigert werden. Dieser Erfolg basiert auf einem nachhaltig hohen Neugeschäftsvolumen in der privaten Baufinanzierung, maßgeblich getrieben von den außergewöhnlich günstigen Finanzierungsbedingungen, die aus dem Marktzinsniveau resultieren. Im Ratenkreditgeschäft erreichte die Postbank ein spürbares Bestandwachstum in Höhe von 0,6 Mrd € bzw. 8,3 % auf rund 8,1 Mrd €, das positiv durch die erhöhte Konsumbereitschaft in Deutschland beeinflusst wurde. Insbesondere im Geschäft mit Firmenkunden konnte mit dem erzielten Bestandwachstum bei den gewerblichen Krediten in Höhe von 2,2 Mrd € bzw. 16,0 % ein maßgeblicher Beitrag zur Entwicklung der Bilanz weg von niedrig verzinsten Geld- und Kapitalmarktanlagen hin zum Kundenkreditgeschäft geleistet werden.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Geld- und Kapitalmarktanlagen, bestehend aus Finanzanlagen, Handelsaktiva und Forderungen an Kreditinstitute, haben wir im Geschäftsjahr 2017 um 6,6 Mrd € auf 33,7 Mrd € zurückgeführt.

Entsprechend dem strategischen Ziel, den Anteil des Kreditgeschäfts mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden an der Bilanzsumme zu erhöhen, reduzierte die Postbank ihren Bestand an Finanzanlagen zum Jahresende 2017 erneut deutlich um 4,2 Mrd € bzw. 15,5 % auf 22,6 Mrd €. Die aus den Verkäufen realisierten Gewinne machten sich positiv im Finanzanlageergebnis bemerkbar.

Die Forderungen an Kreditinstitute konnten um 2,3 Mrd € bzw. 17,4 % auf 10,8 Mrd € reduziert werden.

Die Handelsaktiva aus positiven Marktwerten von derivativen Finanzinstrumenten im Handelsbestand reduzierten sich auf 310 Mio € (Vorjahr: 475 Mio €).

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Auf der Passivseite der Bilanz verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Vergleich zu 2016 um 0,2 Mrd € bzw. 0,2 % auf 118,7 Mrd €. Während sich die Spareinlagen mit 36,7 Mrd € gegenüber 38,6 Mrd € im Vorjahr um 1,9 Mrd € bzw. 4,9 % rückläufig entwickelten, verzeichneten die täglich fälligen Sichteinlagen einen Anstieg um 4,6 Mrd € bzw. 9,9 % auf 51,5 Mrd €. Die rückläufige Entwicklung bei den Spareinlagen ist überwiegend auf das historisch niedrige Zinsniveau und die damit einhergehende niedrige Sparneigung bzw. erhöhte Konsumbereitschaft zurückzuführen. Die Bauspareinlagen reduzierten sich leicht um 0,2 Mrd € bzw. 1,2 % und betragen zum Jahresende 2017 rund 18,6 Mrd €.

Die Position der anderen Verbindlichkeiten erhält neben den täglich fälligen Sichteinlagen zusätzlich Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit in Höhe von 11,9 Mrd €, die aufgrund von Fälligkeiten im Berichtsjahr um 2,7 Mrd € bzw. 18,7 % gesunken sind. Dieser deterministische Ablauf wirkte sich im Jahresverlauf positiv auf den Zinsüberschuss aus.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, die aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und Handelspassiva bestehen, reduzierten sich im Jahr 2017 um 8,2 % bzw. 1,4 Mrd € auf etwa 15,5 Mrd €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, inklusive der zweckgebundenen über Förderbanken erhaltenen Refinanzierungsmittel, reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahreswert um 1,1 Mrd € auf 12,1 Mrd €.

Der Bestand an verbrieften Verbindlichkeiten verringerte sich im Geschäftsjahr 2017 aufgrund von Fälligkeiten um 0,1 Mrd € bzw. 3,7 % auf 3,2 Mrd €.

Weitgehend analog zu den Handelsaktiva reduzierten sich die Handelspassiva gegenüber dem 31. Dezember 2016 von 409 Mio € auf 217 Mio €.

Das Nachrangkapital wurde, im Wesentlichen bedingt durch die Nutzung der ersten Kündigungsmöglichkeit einer Hybridanleihe, deren Anrechnung als regulatorisches Eigenkapital entfallen wäre, im Vergleich zum Jahresende 2016 um 0,5 Mrd € bzw. 19,4 % auf 2,1 Mrd € zurückgeführt.

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital reduzierte sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahreswert um 104 Mio € bzw. 1,4 % auf 7.115 Mio €. Dem Konzerngewinn in Höhe von 250 Mio € standen Effekte aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der DB Beteiligungs-Holding GmbH in Höhe von 217 Mio €, erfolgsneutrale Neubewertungsverluste aus leistungsorientierten Versorgungsplänen in Höhe von 82 Mio € – unter Berücksichtigung von latenten Steuern – sowie eine Belastung in Höhe von 55 Mio € aus der Veränderung der Neubewertungsrücklage entgegen.

Die erfolgsneutralen Neubewertungsverluste aus leistungsorientierten Versorgungsplänen können auf die durch das Zinsumfeld bedingte Reduktion des Diskontierungsfaktors für Pensionsverpflichtungen und den korrespondierenden Anstieg der Versorgungsverpflichtungen zurückgeführt werden. Gemeinsam mit der Umgliederung des Konzerngewinns aus dem Vorjahr und den Effekten aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag stiegen die Gewinnrücklagen nur leicht um 15 Mio € bzw. 0,4 % auf 3.823 Mio €.

Unter Berücksichtigung des Gewinns für das Geschäftsjahr 2017 betrug die CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) zum Jahresende 2017 11,9 %, nachdem sie im Vorjahr bei 12,4 % bzw. zum Ende des dritten Quartals 2017 bei 12,6 % gelegen hatte. Maßgeblich für die rückläufige Entwicklung sind die im vierten Quartal 2017 gebildeten Rückstellungen im Zusammenhang mit der Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern sowie eine am Jahresende gezahlte Gewinnabführung und die damit korrespondierende Reduktion des harten Eigenkapitals bei nahezu unveränderten Risikoaktiva. Ohne die genannten Effekte hätte die CET1-Quote (fully phased-in) bei 13,2 % gelegen.

Die CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) und des Gewinns betrug für das Geschäftsjahr 2017 12,9 % im Vergleich zum Vorjahreswert von 14,2 %. Zurückgeführt werden kann diese Reduktion im Wesentlichen auf die im vierten Quartal 2017 gebildeten Rückstellungen im Zusammenhang mit der Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern, eine Gewinnabführung und den regulatorisch vorgeschriebenen Anstieg der Kapitalabzugspositionen. Ohne die genannten Effekte hätte die CET1-Quote (regular phased-in) bei 14,2 % gelegen.

Ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) und unter Berücksichtigung des Gewinns lag die Leverage Ratio im Vergleich zum Vorjahr um 10 Basispunkte niedriger. Maßgeblich für die Reduktion auf 3,3 % war die negative Entwicklung des Kernkapitals – resultierend aus belastenden Aufwendungen zur Integration und einer Gewinnabführung –, die nicht vollständig durch die Verringerung des Leverage Exposure um 2,4 Mrd € kompensiert werden konnte.

Die Leverage Ratio per 31. Dezember 2017 lag unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen (regular phased-in) und des Gewinns mit 3,7 % unter dem Niveau des Vorjahresendes von 4,1 %. Über den regulatorisch vorgeschriebenen Anstieg der Kapitalabzugspositionen hinausgehend, wirkte sich neben der Kündigung einer Hybridanleihe, deren Anrechnung als regulatorisches Eigenkapital nach Eintritt der ersten Kündigungsmöglichkeit ohnehin entfallen wäre, zusätzlich auch die Gewinnabführung negativ aus.

Den Berechnungen liegen die regulatorischen Anforderungen gemäß Art. 429 CRR zugrunde.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2017

Das Investitionsportfolio wurde durch signifikante Investitionen in die Management Agenda zur Steigerung der Zukunftsfähigkeit und die Integration der Deutsche Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern bestimmt. Vor diesem Hintergrund wurde im Geschäftsjahr 2017 ein mittlerer dreistelliger Millionen-Euro-Betrag zur Verfügung gestellt, der maßgeblich von der Rückstellungsbildung für ein freiwilliges Vorruhestands- und Abfindungsprogramm in Anspruch genommen wurde.

Abgesehen von den Maßnahmen im Zusammenhang mit der Integration, konzentrierten sich die Investitionen auf die digitale Transformation zur Steigerung der Zukunftsfähigkeit der Postbank sowie regulatorisch notwendige Initiativen.

Zu den Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit gehörten insbesondere Investitionen zur Steigerung der digitalen Effizienz und zur Stärkung der Neugeschäftsabschlüsse über digitale Kanäle. Zu diesem Zweck hat die Postbank weiter in die Etablierung ganzheitlicher digitaler Prozessmodelle (End-to-End-Optimierung) investiert. Neben der digitalen Kontoeröffnung ist es seit Mitte 2017 möglich, einen Ratenkredit vollständig digital innerhalb weniger Minuten abzuschließen. Mit dem Postbank Finanzassistenten hat die Postbank einen Grundstein gelegt, Mobile Payment im größeren Stil attraktiv für Verbraucher zu machen. Zusätzlich erhielt das Online Brokerage im Rahmen der Wertpapieroffensive einen neuen Internetauftritt und bietet seither eine noch attraktivere Plattform für unsere Depotkunden. Gemäß der strategischen Ausrichtung „digital & persönlich“

wurde die Optimierung des Filialnetzes mit dem Ausbau der Vertriebscenter und der Etablierung der sogenannten Kompaktfiliale in Regionen mit vergleichsweise niedrigerer Kundenfrequenz weiter vorangetrieben. Ferner wurde in die Steigerung der Effizienz und Modernität unserer Filialen mit zusätzlichen kundenfreundlichen automatisierten Selbstbedienungsmöglichkeiten investiert.

Neben Investitionen in digital gestützte Beratungs-, Verkaufs- und Serviceprozesse (Videolegitimation, digitale Signatur, Relaunch des Online Brokerage und des Kundenservice-Portals) wurden weiterhin Investitionen zur Einhaltung regulatorischer Vorgaben getätigt. Dazu zählten u. a. die Umsetzung der Anforderungen aus den Internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS 9), der neu gefassten EU-Finanzmarktrichtlinie (MiFID II), der Richtlinien über Konten- und Zahlungsdienste (PAD/PSD), der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), Basel III/IV sowie der Vorgaben der EZB und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Gesamtaussage Geschäftslage 2017

Die Ertragslage zeigte sich aufgrund des anhaltend herausfordernden Marktumfelds und des Niedrigzinsniveaus rückläufig. Die insbesondere aus dem Zinsumfeld und dem Wegfall positiver Sondereffekte des Vorjahres resultierende negative Entwicklung der Gesamterträge konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr vor dem Hintergrund der erfolgreichen Umsetzung zahlreicher strategischer Maßnahmen fast kompensiert werden und war damit beinahe ausschließlich durch Einmalwirkungen verursacht. Insbesondere vor dem Hintergrund der Neuorganisation der Kontomodelle und einer Wertpapieroffensive mit positiver Kundenresonanz ist es im abgelaufenen Geschäftsjahr gelungen, den Ertragsmix der Postbank besser zu balancieren und weniger zinsabhängig zu gestalten. Gleichzeitig konnte der Verwaltungsaufwand – ohne Aufwendungen für strategische Initiativen – erfolgreich reduziert werden.

Die Vermögens- und Finanzlage der Postbank wurde 2017 unverändert durch die fortgesetzte Fokussierung auf ein Wachstum des Kreditportfolios unseres – vergleichsweise wenig schwankungsanfälligen – Geschäfts mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit dem Ziel der Erreichung einer ausgeglichenen Kundenbilanz bestimmt. Durch das erfolgreiche Bestandswachstum im Kreditgeschäft sowie das aktive Bestandsmanagement der Finanzanlagen ist es der Postbank gelungen, ihre Bilanz stärker auf das Kundengeschäft auszurichten.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Steuern verzeichnete im Geschäftsjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 56 Mio € bzw. 18,4 % auf 248 Mio €. Damit lag das Ergebnis nicht wie erwartet deutlich über dem Vorjahresergebnis. Ursache für die Abweichung von der Prognose ist die Tatsache, dass die Aufstellung des Jahresabschlusses 2016 vor Ankündigung der beabsichtigten Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern erfolgte und daraus resultierende Auswirkungen auf das Ergebnis der Postbank im Geschäftsjahr 2017 nicht im Prognosebericht reflektiert worden waren. Entsprechend überstiegen die Aufwendungen für strategische Initiativen unsere Erwartungen deutlich und belasteten das Ergebnis im Berichtszeitraum stärker als antizipiert.

Das bereinigte Ergebnis vor Steuern, eine Basis für die Beurteilung der operativen Geschäftsentwicklung, konnte mit 649 Mio € im Vergleich zum Vorjahr um 183 Mio € bzw. 39,3 % gesteigert werden. Mit diesem Ergebnis wurde die prognostizierte Steigerung im mittleren zweistelligen Millionen-Euro-Bereich deutlich übertroffen. Die Basis für diese positive Entwicklung waren die Maßnahmen zur Reduktion der Abhängigkeit vom Zinsergebnis und eine erfolgreiche Umsetzung unserer strategischen Maßnahmen zur Verbesserung der Kosteneffizienz.

Der Return on Tangible Equity (RoTE) nach Steuern – bezogen auf das Geschäftsjahr 2017 – lag mit 4,7 % aufgrund der unerwarteten Steigerung der Aufwendungen für strategische Initiativen im Geschäftsjahr 2017 nicht wie erwartet auf dem Niveau der Vergleichsperiode (6,1 %). Ohne Berücksichtigung der bereinigten Sondereffekte hätte der RoTE nach Steuern 9,9 % nach 8,3 % im Vorjahr betragen. Bei ausschließlicher Bereinigung der Aufwendungen für strategische Initiativen hätte sich ein RoTE nach Steuern von 10,3 % (Vorjahr: 8,9 %) ergeben.

Die erwartete moderate Verbesserung der Cost Income Ratio konnte aufgrund der im Zuge der angestrebten Integration deutlich höheren Aufwendungen für strategische Initiativen nicht erreicht werden. Mit 89,9 % lag die Quote über dem Vorjahresniveau von 85,9 %. Ohne Berücksichtigung der Sondereffekte hätte sich eine Verbesserung der Cost Income Ratio um 2,7 Prozentpunkte auf 77,9 % ergeben.

Die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) und unter Berücksichtigung des Gewinns für das Geschäftsjahr 2017 entwickelte sich gegenüber dem Jahresende 2016 moderat rückläufig und betrug 11,9 % nach 12,4 % im Vorjahr. Zu Beginn der Berichtsperiode waren wir nur von einem leichten Rückgang ausgegangen. Verantwortlich für die Abweichung von unserer Prognose waren im Wesentlichen die im Geschäftsjahr 2017 in größerer Höhe als erwartet geleistete Gewinnabführung sowie die Ergebnisbelastung durch außerplanmäßige Rückstellungen im Zusammenhang mit der bevorstehenden Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern, die zu einer Reduktion des harten Kernkapitals führten. Ohne Berücksichtigung der vorstehend genannten Effekte hätte die harte Kernkapitalquote (fully phased-in) zum Berichtsjahresende 13,2 % betragen.

Die Leverage Ratio ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) und unter Berücksichtigung des Gewinns für das Geschäftsjahr 2017 reduzierte sich per 31. Dezember 2017 auf 3,3 % (Vorjahr: 3,4 %) und erfüllte damit nicht unsere Erwartung einer moderaten Verbesserung. Analog zur Entwicklung der harten Kernkapitalquote wirkten sich trotz der erzielten Reduktion des Leverage Exposure hier die Gewinnausschüttung und die Ergebnisbelastung negativ aus.

Den Berechnungen lagen die regulatorischen Anforderungen gemäß Art. 429 CRR zugrunde.

Nachfolgend wird die Entwicklung der wesentlichen nicht-finanziellen Leistungsindikatoren gegenüber dem Vorjahr erläutert.

Die im Jahr 2017 durchgeführte Mitarbeiterbefragung stand ganz im Zeichen der Weiterentwicklung der Strategie der Deutschen Bank und des Zusammenwachsens. Die Beteiligungsquote lag mit 71 % über dem Vorjahreswert und, absolut betrachtet, auf einem sehr erfreulichen Niveau. Ebenso wie die Beteiligungsquote stieg auch die Zustimmung der Mitarbeiter in allen Themenbereichen, während unsere Erwartung ein konstantes Niveau vorsah. Die Bereitschaft der Mitarbeiter, sich an das sich wandelnde Umfeld für Banken anzupassen, zeigte sich erneut in der Dimension „Veränderungsfähigkeit“, die mit 78 % die höchste Zustimmung erfuhr. Die neu eingeführte Kategorie „Digitale Transformation“ erhielt den zweithöchsten Zustimmungswert; auch dies unterstreicht die Anpassungsbereitschaft innerhalb der Organisation. Den stärksten Anstieg – jeweils um 4 Prozentpunkte – verzeichneten die Dimensionen „Produktivität und Effizienz“ sowie „Geschäftserfolg/Ziele“. Diese positive Entwicklung kann insbesondere auf die vielfältigen Maßnahmen zur Verbesserung der Führungskultur und zur Umsetzung des Leitbilds sowie der Postbank Agenda in Verbindung mit der guten geschäftlichen Entwicklung im Geschäftsjahr 2017 zurückgeführt werden.

Die Ergebnisse zur Kundenzufriedenheit im Privatkundensegment lagen im Rahmen unserer Erwartung stabil auf dem durchschnittlichen Niveau der Vergleichsperiode. Im vierten Quartal 2017 zeigte sich ein Turnaround in Form einer positiven Trendwende bei den Kernaspekten, die im Rahmen regelmäßiger Zufriedenheitsbefragungen erhoben werden.

Firmenkunden bescheinigen der Postbank auch weiterhin ihre hohe Kundenzufriedenheit. Die positive Entwicklung der Kundenzufriedenheit bestätigt den eingeschlagenen Weg der Ausrichtung auf den Mittelstandskunden.

CHANCENBERICHT

Das aktuell historisch niedrige bzw. negative Zinsumfeld wirkte sich belastend auf die Ertragskraft der Postbank aus, da diese über einen hohen Bestand an Sicht- und Spareinlagen im Vergleich zum bestehenden Kreditgeschäft verfügt. Der daraus resultierende Einlagenüberhang sorgt in Zeiten von negativen Geldmarktzinsen in Verbindung mit einer konservativen Anlagestrategie für eine Belastung des Zinsüberschusses. Gleichzeitig stimuliert das weiterhin historisch niedrige Zinsniveau die Nachfrage nach Finanzierungslösungen und ermöglicht so eine Reduktion des Einlagenüberhangs. Sollte dieser schneller als erwartet reduziert werden können, würde sich dies positiv auf das Ergebnis der Postbank auswirken. Die Postbank hat hiervon durch Zuwächse im Neugeschäft bei Konsumentenkrediten und Wohnungsbaukrediten bereits profitieren und den Einlagenüberhang bei stabilen Kundeneinlagen reduzieren können.

Ein Richtungswechsel in der europäischen Geldpolitik als verändertes Makroszenario könnte neben steigenden Zinserträgen auch neue Überlegungen für die Positionierung privater Vermögensanlagen auslösen und damit zu einer Belebung des Provisionsgeschäfts beitragen. Sofern sich die Sparkunden der Postbank stärker als vorausgesehen für die Verwendung ihrer Einlagen zum Erwerb von Wertpapieren entscheiden, würde dies zu einer Stärkung des Provisionsüberschusses führen. Ein breiteres Verständnis der Bankkunden für die Überarbeitung von Gebührenmodellen vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds könnte sich ebenfalls positiver als erwartet auf das Provisionsgeschäft auswirken.

Wesentliche Chancen erwachsen für die Postbank aus einem disziplinierten Kostenmanagement, das eng mit der Digitalisierungsstrategie der Postbank verknüpft ist. Die veränderten Anforderungen der Bankkunden – weg von einer persönlichen Beratung hin zu Multikanalberatung und -dienstleistungen – verändern das Bankgeschäft spürbar. Für die Postbank ergibt sich aus einer schneller als erwartet steigenden Akzeptanz zur Nutzung von digitalen Ansprachemöglichkeiten in der Kundenberatung die Möglichkeit, ihr Kundengeschäft effizienter zu betreiben.

Die Postbank hat mit ihrer Positionierung „digital & persönlich“ den Trend zur Digitalisierung aufgegriffen und ihre Digitalisierungsstrategie konsequent fortgesetzt. Im Rahmen dieser Strategie zielt die Postbank – beispielsweise mit vollständig digitalisierten End-to-End-Prozessen – darauf ab, sowohl die Generierung zusätzlicher Erträge positiv zu beeinflussen als auch Kosteneinsparungen durch Prozessoptimierungen und einen höheren Automatisierungsgrad zu realisieren. So ist es der Postbank im Geschäftsjahr 2017 gelungen, die Einrichtung, Erhöhung oder Reduzierung eines Dispokredits vollständig zu digitalisieren und damit einerseits dem Kunden einen deutlich schnelleren Service zu bieten und andererseits den internen Bearbeitungsaufwand deutlich zu reduzieren. Zusätzlich ist es der Postbank gelungen, den Abschluss eines Ratenkredits vollständig zu digitalisieren und damit den Kunden eine Kreditentscheidung binnen weniger Minuten mitteilen zu können.

Sollten darüber hinaus Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz eine stärkere Wirkung als geplant entfalten, könnte sich dies – ebenso wie eine über den Erwartungen liegende Kundennachfrage und ein höherer Marktanteil – positiv auf das Ergebnis sowie die regulatorischen Kennziffern wie Leverage Ratio und CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) auswirken.

Sofern sich die ökonomischen Bedingungen in Deutschland, das Zinsumfeld und die Wettbewerbssituation in der Finanzdienstleistungsbranche besser als angenommen entwickeln, könnte dies zu höheren Erträgen führen, die nur teilweise durch zusätzliche Kosten aufgezehrt würden. Dies könnte zur Verbesserung des Ergebnisses vor Steuern und der Cost Income Ratio führen.

Für die Postbank ergibt sich vor dem Hintergrund der von der Deutschen Bank verkündeten Strategie, die Integration der Postbank in das Privat- und Firmenkundengeschäft der Deutschen Bank vorantreiben zu wollen, die Chance, Synergien zu erzielen.

Den kurzfristigen Chancen für Verbesserungen der Erträge und Aufwendungen der Postbank aufgrund der oben genannten möglichen Entwicklungen stehen auf mittlere und längere Sicht Risiken entgegen, und zwar insbesondere Kredit-, Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken.

RISIKOBERICHT

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Der Schwerpunkt des Risikoprofils der Postbank liegt auf den Kredit- und Einlagengeschäften mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden in Deutschland. Der Fokus im Risikomanagement der Postbank lag im Berichtsjahr auf der Stärkung unserer regulatorischen und ökonomischen Kapitalbasis unter Einhaltung unseres Risikoprofils. Dies fand vor dem Hintergrund der anhaltenden Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie politischer Unsicherheiten in Großbritannien (Brexit) und Frankreich (Wahlen) statt.

Die Postbank bewegt sich weiterhin in einem soliden konjunkturellen Umfeld. Im Berichtsjahr beschleunigte sich zudem in Deutschland und im Euroraum das Wirtschaftswachstum. Der aktuell gute Zustand des Arbeitsmarktes, dokumentiert in einer sinkenden Arbeitslosenquote bei gleichzeitig steigender Erwerbstätigkeit, und die positive Entwicklung sowohl der Immobilienpreise als auch der deutschen Industrie bieten Wachstumsmöglichkeiten für das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden. Gleichzeitig wirkt diese gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland positiv auf die Kreditrisiken im Bestandsgeschäft.

Aufgrund ihres Geschäftsmodells und ihres Fokus auf das Kundengeschäft in Deutschland geht die Postbank aktuell davon aus, dass sie von den im Rahmen des Brexit zu erwartenden Entwicklungen im europäischen Ausland nur in geringem Ausmaß betroffen sein wird. Die Postbank sieht diesbezüglich aktuell keine berichtenswerten Ausfall- oder Liquiditätsrisiken. Gleichwohl kann es durch die politischen Unsicherheiten zu erhöhten Volatilitäten und entsprechenden Barwertschwankungen sowie damit einhergehend zu Risiken für die Vermögenslage der Bank kommen.

Gesamtbankrisiko

Die Risikonahe zur Ergebniszielsetzung stellt für die Postbank eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Die eingegangenen Risiken werden im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Im Berichtsjahr wurden alle auf Konzernebene festgesetzten Limite, insbesondere die Limite für Markt-, Kredit- und Operationelle Risiken, stets eingehalten. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war jederzeit gegeben. Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken sind aktuell für die Postbank und ihre Tochtergesellschaften nicht erkennbar. Im Folgenden gehen wir auf die wesentlichen operativ gesteuerten Risiken für den Postbank Konzern ein.

Kreditrisiken

Das Kreditgeschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden konnte im Berichtszeitraum ausgeweitet werden. Dabei lag die Risikovorsorge im Berichtsjahr 2017 aufgrund des weiterhin positiven Verlaufs im Kundengeschäft – auch zurückzuführen auf ein anhaltend vorteilhaftes makroökonomisches Umfeld, in dem sich die Bank bewegt, gute Erlöse im Rahmen der Sicherheitenverwertung sowie ein konsequentes Risikomanagement – deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Im Berichtszeitraum wurde für wesentliche Teile des Privatkundengeschäfts mit dem Kundenrating ein neues Risikoquantifizierungsverfahren in den sogenannten Use-Test überführt.

Der ökonomische Kapitalverbrauch hat sich im Jahr 2017 reduziert, was zu einer Senkung des Kreditrisikolimits und einer Anpassung der jeweiligen Segmentlimite führte.

Für 2018 erwarten wir eine weiterhin positive Entwicklung der Risikosituation, einhergehend mit einem soliden konjunkturellen Umfeld, getragen durch eine stabile Entwicklung des Wirtschaftswachstums sowie des Arbeitsmarktes.

Marktrisiken

Das Marktrisiko der Postbank wird insbesondere von der Zins- und der Credit-Spread-Entwicklung am europäischen Kapitalmarkt beeinflusst. Während die Geldmarktzinsen im Berichtsjahr 2017, geprägt durch die anhaltende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), nahezu unverändert im negativen Bereich und damit auf historisch niedrigem Niveau verharrten, sind die Zinsen am Kapitalmarkt über alle Laufzeiten hinweg leicht gestiegen. Sowohl die Credit Spreads europäischer Staatsanleihen als auch die europäischer Banken und Unternehmen sind vor dem Hintergrund des positiven wirtschaftlichen Umfelds im Durchschnitt gesunken. Vor diesem Markthintergrund und verbunden mit einer leichten Reduktion der offenen Zinsrisikoposition sowie einem weiteren Abbau der Credit-Spread-Risiken, lag der operative Value-at-Risk (VaR) des Anlagebuchs zum Stichtag deutlich unterhalb des Niveaus vom Vorjahresresultimo.

Auch der auf Basis eines Stressed-Value-at-Risk-Ansatzes berechnete Risikokapitalbedarf für Marktrisiken ist gegenüber dem Vorjahresresultimo deutlich gesunken. Ursächlich hierfür ist zum einen die Reduktion des Zins- und Credit Spread Exposure, zum anderen auch eine Anpassung in der Modellierung der relevanten Risikoparameter. Ausblickend erwarten wir, dass der Risikokapitalbedarf im Berichtsjahr 2018 auf dem derzeitigen Niveau verbleibt. Die unvermindert bestehenden politischen Unsicherheiten, z. B. aufgrund der laufenden Brexit-Verhandlungen, können allerdings auch zu erneut erhöhten Volatilitäten an den Märkten und damit zu entsprechenden Barwertschwankungen führen.

Marktrisiken entstehen der Postbank allein aus Positionen des Anlagebuchs, Handelsbuchaktivitäten fanden im Berichtsjahr wie auch schon im Vorjahr nicht statt.

Liquiditätsrisiken

Im Berichtsjahr 2017 wurden auf Basis einer stabilen Refinanzierungsstruktur stets ausreichende Liquiditätspuffer für die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der regulatorischen Liquiditätsanforderungen vorgehalten. Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen und dank des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren weiterhin solide.

Auf Basis unserer Liquiditätsprognosen und -planungen werden wir die Überschussliquidität reduzieren, erwarten aber auch unter Würdigung der laufenden Brexit-Verhandlungen für die absehbare Zukunft eine angemessene Liquiditätsausstattung.

Operationelle Risiken

Das Schadenprofil für Operationelle Risiken der Postbank spiegelt im Wesentlichen die strategische Ausrichtung einer Bank für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit Mengengeschäft wider. Ein Schwerpunkt lag in den letzten Jahren stets auf den sogenannten High-Frequency/Low-Impact-Schäden, also den Schadenfällen, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe aufweisen, dafür jedoch mehrfach pro Jahr auftreten. Der hieraus im Berichtsjahr resultierende Verlust war im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. In den letzten Jahren waren außerdem zahlreiche Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung zu verzeichnen. Ein Großteil dieser Klagen und Beschwerden bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds, obwohl der Vertrieb von geschlossenen Fonds bereits 2012 eingestellt wurde. Die Anzahl der Verfahren liegt auf dem Niveau des Vorjahres.

Aufgrund der initiierten und bereits umgesetzten Maßnahmen geht die Postbank für die nächsten Jahre von einem sukzessiven Rückgang der Schäden aus Operationellen Risiken aus.

Entwicklungen im Risikomanagement

Die Risikosituation und das Risikomanagement der Postbank sowie die ergriffenen Maßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Die Postbank nutzt für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den fortgeschrittenen Ansatz (A-IRBA) für die Portfolios Firmenkunden, Banken, Gewerbliche Immobilienfinanzierungen (Commercial Real Estate) sowie seit der zweiten Jahreshälfte 2017 auch für Privatkunden-Dispositions Kredite.

Den aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarf für Operationelle Risiken ermittelt die Postbank unverändert nach dem Standardansatz.

Im Berichtsjahr 2017 hat die Postbank die Umsetzung umfangreicher regulatorischer Neuerungen vorangetrieben. Dies umfasste u. a. Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit und der Sicherstellung der Geschäftskontinuität bei IT-Ausfällen. In Bezug auf die Risk-Data-Aggregation (RDA)-Anforderungen gemäß BCBS 239 hat die Postbank im Einklang mit einer strategischen Zielarchitektur für die Risiko- und Finanzfunktionen im Jahr 2017 maßgeblich die zentrale Datenbasis ausgebaut. Darauf aufbauend erfolgt schrittweise die Übernahme der mit der Bilanz abgestimmten normierten Daten in die Reportingsysteme.

Fortgeführt wurden daneben die Maßnahmen zur Umsetzung der neuen AnaCredit-Meldeanforderungen („Analytical Credit Dataset“-Projekt der EZB) sowie weiterer Neuerungen im aufsichtsrechtlichen Meldewesen ebenso wie die Begleitung der diversen neuen Regulierungsvorschläge des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Vervollständigung bzw. Reformierung des Basel-III-Regelwerks und deren Umsetzung in europäisches Recht (CRR II – Capital Requirements Regulation II/CRD V – Capital Requirements Directive V).

Im Berichtsjahr 2017 erfolgten zudem umfangreiche Vorbereitungsmaßnahmen zur Umsetzung der neuen Bilanzierungsvorgaben aus dem im Jahr 2018 in Kraft tretenden Rechnungslegungsstandard IFRS 9.

Risikomanagement im Rahmen des Deutsche Bank Konzerns

Die Postbank ist unter Beachtung der maßgeblichen gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben in das Risikomanagement der Deutschen Bank AG eingebunden, um ein gemeinsames, angemessenes und wirksames Risikomanagement auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zu gewährleisten. Hierzu ist die Postbank in die Verfahren zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation von Risiken integriert, welche einen vollständigen Überblick über die Risikosituation sowie das institutsbezogene Sicherungssystem insgesamt liefern und dem Konzern die entsprechende Einflussnahme ermöglichen. Durch eine etablierte einheitliche Risk-Governance-Struktur wird zudem eine gemeinsame Risikokultur gelebt.

Die Postbank ist über die Deutsche Bank Gruppe in den Single Supervisory Mechanism (SSM) eingebunden. Die Postbank unterliegt daher als Teil der Deutsche Bank Gruppe der direkten Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB). Bei Anfragen der EZB-Bankenaufsicht an die Deutsche Bank wird die Postbank daher miteinbezogen. Zudem steht die Postbank in einem regelmäßigen Austausch mit den nationalen Aufsichtsbehörden.

Die Deutsche Bank als Eigentümerin der Postbank hat 2017 angekündigt, die Postbank mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft der Deutschen Bank zusammenlegen zu wollen. Die strategische Neupositionierung und das klare Bekenntnis zum Heimatmarkt haben das Ziel, einen Marktführer im Privat- und Firmenkundengeschäft in Deutschland zu formen und die gemeinsamen Größenvorteile zu nutzen. Unabhängig hiervon werden die Aufgaben hinsichtlich des gemeinsamen Gruppenrisikomanagements mit der Deutschen Bank parallel vollständig weiter übernommen.

Arten von Risiken

Die innerhalb der Postbank betrachteten Risikoarten werden im Rahmen einer konzernweiten Risikoinventur ermittelt.

Die Materialität dieser Risikoarten sowie die Existenz weiterer bisher nicht betrachteter Risiken werden im Zuge der mindestens jährlich durchgeführten Risikoinventur überprüft. Die Postbank greift bei der Risikoinventur auf Instrumente zurück, die in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen organisatorischen Bereiche und Risikobereiche der Bank abdecken. Die in der Risikoinventur als wesentlich identifizierten Risikoarten werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung quantifiziert und mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos mit Risikokapital unterlegt. Es erfolgt eine regelmäßige Überwachung dieser Risikoarten. Eine Darstellung zur Quantifizierung enthält Note 48 des Konzernabschlusses.

• Marktrisiken

Marktrisiken entstehen durch die Unsicherheit hinsichtlich der Änderungen von Marktpreisen sowie marktwertbestimmenden Faktoren (z. B. Zinssätzen, Credit Spreads, Fremdwährungskursen), ihrer wechselseitigen Korrelationen und spezifischen Volatilitäten.

Marktrisiken entstehen der Postbank allein aus ihren Positionen im Anlagebuch. Sie umfassen somit insbesondere

a) Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch (Interest Rate Risk in the Banking Book – IRRBB): Risiken einer Verschlechterung der finanziellen Lage des Instituts aufgrund von Veränderungen der allgemeinen Marktzinsen. Hierbei werden zwei Ausprägungen des IRRBB berücksichtigt:

- Einkommenseffekt, d. h. die Wirkung auf das periodische Zinsergebnis,
- Barwerteffekt, d. h. die Wirkung auf den ökonomischen Wert der Geschäfte.

b) Marktrisiken in Bezug auf die leistungsorientierten Pensionspläne infolge eines potenziellen Rückgangs des Marktwertes der Aktiva oder einer Zunahme des Marktwertes der Pensionsverpflichtungen.

Zu den Marktpreisrisiken im weiteren Sinne zählt die Postbank auch:

c) Immobilienrisiken: Mietausfallrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz der Postbank Gruppe,

d) Beteiligungsrisiken: Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden.

Die Immobilien- und Beteiligungsrisiken sind im Rahmen der Risikoinventur als für die Postbank nicht wesentlich identifiziert, im Rahmen einer konservativen Risikobetrachtung werden sie aber dennoch mit Risikokapital unterlegt.

• Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind. Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (Kredite und Eventualverbindlichkeiten) oder den direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte). Die Postbank unterscheidet drei Arten von Kreditrisiken:

a) Adressausfall- und Bonitätsrisiken: Während Bonitätsrisiken die Verschlechterung der Bonität eines Vertragspartners messen, bestehen Adressausfallrisiken darin, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die zuvor beschriebenen Ansprüche nicht erfüllen. Für angekaufte Forderungen im Factoring-Geschäft werden Verwässerungsrisiken berücksichtigt, hierunter fällt das Risiko, dass der Forderungsverkäufer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt und die angekaufte Forderung dadurch einen geringeren Wert besitzt.

b) Abwicklungsrisiken entstehen, wenn die Abwicklung oder die Verrechnung von Transaktionen scheitern. Dabei handelt es sich um potenzielle Verluste beim Ausfall des Kontrahenten im Zusammenhang mit dem nicht zeitgleich vollzogenen Austausch von liquiden Mitteln, Wertpapieren oder anderen Werten.

c) Länderrisiken entstehen auf Basis einer Reihe von makroökonomischen oder sozialen Geschehnissen durch unerwartete Ausfall- oder Abwicklungsrisiken mit entsprechenden Verlusten in Ländern, die in erster Linie die Kontrahenten in diesem Rechtsraum beeinträchtigen. Dazu gehören eine Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, politische Unruhen, die Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, die staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden oder die extreme Ab- und Entwertung der Landeswährung. Länderrisiken beinhalten auch Transferrisiken. Transferrisiken entstehen, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.

• Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken entstehen durch die Unsicherheit, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig, nicht zeitgerecht oder nur zu erhöhten Kosten nachkommen zu können. Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet die Postbank drei Arten:

a) Zahlungsunfähigkeitsrisiko beschreibt das Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen – auch Intraday – nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können. Der Fokus liegt auf einer unterjährigen Betrachtung und der Vorhaltung eines angemessenen Puffers an liquiden Aktiva.

b) Finanzierungsrisiko beschreibt das Risiko, dass die erwarteten Refinanzierungskapazitäten im Rahmen der Funding-Strategie nicht ausreichen, um mögliche Refinanzierungslücken rechtzeitig zu schließen.

c) Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) beschreibt das Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristeninkongruenz aufgrund einer Erhöhung der eigenen Refinanzierungsaufschläge auf den Swapsatz.

Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko ist im Rahmen der Risikoinventur als für die Postbank nicht wesentlich identifiziert und wird daher nicht mit Risikokapital unterlegt.

• Operationelle Risiken

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können.

- a) Rechtsrisiken sind Teil der Operationellen Risiken. Sie beinhalten u. a. die potenzielle Verpflichtung zur Zahlung von Bußgeldern, Geldstrafen oder sonstigen Strafzahlungen aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie ergeben sich auch durch eine geänderte Rechtslage aufgrund neuer Rechtsprechung bzw. durch Gesetzesänderungen, die Auswirkungen auf bereits abgeschlossene Geschäfte haben. Nicht gemeint sind die Kosten für die Veränderung der Prozesse zur Umsetzung der geänderten Rahmenbedingungen. Compliance-Risiken sind gemäß Vorgaben der EBA ebenfalls Teil der Operationellen Risiken. Sie sind definiert als „bestehendes oder künftiges Ertrags- oder Kapitalrisiko infolge von Verletzungen oder der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Rechtsvorschriften, Vereinbarungen, vorgeschriebenen Praktiken oder ethischen Standards“. Daher überschneiden sich Compliance-Risiken zu einem großen Teil mit Rechtsrisiken.
- b) Verhaltensrisiken (Conduct Risk) sind bestehende oder künftige Risiken von Verlusten eines Instituts infolge der unangemessenen Erbringung von Finanzdienstleistungen, einschließlich Fällen vorsätzlichen oder fahrlässigen Fehlverhaltens. Hierunter fasst die Postbank Gruppe alle OpRisk-Schäden zusammen, die den Ereigniskategorien „Kunden, Produkte, Geschäftsgewohnheiten“ und „Interner Betrug“ zugeordnet werden.
- c) Modellrisiken (Model Risk) sind Risiken aus der Fehlschätzung der Eigenmittelanforderungen im Rahmen aufsichtlich zugelassener interner Modelle und aus der Entwicklung, Einführung oder fehlerhaften Anwendung anderer Modelle, die zur Entscheidungsfindung herangezogen werden.
- d) IT-Risiken sind bestehende oder künftige Risiken von Verlusten aufgrund der Unzweckmäßigkeit oder des Versagens der Hard- und Software technischer Infrastrukturen, welche die Verfügbarkeit, Integrität, Zugänglichkeit und Sicherheit dieser Infrastrukturen oder von Daten beeinträchtigen können.

• Geschäftsrisiken

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Kollektivrisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken:

- a) Spar- und Girorisiken: Mögliche Verluste, die, ausgelöst durch unerwartete Verhaltensweisen von Spar- und Girokunden, als Folge von Volumen- oder Margenänderungen auftreten können.
- b) Kollektivrisiken als spezifische Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG bezeichnen mögliche negative Effekte in der Vermögens-, Risiko- und Ertragslage aufgrund einer von der Prognose abweichenden tatsächlichen Entwicklung des Bausparkollektivs.
- c) Reputationsrisiken: Gefahr von Ereignissen, die das Ansehen der Postbank bei ihren Anspruchsgruppen (Stakeholdern) derart beschädigen, dass daraus ein mittelbarer oder unmittelbarer finanzieller Schaden für die Postbank entstehen kann.
- d) Residuale Geschäftsrisiken bezeichnen Risiken eines Ergebnissrückgangs aufgrund unerwarteter Abweichungen der Ertragszahlen und der korrespondierenden Kosten von der ursprünglichen Planung, die nicht auf andere Risiken zurückzuführen sind.

Für alle quantifizierbaren Risikoarten erfolgt im Rahmen der internen Steuerung eine Zuweisung des Risikokapitals auf Segmentebene. Durch das interne Transferpricing werden grundsätzlich alle Zinsänderungsrisiken in das Segment Financial Markets übertragen.

Darüber hinaus betrachtet die Postbank auch sonstige Risiken, die keiner der oben genannten Risikoarten eindeutig zugeordnet werden können. Dazu gehören insbesondere Pensionsrisiken. Kredit- und Marktrisiken aus Pensionsverpflichtungen werden der jeweiligen Risikoart zugerechnet und im Rahmen des ICAAP mit Eigenkapital unterlegt. Außerdem wird das Langlebighkeitsrisiko über einen Kapitalabzug im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Organisation des Risikomanagements

Im Rahmen dieses Risikoberichts werden ein Überblick über das Risikomanagement im Allgemeinen gegeben und im Weiteren die operativ steuerbaren Risikoarten, d. h. Marktrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken, ausführlich dargestellt.

Die Postbank verfügt über eine Risikomanagement-Organisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber sowie die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Risiken werden im Rahmen des ICAAP unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten zur Erzielung des Risk>Returns und zur Nutzung von Marktopportunitäten limitiert und gesteuert.

Das Risikomanagement wird konzernweit durch die zentralen und die angebotenen dezentralen Einheiten wahrgenommen. Aussagen im Risikobericht beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf diese Konzernfunktionen. Tochtergesellschaften werden entsprechend ihrer Wesentlichkeit für den Konzern in das Risikomanagement einbezogen. Spezielle aufsichtsrechtliche Vorgaben auf Ebene der Tochtergesellschaften werden stets berücksichtigt.

Das innerhalb der Postbank eingerichtete Risikomanagementsystem stellt die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit den einzelnen Geschäftssegmenten verbundenen Risiken sicher. Die entsprechenden Prozesse haben eine permanente Verbesserung der Ertrags-, Kapital- und Risikosteuerung zum Ziel, wobei die stetige Steigerung der Qualität als ressortübergreifende Aufgabe verstanden wird. In diesem Kontext werden die Portfolios im Rahmen der Gesamtbanksteuerung auch Analysen aus Risk/Return-Perspektive unterworfen, um Chancen für eine risikoadäquatere Weiterentwicklung der Geschäfts- und der Risikostrategie der einzelnen Geschäftsfelder zu identifizieren.

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risiko- und das Kapitalprofil, die Risikostrategie, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements sowie die Steuerung und Überwachung des Risikos aller Geschäfte und stellt eine angemessene Kapital- und Liquiditätsausstattung sicher.

Die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat und dessen Risikoausschuss. Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat vor allem zu Fragestellungen des Risikoappetits, des Risikoprofils sowie der Risikostrategie und widmet sich Themen aufgrund des aktuellen Marktgeschehens oder von Ereignissen mit bemerkenswerten Auswirkungen auf das Risikoprofil bzw. auf Einzelportfolios. Der Aufsichtsrat und der Risikoausschuss des Aufsichtsrats werden regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und das Kapitalprofil der Postbank unterrichtet.

Die Risikostrategie des Konzerns ist, wie in den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Art und Umfang der Risikoprüfung sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit, dem Risikoprofil und den Renditezielen der Postbank. Sie werden im Rahmen der jährlich verabschiedeten Risikostrategie, die auf den Geschäftsfeldstrategien basiert, definiert und dokumentiert. In Umsetzung der SREP-Guidelines wird über die Risikostrategie neben dem ICAAP-Steuerungskreis auch ein sogenannter ILAAP-Steuerungskreis (ILAAP – Internal Liquidity Adequacy Assessment Process) für Liquiditätsrisiken definiert. Zielsetzung des Risikomanagements sind die Ergebnissicherung und die Optimierung des Risiko-Ertrag-Profiles durch eine verbesserte Kapitalallokation und durch operationelle Exzellenz. Dabei werden durch die integrierte Risikomanagement-Funktion die Zukunftsfähigkeit der Postbank gestärkt sowie die Risikokultur und die Risikodisziplin weiterentwickelt.

Durch die Fortsetzung der restriktiven Risikopolitik soll nachhaltig Raum für Wachstum geschaffen werden. Als Maßnahme gehört hierzu ebenfalls die Stärkung der regulatorischen und der ökonomischen Kapitalbasis (z. B. durch Kapitalthesaurierung). Für die Geschäftsfelder gibt es daher keine systematische Ausweitung ihres Risikoappetits.

Risikokomitees

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird der Vorstand durch das Bankrisikokomitee (BRK) als das zentrale Risikokomitee unterstützt. Als Steuerungs- und Überwachungsausschuss des Vorstands verfügt das BRK über wesentliche Entscheidungsbefugnisse. Das Risikomanagement wurde vom Vorstand für die einzelnen Risikoarten an weitere nachgeordnete Risikokomitees delegiert. Die Aufgaben der Komitees veranschaulicht folgende Grafik:

Aufgaben des Bankrisikokomitees und der ihm nachgelagerten Risikokomitees

	Bankrisiko- komitee (BRK)	Kreditrisiko- komitee (KRK)	Marktrisiko- komitee (MRK)	OpRisk- Komitee (ORK)	Deckungsgeschäfts- komitee (DGK)	Modell- und Validierungskomitee (MVK)
Tagungs- frequenz	monatlich	vierteljährlich	monatlich	vierteljährlich	monatlich	monatlich
Aufgaben	Beratung des Vorstands hinsichtlich: <ul style="list-style-type: none"> • Risikoappetit (ökonomisch, regulatorisch) • Risikostrategien und Risikoprofil • Allokation von Risikokapital • Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbank-Risikopositionen 	Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Analyse und Bewertung der Kreditrisiken Vorgabe von Leitlinien zur Steuerung der Kreditrisiken	Limitallokation der Marktrisiken Festlegung des Liquiditätsrisikoprofils Analyse und Bewertung der Kollektiv- sowie der Spar- und Girorisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und der Risikosituation	Definition der Mindestanforderungen für Konzerneinheiten Definition der Rahmenbedingungen für OpRisk Allokation der Risikokapitalbeträge auf die Geschäftsfelder	Regelung von Deckungsgeschäftsregisterthemen Umsetzung regulatorischer Anforderungen bezüglich des Pfandbriefgeschäfts Sicherung der Zielkonformität bezüglich der strategischen Ausrichtung und hinsichtlich der Emissionsfähigkeit	Überwachung und Validierung aller Rating-systeme und Risikoklassifizierungsverfahren Jährliche Validierung sämtlicher Modelle Änderungen von Rating-systemen, Risikoklassifizierungsverfahren und internen Modellen

Das Bankrisikokomitee agiert konzernweit als übergreifendes Risikokomitee mit Vorstandsbesetzung. Es trägt alle Risikothemen aggregiert an den Gesamtvorstand heran. Vom Senior Management geleitet werden das Kreditrisikokomitee (KRK), das Marktrisikokomitee (MRK), das OpRisk-Komitee (ORK – Komitee für Operationelle Risiken), das Deckungsgeschäftskomitee (DGK) sowie das Modell- und Validierungskomitee (MVK). Das Deckungsgeschäftskomitee entwickelt Steuerungsimpulse für das Deckungsgeschäft der Postbank. Das Modell- und Validierungskomitee ist für Änderungen und Erweiterungen von Risikomodellen und Risikoklassifizierungsverfahren sowie für die Abnahme der Validierungsberichte zuständig.

Als weitere Gremien mit Leitung durch das Senior Management sind das Data-Quality-Komitee (DQK), das Auslagerungskomitee (AusKo), das Regulatorik-RADAR-Komitee (RRK) und das Business Control Forum (BCF) eingerichtet, die ihre Aufgaben in enger Abstimmung mit dem Bankrisikokomitee und den für die operative Steuerung zuständigen Einheiten erfüllen. Analog zur Postbank hat auch die BHW Bausparkasse ein Bankrisikokomitee (BRK BHW) mit Vorstandsbesetzung eingerichtet, welches an das Bankrisikokomitee der Postbank sowie den BHW Gesamtvorstand berichtet.

Zur Steuerung ihrer Reputationsrisiken hat die Postbank ein gesondertes Reputationskomitee mit Vorstandsbesetzung eingerichtet.

Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung

Risikocontrolling-Funktion

Der Chief Risk Officer (CRO) ist konzernweit für die risikoüberwachenden und -steuernden Funktionen zuständig. Er ist Leiter der Risikocontrolling-Funktion und berichtet direkt dem Gesamtvorstand, dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats und dem Aufsichtsrat über die Gesamtrisikolage des Konzerns.

Die Organisationsstruktur des CRO-Bereichs ist Basis für die aktive risikoartenübergreifende Portfoliosteuerung und dient der Bündelung sämtlicher Kreditentscheidungen. In einem Chief Operating Office (COO) werden die Einhaltung der Standards für die Kreditbearbeitung sichergestellt und die zentrale Projekt- und Ressourcensteuerung für den CRO-Bereich umgesetzt. Das Auslagerungsmanagement, das Business Continuity Management und das Berechtigungsmanagement für die Postbank gehören zu den Aufgaben des COO.

Über die Bereiche Risikosteuerung und Konzernrisikocontrolling wird die Steuerung sämtlicher Risikoarten sichergestellt. Das Credit Office mit den Bereichen Kreditanalyse sowie Kreditsanierung und Abwicklung bündelt alle Kreditentscheidungen und gestaltet in enger Zusammenarbeit mit den Vertriebsseinheiten die Umsetzung der Geschäfts- und der Risikostrategie. Der Bereich Operations Financial Markets ist verantwortlich für die Abwicklung von Handelsgeschäften und das Collateral Management.

Der Bereich Pfandbriefmanagement, in dem auch die Abteilung Treuhänderwesen angesiedelt ist, ist ebenfalls dem CRO-Ressort zugeordnet. Die Abteilung Treuhänderwesen achtet auf die vorschriftsmäßige Deckung für die Pfandbriefe der Postbank und führt das Deckungsregister. Die Abteilung arbeitet daher auch eng mit dem im Ressort Privatkunden II eingerichteten Bereich Regulatorik Privatkunden Pfandbrief/ Grundsatz zusammen.

Nachstehende Übersicht veranschaulicht die Aufgaben der einzelnen Bereiche des CRO-Ressorts.

Bereiche des Risikomanagements und deren Aufgaben

Bereich	Aufgaben
Chief Operating Office	Ressourcenmanagement und Projekte Kreditfachliche Regelwerke/Kreditrichtlinien Internes Kontrollsystem (CISO) Auslagerungsmanagement Business Continuity Management (BCM) Berechtigungsmanagement
Risiko-steuerung	Gesamtbankrisikosteuerung und -reporting inklusive Risikotragfähigkeit, integrierter Stresstests und Betreuung der Risikokomitees Definition der Risikostrategie und des Risikoprofils Management und Reporting der Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts- und Operationellen Risiken Qualitätssicherung von Marktdaten und Fair Values für Risikosteuerung und Bilanzierung
Konzernrisiko-controlling	Verantwortung für sämtliche Rating- und Scoringverfahren Portfoliomanagement Kreditrisikoreporting Koordination des Risikovorsorgeprozesses und der Watch-List Methoden- und Modellhoheit zur Risikoquantifizierung Einhaltung von Prozessstandards in der Kreditbearbeitung Qualitätssicherung
Kreditanalyse	Kreditgenehmigung, Betreuung und Kreditüberwachung für Banken, Staaten, Unternehmen und Immobilienfinanzierungen Sicherheitenmanagement der Kreditprozesse
Kreditsanierung und Abwicklung	Problemkreditbearbeitung Abwicklung der Kreditbeziehung Beitreibung Sicherheitenverwertung Erhöhung der Recovery Rate
Operations Financial Markets	Kontrolle und Abwicklung der Treasury Handelsgeschäfte Collateral Management
Pfandbriefmanagement	Treuhänderwesen Führung Deckungsregister und vorschriftsgemäße Deckung für die Pfandbriefe der Postbank

Die Qualifikation der Mitarbeiter im Risikomanagement wird durch fortlaufende Schulungsmaßnahmen sichergestellt und durch die Qualifizierungsangebote der Postbank unterstützt, dazu gehören auch Maßnahmen, die sich ausschließlich mit Aspekten des Risikomanagements (insbesondere mit dem Kreditrisiko) befassen.

Risikosteuerung je Risikoart

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist im Konzern auf mehrere zentrale Einheiten verteilt. Dazu gehören in erster Linie der Bereich Financial Markets, die Kreditbereiche Unternehmensfinanzierungen, Gewerbliche Immobilien und Banken & Kapitalmärkte sowie die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts. Darüber hinaus steuern die Tochtergesellschaften BHW Bausparkasse AG, PB Factoring GmbH und PB Leasing GmbH ihre Risiken eigenständig im Rahmen separat definierter Risikolimits. Die Zweigniederlassung Luxemburg ist in die Steuerung der Deutschen Postbank AG eingebunden und wird separat limitiert.

Die operative Steuerung der Marktrisiken im Konzern erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Financial Markets im Ressort „Firmen & Märkte“ der Deutschen Postbank AG. Die Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion der Marktrisiken werden zentral von der Abteilung Marktrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung wahrgenommen.

Die Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort CRO. Hauptaufgabe der Abteilung Liquiditätsrisikomanagement ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in bestimmten Stresssituationen sowie die Vorhaltung einer stabilen Refinanzierungsstruktur zu gewährleisten. Die operative Disposition der Liquidität sowie des für die Steuerung des Liquiditätsrisikos erforderlichen Liquiditätspuffers erfolgt zentral im Ressort „Firmen & Märkte“ der Deutschen Postbank AG. Die BHW Bausparkasse AG steuert ihre Risiken eigenständig, ist jedoch Teil der konzernweiten Risikoüberwachung auf Basis einheitlicher Verfahren und Prozesse. Im Falle eines lokalen Liquiditätsengpasses übernimmt die Deutsche Postbank AG die Funktion des „Lender of Last Resort“.

Die Entwicklung und Kalibrierung der Ratingmodelle erfolgt in der Abteilung Konzernrisikocontrolling Risikomodelle, während die Limitüberwachungs-, die Reporting- und die Steuerungsfunktion der Kreditrisiken in der Abteilung Konzernrisikocontrolling Kreditrisikomanagement wahrgenommen werden. Die Abteilung Modellrisikomanagement und Validierung stellt in diesem Zusammenhang die aufsichtsrechtlich geforderte unabhängige Validierungseinheit (für IRBA-Verfahren) dar. Die Abteilung Chief Operating Office Risikostandards erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Bereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling wahrgenommen. Die Verantwortung für die Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Jedes Ressort ist operativ dafür verantwortlich, seine im Rahmen der Geschäftsstrategie definierten Ziele zu erreichen bzw. die definierten Rahmenbedingungen einzuhalten, und trägt somit zur operativen Steuerung der Erträge und Risiken bei.

Die operative Risikosteuerung und -überwachung der Kollektivrisiken erfolgt dezentral durch die BHW Bausparkasse AG.

Die zentrale Analyse- und Reportingfunktion für Spar- und Girisrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken nimmt die Abteilung Marktrisikomanagement wahr, die Verantwortung dieser Geschäftsrisiken verbleibt in den Markt Bereichen.

Die Postbank geht im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ein geringes Reputationsrisiko ein. Im Fokus steht das Risiko gegenüber der Anspruchsgruppe „Kunden“ im kleinteiligen Privatkundengeschäft. Die konzernweite Steuerung bedeutender Reputationsrisiken erfolgt über das Reputationskomitee der Postbank.

Übergreifendes Risikomanagement

Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit der Bank wird neben der Eigenmittelausstattung nach CRR sowohl aus einer Liquidationsperspektive (ökonomischer Gläubigerschutz) als auch aus einer Going-Concern-Perspektive (regulatorischer Going-Concern-Ansatz) beurteilt. Die Postbank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das Gesamtrisiko (VaR) ist.

Unter dem Blickwinkel des ökonomischen Gläubigerschutzes wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Die Risikodeckungsmasse wird hierbei als sogenannter ökonomischer Substanzwert aus der nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellten Konzernbilanz abgeleitet und dient vor allem dem Schutz erstrangiger Verbindlichkeiten in einem Liquidationsszenario.

Bei der Betrachtung unter dem Aspekt des regulatorischen Going-Concern-Ansatzes wird die Differenz zwischen dem regulatorischen Kernkapital gemäß CRR/CRD IV (Capital Requirements Directive IV) und einem dem Risikoappetit der Postbank entsprechenden mindestens erforderlichen Kernkapital berechnet. Das so ermittelte freie Kernkapital und die geplanten Erträge stellen die Risikodeckungsmasse dar. Das Risikopotenzial in dieser Perspektive wird dabei zu einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt.

Die Postbank begleitet aktiv die aktuelle aufsichtliche Diskussion zur Anpassung der bankinternen Methoden zur Berechnung der Risikotragfähigkeit und des ICAAP. Nach Verabschiedung der entsprechenden neuen Vorgaben von EZB/BaFin kann dies auch zu Anpassungen des bisherigen Vorgehens bei der Postbank führen.

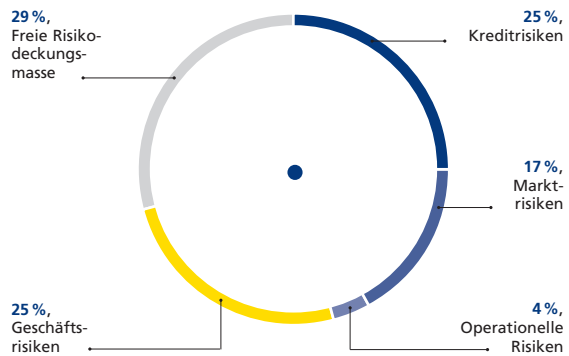
Risikokapital und Limitierung

Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Die Risikokapitalallokation wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand bzw. vom Bankrisikokomitee überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die weitere Verteilung des den einzelnen Risikoarten zugeordneten Risikokapitals sowie, falls erforderlich, Adjustierungen der Einzelmitel der Risikoarten erfolgen durch die Risikokomitees.

Für die im Kapitel „Arten von Risiken“ aufgeführten wesentlichen Risikoarten wird mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos und des Reputationsrisikos ökonomisches Kapital bereitgestellt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos hält die Postbank einen Liquiditätspuffer aus hochliquiden und liquiden Vermögensgegenständen für eine zweimonatige Survival Period im Stressszenario gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vor.

Die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ der Postbank nach Risikoarten und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten im Berichtsjahr 2017 (Berechnung per 31. Dezember 2017) stellt sich wie folgt dar:

Verteilung der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ der Postbank nach Risikoarten (genehmigtes Risikokapital)

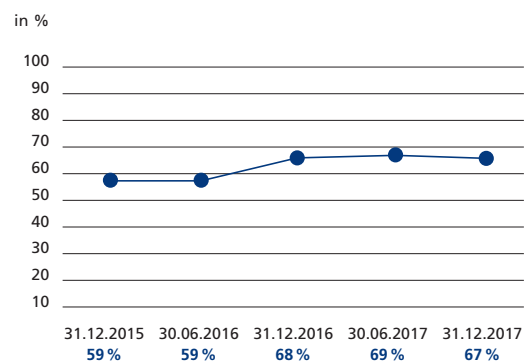


Die absolute Höhe der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ und eine nach Risikoarten differenzierte Aufteilung der absoluten Risikokapitalbeträge (Stichtag 31. Dezember 2017 und Vorjahresultimo) werden in Note 48 des Konzernabschlusses dargestellt.



Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung des genehmigten Risikokapitals im Verhältnis zur gesamten Risikodeckungsmasse:

Entwicklung Relation genehmigtes Risikokapital zu Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“



Die Auslastung der Risikodeckungsmasse (im ökonomischen Gläubigerschutz), bezogen auf das verteilte Risikokapital nach Diversifikation, belief sich zum Berichtsstichtag auf 67 %. Insgesamt hat sich im Berichtsjahr 2017 das gesamte allokierte Risikokapital im Vergleich zum Jahresende 2016 um ca. 500 Mio € verringert. Die Risikodeckungsmasse reduzierte sich gegenüber dem 31. Dezember 2016 um ca. 600 Mio €, sodass sich die Auslastung im Jahresvergleich

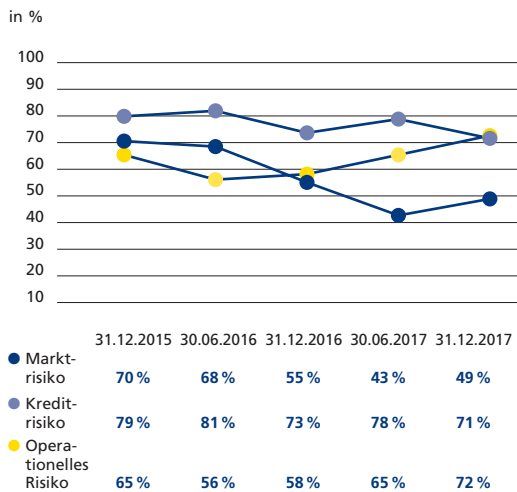
um lediglich 1 % verringerte. Der Rückgang der Risiko- deckungsmasse ist im Wesentlichen auf eine Verringerung des Nachrangkapitals (insbesondere durch die Kündigung einer Hybridanleihe) zurückzuführen. Auch in der Going- Concern-Perspektive ist das ermittelte Risikopotenzial ausreichend durch die zur Verfügung stehende Risiko- deckungsmasse gedeckt.

Neben der Limitierung der Risikopositionen für die einzelnen Risikoarten auf Basis des allokierten Risikokapitals kommen Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite zum Einsatz, um über die eigentlichen Risikopositionen hinaus auch Risiko- konzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken.

Bei den Marktrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von VaR- und Verlustlimiten auf Konzernebene sowie für die jeweiligen Portfolios. Für Marktrisiken wird im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung (im ökonomischen Gläubigerschutz) ein Stressed-Value-at-Risk-Konzept (Stressed-VaR-Konzept) verwendet, das für die Kalkulation der Kapitalunterlegung von Marktrisiken einen gestressten Zeitraum unterstellt. Der zum Ende des Berichtsjahres 2017 für die Ermittlung des Stressed-VaR herangezogene Zeitraum war der vom 8. August 2011 bis zum 26. Juli 2012, da dieser historische Zeitraum, bezogen auf die aktuelle Positionierung der Bank zum Berichtsstichtag, eine signifi- kante Stressperiode darstellte. Die Steuerung von Kredit- risiken erfolgt für Forderungen an Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Für Operationelle Risiken werden Limite für die Gesamtbank und je Segment festgelegt. Die weiteren Risikoarten werden durch konzernweit gültige Limite gesteuert.

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten im Zeitablauf. Die Postbank verfolgt das Ziel eines aktiven Limitmanagements, um eine effektive Steuerungswirkung auf die Risiken zu erreichen.

Entwicklung Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten



Zum Stichtag 31. Dezember 2017 betrug die Auslastung des für Marktrisiken im engeren Sinne genehmigten Risiko- kapitals 49 % und ist damit trotz einer Reduktion des Limits im Vergleich zum Vorjahresende weiter gesunken (31. De- zember 2016: 55 %). Ursächlich hierfür ist zum einen die Reduktion des Zins- und Credit Spread Exposure, zum anderen eine Anpassung der Spread-Kurven-Zuordnung für Kommunal- darlehen und Anleihen von Bundesländern im VaR-Modell. Die Limitauslastung für Kreditrisiken lag zum 31. Dezember 2017 bei 71 % (31. Dezember 2016: 73 %). Maßgeblich für die Reduktion der Limitauslastung sind rückläufige Kon- zentrationsrisiken bei Financial Markets, welche die gleichzeitige Limitreduktion für Kreditrisiken überkompensieren. Der Anstieg der Limitauslastung des für Operationelle Risiken genehmigten Risikokapitals von 58 % zum Jahres- ultimo 2016 auf 72 % zum 31. Dezember 2017 ist maßgeblich bedingt durch die Reduzierung des Limits zum Jahresultimo von 700 Mio € auf 600 Mio €.

Die Risikotragfähigkeit der Postbank war jederzeit gegeben.

Risikokonzentrationen

Konzentrationen bei Kredit-, Liquiditäts-, Markt- und Geschäftsrisiken werden u. a. über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert, überwacht und über Risikofak- tor- oder Gap-Limite (beispielsweise im Bereich Zins- und Credit-Spread-Risiken) begrenzt. Sensitivitätsanalysen und Stresstests beschreiben hierbei hypothetische zukünftige Entwicklungen der jeweiligen Portfolios, Wert- und Risikotreiber. Über alle Risikoarten hinweg werden makro- ökonomische Szenarien hinsichtlich Inflation, Rezession sowie weitere hypothetische oder historische Szenarien berechnet.

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells, d. h. als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail- Bank, zudem Ertragsrisiken in der Form, dass die aus Kunden- geschäften erwirtschafteten Erträge geringer als geplant ausfallen können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Konzerncontrolling Treasury. Hierbei werden Ertragsrisiko- konzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Das Management der Konzentrationsrisiken erfolgt im Rahmen der Steuerung. Hinsichtlich ihres Spread-Risikos sind insbesondere die Bestände an europäischen Staats- und Länderanleihen relevant.

Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements werden systematisch Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt. Leitplanken zur verbesserten Steuerung der Risikokonzentration sind in den Organisationsanweisungen verankert. Im Mittelpunkt stehen hierbei die identifizierten Sektoren Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken sowie Staaten, für die – über die gültige Limitmatrix für Firmenkunden hinaus – weitergehende Regelungen bestehen. Durch die segmen- tspezifischen Risk Assessment Reports und die steuerungs- relevanten Risikozirkel werden Risikokonzentrationen zeitnah eng überwacht.

Aktuell ist auf Basis des ökonomischen Kapitals eine Risikokonzentration insbesondere im Bereich des Staaten-Exposure erkennbar. Die monatliche Berichterstattung zum ökonomischen Kapitalbedarf aus Kreditrisiken und Risikokonzentrationen ist wesentlicher Bestandteil des Kreditrisikoreportings der Postbank.

Für das Commercial-Mortgage-Portfolio wird eine Strategie zur Vermeidung von regionalen Einzelkonzentrationsrisiken verfolgt. Der Fokus liegt weitgehend auf Deutschland bzw. auf Europa.

Zur Gewährleistung einer gesamthaften Risikobeurteilung werden die wesentlichen operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts- und Operationelle Risiken) im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung regelmäßig den definierten Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch inverse Stresstests und risikoartenspezifische Stresstests durchgeführt. Die Stresstests werden in Abhängigkeit von der Marktentwicklung und basierend auf dem Risikoprofil der Postbank stetig und dynamisch weiterentwickelt.

Neue-Produkte-Prozess

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Neue-Produkte-Prozess systematisch identifiziert, dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung der Postbank eingebunden.

Konzernweites Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten. Über das reguläre Managementreporting hinaus existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die nachfolgende Tabelle stellt, gegliedert nach den einzelnen Risikoarten, den Inhalt der wesentlichen Berichte, deren Publikationsturnus und deren Empfängerkreis dar.

Konzernweites Reporting

Thema	Berichtsinhalte	Turnus	Adressat
Risikoarten-übergreifend	Risikotragfähigkeit, Einzelrisiken, Risikokonzentrationen, periodische und barwertige Ergebnisentwicklung, Stresstestergebnisse	quartalsweise	Aufsichtsrat, Risikoausschuss, Gesamtvorstand, Bankrisikokomitee
Marktrisiken	Risikokennzahlen, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisentwicklung, wesentliche Transaktionen	täglich	Gesamtvorstand, operative Markteinheiten
	Marktentwicklung, Entwicklung der wesentlichen Marktrisiken, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisse und Risikokennzahlen, Stresstest- und Szenarioanalysen, Risikokonzentrationen, Backtestingergebnisse	monatlich	Gesamtvorstand, Marktrisikokomitee, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
Kreditrisiken	Adresslimitüberwachung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Economic-Capital (EC)-Berichterstattung, Key Performance Indicators, Länderrisiko, Risikovororgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich	monatlich	Operative Marktfolgeeinheiten
	Portfolioentwicklung/-früherkennung, spezifische Portfolioanalysen, Key Performance Indicators, Ratingverteilungen, Länderrisiko, Limitauslastungen inklusive EC/Risikotragfähigkeit (RTF)-Entwicklung, Risikovororgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich, Problemkredite/Watch-List, Risikokonzentrationen, RWA (Risk-Weighted-Assets)-Entwicklung, Expected-Loss (EL)-Entwicklung, Ergebnisse aus Szenarioanalysen/Stresstests, MaRisk-Pflichtangaben	quartalsweise	Gesamtvorstand, Risikoausschuss, Bankrisikokomitee, Kreditrisikokomitee
Liquiditätsrisiken	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Stresstests (nur operative Markteinheiten)	täglich	Gesamtvorstand, Marktrisikokomitee, operative Markteinheiten
	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Ergebnisse der Szenarioanalysen/Stresstests	wöchentlich	Bankrisikokomitee, operative Markteinheiten
	Liquiditätsstatus, Innertagesliquidität, Stresstest, Liquiditätsreserve, Liquidity Coverage Ratio (LCR), Funding-Struktur, Net Stable Funding Ratio (NSFR), Forecasts Überschussliquidität und LCR sowie NSFR	monatlich	Gesamtvorstand, Marktrisikokomitee
Operationelle Risiken	Aufgetretene Schadenfälle	wöchentlich	Fraud-Gremium, OpRisk-Komitee
	Schadenfälle, Risikoindikatoren, Ergebnisse aus Szenarioanalysen und Self-Assessments, Auslastung der VaR-Limite, Risikoeinschätzungen zu neuen Produkten und Auslagerungssachverhalten	monatlich	Gesamtvorstand, OpRisk-Komitee
Geschäftsrisiken	Volumenentwicklung Kundenprodukte	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Risikokennzahlen Spar- und Girisiko, Stresstestergebnisse Spar- und Girisiko	monatlich	Gesamtvorstand, Marktrisikokomitee

Risikoartenunabhängig besteht eine Ad-hoc-Eskalationspflicht für alle entscheidungsrelevanten Ereignisse und Entwicklungen.

Überwachung und Steuerung von Marktrisiken

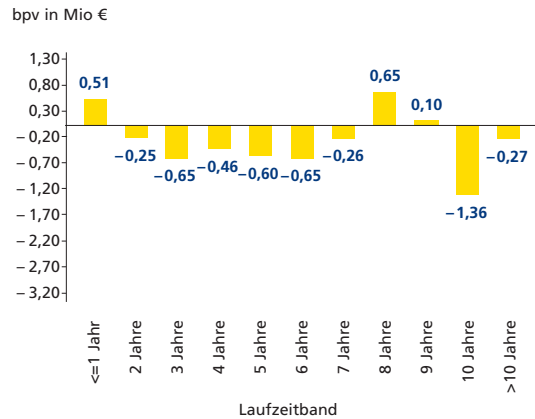
Zur Steuerung ihrer Marktrisiken im engeren Sinne verwendet die Postbank zum einen VaR-Limite und barwertige Verlustlimite auf Konzernebene sowie für Subportfolios. Zum anderen werden als weitere Steuerungskennzahlen Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen. Die Wertveränderungen der mit Marktrisiken behafteten Positionen werden aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktrisikopositionen erfolgt primär mit einem barwertigen Fokus. Sämtliche Marktrisiken werden auf VaR-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt.

Um der relativen Bedeutung der Marktrisiken für die Postbank gerecht zu werden, sind für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, bei Limitüberschreitungen oder im Falle von – für die Postbank relevanten – extremen Marktbewegungen sicherstellen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken als wesentlicher Teil der Marktrisiken bezeichnen das Risiko von einem aus einer Marktzinsänderung resultierenden Rückgang des Marktwertes zinsensensitiver Finanzinstrumente bzw. einer Verschlechterung des periodischen Zinsergebnisses aufgrund von Veränderungen der allgemeinen Marktzinsen. Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung. Die nachstehende Grafik zeigt das Profil der offenen Zinspositionen der Postbank zum 31. Dezember 2017 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, hier besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog als Passivüberhang zu interpretieren. In Summe war die Postbank zum 31. Dezember 2017 weiterhin mit einem aktivischen Zins-Exposure positioniert.

Zinspositionen (bpv) des Postbank Konzerns per 31.12.2017



Die Abbildung zeigt, dass sich die aktivischen Überhänge der offenen Zinspositionen zum Stichtag 31. Dezember 2017 über nahezu alle Laufzeitbereiche verteilen, allein im unterjährigen Bereich und im Laufzeitbereich von 8 bis 9 Jahren dominieren passivische Zinsrisikoüberhänge. Die offene Zinsposition im Laufzeitbereich >10 Jahre wurde durch Portfolio-Hedges zur Aussteuerung des im Wesentlichen aus langlaufenden Baufinanzierungen resultierenden Zinsrisikos im Vergleich zum Vorjahr deutlich reduziert. Der Gesamt-bpv lag zum 31. Dezember 2017 bei –3,3 Mio € nach –3,6 Mio € am 31. Dezember 2016. Die Zinssensitivitäten resultieren überwiegend aus Euro-Positionen; die Zinssensitivitäten in anderen Währungen sind unwesentlich. Als Instrument zur aktiven Steuerung der Zinsänderungsrisiken dienen der Postbank vorwiegend Zinsswaps. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Value-at-Risk-Messung, Limitierung und Backtesting

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktrisiken erfolgt im Postbank Konzern auf Basis des Value-at-Risk (VaR)-Konzepts. Der VaR eines Portfolios bestimmt die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem bestimmten Zeitraum mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle mit Marktrisiken behafteten Positionen konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt.

Die Ermittlung des VaR erfolgt in der Postbank einheitlich auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation. Bei der operativen Steuerung werden ein Konfidenzniveau von 99 % und eine dem täglichen Risikomanagement angemessene Haltedauer von 10 Tagen zugrunde gelegt. Als maßgebliche Risikofaktoren werden bei der VaR-Berechnung Zinssätze und Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse sowie Volatilitäten berücksichtigt.

Volatilitäten und Korrelationen zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungen ab. Während für die operative Steuerung stets die historisch beobachteten Werte der letzten 250 Handelstage herangezogen werden, liegt dem VaR für die Risikotragfähigkeitsbetrachtung ein historischer Zeitraum zugrunde, der, bezogen auf die Positionierung zum Berechnungstichtag, eine signifikante finanzielle Stressperiode darstellt (Stressed VaR).

Neben dem Gesamt-VaR, der sämtliche Diversifikationseffekte zwischen den Risikofaktoren berücksichtigt, werden auch VaR-Kennzahlen für die Unterarten des Marktrisikos (Zins-, Credit-Spread-, Volatilitäts-, Aktien- und Währungsrisiken) täglich ermittelt und analysiert.

Die Marktrisiken werden durch ein System risikobegrenzender Limite gesteuert. Das Gesamtrisikokapital für Marktrisiken wird vom Bankrisikokomitee beschlossen und vom Marktrisikokomitee in Form von operativen Sublimiten den einzelnen Einheiten bzw. Portfolios zugeteilt. Neben Risikolimiten, bezogen auf den Gesamt-VaR sowie die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos, werden Verlustlimite für potenzielle Marktwertverluste in einzelnen Portfolios allokiert. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt auf täglicher Basis. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; über das Verlustlimit hinausgehende aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich festgelegte Niveau auf. Im Berichtszeitraum wurden die eingeräumten VaR-Limite auf Konzernebene jederzeit eingehalten.

Neben den VaR-Limiten sind vom Marktrisikokomitee Sensitivitätslimite festgelegt worden, die die Credit-Spread- und die Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Segmenten, Portfolios und Laufzeiten begrenzen.

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig validiert und im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR u. a. durch Vergleich mit den hypothetischen Gewinnen und Verlusten infolge von eingetretenen Marktwertveränderungen, bei unverändertem Bestand, überprüft (Clean Mark-to-Market Backtesting). Per 31. Dezember 2017 liegen die Backtesting-Ergebnisse (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) auf Konzernebene mit vier „Ausreißern“ im grünen Bereich und bestätigen damit die grundsätzliche Angemessenheit des Marktrisikomodells.

Stresstesting und Risikokonzentrationen

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse der Auswirkungen extremer Marktbewegungen sowie zur Identifikation von Risikokonzentrationen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die entsprechenden Positionen der Postbank. Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle innerhalb des Marktrisikos wesentlichen Risikofaktoren durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen und Stressparameter werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft. Die Stresstests umfassen sowohl aus historisch beobachteten Risikofaktoränderungen abgeleitete Szenarien als auch hypothetische Extremszenarien. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des BRK und des MRK sowie der Aufsichtsrat werden über die wesentlichen Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Bei den regelmäßig durchgeführten internen Stresstests für Marktrisiken zeigen sich die größten Anfälligkeiten aufgrund der Positionierung weiterhin im Zins- und im Spread-Bereich. Aufgrund der geringen Anzahl von Positionen sind die Sensitivitäten gegenüber Aktienkurs-, Währungskurs- und Volatilitätsveränderungen demgegenüber deutlich geringer.

Auch bei Eintreten des nachteiligsten der betrachteten historischen und hypothetischen Stressszenarien war das für Marktrisiken zur Verfügung stehende Risikokapital im Berichtsjahr 2017 jederzeit ausreichend, um resultierende marktwertere Verluste zu decken.

Der Maßgabe, Risikokonzentrationen zu berücksichtigen, wird in der Marktrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Hierzu werden regelmäßig die Stresstest-Auswirkungen je Assetklasse und Segment analysiert und mithilfe von Sensitivitätsanalysen vorhandene Risikokonzentrationen identifiziert. Instrumente hierfür sind Zinsgap-Strukturanalysen, nach Emittenten, Assetklassen oder Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und der Fremdwährungspositionen des Konzerns.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktrisiken führt die Postbank auch eine Prüfung der im eigenen Namen für eigene Rechnung abgeschlossenen Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

Risikokennzahlen

Für das Berichtsjahr 2017 (sowie für das Berichtsjahr 2016) wurden folgende VaR-Werte ermittelt:

Value-at-Risk Marktrisiken Postbank Konzern

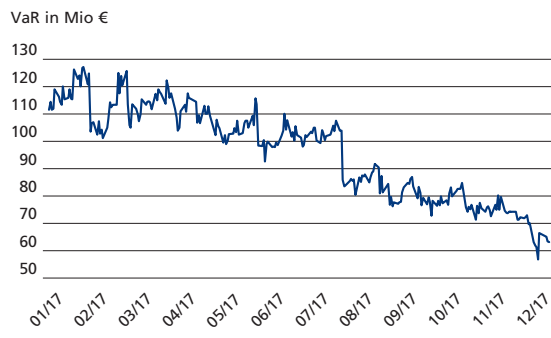
Konzern VaR (10 Tage, 99 %)	VaR am Jahresende		Maximaler VaR		Minimaler VaR		Durchschnittlicher VaR	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	2017 Mio €	2016 Mio €	2017 Mio €	2016 Mio €	2017 Mio €	2016 Mio €
Zinsrisiken	37,8	58,5	82,0	87,8	37,4	39,7	56,9	69,0
Aktien-/Aktienindexrisiken	5,0	6,3	6,7	9,9	4,7	6,1	5,7	8,0
Währungsrisiken	5,2	7,2	8,2	8,6	2,6	3,2	4,1	4,5
Sonstige Marktrisiken (Spread)	39,5	73,2	78,3	120,3	37,8	71,3	58,8	96,4
Diversifikationseffekte	-25,6	-36,9	-39,1	-55,9	-19,3	-0,5	-28,9	-36,1
Gesamt	61,9	108,3	128,1	177,3	58,4	100,4	96,5	141,8

Zum 31. Dezember 2017 betrug der Marktrisiko-VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) insgesamt 62 Mio € (zum Vergleich: 108 Mio € per 31. Dezember 2016).

In die Berechnung werden alle wesentlichen marktrisikotragenden Bestände inklusive der Pensionsverpflichtungen und des entsprechenden Planvermögens einbezogen. Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank, die eine klare Fokussierung auf das Kundenkredit- und das Einlagengeschäft beinhaltet, wird die Höhe der Marktrisiken im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken determiniert. Fremdwährungsrisiken entstehen vor allem durch die Geschäftsaktivitäten der Niederlassung in Luxemburg. Sie haben für das Marktrisiko eine untergeordnete Bedeutung, da nur unwesentliche offene Fremdwährungspositionen existieren. Die aus Fremdwährungspositionen resultierenden barwertigen Risiken sind Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung und -berichterstattung. In der Steuerung liegt der Fokus zum einen auf der barwertigen Betrachtung und zum anderen auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen. Aktienrisiken sind gering, da die Postbank derzeit mit Ausnahme von strategischen Beteiligungen im Rahmen ihrer Financial-Markets-Aktivitäten nicht in Aktien oder Aktienindexprodukte investiert.

Die Entwicklung des VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) im Berichtsjahr für die Postbank ist der folgenden Grafik zu entnehmen.

Value-at-Risk (99 %, 10 Tage) Postbank Konzern für den Zeitraum 01.01.2017 bis 31.12.2017



Der VaR-Verlauf im Anlagebuch der Postbank ist im Wesentlichen durch die Entwicklung der Risikofaktoren Zins- und Credit Spread getrieben. Nachdem die operativen VaR-Kennzahlen bis Ende Juli 2017 in einem Korridor zwischen 130 Mio € und 100 Mio € schwankten, lösten im dritten Quartal 2017 durchgeführte Hedgemaßnahmen (im Wesentlichen Portfolio-Hedges von Baufinanzierungen) zur Reduktion der offenen Zinsrisikoposition einen Rückgang des Zins- und des Gesamt-VaR auf ein Niveau zwischen 90 Mio € und 60 Mio € aus. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch den Rückgang der Credit-Spread-Volatilitäten. Mit rund 60 Mio € befand sich der VaR zum Berichtsjahresende auf einem historisch niedrigen Niveau.

Das Handelsbuch der Postbank weist keinen aktiven Bestand mehr auf. Im Berichtsjahr fanden keine Handelsbuchgeschäfte statt und strategisch ist in diesem Bereich auch kein Neugeschäft geplant.

Risikosteuerung von Immobilienrisiken

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Deutschen Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese in einem Abstand von drei Jahren einer Neubewertung unterzogen.

Risikosteuerung von Beteiligungsrisiken

Als Beteiligungen werden sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG unter den Positionen „Beteiligungen“ und „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 Aktiengesetz (AktG). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 hielt die Deutsche Postbank AG 42 (per Vorjahresresultimo: 45) unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen.

Bei den Unternehmensbeteiligungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt- bzw. Leistungsfeldern der Postbank sowie zur Erbringung interner Serviceleistungen für die Postbank. Die Postbank hielt per 31. Dezember 2017 zur Veräußerung bestimmte Beteiligungen (im Sinne von IFRS 5) in Höhe von 9 Mio € (vgl. Note 4(r)).

Die Postbank hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Konzernebene sicherstellen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Postbank überwacht.

Darin einbezogen sind auch die von der Postbank gehaltenen Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften. Die Postbank hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva. Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken zu überwachen und zu steuern.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Die Postbank orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Privatkunden, Firmenkunden inklusive Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielportfolio. Dieses Zielportfolio wurde nach der Maßgabe eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise wird das aktuelle Forderungsportfolio mit dem Zielportfolio abgeglichen. Für das Firmenkundengeschäft erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Verhältnisses von risikoadjustierter Nettomarge zu gebundenem regulatorischem Kapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielportfolios nicht grundsätzlich anteilmäßig limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt.

Steuerung der Einzelrisiken Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien der Postbank enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger (bei Organkrediten unter Einbezug des Risikoausschusses bzw. des Präsidialausschusses) zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Kreditkompetenzen werden anhand festgelegter Höchstkreditgrenzen pro Gruppe verbundener Kunden in Abhängigkeit von der Bonitätseinstufung (Rating) und der Höhe bei Firmenkunden, Commercial-Mortgage-Finanzierungen und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets definiert. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel) und Marktfolge, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank Kredite im Volumen bis 1 Mio € versteht, für die grundsätzlich vereinfachte und standardisierte Verfahren gelten.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach CRR und Solvabilitätsverordnung zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. des Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und der Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren sowie mindestens jährlich und anlassbezogen ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die methodische Überwachung, die Kalibrierung aller eingesetzten und die Implementierung der in internen Datenverarbeitungen umgesetzten internen Ratingverfahren obliegt der Abteilung „Kreditrisikocontrolling Risikomodelle“. Die Funktion „Modellrisikomanagement und Validierung“ verantwortet die Konzeption und Sicherstellung eines übergeordneten Validierungsprozesses für alle (relevanten) Modelle der Bank, der den zentralen Bestandteil des Modellrisikomanagements darstellt. Zusätzlich werden ab 2017 insbesondere alle internen Ratingverfahren von der neu eingerichteten Abteilung turnusmäßigen und bei Bedarf anlassbezogenen Validierungen unterzogen. Ein für die Prozessunterstützung eingerichtetes Modell- und Validierungskomitee (MVK) stellt – gemeinsam mit dem ihm untergeordneten Model-Change-Policy-Komitee (MCPK) – auch die Einbindung der Ergebnisse aus der Überwachung der internen Ratingverfahren in das interne Berichtswesen und die Steuerungsprozesse der Bank sicher. Der Vorstand wird regelmäßig von den zuständigen Gremien (BRK, KRK, MVK) über die Funktionsfähigkeit der Ratingsysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert. Die Prozessüberwachung liegt in der im Chief Operating Office des CRO-Bereichs angesiedelten Abteilung „Risikostandards“. Die Weiterentwicklung, fortlaufende

Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Ratingsysteme stellte auch im vergangenen Jahr neben den laufenden Dekonsolidierungsprojekten einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikocontrollings der Bank dar. Die Interne Revision prüft jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers bzw. eines Kredits. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwertungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Ausnutzungsgrad der offenen Linien zum Ausfallzeitpunkt geschätzt.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und die Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Bilanzrating oder einer Simulation der erwarteten Zahlungsströme bestehen und zusätzlich über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristigere Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an.

Die explizite Validierung der Rating- und der Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich insbesondere auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten, beleuchtet aber auch qualitative Aspekte rund um das Ratingverfahren. Auf diese Weise wird eine ganzheitliche Bewertung der Angemessenheit des jeweiligen Ratingsystems sichergestellt. Im Rahmen der Validierung werden – sofern erforderlich – in einer anschließenden Rekalibrierung auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der einzelnen Verantwortlichkeiten zur Betreuung der Ratingverfahren in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit, geschäftspolitische und modellrelevante Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen direkt abzuleiten. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Rating- und Scoringergebnisse dienen – über die Unterstützung im Kreditentscheidungsprozess hinaus – u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des Erwarteten Verlusts, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist. Sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der Postbank werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Dadurch können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den Erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen bei Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Privatkundenbereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, außerhalb des Privatkundenbereichs individuell statt.

Sicherheitenmanagement und Kreditrisikominderungstechniken

Das Sicherheitenmanagement ist ein wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Die Werthaltigkeit der Sicherheit wird nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis konzern-einheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Die entsprechenden Sicherheitenprozesse werden regelmäßig hinsichtlich regulatorischer Anforderungen überprüft und weiter verbessert.

Als aufsichtsrechtliche Kreditrisikominderungstechniken nutzt die Postbank folgende Sicherungsinstrumente:

- Grundpfandrechte zur Absicherung von privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierungen,
- Netting-Rahmenvereinbarungen,
- Garantien, Warenkreditversicherungen sowie
- finanzielle Sicherheiten (Barsicherheiten).

Sonstige Sachsicherheiten (z. B. Forderungsabtretungen) rechnet die Postbank in den nach IRB-Ansätzen kalkulierten Portfolios für die Eigenkapitalermittlung nicht an.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge (mit partiellen Erleichterungen für das nicht risikorelevante Geschäft der Deutschen Postbank AG) und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der anrechenbaren Sicherheiten. Die immobilien Sicherheiten werden in den positions-führenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der anrechenbaren Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien und Warenkreditversicherungen müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen. Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten. Die Postbank nutzt zur Absicherung von privaten Immobilienfinanzierungen Grundpfandrechte als wesentliches Instrument zur Minimierung der mit dem Kreditgeschäft verbundenen Risiken. Für das Mengengeschäft und die in den fortgeschrittenen IRB-Ansätzen kalkulierten Portfolios werden die Grundpfandrechte grundsätzlich bei der Berechnung der aufsichtlichen Verlustquote direkt berücksichtigt.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgen turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis der Marktwertschwankungskonzepte der vdpResearch GmbH (Immobilienmarktforschungsgesellschaft des Verbands deutscher Pfandbriefbanken e. V.) sowie – für Hotelimmobilien – der Deutschen Kreditwirtschaft. Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und den Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten im Volumen von mehr als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Sicherheitenbearbeiter überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Sofern die sofortige Verwertung von der Postbank zur Kreditsicherung übertragenen Sicherheiten aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich oder sinnvoll ist, kann die Liquidation dieser Sicherheiten bis zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen bzw. bis zum Eintritt einer wirtschaftlich sinnvollerer Situation unter bestmöglicher Bewirtschaftung und Entwicklung zunächst zurückgestellt werden (aktives bzw. passives Halten).

Bei der aufsichtsrechtlichen Kreditrisikominderung durch Netting-Vereinbarungen wird die Bemessungsgrundlage entweder durch die Verrechnung gegenläufiger Einzelgeschäfte oder durch die Verwendung von Aufrechnungsvereinbarungen reduziert. Die Postbank nutzt im Rahmen des Collateral Management Netting-Vereinbarungen für derivative Finanzgeschäfte und Pensionsgeschäfte. Die Vereinbarungen erfolgen auf der Basis international gebräuchlicher Rahmenverträge unter Beachtung der CRR-Anforderungen. Netting-Vereinbarungen werden mit den meisten wichtigen Handelspartnern abgeschlossen. Der Besicherungsprozess erfolgt DV-gestützt nach vorgegebenen Standards zur Sicherheitenverwaltung. Die aufgerechneten Positionen sind in die Risikosteuerung für die jeweiligen Kontrahenten sowie in die des Gesamtkreditrisikos integriert.

Mit Blick auf Kreditrisikokonzentrationen innerhalb der Kreditrisikominderung berücksichtigt die Postbank positive Korrelationen zwischen dem Adressenausfallrisiko des Kreditnehmers und dem Risiko einer Wertverschlechterung der Sicherheit in konservativer Weise. Einer Risikokonzentration

bei der Anrechnung von Sicherheiten wird bei der Postbank durch den Sicherheitenhereinnahme- und -überwachungsprozess Rechnung getragen. Insbesondere Gewährleistungen überwacht die Postbank zusammen mit den Krediten des Garanten.

Kreditüberwachung und Problemkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 750 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Frühwarn- und Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten sowie Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand der Frühwarn- und Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer bei Vorliegen von Frühwarnindikatoren in die Beobachtungskategorie und bei Risikoindikatoren als Intensivbetreuungs-, Sanierungs- oder Abwicklungsengagement (Watch-List) eingestuft. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter („regelgebundener“) Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher („prinzipienorientierter“) Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten in Zusammenarbeit mit den Sanierungsspezialisten einzustufen. Der Watch-List Report wird vierteljährlich erstellt und dem KRK vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Überfällige und notleidende Engagements

Die Einordnung in die Kategorie „in Verzug geratenes Engagement“ bzw. „überfälliges Engagement“ erfolgt bei einem Zahlungsverzug, d. h., wenn der Schuldner ein ihm mitgeteiltes externes Limit überschritten oder ohne Zustimmung Kredit in Anspruch genommen hat, die entsprechenden Positionen aber noch nicht als „notleidend“ klassifiziert sind.

Die Klassifizierung „notleidend“ orientiert sich an der Bildung von Risikovorsorge durch die Postbank bzw. der Feststellung des Ausfalls. In die Kategorie „notleidend“ gehören sämtliche Forderungen, die Einzelwertberichtigungen, Abschreibungen sowie Rückstellungen für ausgefallene Engagements, bezogen auf Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, aufweisen, bzw. die Forderungen, bei denen der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtschuld

mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist. Die regulatorische Kategorisierung „notleidend“ ist – z. B. aufgrund der Vererbung des Ausfallereignisses auf sämtliche Forderungen eines Kunden – umfassender definiert als die in der Rechnungslegung vorgenommene Klassifizierung „wertgemindert“.

Der Kreditausfall eines Kreditnehmers liegt gemäß Art. 178 CRR vor, wenn der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverpflichtung aus der Kreditgewährung gegenüber dem Institut über mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist. Bereits vor dieser Frist kann der Ausfall eines Kreditnehmers vorliegen, und zwar dann, wenn das Institut der Ansicht ist, dass es unwahrscheinlich ist, dass der Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen vollständig erfüllen kann, ohne dass das Institut auf weitere kreditsichernde Maßnahmen zurückgreifen muss, wie beispielsweise die Verwertung von Sicherheiten.

Im Mengenkreditgeschäft erfolgt eine automatisierte Ausfallerkennung anhand der für die einzelnen Geschäfte jeweils als relevant gekennzeichneten Datenfelder. Für angekaufte Forderungen erfolgt ebenfalls eine automatisierte Ausfallerkennung. Bei den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen einschließlich Spezialfinanzierungen werden Ausfallkriterien manuell in einem separaten System (ABIT Banknology) gepflegt. Bei Kapitalmarkttiteln sowie Wertpapier- und Derivatepositionen der Investmentfonds erfolgen Analyse und Erfassung im Rahmen der täglichen Mark-to-Market-Bewertung.

Kreditrisikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beinhaltet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen auf Portfoliobasis.

Eine Einzelwertberichtigung ist zu bilden, wenn der unter Berücksichtigung der Sicherheiten voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderungen niedriger ist als deren Buchwert, wenn also die Forderung ganz oder teilweise uneinbringlich ist und daher eine dauerhafte Wertminderung vorliegt (Impairment). Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus den jeweiligen Blankoanteilen aus den Unterschiedsbeträgen der Gesamtforderung und den Barwerten der erwarteten künftigen Zahlungen, u. a. aus der Verwertung von Sicherheiten. Für die Abzinsung der Zahlungsströme wird generell der ursprüngliche Effektivzinssatz, bei variabler Verzinsung der Effektivzinssatz der aktuellen Fixing-Periode verwendet. Bei den Sicherheiten werden individuell Verwertungserlöse und Verwertungszeitpunkte berücksichtigt. Alle Engagements werden laufend daraufhin untersucht, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, und gegebenenfalls einem Impairment-Test unterzogen. Darüber hinaus wird in Abhängigkeit von vorliegenden Risikomeerkmalen quartalsweise ein Impairment-Test durchgeführt.

Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung erfolgt auf die Kredite in einem Portfolio gleichartiger homogener Kredite, sofern diese Kredite objektive Hinweise auf eine Wertminderung erkennen lassen und der Betrag der Wertminderung pro Einzelkredit sich anhand statistischer Erfahrungswerte schätzen lässt. Bei der Bemessung der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird auf sogenannte Flow Rates sowie die Verlustquote (LGD) zurückgegriffen. Die kombinierte Flow Rate gibt an, mit welcher Wahrschein-

lichkeit ein Forderungsanteil in einen zu kündigenden Bestand überführt werden wird. Die LGD gibt die Höhe bzw. den prozentualen Anteil des wirtschaftlichen Verlusts vom ausstehenden Betrag des Engagements an. Die Quote wird regelmäßig aus den Mittelrückflüssen des Beitreibungsprozesses ermittelt. Die Postbank bildet pauschalierte Einzelwertberichtigungen im Bereich der Dispositions- und Ratenkredite, der Kreditkartenforderungen sowie pauschal berechnete Einzelwertberichtigungen bei Baufinanzierungen mit Überfälligkeiten von drei bis sechs Monaten.

Die Wertberichtigungen auf Portfoliobasis berücksichtigen alle Verluste aus Krediten, die eingetreten sind, jedoch von der Postbank noch nicht identifiziert werden können, da z. B. der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen noch nachkommt. Die Postbank berücksichtigt dabei die erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Verlustquoten und die Abschätzung der Zeitintervalle zwischen Ausfall und Ausfallidentifizierung (Loss Identification Period – LIP) jeweils in Abhängigkeit von der Produktart und der Kundengruppe. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten und die Verlustquoten bei Ausfall auf Portfoliobasis werden portfoliospezifisch ermittelt bzw. bei Bedarf im Rahmen der Erkenntnisse aus der jährlichen Validierung und Rekalibrierung der IRBA-Ratingsysteme aktualisiert, während die LIP-Faktoren in Abhängigkeit von den Prozessen zur Risikoüberwachung individuell geschätzt, jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Uneinbringliche Forderungen werden direkt ergebniswirksam abgeschrieben.

Für Bürgschaften, Avale sowie Kreditzusagen, für die ein akutes Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen gebildet.

Forbearance bzw. Forborne und Non-Performing Exposure
Unter dem Begriff „Forbearance“ bzw. „Forborne“ werden sämtliche Geschäfte einer Bank subsumiert, für die aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten des Schuldners Modifikationen am Kreditvertrag vorgenommen wurden. Dies können Nachverhandlungen, Restrukturierungen und auch Refinanzierungen sowie Garantien für Refinanzierungszwecke sein.

Als „Non-Performing“ werden alle Geschäfte betrachtet, bei denen ein wesentlicher Teil mit mehr als 90 Tagen in Verzug ist oder bei denen – unabhängig von einem Verzug – ein erkennbares Risiko besteht, dass eine vollständige Rückzahlung nicht erfolgen kann. Dies beinhaltet alle notleidenden (regulatorisch ausgefallenen) Engagements sowie einzelwertberichtigten bzw. pauschaliert einzelwertberichtigten Engagements. Bei der Non-Performing-Bestimmung ist außer Betracht zu lassen, dass das Institut auf kredit-sichernde Maßnahmen wie die Verwertung von Sicherheiten zurückgreifen könnte. Die EBA-Definition für Non-Performing lehnt sich stark an die Ausfalldefinition der CRR und die Vorgaben zu Impairments gemäß IFRS an, ist aber bezüglich Forborne Exposures nicht vollständig deckungsgleich. Unterschieden wird zudem zwischen dem Ausfall einer Forderung und dem Ausfall des Schuldners, der dazu führt, dass alle Forderungen dieses Schuldners als Non-Performing (sogenanntes Pulling) zu deklarieren sind.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene *Portfoliosteuerung*

Über die Überwachung der Einzelrisiken hinaus ermittelt die Postbank das notwendige ökonomische Kapital (auch Economic Capital bzw. EC) für den gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestand des Konzerns. Das von der Postbank genutzte Kreditportfoliomodell berücksichtigt interne und externe Risikoparameter, Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio sowie Wiederanlageeffekte bei Restlaufzeiten von unter einem Jahr und die Aufgliederung bis auf einzelne Schuldner.

Bei der Postbank ist das EC die potenzielle negative Veränderung des Barwertes des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist das EC als Maß für den Unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied zum EC ist der in der Tabelle „Kreditrisiken“ im Abschnitt „Portfoliostruktur“ angegebene Erwartete Verlust (auch Expected Loss bzw. EL) der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Konzernportfolios, bezogen auf ein Zeitintervall von einem Jahr. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating des Kontrahenten bzw. des Geschäfts und der Laufzeit des Geschäfts. Der Erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Berechnung des EC basiert auf dem Migrationsverhalten der schulderspezifischen Bonitäten und den Korrelations-effekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des EC werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Forderungsausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verlustquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die EC-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Zinskurven sowie eine Kovarianzmatrix der im Korrelationsmodell verwendeten Risikofaktoren ein. Homogene, granulare Forderungen werden bei der Berechnung des EC zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird monatlich das EC des Konzernkreditportfolios berechnet. Die Berechnung des EC im Konzernkreditportfolio berücksichtigt die Diversifikationseffekte zwischen den Portfolios

der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom KRK den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten EC-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des EC wird das Konzernkreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Portfoliostruktur

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Segmente und Pensionsfonds zum 31. Dezember 2017 im Vergleich zum 31. Dezember 2016 werden in der folgenden Tabelle dargestellt (Volumen: Economic Exposure).

Kreditrisiken ¹	Economic Exposure		Expected Loss		Economic Capital (EC) ²	
	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Privatkunden	95.860	93.286	336	323	703	576
Geschäfts- und Firmenkunden	21.838	19.060	52	56	567	394
Financial Markets	38.363	46.730	6	6	501	953
Pensionsfonds	1.881	1.910	1	1	67	49
Gesamt	157.942	160.985	395	386	1.838	1.971

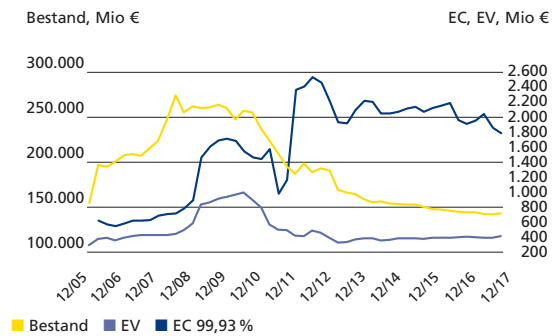
¹Abweichende Darstellung bei der Aufteilung gegenüber dem Vorjahresultimo aufgrund der 2017 erfolgten Auflösung der Non Core Operating Unit. Zur konsistenten Darstellung erfolgt der Ausweis der Werte für 2016 ebenfalls nach der neuen Portfolioaufteilung.

²Das zugrunde liegende Konfidenzniveau beträgt 99,93 %.

Das Economic Capital (EC) ist im Vergleich zum Vorjahresultimo gesunken, der Expected Loss (EL) hingegen gestiegen. Die EC-Reduktion resultiert aus gesunkenen Konzentrationsrisiken bei Financial Markets. In den strategischen Geschäftsfeldern Privatkunden sowie Geschäfts- und Firmenkunden erhöhte sich das EC aufgrund eines steigenden Volumens sowie aufgrund von Modellanpassungen. Diese beinhalten die Aktualisierung von Zeitreihen für die Schätzung der Korrelationskoeffizienten des Nicht-Privatkundenportfolios sowie Ratingmodellanpassungen für Privatkunden und Commercial Mortgages. Der EL bei Privatkunden stieg aus den genannten Gründen, während bei Geschäfts- und Firmenkunden deutliche Ratingverbesserungen bei Commercial Mortgages zu einer Reduktion führten.

Nachfolgende Grafik zeigt Bestand, EC und EL im Zeitablauf. Der Anstieg zum Jahresultimo 2011 war die Folge der Einführung eines neuen Kreditportfoliomodells und der damit verbundenen Verbesserungen in der Modellmethodik.

Gesamtbankbestands- und Risikoentwicklung über die Zeit



Die Tabelle „Maximale Adressenausfallrisiken“ zeigt einen Aufriss des maximalen Kreditrisikos gemäß IFRS 7.36 (a) nach Klassen der risikotragenden Finanzinstrumente sowohl vor als auch nach Berücksichtigung der Risikovorsorge und Anrechnung von Kreditrisikominderungstechniken. In diese Darstellung fließen keinerlei Informationen über Ratings ein, wie dies bei der ökonomischen Risikobetrachtung in der Tabelle „Kreditrisiken“ gegeben ist.

Maximale Adressenausfallrisiken

Risikotragende Finanzinstrumente	Maximaler Adressenausfallrisikobetrag		Risikovorsorge		Maximaler Adressenausfallrisikobetrag nach Risikovorsorge		Sicherheiten ¹		Garantien/ Kreditderivate		Maximaler Adressenausfallrisikobetrag nach Risikovorsorge und nach Kreditrisikominderung	
	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Handelsaktiva	310	475	-	-	310	475	45	51	-	-	265	424
Held for Trading	310	475	-	-	310	475	45	51	-	-	265	424
Derivate	265	422	-	-	265	422	-	-	-	-	265	422
Darlehen	45	53	-	-	45	53	45	51	-	-	-	2
Hedging-Derivate	47	112	-	-	47	112	-	-	-	-	47	112
Forderungen an Kreditinstitute	10.821	13.108	-	-	10.821	13.108	834	5.832	-	-	9.987	7.276
Loans and Receivables	10.821	13.108	-	-	10.821	13.108	834	5.832	-	-	9.987	7.276
Wertpapierpensionsgeschäfte	834	5.832	-	-	834	5.832	834	5.832	-	-	-	-
Tagesgelder	8.924	6.381	-	-	8.924	6.381	-	-	-	-	8.924	6.381
Darlehen	63	92	-	-	63	92	-	-	-	-	63	92
Namenschuldverschreibungen	0	300	-	-	0	300	-	-	-	-	-	300
Termingelder	1.000	500	-	-	1.000	500	-	-	-	-	1.000	500
Sonstige Forderungen	-	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
Forderungen an Kunden	106.997	101.996	997	998	106.000	100.998	78.444	74.888	674	645	26.882	25.465
Loans and Receivables	104.154	98.351	997	998	103.157	97.353	75.644	71.336	674	645	26.839	25.372
Private Baufinanzierungen	68.563	65.384	226	292	68.337	65.092	65.430	61.953	-	-	2.907	3.139
Bauspardarlehen	2.760	2.992	5	5	2.755	2.987	2.716	2.912	-	-	39	75
Gewerbliche Kredite ²	15.857	13.670	125	153	15.732	13.517	7.498	6.471	674	645	7.560	6.401
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.078	5.205	3	4	5.075	5.201	-	-	-	-	5.075	5.201
Ratenkredite	8.053	7.438	473	389	7.580	7.049	-	-	-	-	7.580	7.049
Kontokorrentkredite	2.195	2.085	165	155	2.030	1.930	-	-	-	-	2.030	1.930
Schuldscheindarlehen	1.604	1.537	-	-	1.604	1.537	-	-	-	-	1.604	1.537
Sonstige Forderungen	44	40	-	-	44	40	-	-	-	-	44	40
Fair-Value-Option	2.843	3.645	-	-	2.843	3.645	2.800	3.552	-	-	43	93
Private Baufinanzierungen	2.843	3.645	-	-	2.843	3.645	2.800	3.552	-	-	43	93
Finanzanlagen	22.605	26.766	-	-	22.605	26.766	-	-	-	-	22.605	26.766
Loans and Receivables	8.451	12.196	-	-	8.451	12.196	-	-	-	-	8.451	12.196
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8.451	12.196	-	-	8.451	12.196	-	-	-	-	8.451	12.196
Available for Sale	14.154	14.570	-	-	14.154	14.570	-	-	-	-	14.154	14.570
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13.858	14.252	-	-	13.858	14.252	-	-	-	-	13.858	14.252
Investmentfondsanteile	264	270	-	-	264	270	-	-	-	-	264	270
Beteiligungen	31	43	-	-	31	43	-	-	-	-	31	43
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	1	5	-	-	1	5	-	-	-	-	1	5
Zwischensumme	140.780	142.457	997	998	139.783	141.459	79.323	80.771	674	645	59.786	60.043
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	426	379	13	18	413	361	-	-	-	0	413	361
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen	21.608	21.225	14	27	21.594	21.198	-	-	1	13	21.593	21.185
Widerrufliche Kreditzusagen ^{3, 4}	13.501	13.459	8	13	13.493	13.446	-	-	-	-	13.493	13.446
Unwiderrufliche Kreditzusagen	8.107	7.766	6	14	8.101	7.752	-	-	1	13	8.100	7.739
Gesamt	162.814	164.061	1.024	1.043	161.790	163.018	79.323	80.771	675	658	81.792	81.589

¹Sicherheitenwert der privaten Baufinanzierungen für 2016 um 80 Mio € angepasst aufgrund einer Modellanpassung

²Wert für Gewerbliche Kredite für 2016 angepasst (siehe Note 6)

³In dieser Position sind unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen (Einlagensicherungsfonds und Barsicherheit Bankenabgabe) enthalten (siehe Note 40).

⁴Vorjahreswert für Widerrufliche Kreditzusagen um 364 Mio € angepasst

In der Tabelle sind zum 31. Dezember 2017 Netting-Effekte in Höhe von 5,2 Mrd € (31. Dezember 2016: 7,1 Mrd €), bezogen auf die Handelsaktiva und die Hedging-Derivate, sowie 0,5 Mrd € (31. Dezember 2016: 4,0 Mrd €), bezogen auf Wertpapierpensionsgeschäfte, im Ausweis des maximalen Adressenausfallrisikobetrags vor Sicherheiten eingerechnet.

Bei dem Ausweis zum Berichtsstichtag in der Position „Finanzanlagen“ handelt es sich in Höhe von 3,5 Mrd € (31. Dezember 2016: 4,1 Mrd €) um gedeckte Schuldverschreibungen.

In den folgenden Darstellungen der Risikokonzentrationen werden die Bruttositionen vor Risikovorsorge und Kreditrisikominderungstechniken dargestellt.

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen, aufgegliedert nach Bilanzposition, Haltekategorie und Produktgruppe.

Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen

Risikotragende Finanzinstrumente	Privat-kunden		Banken/Versicherungen/Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Real-kredite		Dienst-leister/Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Handelsaktiva	45	53	85	211	0	-	72	97	37	26	26	23	45	65	310	475
Held for Trading	45	53	85	211	0	-	72	97	37	26	26	23	45	65	310	475
Derivate	-	0	85	211	0	-	72	97	37	26	26	23	45	65	265	422
Darlehen	45	53	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	45	53
Hedging-Derivate	-	-	47	112	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	47	112
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	10.821	13.078	-	-	-	30	-	-	-	-	-	-	10.821	13.108
Loans and Receivables	-	-	10.821	13.078	-	-	-	30	-	-	-	-	-	-	10.821	13.108
Wertpapierpensionsgeschäfte	-	-	834	5.832	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	834	5.832
Tagesgelder	-	-	8.924	6.381	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.924	6.381
Darlehen	-	-	63	62	-	-	-	30	-	-	-	-	-	-	63	92
Namenschuldverschreibungen	-	-	-	300	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	300
Termingelder	-	-	1.000	500	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.000	500
Sonstige Forderungen	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3
Forderungen an Kunden	83.880	80.723	577	365	5.553	5.693	8.797	7.662	4.060	4.030	3.113	2.573	1.017	950	106.997	101.996
Loans and Receivables	81.040	77.081	577	365	5.553	5.693	8.797	7.662	4.059	4.029	3.113	2.573	1.015	948	104.154	98.351
Private Baufinanzierungen	68.467	65.271	0	0	0	1	-	-	18	20	0	0	78	92	68.563	65.384
Bauspardarlehen	2.757	2.988	-	-	0	0	-	-	0	0	0	0	3	4	2.760	2.992
Gewerbliche Kredite ¹	735	336	453	299	97	20	8.797	7.662	2.844	2.992	2.364	1.861	567	500	15.857	13.670
Forderungen an öffentliche Haushalte	0	-	-	-	5.016	5.135	-	-	1	1	-	-	61	69	5.078	5.205
Ratenkredite	8.052	7.437	-	0	-	-	-	-	1	1	0	0	0	0	8.053	7.438
Kontokorrentkredite	1.029	1.049	13	12	5	0	-	-	690	567	379	329	79	128	2.195	2.085
Schuldscheindarlehen	-	-	88	31	432	533	-	-	501	446	370	383	213	144	1.604	1.537
Sonstige Forderungen ²	-	-	23	23	3	4	-	-	4	2	-	-	14	11	44	40
Fair-Value-Option	2.840	3.642	-	-	0	0	-	-	1	1	-	-	2	2	2.843	3.645
Private Baufinanzierungen	2.840	3.642	-	-	0	0	-	-	1	1	-	-	2	2	2.843	3.645
Finanzanlagen	-	-	7.440	8.963	12.674	15.319	-	-	1.174	1.284	675	675	642	525	22.605	26.766
Loans and Receivables	-	-	3.090	4.171	4.334	6.860	-	-	581	669	235	279	211	217	8.451	12.196
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	3.090	4.171	4.334	6.860	-	-	581	669	235	279	211	217	8.451	12.196
Available for Sale	-	-	4.350	4.792	8.340	8.459	-	-	593	615	440	396	431	308	14.154	14.570
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	4.061	4.484	8.340	8.459	-	-	593	611	440	396	424	302	13.858	14.252
Investmentfondsanteile	-	-	264	270	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	264	270
Beteiligungen	-	-	25	38	-	-	-	-	0	0	-	-	6	5	31	43
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	-	-	-	-	-	-	-	-	0	4	-	-	1	1	1	5
Zwischensumme	83.925	80.776	18.970	22.729	18.227	21.012	8.869	7.789	5.271	5.340	3.814	3.271	1.704	1.540	140.780	142.457
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	6	6	39	13	-	-	14	9	161	199	130	84	76	68	426	379
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen	17.684	18.142	130	136	115	140	389	233	2.006	1.458	777	766	507	350	21.608	21.225
Widerrufliche Kreditzusagen ^{3,4}	11.510	11.988	70	12	35	20	-	-	1.028	748	502	450	356	241	13.501	13.459
Unwiderrufliche Kreditzusagen	6.174	6.154	60	124	80	120	389	233	978	710	275	316	151	109	8.107	7.766
Gesamt	101.615	98.924	19.139	22.878	18.342	21.152	9.272	8.031	7.438	6.997	4.721	4.121	2.287	1.958	162.814	164.061

¹Wert für gewerbliche Kredite für 2016 angepasst (siehe Note 6)

²Aufteilung der Vorjahreswerte angepasst (23 Mio € von Sonstige Branchen zu Versicherungen)

³In dieser Position sind unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen (Einlagensicherungsfonds und Barsicherheit Bankenabgabe) enthalten (siehe Note 40).

⁴Vorjahreswert für Widerrufliche Kreditzusagen um 364 Mio € angepasst

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der Konzentration bei Banken und Staaten eine ausgewogene Struktur. Das Konzernkreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Privatkunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Geschäfts- und Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in Form nationaler und internationaler gewerblicher Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen besteht vornehmlich aus einem Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern.

Zur Steuerung der Investitionen außerhalb des Privatkundenbereichs ist in der Kreditrisikostategie ein Zielfortfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten ausgerichtet wurde.

Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Postbank länderspezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings sowie die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer konzernweiten Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Die Postbank nutzt für die Überwachung der Länderlimite zusätzlich eine Frühwarnsystematik.

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa.

Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten

Risikotragende Finanzinstrumente	Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Handelsaktiva	250	377	59	95	1	3	310	475
Held for Trading	250	377	59	95	1	3	310	475
Derivate	205	324	59	95	1	3	265	422
Darlehen	45	53	–	–	–	–	45	53
Hedging-Derivate	4	5	35	70	8	37	47	112
Forderungen an Kreditinstitute	10.580	12.301	232	779	9	28	10.821	13.108
Loans and Receivables	10.580	12.301	232	779	9	28	10.821	13.108
Wertpapierpensionsgeschäfte	834	5.832	–	–	–	–	834	5.832
Tagesgelder	8.683	5.774	232	579	9	28	8.924	6.381
Darlehen	63	92	–	–	–	–	63	92
Namensschuldverschreibungen	–	100	–	200	–	–	–	300
Termingelder	1.000	500	–	–	–	–	1.000	500
Sonstige Forderungen	–	3	–	–	–	–	–	3
Forderungen an Kunden	97.554	93.943	8.321	7.331	1.122	722	106.997	101.996
Loans and Receivables	94.721	90.309	8.313	7.322	1.120	720	104.154	98.351
Private Baufinanzierungen	65.945	62.546	2.574	2.793	44	45	68.563	65.384
Bauspardarlehen	2.463	2.695	295	296	2	1	2.760	2.992
Gewerbliche Kredite ¹	9.656	9.009	5.140	3.996	1.061	665	15.857	13.670
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.072	5.198	6	7	–	–	5.078	5.205
Ratenkredite	8.019	7.409	23	21	11	8	8.053	7.438
Kontokorrentkredite	2.183	2.077	10	7	2	1	2.195	2.085
Schuldscheindarlehen	1.342	1.336	262	201	–	–	1.604	1.537
Sonstige Forderungen	41	39	3	1	–	–	44	40
Fair-Value-Option	2.833	3.634	8	9	2	2	2.843	3.645
Private Baufinanzierungen	2.833	3.634	8	9	2	2	2.843	3.645
Finanzanlagen	7.674	9.312	14.676	16.961	255	493	22.605	26.766
Loans and Receivables	4.230	5.170	4.163	6.728	58	298	8.451	12.196
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.230	5.170	4.163	6.728	58	298	8.451	12.196
Available for Sale	3.444	4.142	10.513	10.233	197	195	14.154	14.570
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.171	3.843	10.513	10.229	174	180	13.858	14.252
Investmentfondsanteile	264	270	–	–	–	–	264	270
Beteiligungen	8	28	0	0	23	15	31	43
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	1	1	0	4	–	–	1	5
Zwischensumme	116.062	115.938	23.323	25.236	1.395	1.283	140.780	142.457
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	425	341	1	38	–	–	426	379
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen	21.290	20.922	297	290	21	13	21.608	21.225
Widerrufliche Kreditzusagen ^{2, 3}	13.442	13.347	48	101	11	11	13.501	13.459
Unwiderrufliche Kreditzusagen	7.848	7.575	249	189	10	2	8.107	7.766
Gesamt	137.777	137.201	23.621	25.564	1.416	1.296	162.814	164.061

¹Wert für gewerbliche Kredite für 2016 angepasst (siehe Note 6)

²In dieser Position sind unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen (Einlagensicherungsfonds und Barsicherheit Bankenabgabe) enthalten (siehe Note 40).

³Vorjahreswert für Widerrufliche Kreditzusagen um 364 Mio € angepasst

Wie bereits zum Vorjahresultimo hatte die Postbank auch zum Berichtsstichtag keine Credit Default Swaps gegenüber staatlichen Kreditnehmern im Bestand.

Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das außerhalb des Privatkundensegments betriebene Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2017 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ohne „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“).

Im Rahmen der Risikosteuerung stellt die Postbank grundsätzlich auf das für die Eigenkapitalunterlegung verwendete Rating ab, d. h. in der Regel auf das Emittentenrating anstelle des Emissionsratings. Die Postbank besitzt ein umfangreiches Portfolio aus Pfandbriefen und ähnlich gedeckten Emissionen mit einem relativ geringen Risikogehalt. Aus diesem Grund wird beim Ausweis in der Tabelle auf Emissionsratings abgestellt. Die Verteilung der Ratingklassen des Konzernkreditportfolios spiegelt die konservative Ausrichtung der Postbank wider. Es dominieren die guten Ratingklassen: 92 % des gerateten Portfolios sind Investmentgrade (Rating BBB oder besser).

Kreditqualität von Finanzinstrumenten außerhalb des Privatkundengeschäfts, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Ohne Rating		Gesamt	
	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Handelsaktiva	-	-	6	18	37	74	141	211	81	75	-	44	265	422
Held for Trading	-	-	6	18	37	74	141	211	81	75	-	44	265	422
Derivate	-	-	6	18	37	74	141	211	81	75	-	44	265	422
Hedging-Derivate	-	-	-	-	47	112	-	-	-	-	-	-	47	112
Held for Trading	-	-	-	-	47	112	-	-	-	-	-	-	47	112
Forderungen an Kreditinstitute	8.580	5.600	33	44	1.018	4.970	1.126	2.414	13	21	51	59	10.821	13.108
Loans and Receivables	8.580	5.600	33	44	1.018	4.970	1.126	2.414	13	21	51	59	10.821	13.108
Wertpapierpensionsgeschäfte	-	-	-	-	834	4.284	-	1.548	-	-	-	-	834	5.832
Tagesgelder	8.580	5.482	33	44	165	685	126	135	11	18	9	17	8.924	6.381
Darlehen	-	17	-	-	19	-	-	30	2	3	42	42	63	92
Namensschuldverschreibungen	-	99	-	-	-	-	-	201	-	-	-	-	-	300
Termingelder	-	-	-	-	-	-	1.000	500	-	-	-	-	1.000	500
Sonstige Forderungen	-	2	-	-	-	1	0	0	0	0	0	0	0	3
Available for Sale	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Forderungen an Kunden	5.124	4.666	2.418	2.450	1.615	1.948	8.816	7.294	4.562	4.117	201	445	22.736	20.920
Loans and Receivables	5.124	4.666	2.418	2.450	1.615	1.948	8.814	7.294	4.561	4.117	201	442	22.733	20.917
Private Baufinanzierungen	-	1	-	-	4	6	40	29	49	52	3	20	96	108
Bauspardarlehen	-	-	-	-	-	-	2	-	1	-	-	4	3	4
Gewerbliche Kredite ¹	1.103	818	952	580	1.574	1.874	7.145	5.951	3.943	3.540	128	344	14.845	13.107
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.985	3.815	1.049	1.344	-	-	6	-	-	-	32	39	5.072	5.198
Ratenkredite	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0	-
Kontokorrentkredite	5	-	-	-	5	1	634	500	425	422	-	-	1.069	923
Schuldscheindarlehen	31	32	414	522	32	67	984	813	143	103	-	-	1.604	1.537
Sonstige Forderungen ²	-	-	3	4	-	-	3	1	-	-	38	35	44	40
Fair-Value-Option	-	-	-	-	-	-	2	-	1	-	-	3	3	3
Private Baufinanzierungen	-	-	-	-	-	-	2	-	1	-	-	3	3	3
Finanzanlagen	8.479	10.674	6.647	8.308	5.793	6.189	1.658	1.423	8	135	13	30	22.598	26.759
Loans and Receivables	2.623	4.109	1.886	3.668	3.144	3.488	791	808	-	116	-	-	8.444	12.189
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.623	4.109	1.886	3.668	3.144	3.488	791	808	-	116	-	-	8.444	12.189
Available for Sale	5.856	6.565	4.761	4.640	2.649	2.701	867	615	8	19	13	30	14.154	14.570
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.856	6.565	4.760	4.639	2.362	2.416	866	613	7	19	7	-	13.858	14.252
Investmentfondsanteile	-	-	-	-	264	270	-	-	-	-	-	-	264	270
Beteiligungen ²	-	-	1	1	23	15	-	1	1	-	6	26	31	43
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	-	4	1	5
Gesamt	22.183	20.940	9.104	10.820	8.510	13.293	11.741	11.342	4.664	4.348	265	578	56.467	61.321

¹Wert für gewerbliche Kredite für 2016 angepasst (siehe Note 6)

²Ratingverteilung bei sonstigen Forderungen (23 Mio €) und Beteiligungen (15 Mio €) zwischen „A“ und „Ohne Rating“ für 2016 angepasst

Analog veranschaulicht die folgende Tabelle die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Privatkundengeschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2017 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Privatkundengeschäft der Postbank weist nach Produktivnahme des Kundenratings weiterhin eine stabile Ratingverteilung auf. Im Ratenkreditgeschäft ergibt sich gegenüber dem Vorjahresresultato die erwartete höhere Konzentration der Volumina in den schlechteren Ratingklassen. Für das Baufinanzierungsgeschäft zeigt sich bei einer stabilen Risikodifferenzierung unter dem Kundenrating grundsätzlich ein moderater Anstieg der Volumina. Erwartungsgemäß ist ein überproportionaler Anstieg der Volumina in den besten Ratingklassen zu verzeichnen.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Privatkundengeschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Basel-II-Pool-Rating/ ohne Rating		Gesamt	
	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Handelsaktiva	–	–	0	0	2	5	24	27	19	21	–	–	45	53
Held for Trading	–	–	0	0	2	5	24	27	19	21	–	–	45	53
Darlehen	–	–	0	0	2	5	24	27	19	21	–	–	45	53
Forderungen an Kunden	0	0	255	490	6.536	4.807	32.022	32.662	41.410	37.828	2.069	3.197	82.292	78.984
Loans and Receivables	0	0	241	470	6.267	4.469	30.543	30.737	40.369	36.522	2.046	3.168	79.466	75.366
Private Baufinanzierungen	0	0	131	173	5.370	3.775	28.353	28.351	32.530	29.754	1.219	2.196	67.603	64.249
Bauspardarlehen	0	0	66	73	545	597	1.389	1.509	646	688	81	86	2.727	2.953
Gewerbliche Kredite	0	0	36	214	263	4	102	61	325	31	1	25	727	335
Ratenkredite	–	–	0	3	45	53	481	593	6.287	5.431	669	787	7.482	6.867
Kontokorrentkredite	–	0	8	7	44	40	218	223	581	618	76	74	927	962
Fair-Value-Option	0	0	14	20	269	338	1.479	1.925	1.041	1.306	23	29	2.826	3.618
Private Baufinanzierungen	0	0	14	20	269	338	1.479	1.925	1.041	1.306	23	29	2.826	3.618
Gesamt	0	0	255	490	6.538	4.812	32.046	32.689	41.429	37.849	2.069	3.197	82.337	79.037

Die nachstehende Tabelle zeigt das valutierte Kredit-Exposure für das Portfolio Private Baufinanzierungen, gruppiert nach Loan-to-Value-Klassen (LtV-Klassen).

Der LtV (Loan-to-Value) ermittelt sich als Verhältnis zwischen dem valuierten Kredit-Exposure je Darlehensnehmer und dem Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit. Der Wertansatz der jeweiligen Immobiliensicherheit basiert dabei auf dem aktuellen Objektwert, der sich aus der Fortschreibung des ursprünglichen Marktwertes auf den aktuellen Berichtsstichtag ergibt.

In die Berechnung des Loan-to-Value fließt das valutierte Kredit-Exposure der Forderungen des Portfolios Private Baufinanzierungen ein, für das eine Immobilienbesicherung

besteht. Das valutierte Kredit-Exposure, das durch Bausparguthaben (4,7 % des Bestands, 31. Dezember 2016: 5,3 %) unterlegt oder durch Ersatzsicherheiten und blanko mit Negativerklärung (7,0 % des Bestands, 31. Dezember 2016: 7,9 %) besichert ist, fließt nicht in die LtV-Kalkulation ein.

Private Baufinanzierungen, gruppiert nach Loan-to-Value-Klassen

Loan-to-Value-Klasse	31.12.2017 in %	31.12.2016 in %
<= 50 %	28,5	29,9
> 50 %, <= 70 %	25,8	27,1
> 70 %, <= 90 %	26,3	25,5
> 90 %, <= 100 %	10,9	9,9
> 100 %, <= 110 %	5,6	5,5
> 110 %, <= 130 %	2,3	1,7
> 130 %	0,6	0,4
Gesamt	100,0	100,0

Zum 31. Dezember 2017 verzeichneten 54,3 % des Bestands an privaten Baufinanzierungen einen LtV-Wert kleiner oder gleich 70 % (31. Dezember 2016: 57,0 %).

8,5 % des Gesamt-Exposure sind in den LtV-Klassen größer 100 % vertreten (31. Dezember 2016: 7,6 %). Hierbei handelt es sich um Forderungen, die durch Immobiliensicherheiten sowie ergänzend regelmäßig durch hochliquide Zusatzsicherheiten besichert werden.

Überfälliges und nicht wertgemindertes Kreditvolumen
Die nachfolgende Tabelle zeigt diejenigen risikotragenden Finanzinstrumente, die zum Stichtag 31. Dezember 2017 überfällig, jedoch nicht wertgemindert waren.

Überfälligkeiten von nicht wertgeminderten Finanzinstrumenten

Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente								Gesamt		Fair Value der Sicherheiten überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente	
	Verzug ≤ 3 Monate		Verzug > 3 Monate, ≤ 6 Monate		Verzug > 6 Monate, ≤ 1 Jahr		Verzug > 1 Jahr					
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €				
Forderungen an Kunden	158	169	103	17	28	32	122	127	411	345	310	313
Loans and Receivables	158	168	102	16	25	28	117	121	402	333	302	302
Private Baufinanzierungen	138	154	10	13	22	23	96	112	266	302	242	276
Bauspardarlehen	4	4	2	3	3	5	7	8	16	20	14	18
Gewerbliche Kredite	0	0	90	-	-	0	-	0	90	0	46	8
Forderungen an öffentliche Haushalte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ratenkredite	7	1	0	-	0	0	13	0	20	1	-	-
Kontokorrentkredite	9	9	0	0	0	0	1	1	10	10	-	-
Sonstige Forderungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0	0
Fair-Value-Option	0	1	1	1	3	4	5	6	9	12	8	11
Private Baufinanzierungen	0	1	1	1	3	4	5	6	9	12	8	11
Gesamt	158	169	103	17	28	32	122	127	411	345	310	313

Der Betrag der überfälligen Finanzinstrumente im Bereich der gewerblichen Kredite resultiert aus einem anstehenden, aber noch nicht final vollzogenen Forderungsverkauf eines zum Vergleichsstichtag als wertgemindert klassifizierten Einzelengagements (siehe auch die rückläufige Entwicklung bei wertgeminderten gewerblichen Krediten im folgenden Abschnitt).

Wertgemindertes Kreditvolumen

Die folgende Tabelle weist alle wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte zu den Stichtagen 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016 aus, jeweils aufgeteilt in einzelwertgeminderte Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, für die Wertberichtigungen gebildet wurden; für Forderungen an Kreditinstitute wurden keine Wertberichtigungen gebildet. Im Detail wird der Buchwert nach Wertminderung als Differenz zwischen dem Buchwert vor Wertminderung und dem Umfang der Wertminderung gezeigt.

Wertgeminderte Finanzinstrumente

Wertgeminderte risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Instrumente	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Forderungen an Kunden	1.558	1.747	799	798	759	949	640	702
Loans and Receivables	1.553	1.735	799	798	754	937	635	691
Private Baufinanzierungen	598	725	164	209	434	516	544	569
Bauspardarlehen	14	15	5	5	9	10	13	14
Gewerbliche Kredite	195	228	106	127	89	101	78	108
Forderungen an öffentliche Haushalte	6	7	3	4	3	3	–	–
Ratenkredite	551	570	372	313	179	257	–	–
Kontokorrentkredite	189	190	149	140	40	50	–	–
Schuldscheindarlehen	–	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige Forderungen	–	–	–	–	–	–	–	–
Fair-Value-Option	5	12	–	–	5	12	5	11
Private Baufinanzierungen	5	12	–	–	5	12	5	11
Finanzanlagen	62	70	55	63	7	7	–	–
Loans and Receivables	62	70	55	63	7	7	–	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	62	70	55	63	7	7	–	–
Gesamt	1.620	1.817	854	861	766	956	640	702

Der Rückgang der wertgeminderten Finanzinstrumente im Berichtsjahr 2017 resultiert im Wesentlichen aus einer spürbaren Verminderung im Bereich der privaten Baufinanzierungen, die durch eine gute Konjunkturlage und die damit einhergehende positive Entwicklung der Immobilienpreise begründet ist. Innerhalb der Bilanzposition Forderungen an Kunden betrug das Verhältnis der Einzelwertberichtigungen zum Buchwert der wertgeminderten Finanzinstrumente (Coverage Ratio) zum 31. Dezember 2017 48 % (31. Dezember 2016: 46 %).

Forborne und Non-Performing Exposure

Die nachstehende Tabelle zeigt für die Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ – getrennt nach Forborne und Non-Forborne Exposure – die Werte für Performing und Non-Performing Loans.

Forborne- und Non-Performing-Forderungen an Kunden

Finanzinstrumente der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“	Performing Loans				Non-Performing Loans				Gesamt	
	nicht wertberichtigt		wertberichtigt		nicht wertberichtigt		Summe		31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €		
Forborne	410	375	297	401	184	99	481	500	891	875
Loans and Receivables	407	373	297	401	182	98	479	499	886	872
Private Baufinanzierungen	62	52	19	23	45	51	64	74	126	126
Bauspardarlehen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gewerbliche Kredite	30	37	57	159	86	0	143	159	173	196
Forderungen an öffentliche Haushalte	0	0	6	7	0	0	6	7	6	7
Ratenkredite	253	218	169	152	49	42	218	194	471	412
Kontokorrentkredite	59	61	46	60	2	5	48	65	107	126
Schuldschein-darlehen	3	5	0	0	0	0	0	0	3	5
Sonstige Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Fair-Value-Option	3	2	0	0	2	1	2	1	5	3
Private Baufinanzierungen	3	2	0	0	2	1	2	1	5	3
Non-Forborne	104.143	99.037	1.261	1.346	702	738	1.963	2.084	106.106	101.121
Loans and Receivables	101.368	95.474	1.256	1.334	644	671	1.900	2.005	103.268	97.479
Private Baufinanzierungen	67.301	63.974	579	702	557	582	1.136	1.284	68.437	65.258
Bauspardarlehen	2.709	2.935	14	15	37	42	51	57	2.760	2.992
Gewerbliche Kredite ¹	15.537	13.376	138	69	9	29	147	98	15.684	13.474
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.072	5.198	0	0	0	0	0	0	5.072	5.198
Ratenkredite	7.169	6.595	382	418	31	13	413	431	7.582	7.026
Kontokorrentkredite	1.935	1.824	143	130	10	5	153	135	2.088	1.959
Schuldschein-darlehen	1.601	1.532	0	0	0	0	0	0	1.601	1.532
Sonstige Forderungen	44	40	0	0	0	0	0	0	44	40
Fair-Value-Option	2.775	3.563	5	12	58	67	63	79	2.838	3.642
Private Baufinanzierungen	2.775	3.563	5	12	58	67	63	79	2.838	3.642
Gesamt	104.553	99.412	1.558	1.747	886	837	2.444	2.584	106.997	101.996

¹Wert für Gewerbliche Kredite für 2016 angepasst (siehe Note 6)

Für die Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ betrug das Forborne Exposure zum 31. Dezember 2017 insgesamt 891 Mio € (31. Dezember 2016: 875 Mio €), wobei der Anstieg bei Ratenkrediten durch den Rückgang bei gewerblichen Krediten und Kontokorrentkrediten teilweise kompensiert wurde.

Das Non-Performing Exposure lag zum Berichtsstichtag bei 2.444 Mio € (31. Dezember 2016: 2.584 Mio €). Der Rückgang begründet sich im Wesentlichen aus dem Rückgang der wertgeminderten Forderungen.

Ergänzend zu dem Ausweis in der obigen Tabelle, verzeichnete die Postbank per 31. Dezember 2017 ein Non-Performing Exposure in Höhe von 5 Mio € bei Handelsaktiva und 6 Mio € bei Finanzanlagen (davon 6 Mio € Forborne Exposure).

Der Anteil des Non-Performing Exposure am Gesamtvolumen der risikobehafteten Kredite (NPL-Ratio), definiert als Forderungen an Kunden plus Forderungen an Kreditinstitute ohne Wertpapierleihegeschäfte, betrug 2,1 % (31. Dezember 2016: 2,4 %).

Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungsbestände übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die nachfolgenden Originator-Verbriefungstransaktionen wurden gekündigt, befinden sich in der Deferred Redemption und werden daher regulatorisch nicht berücksichtigt. Zum Berichtsstichtag waren folgende Bestände (Class Principal Amount after Distribution) ausstehend (die Werte in Klammern stellen die Werte zum Jahresultimo 2016 dar):

Provide Blue 2005-1 7,1 Mio € (9,0 Mio €)
(BHW Bausparkasse AG)

Provide Blue 2005-2 21,4 Mio € (25,6 Mio €)
(BHW Bausparkasse AG)

PB Domicilio 2007-1 31,7 Mio € (37,8 Mio €)
(BHW Bausparkasse AG)

PB Domicile 2006-1 16,6 Mio € (18,4 Mio €)
(Deutsche Postbank AG)

Die Postbank tritt in geringem Umfang als Investor im Bereich zurückgenommener Eigenverbriefungen auf. Das Portfolio hatte per 31. Dezember 2017 einen – bedingt durch Tilgungen verringerten – Buchwert in Höhe von 13 Mio € (Stand per 31. Dezember 2016: 17 Mio €). Die periodische Bewertung des Portfolios erfolgt mithilfe von Arranger Quotes bzw. eines eigenen Bewertungsmodells.

Umweltrisiken

Die Postbank hat von der DNV GL Business Assurance, Zertifizierung und Umweltgutachter GmbH, Essen, gemäß der zuletzt im Dezember 2017 durchgeführten Prüfung einen Bericht zur Management-Zertifizierung nach ISO 14001:2015 (Umweltmanagement-Standard) erhalten. Danach wird das Managementsystem als wirksam und in Übereinstimmung mit dem Standard bewertet. Der Geltungsbereich der Zertifizierung erstreckt sich auf Dienstleistungen

im Privatkunden-, Firmenkunden- und B2B-Geschäft sowie Zentralfunktionen einschließlich des Gebäudemanagements.

Im Rahmen der Kreditprozesse sind entsprechende Grundsätze für den Umgang mit Umweltrisiken veröffentlicht. Hierin sind Vorgaben für die Bewertung von Umweltrisiken bei der Kreditvergabe enthalten.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Die Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort CRO. Hauptaufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in bestimmten Stresssituationen zu gewährleisten. Die Postbank hat hierfür in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert. Der Steuerungsprozess von Liquiditätsrisiken wird von mehreren Säulen getragen und erfolgt im Wesentlichen stressbasiert. Szenarien für den Liquiditätsstress bilden sowohl institutsspezifische als auch marktweite Ursachen sowie im MaRisk-Szenario die Kombination aus beiden Ursachen ab. So werden Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität, berücksichtigt. Im MaRisk-Szenario werden gravierende Abflüsse von Spar-, Sicht- und Firmenkundeneinlagen, ein eingeschränkter Zugang zum unbesicherten Geldmarkt sowie erhöhte Haircuts auf zentralbankfähige Wertpapiere simuliert. Die intern festgelegte Survival Period geht über die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen hinaus und beträgt zwei Monate. Für alle Stressszenarien wurde als Anforderung festgelegt, den Bestand an Kundenkrediten auch im Stress mindestens konstant zu halten. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses werden Barmittel, Zentralbankguthaben sowie ein erheblicher Bestand an frei verfügbaren, hochliquiden sowie zentralbankfähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung, auch auf privaten (Repo-)Märkten, genutzt werden kann. Zur Sicherstellung der benötigten Innertagesliquidität werden weitere hochliquide Liquiditätsreserven vorgehalten.

Auf der Grundlage von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Liquiditätsrisikomanagement geschäftstäglich den Liquiditätsstatus der Postbank sowohl unter Normal- als auch unter oben geschilderten Stressbedingungen fest. Darüber hinaus erfolgt die Steuerung über einen monatlichen Forecast unter Berücksichtigung der erwarteten Produktvolumen auf Basis beschlossener Maßnahmen. Dazu wird monatlich die sogenannte Überschussliquidität, die ebenfalls das MaRisk-Szenario reflektiert, für jeden der 12 kommenden Monate ermittelt. Das Minimum auf Sicht von 12 Monaten wird als Frühwarnindikator im Rahmen der Risikostrategie limitiert und von der Abteilung Liquiditätsrisikomanagement überwacht.

Für eine darüber hinausgehende, längerfristige Liquiditätsbetrachtung hat die Postbank den Ansatz der Überschussliquidität auch in der jährlichen Liquiditäts- und Funding-Planung im Rahmen des bankweiten Planungsprozesses implementiert. Hierbei wird vom Liquiditätsrisikomanagement sichergestellt, dass der vom Vorstand festgelegte Risikoappetit zum Liquiditätsrisiko auch über den mehrjährigen Planungshorizont auf Basis konkreter Maßnahmen planerisch eingehalten wird und somit ausreichende Liquiditätspuffer vorgehalten werden.

Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Bank für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden über eine breite, stabile Refinanzierungsbasis aus dem Kundengeschäft und ist weitgehend unabhängig vom Geld- und Kapitalmarkt. Die Stabilität der Refinanzierungsstruktur wird anhand von internen Analysen regelmäßig beurteilt und darüber hinaus mittels Limitierung der Net Stable Funding Ratio (NSFR) gewährleistet. Hierfür wird die NSFR gemäß den Vorgaben der quantitativen Auswirkungsstudien des Basler Komitees (QIS) für die Postbank Gruppe ermittelt und überwacht.

Konzentrationsrisiken bei der Refinanzierung werden implizit im Rahmen der oben dargestellten Stresstests berücksichtigt. Wesentliche Konzentrationsrisiken gegenüber

einzelnen Gläubigern werden aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung aus Liquiditätssicht nicht gesehen. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehen. Während die Emission öffentlicher Pfandbriefe im Rahmen des Registers E weiterhin nicht geplant ist, ist die Emission von Hypothekendarlehen im Rahmen des Registers D als Instrument der langfristigen Refinanzierung im Rahmen der mehrjährigen Funding-Planung vorgesehen.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2017 sowie zum 31. Dezember 2016, differenziert nach Restlaufzeiten.

Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten

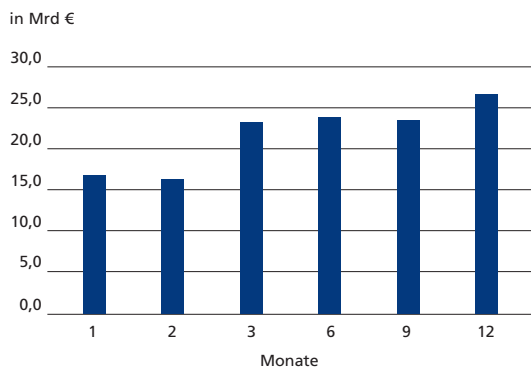
Verbindlichkeiten	Täglich fällig		≤ 3 Monate		> 3 Monate und ≤ 1 Jahr		> 1 Jahr und ≤ 5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Nicht derivative Verbindlichkeiten	71.952	67.645	41.634	43.753	21.030	21.878	13.555	15.742	12.039	14.033	160.210	163.051
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	58	369	3.410	3.334	979	1.439	4.676	5.325	4.352	4.784	13.475	15.251
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	49.860	45.672	37.355	39.787	19.589	20.163	5.995	7.019	4.321	5.275	117.120	117.916
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	71	72	52	103	2.529	2.611	1.053	1.094	3.705	3.880
Nachrangkapital	–	–	58	19	410	173	355	787	2.313	2.880	3.136	3.859
Sonstige Passiva	–	–	740	541	–	–	–	–	–	–	740	541
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	426	379	–	–	–	–	–	–	–	–	426	379
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen	21.608	21.225	–	–	–	–	–	–	–	–	21.608	21.225
Widerrufliche Kreditzusagen ¹	13.501	13.459	–	–	–	–	–	–	–	–	13.501	13.459
Unwiderrufliche Kreditzusagen	8.107	7.766	–	–	–	–	–	–	–	–	8.107	7.766
Derivative Verbindlichkeiten	–	–	37	63	24	91	39	113	143	182	243	449
Hedging-Derivate	–	–	6	7	1	–	8	16	11	18	26	41
Handelspassiva	–	–	31	56	23	91	31	97	132	164	217	408
Gesamt	71.952	67.645	41.671	43.816	21.054	21.969	13.594	15.855	12.182	14.215	160.453	163.500

¹Vorjahreswert für Widerrufliche Kreditzusagen um 364 Mio € angepasst

Hierbei werden die vertraglichen Cashflows der bilanziellen und der außerbilanziellen Verbindlichkeiten in die jeweiligen Klassen eingestellt. Die Darstellung der juristischen Cashflow-Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt anforderungsgemäß nach dem Worst-Case-Prinzip, d. h., bei Vorliegen von Wahlrechten bzw. Kündigungsmöglichkeiten wird der jeweils aus Liquiditätsgesichtspunkten ungünstigste Fall angenommen. Dies ist insbesondere relevant bei den Sicht- und Spareinlagen, die für den Kunden täglich verfügbar sind bzw. eine kurze vertragliche Laufzeit von in der Regel drei Monaten haben, der Bank aber – statistisch gemessen – deutlich länger zur Verfügung stehen.

Im Gegensatz zur Darstellung der juristischen Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten zeigt der folgende Liquiditätsstatus der Postbank zum 31. Dezember 2017 eine kumulierte Darstellung der unter normalen Bedingungen für die folgenden zwölf Monate erwarteten Mittelzu- und -abflüsse nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung:

Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns zum 31.12.2017

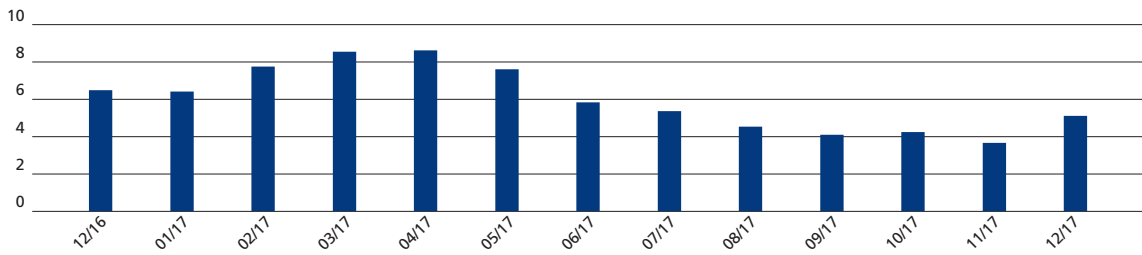


Der Liquiditätsstatus beinhaltet u. a. Erwartungswerte hinsichtlich der Entwicklung von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, der Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen sowie Kreditprolongationen, welche zum Teil auf Einschätzungen der Produktbereiche und zum Teil auf historischen Beobachtungswerten basieren. Danach zeigen sich über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge, die entsprechende Liquiditätspuffer für Stresssituationen darstellen und so die angemessene Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.

Auch die Ergebnisse der täglichen Stresstests im Berichtsjahr bestätigen die solide Liquiditätsposition der Postbank. So ergaben sich auch nach Berücksichtigung der kombinierten Stresseffekte im MaRisk-Szenario stets komfortable Überschüsse bei der Nettoliquiditätsposition innerhalb der Survival Period sowie darüber hinaus. Auch die Überschussliquidität im MaRisk-Szenario, in welcher der Risikoappetit der Bank bereits berücksichtigt ist, zeigt die komfortable Liquiditätslage. Der folgenden Grafik sind jeweils die Monats-tiefststände der Überschussliquidität vom 31. Dezember 2016 bis zum 31. Dezember 2017 zu entnehmen. Die Überschussliquidität lag im Berichtsjahr stets über 3,7 Mrd €.

Überschussliquidität des Postbank Konzerns 2017

in Mrd. €



Im Liquiditätsnotfall besteht auf Postbank Konzernebene eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfallgremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen der Tochtergesellschaften und der Auslandsniederlassung.

Die Postbank ist in den Liquiditätsrisikomanagement-Prozess der Deutschen Bank integriert.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die einzelnen Geschäftsfelder anhand des OpRisk-Kapitalmodells AMOR (Advanced Measurement of Operational Risk) ermittelt. Das EC-Kapitalmodell der Postbank basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach – LDA). Als Grundlage der Berechnung dienen interne und externe Verlustfälle sowie Szenarioanalysen. Im Berichtsjahr wurde das Modell grundlegend überarbeitet und angepasst. Die wesentlichen Änderungen des Modells liegen in der Anpassung der Risikomatrix (Reduktion von zehn auf drei Zellen (eine Zelle je Segment)) und der geänderten Quelle für externe Schadenfalldaten (nun Schadenfälle des Datenkonsortiums OpRisk (DaKOR) statt vormals Operational Riskdata eXchange Association (ORX)). Ferner wurde die für die Frequenzermittlung berücksichtigte Verlusthistorie von zehn Jahren auf fünf Jahre reduziert, wodurch das Modell zeitnäher auf Trends in der Schadenfallentwicklung reagiert.

Das VaR-Limit für Operationelle Risiken auf Gesamtbankenebene betrug zum Berichtsstichtag 600 Mio €. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht.

Neben der regelmäßigen Berechnung der OpRisk-Kennzahlen werden quartalsweise zusätzlich Stresstests durchgeführt. Anhand der Ergebnisse der Stresstests wird das Verhalten der Risikokennzahlen unter extremen Bedingungen analysiert. So wird z. B. untersucht, welche Auswirkungen ein genereller Anstieg der Schadenfrequenzen oder ein zusätzlicher „künstlicher“ Großschaden haben.

Die Postbank setzt neben dem Quantifizierungsmodell insbesondere folgende qualitative Instrumente konzernweit ein:

- strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 € (Betrugsfälle ab 0 €),
- Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument,
- halbjährliches Self-Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges,
- Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen,
- IT-gestützte zentrale Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Unternehmensbereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling im CRO-Ressort wahrgenommen.

Der Gesamtaufwand aus Operationellen Risiken ist im Berichtsjahr mit rund 38 Mio € im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken (Berichtsjahr 2016: 117 Mio €). Zu berücksichtigen ist neben der grundsätzlich positiven Schadenfallentwicklung im Berichtsjahr, dass die Schadensumme des Vorjahres maßgeblich durch die Klagen und Beschwerden im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen geprägt war.

Wesentlicher Treiber der Schadenfallentwicklung im Berichtsjahr war die im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt immer noch hohe Anzahl an Klagen und Beschwerden von Kunden im Zusammenhang mit der inzwischen eingestellten Vermittlung von geschlossenen Fonds. Die Schäden aus Betrugsdelikten, die überwiegend extern verursacht wurden, lagen im Berichtsjahr mit rund 13 Mio € deutlich unter dem Wert des Vorjahreszeitraums (Berichtsjahr 2016: 27 Mio €). Die sonstigen Schäden aus externen Betrugsdelikten, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe ausweisen, dafür jedoch mehrfach pro Jahr auftreten (High-Frequency/Low-Impact-Schäden), lagen mit rund 9 Mio € ebenfalls unter dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Im Zentrum der Betrugsbekämpfung stehen weiterhin die zeitnahe und bankweite Kommunikation aller bedeutenden Betrugssachverhalte über das FRAUD-Komitee sowie die Sensibilisierung der in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Die bereits in den Vorjahren ergriffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen haben sich weiterhin bewährt.

Im Rahmen der Identifizierung und Steuerung von Rechtsrisiken erstattet der Rechtsbereich dem Vorstand regelmäßig Bericht und erstellt Analysen, um sicherzustellen, dass den Geschäftsbereichen differenzierte Einschätzungen zur Entscheidungsfindung zur Verfügung stehen. Der Rechtsbereich identifiziert Rechtsrisiken durch verschiedene Einzelmaßnahmen. Er unterstützt u. a. bei der Bewertung der Risikotoleranz der Postbank in Bezug auf Rechtsrisiken. Die zur Behebung bzw. Begrenzung von aus den Geschäftsaktivitäten der Bank resultierenden potenziellen Rechtsrisiken erforderlichen Schritte werden zwischen dem Rechtsbereich und den Geschäftsbereichen abgestimmt.

Flankierend werden innerhalb des OpRisk-Controllings die Rechtsrisiken mittels unterschiedlicher Verfahren über die etablierte Struktur der dezentralen OpRisk-Manager erhoben. So werden die Risiken sowohl systematisch und flächendeckend über die Methoden Szenarioanalyse und Self-Assessment als auch anlassbezogen bei der Einführung neuer Produkte und bei der Beurteilung von Auslagerungsvorhaben identifiziert und bewertet.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Operational Value-at-Risk (OpVaR) nach Adjustierung auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene bei einem Konfidenzniveau von 99,93 % dargestellt:

Geschäftsfeld	Operational Value-at-Risk (OpVaR)	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Privatkunden	406	268
Firmenkunden	15	41
Financial Markets	10	97
Postbank Gesamt	431	407

Die strategische Ausrichtung der Postbank auf das Privatkundensegment schlägt sich auch in den geschäftsfeldspezifischen OpVaR-Kennzahlen nieder. Der mit Abstand größte Kapitalbedarf zeigte sich zum Berichtsstichtag mit 406 Mio € im Geschäftsfeld Privatkunden (per 31. Dezember 2016: 268 Mio €). Der Gesamtkapitalbedarf für die Operationellen Risiken der Postbank Gruppe liegt auch nach Einsatz des im Berichtsjahr überarbeiteten OpRisk-Kapitalmodells auf dem Niveau des Vorjahres. Allerdings haben sich durch den Einsatz des neuen Modells die auf die Geschäftsfelder allokierten Beträge deutlich verändert.

Die Postbank betreibt Business Continuity Management (BCM) mit präventiven und reaktiven Maßnahmen entlang der Wertschöpfungskette. Ziel ist es, durch die Entwicklung und die anschließende Implementierung von BCM-Plänen (sogenannten Notfallplänen) die Fortführung, die Ordnungsmäßigkeit sowie die Widerstandsfähigkeit der Geschäftstätigkeit der Bank in besonderen Ereignisfällen, wie z. B. in Notfällen, zu gewährleisten. Regelmäßige BCM-bezogene Risikoidentifizierungen/-bewertungen (Risk Identification and Assessments, RIA) und Geschäftsauswirkungsanalysen (Business-Impact-Analysen, BIA), bezogen auf die Hauptaufgaben/-geschäftsprozesse, bilden die Planungsgrundlage. Die Funktionsfähigkeit der Notfallplanung wird kontinuierlich überprüft, überwacht und dokumentiert.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Kollektivrisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken. Die Steuerung der Risiken erfolgt über die Gremienstruktur der Postbank.

Risikosteuerung von Spar- und Girorisiken

Zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungsrisiken werden für Kundengeschäfte mit nicht deterministischen Zins- und Kapitalbindungen – insbesondere Spar- und Giroeinlagen – Ablaufkationen definiert, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch unerwartetes Kundenverhalten oder eine Veränderung der eigenen Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – kann es im Zeitablauf zu unerwarteten Volumen- oder Margenschwankungen kommen, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und somit auch das ökonomische Kapital beeinträchtigen können.

Die Abteilung Marktrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung nimmt die zentrale Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion zu den Spar- und Girorisiken wahr.

Risikosteuerung der Kollektivrisiken

Zur Risikoquantifizierung der Kollektivrisiken nutzt die BHW Bausparkasse AG ein Kollektiv-Simulationsmodell. In diesem Modell werden geplante Neuabschlüsse und erwartete Verhaltensweisen der Bausparer, wie z. B. Sparverhalten, Kündigungen, Bestandsfinanzierungen, Zuteilungen und Tilgungen, modelliert. Auf Basis einer Vielzahl von Verhaltensparametern ermittelt das Simulationsmodell vierteljährlich, ausgehend von den Einzelverträgen, auf Ebene des Gesamtkollektivs den statistisch zu erwartenden Gesamt-Cashflow sowie die GuV- und Bilanzdaten für die Planungsrechnung.

Im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme der Genehmigungsregelung nach § 5 Bausparkassenverordnung (BausparkV) wurden Plausibilität und Prognosegüte des Kollektivsimulationsmodells von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigt. Darüber hinaus erfolgt eine jährliche Qualitätssicherung des Modells durch Backtesting und Soll-Ist-Vergleiche.

Die komplexe baupartechnische Simulation mit einer Vielzahl von Parametern leitet Annahmen über das Verhalten von Bausparern unter verschiedenen Zinsszenarien aus historischen Datenreihen ab. Bei der Modellierung der Parameter für das zukünftige Verhalten der Bausparer besteht das Risiko einer Fehleinschätzung, woraus negative Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage resultieren können.

In die Kollektivsimulation gehen neben den existierenden Beständen auch Annahmen zum Neugeschäft der nächsten Jahre ein. Gravierende Effekte für die mittelfristige Ertragslage ergeben sich, wenn das tatsächliche Neugeschäft deutlich unterhalb der Annahmen liegt, da der Bausparkasse in diesem Fall weniger niedrigverzinsliche Kundenmittel zur Verfügung stehen.

Die Postbank sieht die aus dem Bauspargeschäft resultierenden Kollektivrisiken als wesentlich an. Zur Quantifizierung des für Kollektivrisiken erforderlichen Risikokapitalbedarfs wird ein szenariobasiertes Modell eingesetzt, die entspre-

chende Reporting- und Überwachungsfunktion nimmt das Risikocontrolling der BHW Bausparkasse AG wahr, das funktional in den Bereich Risikosteuerung der Postbank integriert ist.

Risikosteuerung von Reputationsrisiken

Kernelement des Reputationsrisikomanagements der Postbank ist die präventive Behandlung von reputationsrisikorelevanten Sachverhalten, die sich aus bestimmten Transaktionen, Geschäftspartnern oder Geschäftspraktiken mit Kundenbezug ergeben. Die primäre Verantwortung für die Identifizierung, Beurteilung und Eskalation derartiger Sachverhalte liegt bei den Leitungsebenen der einzelnen Ressorts bzw. Tochterunternehmen. Es gilt das Prinzip der dezentralen Steuerungsverantwortung. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben werden die dezentralen Einheiten von den zentralen Infrastruktureinheiten unterstützt.

Zur Erörterung von Sachverhalten, die ein gravierendes Reputationsrisiko darstellen, ist das Reputationskomitee (RepKo) als Eskalationsgremium für die Postbank einzubeziehen. Dieses Komitee unterstützt den Gesamtvorstand im Rahmen des Risikomanagements hinsichtlich der Überwachung und Steuerung von Reputationsrisiken. Wesentliches Steuerungsziel ist es, Reputationsrisiken nach Möglichkeit vollständig durch Prävention zu verhindern oder zumindest die Auswirkungen eingetretener Reputationschäden durch entsprechende reaktive Maßnahmen zu minimieren.

Risikosteuerung residualer Geschäftsrisiken

Die Quantifizierungsverfahren zur Bestimmung der Geschäftsrisiken stehen in einem direkten konsistenten Zusammenhang mit der Ermittlung des ökonomischen Kapitals innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank. Als Grundlage zur Abschätzung der residualen Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden.

Die Quantifizierung und Überwachung erfolgt teilweise auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts, teilweise durch Anwendung von Szenarioanalysen, dabei werden die angewandten Verfahren regelmäßig im Hinblick auf ihre Güte überprüft. Die Limite werden vom BRK beschlossen.

Zur Analyse von außergewöhnlichen Ereignissen werden darüber hinaus in regelmäßigen Abständen weitere sowohl historisch abgeleitete als auch hypothetische Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Die mindestens quartalsweise Berichterstattung und Limitüberwachung erfolgt aus dem Bereich Risikosteuerung der Deutschen Postbank AG.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und von den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsdaten zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und analysiert sowie entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 Handelsgesetzbuch (HGB) die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess beschrieben. Die Postbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Konzernabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der

Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts festgelegt. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Konzernabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- Sicherung der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und der externen Rechnungslegung sowie
- Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank ist für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Die Umsetzung wird durch entsprechende Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen sichergestellt.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie für die (Konzern-)Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Vorstandsvorsitz, Ressourcen und Chief Risk Office beteiligt.

Die Postbank stellt ihren Konzernabschluss nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, auf. Des Weiteren berücksichtigt sie die ergänzend anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften gemäß § 340i HGB i. V. m. § 315a Abs. 1 HGB, die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS), die branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute und die rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–160 AktG).

Für Zwecke der Einbeziehung von Tochtergesellschaften erstellen die einzubeziehenden Unternehmen und Zweckgesellschaften Berichte (Konzern-Packages), die nach Konzernvorgaben der Bank aufgestellt werden.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,
- ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- Zusammenstellung des Konzernabschlusses nebst Konzernlagebericht,
- Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Vorstandsvorsitz, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben.

Das Ressort Ressourcen ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Schaffung der Ansatzvoraussetzungen, Bewertung (bestmögliche Schätzung) und kontinuierliche Prüfung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie die Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- Bereitstellung weiterer relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Das Chief Risk Office nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken,
- Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fallen ihm die Billigung des Konzernabschlusses sowie die Feststellung des Jahresabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich der Rechnungslegung, des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements und -controllings, soweit nicht der Risikoausschuss zuständig ist, der Internen Revision und von Compliance,
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Der Prüfungsausschuss bedient sich zur Erfüllung seiner

Aufgaben seines Auskunftsrechts gegenüber der Internen Revision.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und der Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und die Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind, bevor der Konzernabschluss gebilligt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Postbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die buchhalterische Erfassung der Geschäftsvorfälle verwendet die Postbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Tools zur Datenverarbeitung (IDV) zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des Monitoring der individuellen Datenverarbeitung überwacht wird. Die Konzern-Packages der einzubeziehenden Gesellschaften werden von den Gesellschaften in das System SAP SEM geladen oder in Einzelfällen manuell eingepflegt. Aus diesen Daten sowie auf Basis weiterer von den zu konsolidierenden Gesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen erstellt die Bank ihren Konzernabschluss unter Verwendung des Systems SmartNotes.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Die Konzern-Packages werden einer Prüfung auf Konformität mit den Konzernhandbüchern unterzogen. Die qualitätsgesicherte Erstellung von Jahres- und Konzernabschluss erfolgt im Bereich Rechnungswesen und Steuern. Die Tochtergesellschaften werden monatlich über Fristen und Änderungen für die Erstellung des Konzernabschlusses informiert. Die Konzernrichtlinien werden regelmäßig aktualisiert und in ihrer jeweilig jüngsten Fassung an die Tochtergesellschaften kommuniziert.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. Die Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip oder die Kombination beider vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahres- und Konzernabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung. Die Konzernabschlusserstellung umfasst darüber hinaus im Wesentlichen die Bestimmung des Konsolidierungskreises, die Meldungen der einbezogenen Gesellschaften, die Intercompany-Abstimmung, die Währungsumrechnung, automatisierte und manuelle Konsolidierungsbuchungen sowie die letztendliche Generierung des Konzernabschlusses.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Postbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigungen, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems in der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision ist den Standards des Institute of Internal Auditors (IIA) bzw. des Deutschen Instituts für Interne Revision verpflichtet. Sie prüft, entsprechend den MaRisk, risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Darüber hinaus erstreckt sich ihre Aufgabenwahrnehmung in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften der Postbank. Die Tätigkeiten in den Tochtergesellschaften reichen von einer Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision.

Die Prüfungsplanung der Internen Revision basiert – angelehnt an die Methodik der Deutschen Bank – auf einem dynamischen Verfahren. In einem kontinuierlichen Risk Assessment werden die mit den Geschäftsfeldern und Kernprozessen verbundenen inhärenten Risiken und die korrespondierenden Kontrollmaßnahmen analysiert und bewertet. Hieraus sowie aus Pflichtprüfungen und einem Prüfintervall von maximal drei Jahren für wesentliche

Themen ergibt sich der risikoorientierte Prüfungsplan für das Geschäftsjahr. Mit dessen Durchführung wird die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt.

Neben regelmäßigen Prüfungen führt die Interne Revision anlassbezogen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den Erkenntnissen aus den Risk Assessments entsprechend angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Laufende Rechtsverfahren

Den Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen, die sich gegen den in der ordentlichen Hauptversammlung am 28. August 2015 gefassten Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutschen Postbank AG auf die Deutsche Bank Aktiengesellschaft gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung richten, ist in erster Instanz vor dem Landgericht Köln durch Urteil vom 20. Oktober 2017 stattgegeben worden. Die Deutsche Postbank AG hat gegen das Urteil Berufung vor dem Oberlandesgericht Köln eingelegt.

PROGNOSEBERICHT

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliches Umfeld

Weltwirtschaft

Das globale Wachstum dürfte sich im Jahr 2018 nochmals leicht beschleunigen. Die Industrieländer befinden sich in einem soliden, selbsttragenden Aufschwung, der durch die weiterhin expansive Geldpolitik und voraussichtlich auch durch expansive fiskalische Impulse gestützt werden wird. Jedoch dürfte sich das Wachstumstempo hier aufgrund der weiterhin vorhandenen politischen Risiken, aber auch aufgrund allmählich schrumpfender freier Produktionskapazitäten nicht verstärken. Für die Gruppe der aufstrebenden Volkswirtschaften ist dagegen in der Summe ein etwas höheres Wachstum zu erwarten. Hierzu dürfte vor allem eine konjunkturelle Beschleunigung in Ländern beitragen, die noch vor kurzer Zeit mit rezessiven Tendenzen zu kämpfen hatten. Zudem sollte sich in den Regionen, die bereits in der Vergangenheit wachstumstark waren, der Aufwärtstrend in kaum veränderten Tempo fortsetzen. Einerseits resultieren weiterhin aus der Vielzahl geopolitischer Krisenherde Risiken für diesen Ausblick. Andererseits ist nicht auszuschließen, dass eine gegenseitige Verstärkung der zyklischen Auftriebskräfte zu einer deutlicheren Beschleunigung des Wachstums der Weltwirtschaft führt. Der IWF rechnet für 2018 mit einer Zunahme der globalen Wirtschaftsleistung um 3,9 % nach einem Plus von 3,7 % im Jahr 2017.

Der Konjunkturaufschwung in den USA dürfte sich 2018 leicht verstärken. Wichtigster Wachstumstreiber sollte auch weiterhin der private Verbrauch bleiben, der von einer guten Beschäftigungslage und steigenden Einkommen profitieren dürfte. Zugleich sollten die Unternehmensinvestitionen erneut deutlich zulegen. Dabei dürfte deren Aufwärtstrend durch die Absenkung der Unternehmenssteuern unterstützt werden. Gleichzeitig rechnen wir mit einer moderaten Zunahme der staatlichen Ausgaben. Zudem werden die Exporte aufgrund der sich verstärkenden globalen Nachfrage sowie des etwas schwächeren US-Dollars voraussichtlich schneller wachsen als im Vorjahr. Da aber auch die Importe beschleunigt zulegen dürften, ist vom Außenhandel kein positiver Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum zu erwarten. Insgesamt gehen wir für 2018 von einem Anstieg des BIP-Wachstums auf 2,4 % aus.

Die japanische Wirtschaft sollte im Jahr 2018 moderat wachsen. Während der private Verbrauch voraussichtlich verhalten zulegen wird, dürften die Bruttoanlageinvestitionen erneut deutlich steigen. Dagegen werden die Exporte das außerordentlich hohe Wachstumstempo des Vorjahres wohl nicht halten können. Wir erwarten daher einen Rückgang des BIP-Wachstums auf 1,2 %.

Im Euroraum dürfte sich die robuste konjunkturelle Erholung fortsetzen. Grundlegende Risiken wie ein unkontrollierter Brexit oder die weiterhin bestehende Verschuldungsproblematik im Euroraum sollten die Dynamik nicht wesentlich belasten. Als Absicherung ist insbesondere die inzwischen sehr breite Basis des Aufschwungs zu sehen. Dabei gehen wir davon aus, dass privater Verbrauch und Bruttoanlageinvestitionen ihr Wachstumstempo in etwa halten können. Gleiches gilt für den Staatsverbrauch. Die Ausfuhren dürften aufgrund des positiven globalen Umfelds erneut solide zu-

legen, infolge der bereits erfolgten Euro-Aufwertung aber weniger rasch als im Vorjahr. Der aus dem Außenhandel resultierende positive Wachstumseffekt sollte deshalb leicht sinken. Insgesamt dürfte sich das BIP-Wachstum auf 2,2 % abschwächen.

Konjunkturausblick für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befand sich zum Jahreswechsel in einem sehr soliden Aufschwung. Die Frühindikatoren wie insbesondere der ifo-Geschäftsklimaindex bewegen sich auf sehr hohen Niveaus und signalisieren damit für sich genommen sogar eine Verstärkung des Wachstumstrends. Wir gehen jedoch davon aus, dass der private Verbrauch zwar weiterhin sehr solide, aber vor dem Hintergrund einer leicht steigenden Inflationsrate etwas schwächer wachsen wird als im Vorjahr. Dagegen könnte sich der Zuwachs des Staatsverbrauchs als Folge von Mehrausgaben seitens einer noch zu bildenden neuen Bundesregierung leicht beschleunigen. Kräftige Wachstumsimpulse sind auch weiterhin von den Unternehmens- und Wohnungsbauinvestitionen zu erwarten. Das Exportwachstum dürfte angesichts der sich verstärkenden globalen Nachfrage trotz der Euro-Aufwertung hoch bleiben, sodass vom Außenhandel erneut ein positiver Wachstumsbeitrag zu erwarten ist. In der Summe rechnen wir für 2018 mit einem leichten Anstieg des BIP-Wachstums auf 2,3 %. In Anbetracht der robusten Konjunktur dürfte die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt nochmals kräftig zunehmen. Im Gegenzug sollte die Zahl der Arbeitslosen weiter sinken.

Märkte

Der geldpolitische Kurs der EZB für das Jahr 2018 scheint aufgrund der Beschlüsse des EZB-Rats vom Oktober 2017 über weite Strecken vorgezeichnet. Den Ankündigungen entsprechend, wurde das monatliche Volumen des Anleiheankaufprogramms mit Wirkung ab Januar 2018 von 60 Mrd € auf 30 Mrd € reduziert. Dieses Volumen soll den EZB-Beschlüssen zufolge bis einschließlich September 2018 gelten. Diese Zusage dürfte die EZB einhalten. Angesichts der robusten Konjunktur im Euroraum gehen wir davon aus, dass die EZB ihr Anleiheankaufprogramm bis Ende des Jahres 2018 beenden wird. Ihre Leitzinsen dürfte die EZB jedoch im gesamten Jahr 2018 unverändert belassen, zumal sie angekündigt hat, dass diese noch für einige Zeit nach Beendigung des Ankaufprogramms auf dem aktuellen Niveau bleiben werden.

Die US-Notenbank dürfte ihren Leitzins im Jahresverlauf weiter anheben. In Anbetracht eines voraussichtlich soliden BIP-Wachstums und eines wahrscheinlich weiterhin robusten Arbeitsmarktes rechnen wir mit drei Zinserhöhungen um jeweils 0,25 Prozentpunkte. Zum Jahresende erwarten wir für die Fed Funds Target Rate eine Spanne von 2,00 % bis 2,25 %.

Aufgrund der immer noch expansiven EZB-Geldpolitik dürften die Kapitalmarktzinsen in der EWU niedrig bleiben, obwohl einige Faktoren für einen Renditeanstieg im Jahresverlauf sprechen. Hierzu gehört vor allem die Fortsetzung der robusten konjunkturellen Erholung im Euroraum. Zudem dürften infolge der strafferen US-Geldpolitik die Renditen von US-Staatsanleihen tendenziell steigen, was üblicherweise auch auf den deutschen Markt ausstrahlt. Wir erwarten bis Ende 2018 einen Anstieg der Rendite zehnjähriger Bundesanleihen auf 0,80 %. Bei konstant niedrigen Leitzinsen dürfte die Zinsstrukturkurve damit nochmals etwas steiler werden.

Die Aussichten für Unternehmensanleihen stufen wir als leicht negativ ein. Die von uns erwartete Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs in den Industrieländern spricht einerseits für ein anhaltend niedriges Niveau der Risikoaufschläge. Andererseits waren diese zum Jahreswechsel aber so niedrig, dass bereits eventuelle Zweifel hinsichtlich der weiteren Aussichten für die Konjunktur sowie für einzelne Branchen oder Unternehmen für Unsicherheit sorgen und in der Folge die Anleihekasse belasten könnten. In der Summe rechnen wir daher für europäische Anleihen im Investmentgrade-Bereich mit im Jahresverlauf leicht steigenden Risikoaufschlägen.

Die Risikoaufschläge, die für Staatsanleihen der sogenannten Peripherieländer in der Eurozone verlangt werden, haben inzwischen ein Niveau erreicht, das unserer Einschätzung nach nur noch einen geringen Spielraum für weitere Rückgänge übrig lässt. Einengungspotenzial sehen wir allenfalls noch bei Anleihen von Staaten, denen es gelingt, ihre finanzielle Lage deutlich zu verbessern und nachhaltige wachstumsfördernde Reformen zu beschließen und umzusetzen. Wachstums- und reformschwachen Staaten mit anhaltend hoher oder sogar wieder steigender Neuverschuldung droht dagegen eine Ausweitung der Risikoaufschläge auf ihre Anleihen. Als Belastungsfaktor dürfte sich zudem die Reduzierung der EZB-Anleiheankäufe erweisen. Darüber hinaus bleibt die grundlegende Anfälligkeit der Staatsanleihemärkte für Rückschläge als Folge ökonomischer oder politischer Krisen bestehen.

Branchensituation

Das anhaltend niedrige Zinsniveau im Euroraum dürfte eine Verbesserung des operativen Geschäfts bei deutschen Banken weiterhin erheblich erschweren. Bis Ende 2018 erwarten wir nur einen moderaten Zinsanstieg, sodass eine signifikante Ausweitung der Zinsmarge den meisten Instituten schwerfallen dürfte. Dies gilt vor allem, da im deutschen Privat- und Firmenkundensegment unverändert ein harter Wettbewerb herrscht, der das Zinsergebnis und Steigerungen des Provisionsergebnisses belastet. Allerdings können sich die niedrigen Finanzierungskosten positiv auf das Emissionsgeschäft mit Schuldverschreibungen und Aktien auswirken sowie die M&A-Aktivitäten der Unternehmen stimulieren. Dies dürfte sich positiv auf die Erträge aus dem Investmentbanking auswirken. Wegen der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen auf der Ertragsseite sollte auch 2018 bei vielen Instituten eine weitere Kostenoptimierung auf der Agenda stehen. Die Mittel, welche die Banken für die Implementierung neuer regulatorischer Anforderungen einsetzen müssen, belasten zusätzlich die Gewinn- und Verlustrechnung. Viele Banken investieren zudem in die Digitalisierung zahlreicher Prozesse. Dies bindet zwar Ressourcen, erscheint zur Festigung der Kundenbeziehungen und als Reaktion auf neue Wettbewerber aus der digitalen Welt aber als notwendig.

Die Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen, könnte auch zu einer Belastung deutscher Banken führen. Durch die gestiegene Unsicherheit im Zusammenhang mit den vielen noch ungeklärten Fragen des EU-Austritts erhöht sich das Risiko einer Wachstumsverlangsamung in Großbritannien und bei wichtigen Handelspartnern in Kontinentaleuropa. Dies könnte dazu führen, dass die Notenbanken ihre Niedrigzinspolitik noch für eine längere Zeit fortsetzen. Gleichzeitig sinkt bei einer Wachstumsverlangsamung in der Regel auch das Potenzial für eine Ausweitung der Kreditvergabe, während sich das Risiko von Kreditausfällen erhöhen kann. Zudem könnte der mit einer erhöhten

Unsicherheit an den Märkten verbundene Anstieg der Volatilität das Handelsgeschäft der Banken beeinträchtigen.

Die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankenmarktes mit privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten wird nach unserer Einschätzung auch 2018 weiter Bestand haben. Fusionen bzw. Übernahmen sollten weiterhin überwiegend innerhalb der jeweiligen Sektoren unter Beteiligung überwiegend kleinerer Institute erfolgen.

Die Reputation und die Geschäftsergebnisse deutscher Kreditinstitute können auch künftig durch Rechtsstreitigkeiten belastet werden.

Die EZB analysiert aktuell die internen Risikobewertungsmodelle der von ihr beaufsichtigten Banken. Im Rahmen dieses Targeted Review of Internal Models (TRIM) sollen größere Unterschiede innerhalb der Branche bei der internen Risikobewertung durch einzelne Institute verringert werden. Der Prozess wird nach Einschätzung der EZB noch bis 2019 andauern.

Die Finalisierung von Basel III – im Allgemeinen als Basel IV bezeichnet – im Rahmen der Konsultation des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision – BCBS # 424) enthält als zentrales Element den sogenannten Output Floor für interne Modelle. Der von BCBS 424 vorgeschlagene Prozentsatz für die Untergrenze soll 2022 bei 50 % beginnen und im Rahmen einer Übergangsphase jährlich bis 2026 um 5 % steigen, bis dieser schließlich 2027 72,5 % erreicht. Neben dem Output Floor wurden u. a. die Vorgaben für die Leverage Ratio konkretisiert. Zukünftig sollen als global systemrelevant eingestufte Institute (G-SIBs) die Hälfte dieses Kapitalaufschlags (G-SIB-Puffer) zusätzlich als Puffer für die Leverage Ratio vorhalten. Der Leverage-Ratio-Puffer ist erstmals ab dem 1. Januar 2022 von den G-SIBs einzuhalten, die gemäß der Liste des Financial Stability Boards im Jahr 2020 als solche eingestuft wurden.

2018 führt die European Banking Authority (EBA) wieder einen Stresstest bei den von ihr beaufsichtigten Banken durch. Die Ergebnisse des Tests sollen am 2. November 2018 veröffentlicht werden.

Ausblick für den Postbank Konzern

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Die Postbank wird neben den Investitionen zur Integration der Postbank in den Deutsche Bank Konzern im Geschäftsjahr 2018 ihre Investitionen schwerpunktmäßig weiter auf Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit konzentrieren. Zu diesem Zweck wird die Postbank den eingeschlagenen Weg der digitalen Transformation ihrer Beratungs-, Verkaufs- und Serviceprozesse weiter fortsetzen. Nachdem es im Bereich der Ratenkreditvergabe im Jahr 2017 gelungen ist, einen vollständig digitalisierten Kreditvergabeprozess zu etablieren, liegt der Fokus im Jahr 2018 verstärkt auf der Digitalisierung der Kreditvergabe im Bereich der Baufinanzierung. Die konsequente Fortsetzung der digitalen Transformation wird sich weiterhin an den Kundenbedürfnissen orientieren, um ein „digital & persönlich“ verknüpftes Kundenerlebnis sicherzustellen.

Zur Steigerung der Effizienz in Front- und Backoffice sowie in Zentralbereichen wird die Postbank die Anpassung der Kapazitäten an das herausfordernde Umfeld für Banken fortsetzen und gleichzeitig in eine moderne Infrastruktur investieren. Die Schaffung zusätzlicher Selbstbedienungsmöglichkeiten für Privat- und Geschäftskunden zählt neben dem fortgesetzten Ausbau der Vertriebscenter weiterhin zum Investitionsportfolio des Jahres 2018. Ferner wird die sogenannte Kompaktiliale verstärkt zum Einsatz kommen, um einen effizienten Filialbetrieb auch an frequenzschwächeren Standorten aufrechterhalten zu können. Ebenfalls wird die Postbank die Automatisierung von Backoffice-Prozessen weiter vorantreiben und damit effizientere Prozesse gestalten.

Im Geschäftsjahr 2018 wird die Postbank weiterhin Investitionen tätigen müssen, um eine effiziente Reaktion auf kommende regulatorische Anforderungen zu gewährleisten. Dazu zählen u. a. die Umsetzung von Anforderungen aus der EU-Datenschutzverordnung, PSD II sowie BCBS 239.

Zusätzlich erwarten wir weitere Investitionserfordernisse im Rahmen der weiteren Integration in den Deutsche Bank Konzern.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Wir streben trotz der zusätzlichen Arbeitsbelastungen und Veränderungsnotwendigkeiten im Zusammenhang mit der Integration der Postbank in den Deutsche Bank Konzern an, die Ergebnisse zur Mitarbeiterzufriedenheit auf dem Niveau des Jahres 2017 zu halten. In puncto Kundenzufriedenheit von Privat- bzw. Firmenkunden wird angestrebt, diese jeweils auf dem Niveau des Jahres 2017 zu stabilisieren.

Erwartete Entwicklung der Ergebnissituation des Postbank Konzerns

Die folgende Einschätzung des voraussichtlichen Geschäftsverlaufs der Postbank für das Jahr 2018 basiert auf unseren Erwartungen im Hinblick auf die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und auf einer Zinsprognose, die ausschließlich auf Basis von Marktdaten (Implied Forwards) generiert wurde. Unvorhergesehene Ereignisse wie unerwartete deutliche Verschärfungen der regulatorischen Vorschriften für den Bankensektor könnten einen signifikanten Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Postbank haben, die nicht berücksichtigt wurden. Ergebnisrelevante Auswirkungen aus der beabsichtigten weiteren Integration in die Deutsche Bank Gruppe und der damit verbundenen angestrebten Verschmelzung der Deutschen Postbank AG mit der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG sind in der folgenden Prognose der Postbank reflektiert, sofern die daraus resultierenden Effekte eindeutig der Postbank zugeordnet werden konnten.

Das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit seinen Ertragsströmen bildet unverändert die Basis für die künftige Ergebnisentwicklung der Postbank, deren Marke auch nach der angestrebten Verschmelzung unter dem Motto „Eine Bank, zwei Marken“ fortbestehen soll. Im Fokus stehen dabei die Steigerung des Zins- und des Provisionsüberschusses sowie die Reduktion der Kostenbasis.

Im Einzelnen erwarten wir vor dem Hintergrund des geplanten Ausbaus des Kreditgeschäfts und des fortgesetzten Abbaus von hochverzinslichen Verbindlichkeiten, dass sich der Zinsüberschuss im Jahr 2018 – trotz der weiter steigenden Belastungen des Einlagengeschäfts aus dem im Laufzeitbereich

bis drei Monate unterstellten anhaltend negativen, aber leicht steigenden Zinsniveau – moderat über dem Niveau des Jahres 2017 bewegen wird.

Den Provisionsüberschuss erwarten wir moderat verbessert. Grundlagen für diese Erwartungen sind zum einen die 2018 fortgesetzte Wertpapieroffensive sowie zum anderen eine erwartete Steigerung der Provisionserträge im Giro-Kerngeschäft – maßgeblich getrieben durch die Mitte 2017 erfolgte Neuorganisation der Kontomodelle für Geschäftskunden.

Für das Finanzanlageergebnis unterstellen wir im Vergleich zur Vorjahresperiode einen deutlichen Rückgang, da u. a. aufgrund der vorausgesehenen Steigung des Zinsniveaus keine in der Höhe vergleichbaren Opportunitäten erwartet werden.

Im Handelsergebnis gehen wir für das Geschäftsjahr 2018 ebenfalls von einem deutlichen Rückgang aus. Während dieses im Geschäftsjahr 2017 noch von positiven Bewertungseffekten aus in der Fair-Value-Option befindlichen Baufinanzierungsbeständen profitieren konnte, wird dieser Effekt aufgrund einer zum 1. Januar 2018 erfolgten Umklassifizierung nicht mehr auftreten.

Nachdem die Risikovorsorge im zurückliegenden Geschäftsjahr 2017 u. a. von einer erfolgreichen Verwertung einer gewerblichen Immobilienfinanzierung profitieren konnte, erwarten wir für 2018 eine Normalisierung und damit einen deutlichen Anstieg der Risikovorsorge. Die im Geschäftsjahr 2018 verpflichtende Erstanwendung von IFRS 9 und die damit einhergehende Umstellung vom bisherigen Incurred-Loss-Modell auf ein Expected-Credit-Loss-Modell – das erwartete Ausfallrisiken zeitnäher abbilden soll – dürften dazu ebenfalls einen Beitrag leisten.

Im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand gehen wir für das Jahr 2018 von einer spürbaren Verbesserung aufgrund der geplanten Effizienzsteigerungen und der sich noch fortsetzenden Anpassung der Kapazitäten aus. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2017 werden in der Prognose für das Geschäftsjahr 2018 deutlich geringere Aufwendungen für strategische Initiativen unterstellt. Unterstützend wirkt hier die prognostizierte leichte Reduktion der Mitarbeiteranzahl, umgerechnet auf Vollzeitkräfte (FTE). Den grundsätzlichen Annahmen unserer Prognose entsprechend, sind auch bei dieser erwarteten Entwicklung des Verwaltungsaufwands nur diejenigen ergebnisrelevanten Auswirkungen aus der beabsichtigten weiteren Integration in die Deutsche Bank Gruppe berücksichtigt, die eindeutig der Postbank zugeordnet werden konnten.

Auf Basis der vorausgesehenen Entwicklung der oben genannten Teilbereiche der Gewinn- und Verlustrechnung erwarten wir für das Ergebnis vor Steuern einen deutlichen Anstieg im Vergleich zu 2017, der jedoch maßgeblich durch die Reduktion der Aufwendungen für strategische Initiativen getrieben ist.

Die Prognose für das um Sondereffekte bereinigte Ergebnis vor Steuern fällt im Vergleich zum Niveau des Jahres 2017 deutlich niedriger aus.

Während wir auf Basis einer weiterhin positiven Geschäftsentwicklung eine Steigerung der Produkterträge erwarten, gehen wir gegenläufig von einer Normalisierung des Handelsergebnisses und der Risikovorsorge aus – die beide im Jahr

2017 deutlich über bzw. unter ihren langjährigen Durchschnittswerten lagen. Letztere dürfte dabei auch aufgrund der ab dem 1. Januar 2018 verpflichtenden Erstanwendung von IFRS 9 steigen. Einen positiven Einfluss auf das bereinigte Ergebnis erwarten wir aus der prognostizierten Reduktion des Verwaltungsaufwands.

Auf der vorstehend beschriebenen Basis gehen wir von einer spürbaren Verbesserung der Cost Income Ratio aus. Den Return on Tangible Equity nach Steuern erwarten wir deutlich verbessert im Vergleich zum Geschäftsjahr 2017.

Vor dem Hintergrund der strategiegemäßen Ausweitung im Kreditgeschäft und der sich aus der Erstanwendung von IFRS 9 ergebenden Belastungen für das Eigenkapital der Postbank erwarten wir trotz der prognostizierten positiven Gewinnentwicklung bei den regulatorischen Kennzahlen eine leicht rückläufige Entwicklung der harten Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio nach Feststellung) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in). Für die Leverage Ratio ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) gehen wir aufgrund der erwarteten Reduktion im Leverage Exposure für das Jahr 2018 von einer moderaten Verbesserung aus.

Erwartete Entwicklung in den wesentlichen Segmenten

Privatkunden

Für das Geschäftsjahr 2018 erwarten wir eine Fortsetzung der bereits im Berichtszeitraum vollzogenen Anpassung der Kapazitäten und unterstellen eine weiterhin hohe Wettbewerbsintensität. Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung gehen wir für das Jahr 2018 von einer positiven Entwicklung des Privatkundengeschäfts in Deutschland aus. Für das Geschäftsjahr 2018 rechnen wir mit einem deutlichen Wachstum des Ergebnisses vor Steuern. Die Prognose unterstellt deutlich geringere Verrechnungen, die im aktuellen Berichtszeitraum durch signifikante Investitionen in die geplante weitere Integration erhöht waren.

Firmenkunden

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Firmenkunden wird im Jahr 2018 auf Basis unserer Erwartungen trotz der außerordentlich guten Verwertungserlöse im Jahr 2017 auf dem Niveau des Berichtsjahres liegen. Maßgeblich getragen wird diese Erwartung von dem geplanten Geschäftswachstum im Bereich der Firmenkundenkredite sowie dem fortgesetzten Ausbau der Vertriebscenter, deren gegenläufige Effekte sich im kommenden Geschäftsjahr zunächst neutralisieren sollten.

Financial Markets

Für das Segment Financial Markets gehen wir für das Geschäftsjahr 2018 von einem um einen niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Betrag verbesserten Ergebnis vor Steuern aus, was im Wesentlichen auf den deterministischen Ablauf von hochverzinslichen Verbindlichkeiten sowie reduzierte Zinsbelastungen aus Absicherungsgeschäften zurückzuführen sein sollte.

Cost Center

Für dieses Segment erwarten wir für das Geschäftsjahr 2018 aufgrund der vollständigen Verrechnung auf die übrigen Segmente ein ausgeglichenes Ergebnis, das aufgrund der im Berichtszeitraum verbuchten Sondereffekte in Höhe von 57 Mio € deutlich unterhalb des Ergebnisses im Berichtsjahr liegen wird.

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, 21. Februar 2018

Deutsche Postbank AG

Der Vorstand



Frank Strauß




Marc Heß

Susanne Klöß-Braekler




Philip Laucks



Dr. Ralph Müller



Zvezdana Seeger



Hanns-Peter Storr



Lars Stoy

GESAMTERGEBNISRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2017

Gewinn- und Verlustrechnung	Erläuterungen	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €
Zinserträge	(7)	3.555	3.932
Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten	(7)	38	29
Zinsaufwendungen	(7)	- 1.460	- 1.733
Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte	(7)	- 67	- 54
Zinsüberschuss	(7)	2.066	2.174
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(8)	- 99	- 184
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		1.967	1.990
Provisionserträge	(9)	1.160	1.091
Provisionsaufwendungen	(9)	- 224	- 256
Provisionsüberschuss	(9)	936	835
Handelsergebnis	(10)	112	50
Ergebnis aus Finanzanlagen	(11)	80	258
Verwaltungsaufwand	(12)	- 3.030	- 2.853
Sonstige Erträge	(13)	227	141
Sonstige Aufwendungen	(14)	- 44	- 117
Ergebnis vor Steuern		248	304
Ertragsteuern	(15)	2	10
Ergebnis nach Steuern		250	314
Ergebnis Konzernfremde		-	-
Konzerngewinn		250	314
		2017	2016 ¹
Unverwässertes/verwässertes Ergebnis je Aktie in €		1,14	1,44

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Zusammengefasste Gesamtergebnisrechnung

	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €
Ergebnis nach Steuern	250	314
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	-137	-158
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden, vor Steuern	-93	-225
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	-93	-225
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	11	35
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden, vor Steuern	-55	31
Veränderung der Neubewertungsrücklage	-55	31
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	-93	63
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	38	-32
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	0	1
Gesamtergebnis Konzernfremde	-	-
Gesamtergebnis	113	156

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Für das Ergebnis je Aktie wird der Konzerngewinn durch die während des Geschäftsjahres durchschnittlich gewichtete Stückzahl ausgegebener Aktien dividiert. Im Geschäftsjahr 2017 waren unverändert durchschnittlich 218.800.000 Aktien ausgegeben.

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie entspricht dem Ergebnis je Aktie, da – wie im Vorjahr – keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf sind und somit kein Verwässerungseffekt vorliegt.

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

Aktiva	Erläuterungen	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 ¹ Mio €	01.01.2016 ¹ Mio €
Barreserve	(16)	2.020	2.291	1.357
Forderungen an Kreditinstitute	(17)	10.821	13.108	15.876
Forderungen an Kunden	(18)	106.997	101.996	98.933
Risikovorsorge	(19)	-997	-998	-923
Handelsaktiva	(20)	310	475	647
Hedging-Derivate	(21)	47	112	78
Finanzanlagen	(22)	22.605	26.767	30.768
davon: als Sicherheit übertragen	(22)	2.596	2.918	5.971
Immaterielle Vermögenswerte	(23)	2.038	1.963	1.902
Sachanlagen	(24)	715	699	678
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(25)	74	144	101
Latente Ertragsteueransprüche	(25)	229	198	77
Sonstige Aktiva	(26)	477	388	514
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	(27)	9	47	489
Summe der Aktiva		145.345	147.190	150.497

Passiva	Erläuterungen	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 ¹ Mio €	01.01.2016 ¹ Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(28)	12.065	13.133	15.341
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(29)	118.699	118.918	119.150
Verbriefte Verbindlichkeiten	(30)	3.215	3.339	3.446
Handelsspassiva	(31)	217	409	665
Hedging-Derivate	(32)	27	42	208
Rückstellungen		1.138	907	703
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(33)	328	254	56
b) Sonstige Rückstellungen	(34)	810	653	647
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	(35)	39	98	110
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(35)	22	17	9
Sonstige Passiva	(36)	740	541	466
Nachrangkapital	(37)	2.068	2.567	3.239
Eigenkapital	(38)	7.115	7.219	7.160
a) Gezeichnetes Kapital		547	547	547
b) Kapitalrücklage		2.191	2.191	2.010
c) Andere Rücklagen		4.127	4.167	3.987
d) Konzerngewinn		250	314	610
Anteile in Fremdbesitz		-	-	6
Summe der Passiva		145.345	147.190	150.497

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Konzern-gewinn	Eigenkapital vor Fremdanteilen	Anteile in Fremdbesitz	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 31.12.2015	547	2.010	3.664	327	610	7.158	6	7.164
Restatement	-	-	-4	-	-	-4	-	-4
Stand 01.01.2016	547	2.010	3.660	327	610	7.154	6	7.160
Ausschüttung	-	-	-	-	-	-	-	-
Veränderung der Gewinnrücklagen	-	-	610	-	-610	-	-	-
Erstkonsolidierungseffekt Servicegesellschaften	-	-	-263	-	-	-263	-	-263
Kapitalerhöhung	-	181	-	-	-	181	-	181
Ergebnis nach Steuern ³	-	-	-	-	314	314	-	314
Sonstiges Ergebnis	-	-	-190	32	-	-158	-	-158
Eigene Aktien im Bestand	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige Veränderungen	-	-	-9	-	-	-9	-	-9
Ausweisänderung Anteile in Fremdbesitz (Fremdkapitalinstrumente)	-	-	-	-	-	-	-6	-6
Stand 31.12.2016	547	2.191	3.808	359¹	314	7.219	-	7.219
Ausschüttung	-	-	-	-	-	-	-	-
Veränderung der Gewinnrücklagen	-	-	314	-	-314	-	-	-
Ergebnis nach Steuern	-	-	-	-	250	250	-	250
Sonstiges Ergebnis	-	-	-82	-55	-	-137	-	-137
Eigene Aktien im Bestand	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige Veränderungen	-	-	-217	-	-	-217	-	-217
Stand 31.12.2017	547	2.191	3.823	304²	250	7.115	-	7.115

¹Davon entfielen im Vorjahr 14 Mio € auf eine als zur Veräußerung bestimmte Beteiligung.

²Davon entfallen 9 Mio € auf eine als zur Veräußerung bestimmte Beteiligung (siehe Note 27).

³Angaben angepasst (siehe Note 6)

Im Gesamtergebnis sind Bewertungs- und Bestandsveränderungen der Finanzinstrumente Available for Sale, die in der Neubewertungsrücklage erfasst werden, sowie Neubewertungsgewinne/-verluste aus leistungsorientierten Versorgungsplänen, die in den Gewinnrücklagen erfasst werden, sowie darauf entfallende Ertragsteuern enthalten.

Bei den Übrigen Veränderungen handelt es sich um Effekte aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der DB Finanz-Holding GmbH für 2016 und mit der DB Beteiligungs-Holding GmbH für 2017.



Für die detailliertere Darstellung der Entwicklung der Neubewertungsrücklage wird auf Note 38 verwiesen.

Zum 31. Dezember 2017 hat die Postbank keine eigenen Aktien im Bestand.

KAPITALFLUSSRECHNUNG

	Erläuterungen	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €
Konzerngewinn		250	314
Im Konzerngewinn enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen sowie Forderungen		227	239
Veränderungen der Rückstellungen	(33), (34), (35)	95	-70
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		-82	-51
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen		-76	-258
Sonstige Anpassungen (per Saldo, im Wesentlichen Zinsüberschuss)		-1.907	-2.076
Zwischensumme		-1.493	-1.902
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute		2.269	2.951
Forderungen an Kunden		-5.294	-3.142
Handelsaktiva		246	235
Hedging-Derivate positive Marktwerte		58	-133
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte		0	13
Sonstige Aktiva		-49	99
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		-1.032	-2.273
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		-125	-298
Verbriefte Verbindlichkeiten		-62	-312
Handelspassiva		-191	-256
Hedging-Derivate negative Marktwerte		10	72
Sonstige Passiva		-10	-37
Zinseinzahlungen		3.698	3.862
Zinsauszahlungen		-1.403	-1.686
Sonstige Zahlungszuflüsse		1	5
Ertragsteuerzahlungen		-21	-42
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-3.398	-2.844

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

	Erläuterungen	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen		5.968	6.709
Anteilen an assoziierten Unternehmen	(2)	0	393
Sachanlagen		20	10
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen		-2.267	-2.208
Anteilen an Tochterunternehmen	(2)	0	-357
Sachanlagen		-83	-96
Immateriellen Vermögenswerten		-102	-108
Cashflow aus Investitionstätigkeit		3.536	4.343
Einzahlungen in die Kapitalrücklage		0	181
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)		-409	-746
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-409	-565
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Geschäftsjahres	(16)	2.291	1.357
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-3.398	-2.844
Cashflow aus Investitionstätigkeit		3.536	4.343
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-409	-565
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Geschäftsjahres	(16)	2.020	2.291

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Position	Bilanzwert zum 31.12.2016	Cashflows (zahlungs- wirksame Verände- rungen)	Nicht zahlungswirksame Veränderungen				Bilanzwert zum 31.12.2017
	Mio €	Mio €	Erwerb von Unter- nehmen Mio €	Wechsel- kurs- effekte Mio €	Ände- rungen des Fair Value Mio €	Sonstige Ände- rungen Mio €	Mio €
Hybride Kapitalinstrumente	1.447	-500	-	-	-	-79	868
Nachrangige Verbindlichkeiten	909	120	-	-17	-	-1	1.011
Genussrechtskapital	189	-21	-	-	-	-1	167
Gesamtsumme	2.545	-401	-	-17	-	-81	2.046

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve.

Die Ermittlung der Cashflows aus operativer Geschäftstätigkeit erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der Netto-Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Konzerngewinn ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und diejenigen Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren.

Weiterhin werden alle Aufwendungen und Erträge umgliedert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbereich zuzurechnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus der Investitionstätigkeit oder der Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

ANHANG – NOTES

ALLGEMEINE ANGABEN

Mit Verschmelzungsvertrag vom 19. April 2017 hat die DB Finanz-Holding GmbH ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung ohne Abwicklung auf die DB Beteiligungs-Holding GmbH übertragen. Die Verschmelzung ist am 27. April 2017 durch Eintragung im Handelsregister wirksam geworden.

Daraus ergibt sich, dass die DB Finanz-Holding GmbH mit Eintragung der oben genannten Verschmelzung erloschen ist und deshalb nicht mehr am Grundkapital der Deutschen Postbank AG beteiligt ist. Die DB Beteiligungs-Holding GmbH als Rechtsnachfolgerin der DB Finanz-Holding GmbH hält somit nicht mehr mittelbar, sondern unmittelbar die Mehrheit am Grundkapital der Deutschen Postbank AG.

Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht nunmehr zwischen der Deutschen Postbank AG als abhängigem Unternehmen und der DB Beteiligungs-Holding GmbH.

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Deutsche Postbank AG, Bonn (Amtsgericht Bonn, HRB 6793), hat als kapitalmarktorientierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2017 endende Geschäftsjahr ihren Konzernabschluss nach den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Geschäftsbericht enthält die Bestandteile eines Jahresfinanzberichts im Sinne des § 37v WpHG.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Der Konzernabschluss umfasst die Gesamtergebnisrechnung (bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung und sonstigem Ergebnis), die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes, die Bilanzierung und Bewertung der Risikovorsorge, der immateriellen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten aus Zinsbonusverpflichtungen und der Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit der latenten Steuern. Unter anderem wird auch im Rahmen der Note 41 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“

auf die Schätzungsunsicherheiten innerhalb der Bewertungsmodelle von Finanzinstrumenten eingegangen. Bei der Bestimmung der Halteabsicht für Finanzinstrumente werden auch die Geschäftsstrategie und die derzeitigen Marktbedingungen in Betracht gezogen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung des entsprechenden Postens im Folgenden dargelegt. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Für Wertpapierbestände in Form von Staatsanleihen, Pfandbriefen, Banken- und Unternehmensanleihen erfolgt die Fair-Value-Ermittlung anhand beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter.

Die Steuerung der einzelnen Risikoarten und die Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten (nach IFRS 7) werden im Risikobericht des Konzernlageberichts erläutert.

33

(2) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2017 werden neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG 29 Tochterunternehmen (31. Dezember 2016: 32) einbezogen, die in der folgenden Übersicht aufgeführt sind.

Konsolidierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) unmittelbar	Anteil (%) mittelbar
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	
BHW Holding AG, Hameln	100,0	
BHW Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	
PB International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft, Bonn	100,0	
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Service GmbH, Essen	100,0	
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln		100,0
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		100,0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		100,0
PB Factoring GmbH, Bonn		100,0
PB Firmenkunden AG, Bonn		100,0
Postbank Immobilien GmbH, Hameln		100,0
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	76,7
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0
VÖB-ZVD Processing GmbH, Bonn	75,0 ¹	

¹Ein Geschäftsanteil von 25 % des Stammkapitals der VÖB-ZVD Processing GmbH wird treuhänderisch vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. (VÖB) für die Bank gehalten.

In den Konsolidierungskreis werden darüber hinaus unverändert die acht Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft gemäß IFRS 10 einbezogen. Es handelt sich bei allen Teilgesellschaftsvermögen um strukturierte Unternehmen gemäß IFRS 12.

Die BHW Gesellschaft für Vorsorge GmbH wurde am 22. März 2017 mit der Eintragung in das Handelsregister rückwirkend zum 1. Januar 2017 auf die BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH verschmolzen.

Die Gesellschaften Deutsche Postbank Funding Trust IV und Deutsche Postbank Funding LLC IV wurden nach vorzeitiger Rückzahlung der Emission am 29. Juni 2017 zum 22. September 2017 aufgelöst.

Die Postbank Beteiligungen GmbH führte als 100 %ige Tochtergesellschaft der Deutschen Postbank AG eine Stammkapitalerhöhung mit Sacheinlagen durch. Den neuen Geschäftsanteil übernahm die Alleingesellschafterin Deutsche Postbank AG und brachte als Sacheinlage ihre sämtlichen Anteile an der PB Factoring GmbH ein. Durch diesen Gesellschafterwechsel ist die Deutsche Postbank AG über die Postbank Beteiligungen GmbH mittelbar an der PB Factoring GmbH beteiligt.

Darüber hinaus lagen keine Veränderungen des Konsolidierungskreises vor.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG wird gemäß IFRS 10.19 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt gemäß IFRS 10.B86. Die Buchwerte der Anteile an den Tochterunternehmen bei dem Mutterunternehmen werden durch die Vermögenswerte und Schulden der einbezogenen Unternehmen ersetzt.

Die aus der Erstkonsolidierung nach der Erwerbsmethode gemäß IFRS 3 entstandenen aktiven Unterschiedsbeträge (Geschäfts- und Firmenwerte) werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen, bei denen es sich um kündbare Finanzinstrumente gemäß IAS 32 handelt, werden unter den Sonstigen Passiva als „Anteile in Fremdbesitz“ ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IFRS 10.B86 eliminiert.

Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen wurden auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt.

(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Sämtliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden blieben, soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

(a) Fair Value und aktiver Markt

Der Fair Value ist der Preis, der bei der Veräußerung eines Vermögenswertes oder bei Übertragung der Verbindlichkeit im Rahmen eines geordneten Geschäftsvorfalles zwischen Marktteilnehmern am Bemessungstichtag erhalten bzw. gezahlt würde. Sofern verfügbar, werden für zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente auf dem aktiven Markt notierte Preise verwendet, dazu wird der jeweilige Hauptmarkt bzw. der vorteilhafteste Markt bestimmt (IFRS 13.72 ff. i. V. m. IFRS 13.B34).

Der aktive Markt ist insbesondere durch ein hohes Handelsvolumen bzw. Liquidität gekennzeichnet. Sind die genannten Bedingungen nicht erfüllt, so liegt ein inaktiver Markt vor.

Bei der Bestimmung des Hauptmarktes berücksichtigt die Postbank die folgenden kumulativen Kriterien:

- Markt mit dem größten Handelsvolumen und der höchsten Marktaktivität,
- die Bank hat Marktzugang zu dem definierten Hauptmarkt.

Als Hauptmarkt werden dabei in Abhängigkeit von der Produktart der Interbankenmarkt, der Brokermarkt, die Börsenplätze oder die Terminbörsen herangezogen.

Sofern die Bank zu dem Hauptmarkt keinen Zugang hat, wird für die Bestimmung des Fair Value der vorteilhafteste Markt betrachtet.

(b) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie Loans and Receivables). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen.

Die Postbank wendet die Fair-Value-Option gemäß IAS 39 ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang zu Zinsderivaten stehen. Danach können finanzielle Vermögenswerte erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Ergebniserfassung (Accounting Mismatch) führt. Die Bewertung der Forderungen erfolgt im Einklang mit IFRS 13.61 ff. i. V. m. IFRS 13.B12 ff. auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung einer aktuellen Swaprenditekurve und darlehensspezifischer Risiko- bzw. Kostenaufschläge. Eine detaillierte Beschreibung des Bewertungsmodells erfolgt in Note 41. Der bilanzielle Ausweis erfolgt unter dem Posten „Forderungen an Kunden“. Die Marktwertänderungen der Bestände werden im Handelsergebnis erfasst. Die Zinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörigen Zinsswaps werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Bonitätsinduzierte Wertminderungen von Forderungen, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden separat in der Risikoversorge erfasst und aktivisch abgesetzt.

Der Buchwert von gesicherten Forderungen, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind, angepasst.

Agio- und Disagiobeträge inklusive der Anschaffungsnebenkosten sowie Hedge-Agien und Bereitstellungszinsen (wenn die Inanspruchnahme der Kreditzusage wahrscheinlich ist) werden über die Laufzeit der Forderungen nach der Effektivzinsmethode erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden, erfolgt anhand beobachtbarer Marktpreise oder auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung von aktuell am Markt beobachtbaren Swaprenditekurven sowie Credit Spreads. Weitere Angaben zu beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten beinhaltet Note 41 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten nach Klassen ergibt sich bei der Postbank aus der Zuordnung der Kategorien von Finanzinstrumenten nach IAS 39 in Verbindung mit den entsprechenden Bilanzposten und Produktarten. Zur weiteren Erhöhung der Transparenz hat die Postbank die Angaben zum Kreditrisiko nach IFRS 7.36 f. im Risikobericht des Konzernlageberichts, differenziert nach den einzelnen Klassen, angegeben.

119

119

33

(c) Leasinggeschäfte

Die Bilanzierung von Leasinggeschäften erfolgt gemäß IAS 17 und IFRIC 4.

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend als Finanzierungs- oder Operating Leasing bilanziert.

Als Leasingnehmer bei einem Finanzierungsleasing aktiviert die Postbank den Leasinggegenstand in Höhe des zu Beginn des Leasingverhältnisses beizulegenden Zeitwertes oder mit dem niedrigeren Barwert der Mindestleasingzahlungen im Sachanlagevermögen. Die zu leistenden Leasingzahlungen werden unter den Sonstigen Passiva in der Bilanz ausgewiesen. Die Abschreibungen auf die Leasinggegenstände werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Als Leasinggeber weist die Postbank bei einem Finanzierungsleasing die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. den Forderungen an Kunden aus. Die fälligen Leasingraten werden aufgeteilt, wobei der erfolgswirksame Ertragsanteil als Zinsertrag erfasst wird und der erfolgsneutrale Tilgungsanteil gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand gebucht wird. Die Postbank hat weder als Leasinggeber noch als Leasingnehmer Finanzierungsleasingverhältnisse mit Bezug auf Immobilien.

Beim Operating Leasing weist die Postbank als Leasingnehmer die geleisteten Leasingraten in voller Höhe als Mietaufwand in den Verwaltungsaufwendungen aus.

Als Leasinggeber beim Operating Leasing weist die Postbank das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen bzw. immateriellen Vermögenswerten aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen Erträgen und die Abschreibungen auf die verleasten Vermögenswerte im Verwaltungsaufwand erfasst.

(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (bzw. pauschalisierten Einzelwertberichtigungen) abgedeckt. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis der individuellen Parameter erwartete Verlustquote (LGD) und Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) sowie eines portfoliospezifischen Loss-Identification-Period (LIP)-Faktors ermittelt wird. Die Risikovorsorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Wertberichtigung für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Ein potenzieller Wertminderungsbedarf wird bei Vorliegen von definierten qualitativen und ratingbezogenen Trigger-Events, wie z. B. Zahlungsverzug über einen bestimmten Zeitraum, Einleitung von Zwangsmaßnahmen, drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Scheitern von Sanierungsmaßnahmen, angenommen.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn der voraussichtlich erzielbare Betrag (Estimated Recoverable Amount) eines finanziellen Vermögenswertes niedriger ist als der betreffende Buchwert, d. h., wenn ein Darlehen voraussichtlich (teilweise) uneinbringlich ist. Ist dies der Fall, so ist der Verlust für finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten sind, entweder über eine Wertberichtigung (Risikovorsorge) oder eine Direktabschreibung erfolgswirksam abzubilden (IAS 39.63).

Der erzielbare Betrag (Recoverable Amount) wird gemäß IAS 39.63 ff. nach folgenden Methoden ermittelt:

- Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen sowie Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten) aus dem finanziellen Vermögenswert;
- unter Verwendung eines beobachtbaren Marktpreises, sofern für das Finanzinstrument ein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, da die Marktbewertung das erhöhte Adressenausfallrisiko beinhaltet.

Forderungen, die seitens der Bank als endgültig uneinbringlich eingestuft werden, werden in entsprechender Höhe direkt erfolgswirksam abgeschrieben, Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Für Bürgschaften, Avale und Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

(e) Handelsaktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option bilanziert. Die erstmalige Erfassung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag (Trade Date).

Die Bewertung der Handelsaktiva erfolgt zum Fair Value. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IFRS 13.72 ff. i.V.m. IFRS 13.B34 vorliegen, werden diese grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden (gemäß IFRS 13.61 ff. i.V.m. IFRS 13.B5 ff) ermittelt. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst.

Die Zinsen aus Kassageschäften sowie die Swapzinsen von der Fair-Value-Option zugeordneten derivativen Geschäften werden im Zinsergebnis erfasst. Alle anderen Swapzinsen werden im Handelsergebnis ausgewiesen.

Eingebettete Derivate, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Merkmale und Risiken nicht eng mit dem Basisvertrag verbunden sind und die Kriterien entlang der Regelungen des IAS 39.10 ff. erfüllen, werden abgespalten und als trennungspflichtige eingebettete Derivate wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen.

Eine detaillierte Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 41 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die Postbank schließt echte Wertpapierpensionsgeschäfte ab. Die bei Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) in Pension gegebenen Wertpapiere werden in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand bilanziert. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird entsprechend der Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten werden in Höhe des erhaltenen Kaufpreises (netto) ausgewiesen; die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig abgegrenzt. Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen bzw. positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten erfasst.

Reverse Repos werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden als Zinserträge bzw. negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte erfasst.

Nach IFRS ist bei der Entleihe nur dann eine Rückgabepflichtung durch den Entleiher zu bilanzieren, wenn die Wertpapiere an Dritte weitergereicht wurden. Der Verleiher bilanziert weiterhin die Wertpapiere.

(g) Hedging-Derivate

Die bilanzielle Abbildung von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting) wird durch IAS 39 geregelt. Nach den IFRS dürfen nur solche Sicherungsbeziehungen nach den Regelungen zum Hedge Accounting bilanziert werden, die die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. erfüllen. Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind. Die Anforderungen des Hedge Accounting müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein.

Ziel des Aktiv-Passiv-Managements im Postbank Konzern ist die risiko- und ertragsoptimierte Steuerung der Gesamtbankposition unter besonderer Beachtung der Zinsänderungsrisiken; dazu werden Fair Value Hedges eingesetzt.

Beim Fair Value Hedge (Absicherung des Fair Value) werden finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Änderungen ihres beizulegenden Zeitwertes (Fair Value) abgesichert.

Als Sicherungsinstrumente für Fair Value Hedges werden bei den verzinslichen Positionen in Wertpapieren, langfristigen Forderungen und emittierten Schuldverschreibungen Zinsswaps und strukturierte Swaps eingesetzt, um festverzinsliche oder strukturierte Geschäfte in variabel verzinsliche Positionen umzuwandeln. Hierbei handelt es sich um einen Mikro-Fair-Value-Hedge, d. h., es werden Einzelgeschäfte gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert. Daneben wendet die Postbank den Portfolio-Fair-Value-Hedge nach IAS 39 an und nutzt diesen zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken aus Forderungen an Kunden auf Portfolioebene. Es werden keine einzelnen Geschäfte abgesichert, sondern Zahlungsströme aus dem abzichernden Portfolio, die nach Laufzeitbändern gegliedert sind. Unter den Hedging-Derivaten werden die

Sicherungsinstrumente bilanziert, welche die Voraussetzungen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Werden die derivativen Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken gehalten, so kann grundsätzlich ein Sicherungsinstrument einem einzelnen und auch mehreren ähnlichen Grundgeschäften zugeordnet werden. Diese Sicherungsbeziehungen werden in der Regel als Mikrohedge bezeichnet.

Derivative Sicherungsinstrumente werden in erster Linie als Mikrohedgebeziehungen zur Sicherung von Zinsänderungsrisiken eingegangen. Das Ergebnis aus den effektiven Sicherungsbeziehungen (Hedgeergebnis) wird im Zinsergebnis ausgewiesen.

Sofern keine effektiven Mikrohedgebeziehungen vorliegen, sind die Wertveränderungen der derivativen Sicherungsinstrumente gemäß IFRS erfolgswirksam im Handelsergebnis auszuweisen, unabhängig davon, ob die Risikosteuerung bei ökonomischer Betrachtung erfolgreich war oder nicht. Im Zusammenhang mit dem aktiven Management der Festzinsposition der Gesamtbankbilanz werden sowohl neue Swaps als Sicherungsinstrumente für Mikrohedgebeziehungen abgeschlossen als auch bestehende Sicherungsbeziehungen aufgelöst und glattgestellt. Die Überprüfung der Festzinsposition und die Entscheidung über den Abschluss oder die Auflösung und Glattstellung von Mikrohedgebeziehungen orientieren sich an ökonomischen Aspekten. Die Auflösung eines Mikroswaps wird in der Bilanz und im Periodenergebnis wie bei ineffektiven Hedges behandelt. Die Durchführung des Effektivitätstests und damit die erfolgswirksame Bewertung erfolgen zum Monatsultimo.

Die Effektivitätsprüfung für Fair Value Hedges erfolgt prospektiv grundsätzlich durch eine Sensitivitätsanalyse von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument. Im Falle des Portfolio-Fair-Value-Hedge wird zur prospektiven Effektivitätsprüfung die Regressionsanalyse genutzt. Die tatsächlichen Marktwertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument werden für jede Sicherungsbeziehung regelmäßig anhand eines retrospektiven Effektivitätstests überprüft.

(h) Finanzanlagen

Der Bilanzposten „Finanzanlagen“ umfasst Schuldverschreibungen, Aktien und andere festverzinsliche und nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstige Beteiligungen, die alle nicht zu Handelszwecken gehalten werden.

Finanzanlagen der Postbank werden als Loans and Receivables (LaR) oder als Available for Sale (AfS) kategorisiert.

In die Bewertungskategorien LaR und AfS werden Finanzinstrumente klassifiziert, für die keine kurzfristige Wiederveräußerungs- bzw. Gewinnerzielungsabsicht besteht und die nicht zur Bewertung zum Fair Value designiert wurden. Umfasst das Finanzinstrument feste und bestimmbare Zahlungen und liegt kein aktiver Markt vor, erfolgt grundsätzlich die Kategorisierung als LaR, allerdings ist auch eine Zuordnung in die Kategorie AfS möglich.

Eigenkapitalinstrumente werden der Kategorie AfS zugeordnet. Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstige Beteiligungen der Bewertungskategorie AfS werden in der Regel zu Anschaffungskosten bilanziert, da

für diese kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und ein Fair Value nicht verlässlich ermittelbar ist.

Die erstmalige Erfassung der Finanzanlagen erfolgt mit dem Fair Value. Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AfS) werden zum Handelstag bilanziell erfasst, während für Finanzinstrumente der Kategorie Loans and Receivables (LaR) die Erfassung zum Erfüllungstag (Settlement Date) erfolgt.

Die Folgebewertung der LaR-Bestände erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Die Fair-Value-Schwankungen der LaR-kategorisierten Finanzanlagen werden bilanziell nicht erfasst, sondern fließen in die stillen Lasten bzw. Reserven ein und werden erst beim Abgang der Finanzanlage ergebniswirksam realisiert.

Finanzanlagen der Kategorie AfS werden mit dem Fair Value bilanziert, wenn dieser verlässlich ermittelbar ist. Änderungen des Fair Value werden bei Finanzanlagen der Kategorie AfS in der Neubewertungsrücklage des Eigenkapitals ausgewiesen und fließen erst in das Ergebnis ein, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird oder ein Abschreibungsbedarf vorliegt.

Wird für Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, werden Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Agien und Disagien sowie Hedge-Agien werden den Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit effektivzinskonstant amortisiert.

Eine Abschreibung (Impairment) erfolgt für alle Finanzinstrumente der Kategorie LaR nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren (Objective Evidence) festgemacht. Bei LaR-Beständen ist die Differenz zwischen dem bisherigen Buchwert und dem dauerhaft erzielbaren Betrag (Recoverable Amount) als Impairment in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

Bei Finanzinstrumenten der Kategorie AfS werden bei signifikantem oder länger anhaltendem Rückgang des Fair Value erfolgswirksame Abschreibungen vorgenommen.

Sofern die Gründe für ein Impairment weggefallen sind, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal zur Höhe der (fortgeführten) Anschaffungskosten, die im Fall von Fremdkapitalinstrumenten erfolgswirksam, im Fall von Eigenkapitalinstrumenten erfolgsneutral über das Eigenkapital vorzunehmen ist.

Ergebnisse aus Impairments bzw. aus ergebniswirksam erfasster Wertaufholung sowie aus Veräußerungen werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen.

Die Fair Values von Unternehmensanleihen, Staatsanleihen, Pfandbriefen und Bankanleihen werden auf Basis beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter gemäß IFRS 13.72 ff. i.V.m. IFRS 13.B34 ermittelt.

119

Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 41 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

(i) Zugang und Ausbuchung von Finanzinstrumenten

Der bilanzielle Zugang eines finanziellen Vermögenswertes bzw. einer finanziellen Verpflichtung erfolgt grundsätzlich, wenn die Bank Vertragspartei eines Finanzinstruments wird. Der erstmalige Ansatz eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit erfolgt grundsätzlich zu ihrem beizulegenden Zeitwert, wobei der Transaktionspreis in der Regel dem beizulegenden Zeitwert entspricht. Liegen Nachweise vor, dass der Transaktionspreis nicht dem beizulegenden Zeitwert entspricht, wird die Differenz gemäß IAS 39.AG76 behandelt.

Die Prüfung der Abgangskriterien für finanzielle Vermögenswerte erfolgt auf Konzernebene nach Konsolidierung von Tochtergesellschaften und strukturierten Einheiten. Ein Abgang von finanziellen Vermögenswerten erfolgt, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erloschen oder übertragen sind bzw. eine Verpflichtung übernommen wurde, diese Cashflows weiterzuleiten, und diese Verpflichtung die Kriterien einer Durchleitungsvereinbarung gemäß IAS 39.19 erfüllt. Dementsprechend erfolgt ein Abgang, sobald substantiell alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurden. Sofern substantiell alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen weder zurückbehalten noch übertragen werden, erfolgt eine Ausbuchung, wenn die Verfügungsmacht über den Vermögenswert aufgegeben wurde. Ansonsten erfolgt eine bilanzielle Behandlung im Umfang des fortgeführten Engagements. Wenn ein bestehender finanzieller Vermögenswert durch einen anderen finanziellen Vermögenswert desselben Kontrahenten zu signifikant abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird, erfolgen eine Ausbuchung des bestehenden finanziellen Vermögenswertes und der Zugang eines neuen Vermögenswertes. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird erfolgswirksam erfasst.

Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung erfüllt, aufgehoben oder erloschen ist. Der Rückerwerb eigener Schuldtitel führt ebenfalls zur Ausbuchung der finanziellen Verpflichtungen. Unterschiedsbeträge beim Rückkauf zwischen dem Buchwert der Verpflichtung (einschließlich Agien und Disagien) und dem Kaufpreis werden erfolgswirksam erfasst. Wenn eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine andere finanzielle Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird bzw. die Vertragsbedingungen der bestehenden Verbindlichkeit wesentlich modifiziert werden, dann wird die ursprüngliche Verbindlichkeit ausgebucht und eine neue Verbindlichkeit erfasst. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird erfolgswirksam erfasst.

(j) Immaterielle Vermögenswerte

Unter immateriellen Vermögenswerten werden selbst erstellte und erworbene immaterielle Vermögenswerte sowie erworbene Geschäfts- und Firmenwerte ausgewiesen.

Im Postbank Konzern werden immaterielle Vermögenswerte nur dann gemäß IAS 38.21–23 angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der erwartete Nutzen zufließen wird und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten zuverlässig ermittelt werden können. Entwicklungskosten für selbst geschaffene Software werden aktiviert, wenn die Nachweise gemäß IAS 38.57 (a) – (f) erbracht werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden

die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort erfolgswirksam erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden linear über einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren, bilanzierte Kundenbeziehungen werden linear über einen Zeitraum von 25 Jahren und vorteilhafte Verträge über einen Zeitraum von 20 Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Änderungen bezüglich der erwarteten Nutzungsdauer werden als Schätzungsänderung behandelt. In der Berichtsperiode haben keine Änderungen bezüglich der erwarteten Nutzungsdauer mit wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis dieser bzw. künftiger Perioden stattgefunden. Die immateriellen Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag daraufhin überprüft, ob irgendein Anhaltspunkt vorliegt, dass der Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Ist das der Fall, wird der Wertminderungsaufwand ermittelt. Die Ermittlung erfolgt durch Feststellung, ob der jeweilige Buchwert des Vermögenswertes seinen erzielbaren Betrag übersteigt, und unter Berücksichtigung der Überlegung zur Vollabschreibung und/oder des Abgangs des Vermögenswertes. Noch nicht nutzungsreife immaterielle Vermögenswerte werden jährlich auf Wertminderung geprüft.

Bei den bei der Postbank bilanzierten immateriellen Vermögenswerten mit einer unbestimmten Nutzungsdauer handelt es sich um Markenwerte und erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte. Für Geschäfts- oder Firmenwerte sowie für den Markenwert erwartet die Bank, dass hieraus grundsätzlich zeitlich unbegrenzt Cashflows generiert werden können. Daher werden diese als immaterielle Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer klassifiziert. Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte unterliegen keiner planmäßigen Abschreibung.

Die immateriellen Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden jährlich auf eine mögliche Wertminderung geprüft (Impairment-Test nach IAS 36). Zur Durchführung der Impairment-Tests werden die bilanzierten Geschäfts- und Firmenwerte den entsprechenden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten nach den Anforderungen des IAS 36 zugeordnet. Als zahlungsmittelgenerierende Einheiten wurden dabei gemäß IAS 36.80 die Geschäftssegmente nach IFRS 8 identifiziert. Für den Impairment-Test des Geschäfts- oder Firmenwerts wird für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der erzielbare Betrag mit dem jeweiligen bilanzierten Wert abgeglichen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten.

Bei der Berechnung der Nutzungswerte werden die entsprechenden Cashflows der zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugrunde gelegt. Der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten wird nur ermittelt, wenn sich aus der Berechnung des Nutzungswertes ein Abschreibungsbedarf ergeben würde. Die Berechnung der Nutzungswerte erfolgt anhand der jeweiligen Planungsrechnung (Management Approach). Der Planungszeitraum umfasst fünf Jahre. Im Anschluss an den Detailplanungszeitraum wurde eine Wachstumsrate für das Segment Privatkunden von 1 % (Vorjahr:

1 %) sowie für das Segment Geschäfts- und Firmenkunden von 1 % (Vorjahr: 1 %) – sogenannte ewige Rente – angesetzt. Für die Ermittlung der Nutzungswerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Privatkunden wurde ein Abzinsungssatz von 7,59 % (Vorjahr: 7,24 %) berücksichtigt, für die zahlungsmittelgenerierende Einheit Geschäfts- und Firmenkunden belief sich der Abzinsungssatz auf 7,27 % (Vorjahr: 7,11 %). Der Abzinsungssatz ergibt sich aus einem risikolosen Zins zuzüglich einer unternehmensspezifischen Risikoprämie, die sich aus dem systematischen Marktrisiko (Betafaktor) sowie der aktuellen Marktrisiko-Prämie ableitet.

Bezugnehmend auf IAS 36.134 (d) (ii), basieren die in der Planungsrechnung ermittelten Segmentergebnisse sowohl auf historischen Daten als auch auf Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Märkte, die für die Geschäftsentwicklung der Postbank ausschlaggebend sind. Die wesentlichen Planungsannahmen bezüglich der volkswirtschaftlichen Rahmendaten beruhen auf Erfahrungen und dem Einsatz von Marktmodellen im Research der Postbank, auf den Einschätzungen des Produktmanagements bezüglich Marktentwicklungen sowie auf Marktdaten (sogenannte Implied Forwards). Zusätzlich werden auf Basis der Rahmendaten Einschätzungen und Modelle der Credit-Risk-Manager zur Entwicklung der Risikoversorge eingesetzt.

Nachfolgend werden gemäß IAS 36.134 (d) (i) die wesentlichen Annahmen dargestellt, auf denen die Managementprognose der Segmentergebnisse aufbaut.

Für die volkswirtschaftlichen Rahmendaten in Deutschland wird für den Planungszeitraum 2018 bis 2022 mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,4 % gerechnet; zugleich wird davon ausgegangen, dass sich die Arbeitslosigkeit in den Jahren 2019 bis 2022 zwar leicht erhöht, aber bis zum Ende des Planungszeitraums auf einem immer noch sehr niedrigen Niveau liegt. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften über den gesamten Planungszeitraum hinweg überdurchschnittlich ansteigen. Ausgehend von einer Inflation von 1,8 % in den Jahren 2017 und 2018, wird für die darauffolgenden Jahre mit einem moderaten Anstieg der Inflation in Richtung 2 % gerechnet. Der private Konsum dürfte im gesamten Planungszeitraum in etwa mit durchschnittlichen Raten wachsen, wobei sich die Sparquote auf einem niedrigen Niveau einpendelt. Zugleich wird vom Management prognostiziert, dass das Kreditgeschäft vom niedrigen Zinsniveau profitiert und der Kreditbestand gegenüber Privatkunden moderat ausgeweitet wird. Die Zuwachsraten im Kreditgeschäft dürften dabei im Verlauf des Planungszeitraums leicht abnehmen. Trotz einer anhaltend hohen politischen Unsicherheit ist die Wahrscheinlichkeit größerer Marktverwerfungen im Jahr 2018 wegen der von Politik und Notenbanken beschlossenen Maßnahmen eher gering. Risiken für die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Rahmendaten im Planungszeitraum sieht das Management vor allem in dem geplanten Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, einer Verschärfung geopolitischer Krisen sowie einem geldpolitischen Kurswechsel der großen Notenbanken.

Die aus den dargestellten angenommenen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen abgeleitete prognostizierte Entwicklung der relevanten Marktparameter für die Kernprodukte der Postbank in Deutschland ergibt insgesamt eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit, insbesondere bei den Kredit- und Investmentprodukten.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten für die Markenwerte erfolgt auf Basis der prognostizierten Neugeschäftsentwicklung. Die nachhaltige Fortschreibung wird mit einem Wachstumsfaktor von 1 % (Vorjahr: 1 %) vorgenommen. Der verwendete Abzinsungssatz beträgt 7,62 % (Vorjahr: 7,25 %).

Der Impairment-Test der Markenwerte erfolgt auf der Ebene des einzelnen Vermögenswertes. Hierzu wird der beizulegende Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten mit einem kapitalwertorientierten Verfahren ermittelt und mit dem Buchwert der Markenwerte verglichen. Der Wertbeitrag der Markenwerte wird dabei auf Basis des zusätzlichen Neugeschäfts abgeleitet, welches aufgrund des bilanzierten Markennamens abgesetzt werden kann.

(k) Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer von Sachanlagen werden die physische Abnutzung, die technische Alterung sowie rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei darüber hinausgehenden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	40–60
EDV-Anlagen	4–5
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–20

Zu der sonstigen Betriebs- und Geschäftsausstattung gehören u. a. die Mietereinbauten, deren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gemäß IAS 16.16 ermittelt und über 10 Jahre bzw. über die verbleibende Mietlaufzeit linear abgeschrieben werden.

Kosten für Reparaturen und Instandhaltung werden in voller Höhe erfolgswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Komponenten des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Anschaffungskosten von geringwertigen Wirtschaftsgütern werden aus Wesentlichkeitsgründen sofort als Aufwand erfasst.

(l) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten und Nachrangkapital werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (IAS 39.47).

Der Buchwert von Verbindlichkeiten, die Teil einer Hedgebeziehung sind, wird um die Fair-Value-Änderungen, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, angepasst.

Agio- und Disagiobeträge sowie Emissionskosten werden effektivzinskonstant über das Zinsergebnis erfasst.

Für das Bauspargeschäft werden, differenziert nach Tarifen und Vertragsbedingungen, Verbindlichkeiten für die Rückerstattung von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinsatzwechsel oder Tarifwechsel gebildet. Die Berechnung der Verbindlichkeitshöhe erfolgt auf Basis von vorab definierten rationalen Entscheidungsmustern der Kunden. Für jeden einzelnen Kunden wird eine Einschätzung getroffen, ob die Inanspruchnahme des Bauspardarlehens und damit der Verzicht auf die Rückerstattung der Abschlussgebühren oder die rückwirkende Vergütung von Zinsboni aus Kundensicht wirtschaftlich vorteilhaft sein kann. Ergänzend werden die historischen Erfahrungen über tatsächliches, gegebenenfalls nicht den Erwartungen entsprechendes Kundenverhalten in Form eines gesonderten Aufschlags berücksichtigt. Da das Kundenverhalten grundsätzlich nicht nur durch rationale Entscheidungsmuster erklärt werden kann und die Historie nicht immer dem künftigen Kundenverhalten entspricht, ergeben sich gewisse Unsicherheiten hinsichtlich der Verbindlichkeitshöhe. Im Berichtsjahr wurde auf der Basis aktueller Analysen die geschätzte durchschnittliche Restlaufzeit der relevanten Bauspareinlagen um 0,1 Jahre reduziert.

(m) Handelspassiva

Unter diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zweck der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs unter den Handelspassiva erfasst. Bewertungsgewinne und -verluste sowie Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von derivativen Finanzinstrumenten werden im Handlungsergebnis bilanziert. Die erstmalige Erfassung der derivativen Finanzinstrumente erfolgt zum Handelstag. Zudem werden Zinsderivate, welche im Zusammenhang mit den Grundgeschäften der Fair-Value-Option stehen, hier ausgewiesen.

Eingebettete Derivate, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Merkmale und Risiken nicht eng mit dem Basisvertrag verbunden sind und die Kriterien entlang der Regelungen des IAS 39.10 ff. erfüllen, werden abgespalten und als trennungspflichtige eingebettete Derivate wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen.

(n) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Bei der Deutschen Postbank AG und ihren Tochtergesellschaften bestehen Zusagen auf betriebliche Versorgungsleistungen. Die Zusagen werden in Abhängigkeit von den grundlegenden Leistungsbedingungen und -voraussetzungen des jeweiligen Plans entweder als beitragsorientierte oder als leistungsorientierte Pläne klassifiziert.

Für die beitragsorientierten Pläne wird ein jährlich bereitzustellender Beitrag versicherungsmathematisch in eine Leistung umgewandelt und einem Versorgungskonto gutgeschrieben.

Der Konzern ist mit anderen Trägerunternehmen für einen kleinen Teilbestand seiner Beschäftigten Mitgliedsunternehmen des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. (BVV), der in Ergänzung zu den Direktzusagen des Konzerns Altersvorsorgeleistungen an berechnigte Mitarbeiter leistet. Sowohl Arbeitgeber als auch die betreffenden Arbeitnehmer leisten regelmäßig Beiträge an den BVV. Die Tarife des BVV sehen feste Rentenzahlungen mit Überschussbeteiligungen vor. Für den BVV gilt grundsätzlich die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers in Bezug auf die betriebliche Altersvorsorge der eigenen Mitarbeiter. Der Konzern haftet nicht für Verpflichtungen dritter Unternehmen. Der Konzern klassifiziert den BVV-Plan als leistungsdefinierten gemeinschaftlichen Plan mehrerer Arbeitgeber und behandelt ihn in der Rechnungslegung als beitragsdefinierten Plan, da die verfügbaren Informationen nicht ausreichen, um die Vermögenswerte und die auf die gegenwärtigen und die ehemaligen Mitarbeiter bezogenen Pensionsverpflichtungen den einzelnen Mitgliedsunternehmen zuzuordnen. Dies liegt maßgeblich in der Tatsache begründet, dass der BVV seine Vermögensanlagen weder den Leistungsberechtigten noch den Mitgliedsunternehmen vollständig zuordnet.

Die bestehenden leistungsorientierten Versorgungszusagen sehen nach Berechtigungsgruppen unterschiedliche Leistungen vor. Bei dem überwiegenden Teil der Leistungen handelt es sich um unmittelbare Versorgungszusagen. Seit der Übernahme der BHW Gruppe bestehen darüber hinaus auch mittelbare Versorgungszusagen über die Pensionskasse des BHW Bausparkasse VVaG.

Unmittelbare Versorgungszusagen: Die unmittelbaren Versorgungszusagen sehen Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenleistungen vor, zumeist in Form von lebenslangen Rentenzahlungen. Im Einzelnen existieren, auch bedingt durch die Übernahmen von Versorgungsplänen im Zusammenhang mit Unternehmenstransaktionen, unterschiedliche Ausgestaltungen in Form von

- Rentenbausteinplänen, bei denen sich die spätere Rente jährlich in Abhängigkeit des bezogenen Gehalts erhöht;
- endgehaltsabhängigen Zusagen, bei denen sich die spätere Rente in Abhängigkeit von der verbrachten Dienstzeit und den vor Eintritt des Leistungsfalls bezogenen Gehältern ergibt;
- (dynamischen) Festrenten, bei denen die spätere Rentenhöhe festgesetzt wird, teils aber jährlich um einen festen Prozentsatz dynamisiert wird.

Die Zusagen der in den Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Postbank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer finanziert die Postbank im Durchführungsweg der Direktzusage.

Pensionskasse des BHW Bausparkasse VVaG: Die Pensionskasse ist ein rechtlich selbstständiger Träger der betrieblichen Altersversorgung in Form eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (VVaG) und gewährt den Versicherten einen Rechtsanspruch auf ihre Versorgungsleistungen. Sie unterliegt als regulierte Pensionskasse der uneingeschränkten Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf Grundlage des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Die Finanzierung der Pensionskasse erfolgt

im Wege der Kapitaldeckung – hierzu leisten die Trägerunternehmen regelmäßig Beiträge an die Pensionskasse. Die Solvabilität der Pensionskasse wurde im Geschäftsjahr für den Vorjahresstichtag gegenüber der BaFin bestätigt. In der Pensionskasse versicherte Arbeitnehmer und Rentner haben in der Regel auch unmittelbare Versorgungszusagen, die durch Anrechnungslösungen mit den Pensionskassenversicherungen verbunden sind.

Zur Finanzierung der unmittelbaren Verpflichtungen, die nicht über die Pensionskasse gedeckt sind und die nicht bereits ausfinanziert waren, hat die Postbank im Jahr 2013 ein CTA (Contractual Trust Arrangement) eingerichtet. Das darin vorgehaltene Vermögen ist qualifiziert als Planvermögen unter IAS 19. Die Dotierungen des CTA unterliegen keinen gesetzlichen Mindestbeitragsanforderungen, sondern können von der Postbank frei, unter Berücksichtigung interner Vorgaben, bestimmt werden.

Die Höhe des Verpflichtungsumfangs wird jährlich von unabhängigen Versicherungsmathematikern unter Verwendung der von IAS 19 vorgeschriebenen Projected Unit Credit Method ermittelt. Der für die Diskontierung der Pensionsverpflichtungen anzuwendende Rechnungszins wird zum Bilanzstichtag auf Basis der Renditen hochwertiger langfristiger Unternehmensanleihen ermittelt und seit 2016 auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet. In der Berichtsperiode hat die Bank das Vorgehen zur Ermittlung des Rechnungszinses angepasst. Dies führte zu einer Erhöhung des Rechnungszinses um zwei Basispunkte und in der Folge zu einer um rund 10 Mio € geringeren Pensionsrückstellung am Bilanzstichtag sowie zu einem entsprechenden versicherungsmathematischen Gewinn im sonstigen Ergebnis in der Berichtsperiode. Die Annahmen zum Gehaltstrend spiegeln die Erwartungen der Postbank über die langfristige Entwicklung wider. Die nominale Rate der erwarteten Gehaltssteigerungen bestimmt sich dabei über die Inflation zuzüglich des langfristig erwarteten realen Gehaltstrends (Building Block Approach). Als Referenz für die langfristige Inflationsentwicklung wird die implizite Inflation von in Euro notierten Inflationsswaps am Bilanzstichtag herangezogen.

Die zukünftigen Rentenanpassungen orientieren sich an der Inflation bzw. an der Gehaltsentwicklung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, sofern keine garantierte Anpassung von 1 % p. a. zugesagt ist.

Die für die Berechnungen angewendeten Parameter sind der folgenden Übersicht zu entnehmen:

	2017	2016
Abzinsungssatz	1,80 %	1,75 %
Gehaltsdynamik	2,4 %	2,0 %
Inflationsrate	1,9 %	1,8 %
Sterblichkeit	Heubeck-Tafeln 2005G	Heubeck-Tafeln 2005G

Sonstige Rückstellungen

Verpflichtungen aus anderen kurzfristigen oder langfristigen Leistungen an Arbeitnehmer werden unter Anwendung der Vorschriften des IAS 19 unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen. Dies gilt insbesondere für Altersteilzeit und Vorruhestandsleistungen.

Rückstellungen für gerichtliche und außergerichtliche Rechtsstreitigkeiten werden gebildet, wenn die Wahrscheinlichkeit des Mittelabflusses aus den laufenden Rechtsstreitigkeiten größer als 50 % ist und die Höhe der Verpflichtung verlässlich ermittelt werden kann. Bei der Bestimmung, ob die Wahrscheinlichkeit des Mittelabflusses größer als 50 % ist, und bei der Schätzung der Höhe der möglichen Verpflichtung berücksichtigt die Bank eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen u. a. die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung der Bank und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, verfügbare Freistellungen sowie die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten. Da die Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und der Höhe der Verpflichtung aus Rechtsstreitigkeiten mit Unsicherheiten verbunden ist, könnte die tatsächliche Verpflichtung am Ende des Gerichtsverfahrens bzw. der außergerichtlichen Beilegung von der Höhe der gebildeten Rückstellung eventuell abweichen.

(o) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23 wurden sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie Aktien in Fremdwährung, bei denen es sich um nicht monetäre Posten nach IAS 21.8 handelt, zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Wesentliche nicht monetäre zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Posten (insbesondere Sachanlagen und Abgrenzungsposten), die gemäß IAS 21.23 (b) zum historischen Kurs umgerechnet werden, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung wurden grundsätzlich zum Stichtagskurs des jeweiligen Monats des Geschäftsvorfalles umgerechnet.

Die aus der Währungsumrechnung von monetären Vermögenswerten und Schulden resultierenden Ergebnisse werden erfolgswirksam berücksichtigt. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von nicht monetären Posten werden, entsprechend der den Posten zugrunde liegenden Bewertungskategorie, entweder erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage oder erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

(p) Ertragserfassung

Zinsen aus verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und grundsätzlich im Zinsertrag bzw. im Zinsaufwand ausgewiesen. Bei der Anwendung der Effektivzinsmethode werden die erwarteten Cashflows über die gesamte Laufzeit des Vermögenswerts bzw. der Verbindlichkeit mit dem Effektivzins diskontiert. In die Berechnung des Effektivzinssatzes fließen alle direkt zurechenbaren Transaktionskosten, Gebühren und andere erhaltene oder geleistete Zahlungen ein. Existiert ein zugehöriges Finanzinstrument, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinses ebenfalls einbezogen.

Sofern auf finanzielle Vermögenswerte negative Zinsen gezahlt werden, werden diese nicht im Zinsertrag erfasst, sondern in einem gesonderten Posten des Zinsergebnisses „Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte“. Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten werden nicht im Zinsaufwand erfasst, sondern in einem gesonderten Posten des Zinsergebnisses „Positive Zinsen auf finanzielle Verbind-

lichkeiten“. Somit fließen atypische Zinsen in den Zinsüberschuss ein und werden in der Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen. Bei Zinsswaps erfolgt – in Analogie zu der in einem normalen Zinsumfeld vorgenommenen Saldierung der Zahlungsströme – eine Aufsummierung der Zinszahlungsströme je Swap.

Die Erfassung der Erträge erfolgt in der Periode, in der die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Aufwendungen verlässlich geschätzt werden können und es hinreichend wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen aus dem Geschäft der Bank zufließen wird.

Die wiederkehrenden Gebühren und Entgelte für bestehendes Geschäft und die übrigen Gebühren aus Dienstleistungen (im Wesentlichen im Girogeschäft) werden zum Zeitpunkt der jeweiligen Leistungserbringung erfasst. Die Erfassung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung.

Im Wertpapier- und Fondsgeschäft erwirtschaftet die Bank neben Abschlussprovisionen, die mit dem Vertragsabschluss über das jeweilige Produkt erfasst werden, auch Vertriebsfolgeprovisionen. Die Vertriebsfolgeprovision bezieht sich im Wesentlichen auf die Bestandsbetreuung. Diese steht der Bank so lange zu, wie der jeweilige Vertrag dies vorsieht, und wird bei Leistungserbringung erfasst. Sofern Unsicherheiten über den Zeitpunkt der Leistungserbringung bestehen, erfolgt die Ertragserfassung bei Zahlungseingang.

Für die Vermittlung von Lebensversicherungen erhält die Bank insbesondere Abschlussprovisionen. Der Anspruch auf die Abschlussprovision entsteht mit der Zahlung des ersten Kundenbeitrags. Die Abschlussprovision wird mit ihrem erwarteten Barwert unter Berücksichtigung zukünftiger Stornierungen somit direkt nach erfolgter Leistungserbringung als Ertrag erfasst. Die Bank erfasst die Provisionen für die Vermittlung von Restschuldversicherungen, die der Bank über die Laufzeit dieser Versicherungen gezahlt werden, auf Basis einer zuverlässigen Schätzung des erwarteten Barwertes ebenfalls direkt nach erfolgter Leistungserbringung.

Die Postbank nimmt als Mitglied der von der Deutschen Bank als Leitinstitut geführten Bietergruppe an dem Refinanzierungsprogramm der Europäischen Zentralbank – Targeted Longer-Term Refinancing Operations II (TLTRO II) – teil, wobei keine Weiterleitung der Refinanzierungsmittel durch die Deutsche Bank an die Postbank erfolgt. Für den Beitritt zur vorgenannten Bietergruppe erhält die Postbank auf Basis einer Vereinbarung mit der Deutschen Bank eine Dienstleistungsvergütung, die für den Anteil der Basisvergütung in ihrer Höhe vom erzielten Refinanzierungsvorteil (abhängig von gestellten Sicherheiten) und dessen Laufzeit sowie für den Anteil der Zusatzvergütung vom Kreditvolumen der Bietergruppe abhängt. Die Postbank hat zum 31. Dezember 2017 jene Erträge aus der Vereinbarung in der Position „Sonstige Erträge“ erfasst, die gemäß IAS 18.20 bereits verlässlich geschätzt werden konnten.

(q) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12 unter Berücksichtigung der seit dem Veranlagungsjahr 2012 bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank nach der „formaljuristischen Betrachtungsweise“. Danach werden Ertragsteuern der zum Postbank Organkreis gehörigen Gesellschaften nicht ausgewiesen, da diese vom Organträger, der Deutschen Bank AG, geschuldet werden.

Bei der Beurteilung der Ertragsteuerforderungen und -verbindlichkeiten müssen teilweise Einschätzungen getroffen werden. Eine abweichende steuerliche Beurteilung der Finanzbehörden kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Der damit verbundenen Unsicherheit wird dadurch Rechnung getragen, dass ungewisse Steuerforderungen und -verpflichtungen dann angesetzt werden, wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit aus Sicht der Postbank höher als 50 % ist. Eine Änderung der Einschätzung, z. B. aufgrund von finalen Steuerbescheiden, wirkt sich auf die laufenden und latenten Steuerposten aus. Für bilanzierte unsichere Ertragsteuerposten wird als beste Schätzung die voraussichtlich erwartete Steuerzahlung zugrunde gelegt.

Für die weiterhin von den nicht zum Postbank Organkreis gehörigen Gesellschaften geschuldeten Steuern gelten die nachstehenden Ausführungen:

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen werden in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung wahrscheinlich ist. Der Ansatz von latenten Steueransprüchen für steuerliche Verlustvorträge erfolgt aufgrund von zukünftig zu versteuerndem Einkommen im Rahmen eines Planungszeitraums von grundsätzlich fünf Geschäftsjahren.

Latente Steuern werden unter dem Posten „Latente Ertragsteueransprüche“, soweit es sich um künftige Steuerminderungsansprüche handelt, und unter dem Posten „Latente Ertragsteuerverpflichtungen“, soweit es sich um künftige Steuerverbindlichkeiten handelt, ausgewiesen.

Die entsprechenden kurzfristigen und langfristigen latenten Steueransprüche und -schulden werden gemäß IAS 12.74 saldiert.

Die Aufwendungen und Erträge aus Steuerlatenzen werden, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen, unter den Ertragsteuern erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrunde liegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst erfolgswirksam behandelt wird. Eine erfolgsneutrale Erfassung im Sonstigen Ergebnis erfolgt dann, wenn der Bilanzposten selbst erfolgsneutral erfasst wird (IAS 12.61A), z. B. bei Neubewertungen von Wertpapieren der Kategorie Available for Sale.

(r) Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte

Langfristige Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) sind gemäß IFRS 5 als zur Veräußerung gehalten einzustufen, wenn ihr Buchwert im Wesentlichen durch einen Verkauf realisiert wird und der Verkauf höchstwahrscheinlich ist.

Die als zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte werden grundsätzlich mit dem niedrigeren Wert von bisherigem Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt und im Bilanzposten „Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte“ ausgewiesen. Ausnahmen von dieser Bewertungsregelung finden gemäß IFRS 5.5 u. a. auf Finanzinstrumente Anwendung. Die mit diesen Vermögenswerten verbundenen Verbindlichkeiten werden in dem Bilanzposten „Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten“ ausgewiesen, sofern diese ebenfalls übertragen werden sollen.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten, deren Bewertung in den Anwendungsbereich des IFRS 5 fällt, werden, sofern der Vermögenswert an einem aktivem Markt gehandelt wird, insbesondere entweder die auf dem aktiven Markt notierten Kaufpreise oder bereits vorliegende Kaufangebote bzw. vereinbarte Preise herangezogen.

Die Bewertung der Vermögenswerte, deren Bewertung aus dem Anwendungsbereich des IFRS 5 ausgeschlossen ist, erfolgt weiterhin nach den jeweiligen Standards.

(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS

Neuerungen für das Geschäftsjahr 2017

In der Berichtsperiode wurden erstmals die im Rahmen der „Disclosure Initiative“ vorgenommenen Änderungen des IAS 7 „Kapitalflussrechnung“ angewandt.

Die Änderungen des IAS 7 betreffen die Angaben über die Änderungen solcher Finanzverbindlichkeiten, deren Einzahlungen und Auszahlungen in der Kapitalflussrechnung im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden. Ebenfalls sind Angaben zu den dazugehörigen finanziellen Vermögenswerten zu machen. Aus der Anwendung der Änderungen haben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank ergeben. Die Angaben zu den Cashflows aus Finanzierungstätigkeit wurden entsprechend erweitert.

Neuerungen aus in zukünftigen Geschäftsjahren anzuwendenden Standards und Interpretationen

Die nachfolgenden Ausführungen geben einen Überblick zu den wesentlichen Standards und Interpretationen sowie den daraus erwarteten Auswirkungen auf die Postbank.

IAS 28 „Long-term Interests in Associates and Joint Ventures“

Im Oktober 2017 hat das IASB eine Änderung von IAS 28 veröffentlicht. Dabei handelt es sich um eine Klarstellung, dass die Wertminderungsvorschriften auf langfristig gehaltene Anteile (sogenannte Long-Term Interests) gemäß IFRS 9 anzuwenden sind. Wesentliche Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.

Diese Änderung tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.

IFRS 2 „Classification and Measurement of Share-based Payment Transactions“

Durch die Neuregelung wird klargestellt, dass im Rahmen der Bewertung anteilsbasierter Vergütungen mit Barausgleich die Marktbedingungen und die Nicht-Ausübungsbedingungen im beizulegenden Zeitwert, Dienstbedingungen und andere Leistungsbedingungen im Mengengerüst zu berücksichtigen sind. Zusätzlich wird bezüglich der anteilsbasierten Vergütung mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente klargestellt, dass die Behandlung von Anteilen, die ein Unternehmen zur Erfüllung von Steuerverpflichtungen der Berechtigten einbehält, wie ein Rückkauf von Eigenkapitalinstrumenten zu erfolgen hat. Ebenfalls wird die Bilanzierung einer Änderung der Bedingungen, wenn die Vergütung ursprünglich in bar erfüllt werden sollte, nachfolgend jedoch durch Eigenkapitalinstrumente erfüllt wird, geregelt. Demnach ist die Vergütung mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente mit ihrem zeitanteiligen Zeitwert im Zeitpunkt der Änderung als Eigenkapitalerhöhung zu erfassen, und die etwaige Differenz zur Ausbuchung der Schuld wird ergebniswirksam erfasst. Wesentliche Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.

Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.

IFRS 9 „Financial Instruments“

Der Standard IFRS 9 „Finanzinstrumente“ ersetzt IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ und beinhaltet insbesondere überarbeitete Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, zum Impairment und zum General Hedge Accounting (ohne Macro Hedge Accounting). Weiterhin werden die Anhangangaben zu Finanzinstrumenten erweitert. Der Standard wurde von der EU in europäisches Recht übernommen und ist zum 1. Januar 2018 verpflichtend anzuwenden.

Die Klassifizierung von Finanzinstrumenten erfolgt in Abhängigkeit der beiden Kriterien „Business Model“ und „Solely Payments of Principal and Interest“ (SPPI). Im Kriterium „Business Model“ werden die diversen Finanzinstrumente auf Portfolioebene den unternehmensspezifischen Geschäftsmodellen „Halten“ und „Halten & Verkaufen“ zugeordnet. Im sogenannten Zahlungsstromkriterium (SPPI) werden die Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen Finanzinstruments analysiert und entsprechend den neuen Regelungen des IFRS 9 bewertet. Je nach Ausgestaltung dieser beiden Kriterien erfolgt die Folgebilanzierung entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten („Amortised Cost“) oder zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) (erfolgswirksam oder -neutral). Die Zugangsbilanzierung der Finanzinstrumente aller Kategorien erfolgt zum Fair Value.

Die Postbank hat in einem ersten Schritt 2016 eine Bestimmung der vorhandenen Geschäftsmodelle auf Portfolioebene sowie eine Analyse des jeweiligen vertraglichen Zahlungsstromkriteriums durchgeführt. Auf Basis dieser Ersteinschätzung wurden die Geschäftsmodelle der einzelnen Portfolios im Dezember 2017 festgelegt. Die Bewertung von Derivaten sowie von Eigenkapitalinstrumenten erfolgt nach IFRS 9 erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert. Die Analyse zeigt, dass es zum Erstanwendungszeitpunkt zu Verschiebungen einzelner Finanzinstrumente zwischen den Bewertungen zu Fair Value through Profit or Loss, Fair Value through Other Comprehensive Income und Amortised Cost kommt.

Bei den Regelungen zum Impairment wird das bisherige Incurred-Loss-Modell durch ein Expected-Credit-Loss-Modell abgelöst. Mit diesem Modell können erwartete Ausfallrisiken zeitnäher in der Rechnungslegung abgebildet werden. Diese Regelungen gelten zukünftig für zu fortgeführten Anschaffungskosten und für erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte. Die Postbank rechnet als Folge der neuen Regeln zum Impairment ceteris paribus mit einer Erhöhung der Risikovorsorge, im Wesentlichen aufgrund der Umstellung auf einen 12-Monats- bzw. Lifetime-ECL.

Die neuen Regelungen des IFRS 9 zum General Hedge Accounting sollen zu einem stärkeren Gleichlauf zwischen Bilanzierung und der internen Risikosteuerung führen. Der IFRS 9 beinhaltet allerdings auch ein Bilanzierungswahlrecht, die Anwendung der IFRS-9-Vorschriften für Sicherungsbeziehungen zu verschieben und weiterhin die Regelungen des IAS 39 anzuwenden. Die Postbank hat sich dafür entschieden, dieses Bilanzierungswahlrecht auszuüben. Die erforderlichen neuen Anhangangaben zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen werden dabei zukünftig berücksichtigt und umgesetzt.

Durch die Einführung von IFRS 9 wird das bilanzielle Eigenkapital vor Steuern um einen mittleren dreistelligen Millionen-

Euro-Betrag belastet. Hiervon entfallen rund 60 % auf Effekte aus den Regelungen zur Klassifizierung und den damit verbundenen Verschiebungen zwischen den Bewertungen zu Fair Value through Profit or Loss, Fair Value through Other Comprehensive Income und Amortised Cost. Der restliche Teil der Eigenkapitalbelastung ist auf die Erhöhung des Risikovorsorgebestands zurückzuführen und betrifft im Wesentlichen die Modelländerung hin zum Expected-Credit-Loss-Modell. Die Postbank hat weiterhin entschieden, vom Erstanwendungswahlrecht des IFRS 9 Gebrauch zu machen und auf die Angabe von Vergleichszahlen nach IFRS 9 für die Perioden vor der Erstanwendung zu verzichten.

IFRS 9 „Prepayment Features with Negative Compensation“

Im Oktober 2017 hat das IASB eine Änderung von IFRS 9 unter dem Titel „Prepayment Features with Negative Compensation“ veröffentlicht. Bei der Änderung handelt es sich um eine Klarstellung bzw. Anpassung der bestehenden Regelungen in IFRS 9.B4.1.10 und IFRS 9.B4.1.11(b) bezüglich deren Anwendung im Falle von Finanzinstrumenten, die symmetrische Kündigungs- und Entschädigungsklauseln enthalten – wodurch eine Entschädigung theoretisch sowohl vom Schuldner an den Gläubiger als auch umgekehrt gezahlt werden könnte. Wesentliche Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sind aus der Anpassung nicht zu erwarten.

Diese Änderung tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.

IFRS 15 „Revenue from Contracts with Customers“

Bei IFRS 15 handelt es sich um einen neuen Standard zur Umsatzrealisierung, der die Vielzahl der bisher in diversen Standards und Interpretationen enthaltenen Regelungen zusammenführt und einheitliche Grundprinzipien festsetzt, die für alle Branchen und für alle Kategorien von Umsatztransaktionen anwendbar sind. Nach IFRS 15 ist der Betrag als Umsatzerlös zu erfassen, der für die Übertragung von Gütern oder Dienstleistungen an Kunden als Gegenleistung erwartet wird. Darüber hinaus werden die Anhangangaben zu den Erträgen aus den Verträgen mit Kunden erweitert.

Der Standard ist grundsätzlich auf alle Verträge mit Kunden anzuwenden, in denen der Verkauf der Güter und Dienstleistungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens vereinbart ist. Im April 2016 hat das IASB die „Clarifications to IFRS 15 – Revenue from Contract with Customers“ veröffentlicht. Diese beinhalten Klarstellungen bezüglich der Identifizierung von Leistungsverpflichtungen, der Prinzipal-Agenten-Beziehungen, der Lizenzen sowie der Übergangsvorschriften für modifizierte und abgeschlossene Verträge und sind ebenfalls verpflichtend anzuwenden.

Bei der Postbank ist der IFRS 15 insbesondere in Bezug auf die Gebühren und Entgelte, die unter der Position „Provisionserträge“ der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank ausgewiesen werden, anwendbar. Die Einführung des Standards wird mit keinen materiellen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns verbunden sein. Die wesentlichen Auswirkungen werden die Darstellung der Provisionserträge in den Notes betreffen.

Der IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Standard wurde mit der EU-Verordnung 2016/1905 vom 22. September 2016 in europäisches Recht übernommen. Die Clarifications to IFRS 15 sind gleichzeitig mit dem IFRS 15 anzuwenden. Diese wurden mit der EU-Verordnung 2017/1987b vom 31. Oktober 2017 in europäisches Recht übernommen.

Die Postbank hat beschlossen, vom Wahlrecht bezüglich der Erstanwendungsmethode Gebrauch zu machen und auf die Angabe von Vergleichszahlen nach IFRS 15 für die Perioden vor der Erstanwendung zu verzichten.

IFRS 16 „Leases“

IFRS 16 regelt den Ansatz, die Bewertung, den Ausweis sowie die Angabepflichten bezüglich Leasingverhältnissen und ersetzt den aktuellen IAS 17 „Leasingverhältnisse“. Das neue Bilanzierungsmodell für den Leasingnehmer sieht vor, dass sämtliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus Leasingvereinbarungen in der Bilanz zu erfassen sind. Die bisher unter IAS 17 geregelte Differenzierung zwischen Finanzierungs- und Operating-Leasingverträgen entfällt für den Leasingnehmer somit komplett. Das Bilanzierungsmodell von IFRS 16 für den Leasinggeber unterscheidet sich nicht wesentlich von den aktuellen Regelungen des IAS 17. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen und Änderungen für den Konzernabschluss.

Der Standard wurde mit der EU-Verordnung 2017/1986 vom 31. Oktober 2017 in europäisches Recht übernommen.

Annual Improvements 2014–2016

Das IASB hat im Rahmen des Annual-Improvements-Projekts 2014-2016 Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in bestehenden IFRS vorgenommen. Wesentliche Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.

Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2017 bzw. dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Änderungen wurden mit der EU-Verordnung 2018/182 vom 7. Februar 2018 in europäisches Recht übernommen.

IFRIC 22 „Foreign Currency Transactions and Advance Consideration“

Bei IFRIC 22 handelt es sich um eine neue Interpretation zu IAS 21 „Auswirkungen von Wechselkursänderungen“, in der klargestellt wird, auf welchen Zeitpunkt der Wechselkurs für die Umrechnung von Transaktionen in Fremdwährungen zu ermitteln ist, die erhaltene oder geleistete Anzahlungen beinhalten. Maßgeblich für die Ermittlung des Umrechnungskurses für den zugrunde liegenden Vermögenswert, Ertrag oder Aufwand ist demnach der Zeitpunkt, zu dem der aus der Vorauszahlung resultierende Vermögenswert bzw. die resultierende Schuld erstmals erfasst wird. Wesentliche Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.

Die Interpretation tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.

IFRIC 23 „Uncertainty over Income Tax Treatments“

Mit IFRIC 23 wird die Bilanzierung von Unsicherheit in Bezug auf Ertragsteuern klargestellt. Die Interpretation ist auf zu versteuernde Gewinne (steuerliche Verluste), steuerliche Basen, nicht genutzte steuerliche Verluste, nicht genutzte Steuergutschriften und Steuersätze anzuwenden, wenn Unsicherheit bezüglich der ertragsteuerlichen Behandlung nach IAS 12 besteht.

Wesentliche Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.

Die Interpretation tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.

(6) Anpassung von Vorjahreszahlen

Im Geschäftsjahr 2017 hat die Bank die Erfassung von Bearbeitungsentgelten, die im Rahmen der Darlehensvergabe bei gewerblichen Immobilienfinanzierungen erhoben werden, rückwirkend angepasst. Zuvor wurden diese Erträge unmittelbar erfolgswirksam im Provisionsergebnis erfasst. Nunmehr werden diese Bearbeitungsgebühren in die Effektivverzinsung einbezogen.

Aus der retrospektiven Anpassung ergab sich zum 1. Januar 2016 eine Reduzierung der Forderungen an Kunden und der Gewinnrücklagen jeweils in Höhe von 4 Mio €. Zum 31. Dezember 2016 reduzierten sich die Forderungen an Kunden und die Gewinnrücklagen jeweils um 7 Mio €.

Im Geschäftsjahr 2016 erhöhten sich die Zinserträge um 5 Mio €, die Provisionserträge reduzierten sich um 8 Mio €.

Hieraus ergibt sich eine Verminderung des Konzernergebnisses 2016 um 3 Mio €, die zu einem um 0,01 € gesunkenen Ergebnis je Aktie führt.

Die Änderungen betreffen primär das Segment Firmenkunden.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**(7) Zinsüberschuss**

	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.193	3.458
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	371	474
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	-10	-5
	3.554	3.927
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0
Beteiligungen	1	5
	1	5
	3.555	3.932
Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten	38	29
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	1.164	1.343
Verbrieften Verbindlichkeiten	54	75
Nachrangkapital	105	165
Swaps	137	150
	1.460	1.733
Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte	67	54
Gesamt	2.066	2.174

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten in Höhe von 12 Mio € (Vorjahr: 14 Mio €) enthalten (Unwindung nach IAS 39).

Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten, Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital entfallen auf Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost.

Weiterhin sind im Zinsüberschuss die Zinsen aus derivativen Geschäften in Höhe von 127 Mio € (Vorjahr: 185 Mio €) enthalten, denen Forderungen gegenüberstehen, welche als Fair-Value-Option designiert sind.

Das Zinsergebnis aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen in Höhe von 10 Mio € (Vorjahr: -35 Mio €) wird netto ausgewiesen. Die hier zugrunde liegenden Geschäfte sind

Sicherungsinstrumente, die die Anforderungen des Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen.

Die Gewinne bzw. Verluste, die aus der Bewertungsänderung von Fair Value Hedges resultieren, werden im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen ausgewiesen, welches sich wie folgt zusammensetzt:

	2017 Mio €	2016 Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	-1	104
Fair-Value-Änderung der Sicherungsinstrumente	-9	-109
Gesamt	-10	-5

(8) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2017 Mio €	2016 Mio €
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	305	316
Portfoliowertberichtigungen	109	79
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	11	27
Direkte Forderungsabschreibung	26	30
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	176	140
Portfoliowertberichtigungen	111	77
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	27	21
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	38	30
Gesamt	99	184

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrifft unverändert nicht die Forderungen an Kreditinstitute.

In Höhe von 115 Mio € (Vorjahr: 178 Mio €) entfällt der Risikovorsorgeaufwand auf Forderungen an Kunden der Kategorie Loans and Receivables, in Höhe von 16 Mio € ergibt sich ein Risikovorsorgeertrag auf Bürgschaften, Gewährleistungsgarantien und Kreditzusagen (Vorjahr: 6 Mio € Aufwand).

Der Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge und der Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	2017 Mio €	2016 Mio €
Zuführung		
Private Baufinanzierungen	70	98
Bauspardarlehen	1	2
Gewerbliche Kredite	36	20
Ratenkredite	156	145
Kontokorrentkredite	42	51
Portfoliowertberichtigungen	109	79
Gesamt	414	395

	2017 Mio €	2016 Mio €
Auflösung		
Private Baufinanzierungen	65	75
Bauspardarlehen	-	1
Gewerbliche Kredite	53	17
Ratenkredite	39	26
Kontokorrentkredite	19	21
Portfoliowertberichtigungen	111	77
Gesamt	287	217

(9) Provisionsüberschuss

	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €
Girogeschäft	455	367
Wertpapiergeschäft	81	56
Kredit- und Avalgeschäft	41	40
Filialgeschäft	186	196
Sonstiges Provisionsgeschäft	173	176
Gesamt	936	835

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Der Provisionsüberschuss aus dem Treuhandgeschäft beträgt 4 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) und wird in der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ ausgewiesen.

In den Provisionserträgen waren 610 Mio € (Vorjahr: 547 Mio €) und in den Provisionsaufwendungen 126 Mio € (Vorjahr: 154 Mio €) enthalten, die aus Geschäften mit Finanzinstrumenten resultieren, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

(10) Handelsergebnis

	2017 Mio €	2016 Mio €
Ergebnis aus dem Verkauf von Wertpapieren und Darlehen	0	0
Bewertungsergebnis der Wertpapiere und Darlehen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Darlehen (Held for Trading)	0	1
	0	1
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs		
Ertrag aus Derivaten	2.311	2.316
Aufwand aus Derivaten	-2.265	-2.286
	46	30
Ergebnis aus Fair-Value-Option		
davon Forderungen an Kunden	-73	-120
davon Derivate, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Fair-Value-Option stehen	130	132
	57	12
Devisenergebnis	9	7
Provisionsergebnis Handelsbestand	0	0
Gesamt	112	50

Das Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs enthält einen Aufwand aus Swapzinsen in Höhe von 59 Mio € (Vorjahr: 49 Mio €). Die diesen Zinsen zugrunde liegenden Swapbestände sind nicht Bestandteil einer Sicherungsbeziehung nach IAS 39.

(11) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

	2017 Mio €	2016 Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	16	84
davon Verkaufsergebnis	15	84
Verkaufsgewinne	18	92
Verkaufsverluste	3	8
davon Wertaufholungs-/ Wertminderungsergebnis	1	0
Ergebnis aus Finanzanlagen und sonstigen Beteiligungen Available for Sale	64	174
davon Verkaufsergebnis	68	176
Verkaufsgewinne	69	181
Verkaufsverluste	1	5
davon laufendes Ergebnis	0	0
davon Wertminderungsergebnis	-4	-2
Gesamt	80	258

	2017 Mio €	2016 Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	55	131
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0
Ergebnis aus Beteiligungen	28	129
Impairment	-3	-2
Gesamt	80	258

Das Ergebnis aus Beteiligungen enthält im Wesentlichen den Erfolg aus der Verringerung eines Aktieninvestments (12 Mio €), dem eine Vertriebskooperation zugrunde liegt, sowie aus dem Verkauf der Concardis GmbH (13 Mio €). Im Ergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren sind Verkaufsgewinne in Höhe von 53 Mio € aus dem Verkauf von Staatsanleihen enthalten.

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen -1 Mio € auf geschlossene Fonds (Vorjahr: 1 Mio €) und -3 Mio € auf eine Beteiligung.

(12) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Sie gliedern sich wie folgt:

	2017 Mio €	2016 Mio €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	1.357	1.106
Soziale Abgaben	133	130
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	173	159
	1.663	1.395
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.261	1.360
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	43	44
Abschreibungen auf Sachanlagen	63	54
Gesamt	3.030	2.853

Im Personalaufwand ist die Zuführung zu neu gebildeten Rückstellungen im Zusammenhang mit der geplanten Zusammenführung der Postbank mit der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG sowie der Neuorganisation des Vertriebs enthalten (siehe Note 34).

In den Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung sind hauptsächlich Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne in Höhe von 93 Mio € (Vorjahr: 96 Mio €) sowie Pensionsaufwendungen leistungsorientierter Pläne in Höhe von 52 Mio € (Vorjahr: 37 Mio €) enthalten. Weiterhin ist im Verwaltungsaufwand der Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 65 Mio € (Vorjahr: 64 Mio €) erfasst.

Die Deutsche Postbank AG hat zum 1. Mai 2016 Beamte zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgeordnet. Seitdem anfallende Beamtenbezüge werden von der Behörde erstattet. Die Erstattungen in Höhe von 4 Mio € werden mit den Personalaufwendungen verrechnet.

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für EDV-Kosten 278 Mio € (Vorjahr: 338 Mio €), Verbundleistungen mit der Deutschen Post AG 78 Mio € (Vorjahr: 88 Mio €), Aufwendungen für betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude 181 Mio € (Vorjahr: 171 Mio €), Aufwendungen für Marktkommunikation 79 Mio € (Vorjahr: 88 Mio €), Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten 75 Mio € (Vorjahr: 75 Mio €) und Aufwendungen für die Bankenabgabe in Höhe von 21 Mio € (Vorjahr: 23 Mio €) enthalten.

Die in den anderen Verwaltungsaufwendungen erfassten Leasingaufwendungen in Höhe von 147 Mio € (Vorjahr: 147 Mio €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für geleaste immaterielle Vermögenswerte, Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung im Rahmen des Operating Lease.

Im Geschäftsjahr wurden, wie im Vorjahr, keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen und auf immaterielle Vermögenswerte vorgenommen.

(13) Sonstige Erträge

	2017 Mio €	2016 Mio €
Vergütung für die Teilnahme an der Bietergruppe zum Refinanzierungsprogramm der EZB	106	40
Erträge aus dem Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögenswerten	37	18
Erstattungen aus Sozialbereichen	11	11
Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen	7	4
Übrige	66	68
Gesamt	227	141

Die Erträge aus dem Sachanlagevermögen und den immateriellen Vermögenswerten enthalten eine Zuschreibung in Höhe von 23 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) der Marke BHW (siehe Note 23) sowie Mieteinnahmen in Höhe von 14 Mio € (Vorjahr: 15 Mio €).

In den übrigen Erträgen sind der Ertrag aus der Veräußerung eines Teilbetriebs der VÖB-ZVD Processing GmbH in Höhe von 23 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) sowie eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(14) Sonstige Aufwendungen

	2017 Mio €	2016 Mio €
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (BAnstPT)	14	12
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögenswerten	9	12
Aufwendungen für Schadensregulierung und Kulanzzahlungen	7	10
Aufwendungen für sonstige Steuern	5	3
Aufwendungen aus Prozessen und Regressen	1	58
Übrige	8	22
Gesamt	44	117

Die Aufwendungen für sonstige Steuern betreffen im Wesentlichen Grundsteuern in Höhe von unverändert 3 Mio €.

Darüber hinaus ist in den übrigen Aufwendungen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

112

102

(15) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	2017 Mio €	2016 Mio €
Tatsächliche Ertragsteuern		
Laufende Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	18	15
Gewerbeertragsteuer	14	12
	32	27
Ertragsteuern Vorjahr	-20	-22
	12	5
Latente Ertragsteuern		
Temporäre Differenzen	10	-22
Steuerliche Verlustvorträge	-24	7
	-14	-15
Gesamt	-2	-10

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis nach Steuern und dem Ertragsteueraufwand/-ertrag:

	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €
Ergebnis nach Steuern	250	314
Ertragsteuern	-2	-10
Ergebnis vor Steuern	248	304
Anzuwendender Steuersatz	30,83 %	31,04 %
Rechnerische Ertragsteuer	76	94
Steuereffekte		
aus Änderungen des Steuersatzes	0	0
wegen abweichender Effektivsteuersätze im In- und im Ausland	0	0
aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen	9	18
aus steuerfreien Erträgen	-8	-45
wegen Hinzurechnungen/Kürzungen für lokale Ertragsteuer	3	3
aus Organschaft	-39	-64
aus Veränderung der Wertberichtigung von aktiven latenten Steuern	-14	-5
für Steuern aus Vorjahren	-29	-11
Sonstige	0	0
	-78	-104
Ertragsteueraufwand (+)/ Ertragsteuerertrag (-)	-2	-10

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Aufgrund der formaljuristischen Betrachtungsweise wird beim anzuwendenden Steuersatz der gewichtete durchschnittliche Steuersatz verwendet.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ**(16) Barreserve**

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Kassenbestand	1.245	1.485
Guthaben bei Zentralnotenbanken	775	806
Gesamt	2.020	2.291

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 772 Mio € (Vorjahr: 803 Mio €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll Ende Dezember 2017 beträgt 889 Mio € (Vorjahr: 872 Mio €).

(17) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	5.282	4.908
Andere Forderungen	1.897	6.000
	7.179	10.908
Ausländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	3.642	1.475
Andere Forderungen	0	725
	3.642	2.200
Gesamt	10.821	13.108

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kreditinstitute 523 Mio € (Vorjahr: 2.045 Mio €) fällig.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kreditinstitute wie folgt:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	10.821	13.108
Gesamt	10.821	13.108

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Wertpapierpensionsgeschäfte	834	5.832
Täglich fällige Gelder	8.924	6.381
Darlehen	63	92
Namenschuldverschreibungen	–	300
Termingelder	1.000	500
Sonstige Forderungen	0	3
Gesamt	10.821	13.108

Erhaltene Sicherheiten, die unbedingt verwertbar oder veräußerbar sind:

	Fair Value der Sicherheiten, die unbedingt verwertbar bzw. veräußerbar sind		Fair Value der Sicherheiten, die verkauft bzw. weiterverpfändet wurden und für die eine Rückgabepflicht besteht	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Finanzielle Sicherheiten	585	5.123	315	1.008
Nicht-finanzielle Sicherheiten	–	–	–	–
Gesamt	585	5.123	315	1.008

Die Verwendung der Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Zum 31. Dezember 2017 bestanden Forderungen aus echten Pensionsgeschäften in Höhe von 834 Mio € (Vorjahr: 5.832 Mio €). Die Postbank ist hierbei Pensionsnehmer. Bei den in Pension genommenen Papieren handelt es sich um börsennotierte Anleihen öffentlicher Emittenten, Emissionen deutscher und ausländischer Kreditinstitute sowie Industrielandschuldverschreibungen.

Die Forderungen an Kreditinstitute beinhalten festverzinsliche Forderungen von 10,8 Mrd € (Vorjahr: 12,6 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Forderungen von 0,1 Mrd € (Vorjahr: 0,5 Mrd €).

(18) Forderungen an Kunden

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 ¹ Mio €
Private Baufinanzierungen	71.406	69.029
Bauspardarlehen	2.760	2.992
Gewerbliche Kredite	15.857	13.670
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.078	5.205
Ratenkredite	8.053	7.438
Kontokorrentkredite	2.195	2.085
Schuldscheindarlehen	1.604	1.537
Sonstige Forderungen	44	40
Gesamt	106.997	101.996
davon:		
Inländische Kunden	98.570	93.627
Ausländische Kunden	8.427	8.369
Gesamt	106.997	101.996

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 1,9 % (Vorjahr: 1,7 %) der Bilanzsumme. Diese Forderungen werden in der Restlaufzeitengliederung dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet (vgl. Note 49).

In den Forderungen an Kunden sind Kommunalkredite mit einem Restkapital von 4.571 Mio € (Vorjahr 5.050 Mio €) sowie durch Grundpfandrechte besicherte Forderungen mit einem Restkapital von 45.520 Mio € (Vorjahr: 43.869 Mio €) enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kunden 86.452 Mio € (Vorjahr: 81.762 Mio €) fällig.

Von den Forderungen an Kunden entfallen 93,1 Mrd € (Vorjahr: 89,4 Mrd €) auf festverzinsliche Forderungen sowie 13,9 Mrd € (Vorjahr: 12,6 Mrd €) auf variabel verzinsliche Forderungen.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Buchwert der Forderungen an Kunden wie folgt:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 ¹ Mio €
Loans and Receivables	104.154	98.351
davon Fair Value Hedge	2.558	2.482
Fair-Value-Option	2.843	3.645
Gesamt	106.997	101.996

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)



Das maximale Kreditrisiko aus den der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbeständen besteht in Höhe des Buchwertes von 2,8 Mrd € (Vorjahr: 3,6 Mrd €). Die Änderung des beizulegenden Zeitwertes, soweit dies auf Änderungen beim Ausfallrisiko der finanziellen Vermögenswerte zurückzuführen ist, beträgt für das Berichtsjahr 4,8 Mio € (Vorjahr: 4,2 Mio €).

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen enthalten.

Die Summe der ausstehenden Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 248 Mio € (Vorjahr: 295 Mio €) und gliedert sich in die folgende Fälligkeitsstruktur:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	73	113
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	62	59
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	48	52
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	33	35
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	19	20
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	13	16
Gesamt	248	295

Die Überleitung auf den Barwert der ausstehenden Mindestleasingzahlungen stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Ausstehende Mindestleasingzahlungen	248	295
Nicht garantierte Restwerte	2	3
Bruttogesamtinvestition	250	298
Nicht realisierter Finanzertrag	10	13
Nettoinvestition	240	285
Barwert der nicht garantierten Restwerte	1	2
Barwert der Mindestleasingzahlungen	239	283

Die kumulierte Wertberichtigung für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen beträgt 8 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €).

(19) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken wurden Portfoliowertberichtigungen gebildet.

Die Risikovorsorge wurde durch eine aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge sowie durch die Bildung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft getroffen.

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	997	998
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	27	45
Gesamt	1.024	1.043

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2017 Mio €	2016 Mio €	2017 Mio €	2016 Mio €	2017 Mio €	2016 Mio €
Stand 1. Januar	798	725	200	198	998	923
Umgliederung wegen IFRS 5	–	–1	–	–	0	–1
Zugänge						
Zulasten GuV gebildete Vorsorge	305	316	109	79	414	395
Abgänge						
Inanspruchnahme	116	88	–	–	116	88
Zugunsten GuV aufgelöste Vorsorge	176	140	111	77	287	217
Unwinding	12	14	–	–	12	14
Währungsumrechnungsdifferenzen	–	–	–	–	–	–
Stand 31. Dezember	799	798	198	200	997	998

Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalisierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedert sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Einzelwertberichtigungen		
Private Baufinanzierungen	164	209
Bauspardarlehen	5	5
Gewerbliche Kredite	106	127
Forderungen an öffentliche Haushalte	3	4
Ratenkredite	372	313
Kontokorrentkredite	149	140
Portfoliowertberichtigungen	198	200
Gesamt	997	998

Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 1.558 Mio € (Vorjahr: 1.747 Mio €) wurden Einzelwertberichtigungen gebildet.

Im Geschäftsjahr 2017 erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 26 Mio € (Vorjahr: 30 Mio €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 39 Mio € (Vorjahr: 30 Mio €).

(20) Handelsaktiva

Im Geschäftsjahr 2017 bestanden die Handelsaktiva im Wesentlichen aus Derivaten. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bilanziert.

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Baudarlehen Held for Trading	45	53
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	1	1
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	264	421
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	0	0
Gesamt	310	475

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 252 Mio € (Vorjahr: 409 Mio €) fällig.

(21) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit positivem Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	0	0
	0	0
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12	15
Verbriefte Verbindlichkeiten	8	9
Nachrangkapital	25	85
	47	112
Gesamt	47	112

Bestände in Höhe von 36 Mio € (Vorjahr: 102 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

(22) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	13.111	16.042
von anderen Emittenten	9.198	10.406
	22.309	26.448
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Investmentfondsanteile	264	271
	264	271
Beteiligungen	31	43
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	1	5
Gesamt	22.605	26.767

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind analog dem Vorjahr am Bilanzstichtag keine fälligen Wertpapiere und Zinscoupons enthalten.

Bestände in Höhe von 16.974 Mio € (Vorjahr: 22.266 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 21,3 Mrd € (Vorjahr: 25 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 1,0 Mrd € (Vorjahr: 1,5 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Das Portfolio von strukturierten Kreditprodukten der Postbank hat ein Gesamtvolumen von 61 Mio € (Vorjahr: 72 Mio €).

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen Loans and Receivables	8.451	12.196
davon Fair Value Hedge	1.550	2.090
Available for Sale	13.858	14.252
davon Fair Value Hedge	8.149	8.870
	22.309	26.448
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	264	271
	264	271
Beteiligungen (Available for Sale)	31	43
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	1	5
Gesamt	22.605	26.767

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	22.296	26.436
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Beteiligungen	0	14

Es wurden Finanzanlagen für folgende Verbindlichkeiten als Sicherheiten hingegeben:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Verbindlichkeiten	6.258	7.625
Eventualverbindlichkeiten	46	21
Gesamt	6.304	7.646

Es wurden Finanzanlagen, die weiterhin in der Bilanz ausgewiesen werden, in Höhe von 3.341 Mio € (Vorjahr: 2.956 Mio €) als Sicherheiten übertragen. Davon könnten Finanzanlagen in Höhe von 2.596 Mio € (Vorjahr: 2.918 Mio €) vom Empfänger aufgrund vertrags- und gewohnheitsmäßiger Rechte weiterveräußert oder verpfändet werden (IAS 39.37(a)).

Für Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 2.749 Mio € (Vorjahr: 3.147 Mio €) wurden Sicherheiten in Form von Finanzanlagen in Höhe von 2.596 Mio € (Vorjahr: 2.918 Mio €) übertragen.

Die Hingabe der Finanzanlagen als Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Bewertungsänderungen von Wertpapieren Available for Sale, die nicht abgesichert sind, wurden mit –75 Mio € (Vorjahr: –63 Mio €) in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Erfassung von Impairments wurden in der Berichtsperiode per saldo 62 Mio € (Vorjahr: 111 Mio €) der Neubewertungsrücklage erfolgswirksam entnommen und im Periodenergebnis erfasst.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Wertminderungen in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) gebildet, um der wirtschaftlichen Entwicklung der Finanzinstrumente Rechnung zu tragen.

Die Postbank hat aufgrund einer geänderten Halteabsicht in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 Wertpapiere aus der Bewertungskategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umgegliedert. Als neuer Buchwert wurde der Fair Value der Wertpapiere zum entsprechenden Umgliederungszeitpunkt angesetzt.

Zum 31. Dezember 2017 haben sämtliche nach IAS 39.50E umgegliederten Wertpapiere einen Fair Value von 3,1 Mrd € sowie einen Buchwert von 3,1 Mrd €.

Bis zu den genannten Umgliederungszeitpunkten beliefen sich die in der Neubewertungsrücklage erfassten Marktwertänderungen der umgegliederten Papiere auf 468 Mio € vor Steuern. Sofern die Postbank ihre Halteabsicht nicht geändert hätte, wäre die Neubewertungsrücklage bis zum 31. Dezember 2017 um weitere 48 Mio € (Vorjahr: 167 Mio € Entlastung) entlastet worden.

Der zum Zeitpunkt der Umwidmungen auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelte Effektivzinssatz beträgt bei Nominalgewichtung der umgegliederten Wertpapiere 4,4 % (Bandbreite der Effektivzinssätze von 1,8 % bis 34,5 %), die geschätzten Zahlungsströme, welche die Postbank zum Zeitpunkt der Umgliederungen erwartete, belaufen sich auf 45,4 Mrd €. Bis zum 31. Dezember 2017 ergaben sich auf sämtliche umgegliederten Wertpapiere Impairments von 621 Mio € (Vorjahr: 621 Mio €) und Veräußerungsgewinne aus umgegliederten Wertpapieren von 102 Mio € (Vorjahr: 88 Mio €).

Im Berichtsjahr sind für die umgegliederten Wertpapiere Zinserträge in Höhe von 94 Mio € (Vorjahr: 124 Mio €) angefallen.

(23) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.581	1.581
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	264	253
Selbst erstellte immaterielle Vermögens- werte, selbst erstellte Software	83	54
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	110	75
Gesamt	2.038	1.963

85

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte entfallen mit 1.424 Mio € (Vorjahr: 1.424 Mio €) auf das Segment Privatkunden und mit 157 Mio € (Vorjahr: 157 Mio €) auf das Segment Geschäfts- und Firmenkunden (vgl. Note 4 (j) sowie Note 39).

116

In dem Posten „Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ ist die Marke BHW in Höhe von 162 Mio € enthalten. Die Marke BHW ist dem Segment Privatkunden zugeordnet. Die aktivierten Werte für die Kundenbeziehungen betragen 50 Mio € (Vorjahr: 54 Mio €) und für die vorteilhaften Verträge 6 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €).

Die Marke BHW wurde im Berichtsjahr aufgrund des gestiegenen markenrelevanten Neugeschäfts um 23 Mio € zugeschrieben.

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwick- lung befindliche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten					
Anfangsbestand 01.01.2016	1.603	1.059	244	27	2.933
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	35	–	–	35
Zugänge	–	34	20	60	114
Umbuchungen	–	–	11	–11	0
Abgänge	–	17	37	1	55
Endbestand 31.12.2016	1.603	1.111	238	75	3.027
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Zugänge	–	9	17	75	101
Umbuchungen	–	3	32	–35	0
Abgänge	–	17	–	5	22
Endbestand 31.12.2017	1.603	1.106	287	110	3.106

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwick- lung befindliche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen					
Anfangsbestand 01.01.2016	22	811	198	0	1.031
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	32	–	–	32
Abschreibungen	–	27	17	–	44
Zuschreibungen	–	–	–	–	–
Umbuchungen	–	–	–	–	–
Abgänge	–	12	31	–	43
Endbestand 31.12.2016	22	858	184	0	1.064
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Abschreibungen	–	23	20	–	43
Zuschreibungen	–	–23	–	–	–23
Umbuchungen	–	–	–	–	–
Abgänge	–	16	–	–	16
Endbestand 31.12.2017	22	842	204	0	1.068
Buchwert 31.12.2016	1.581	253	54	75	1.963
Buchwert 31.12.2017	1.581	264	83	110	2.038

Die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2017	Veränderungen des Konsolidierungs- kreises	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Zu- schrei- bungen	Abschrei- bungen	Buchwert 31.12.2017
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.581	–	–	–	–	–	–	1.581
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	253	–	9	1	3	23	23	264
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte und Software	54	–	17	–	32	–	20	83
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	75	–	75	5	–35	–	–	110
Gesamt	1.963	0	101	6	0	23	43	2.038

Im Geschäftsjahr 2017 wurden gemäß IAS 23 auf qualifizierte Vermögenswerte (Software in der Entwicklung) wie im Vorjahr keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

Zum 31. Dezember 2017 beträgt der Buchwert der geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte 31 Mio € (Vorjahr: 16 Mio €), der Buchwert der in der Entwicklung befindlichen immateriellen Vermögenswerte beträgt 79 Mio € (Vorjahr: 59 Mio €).

Bei der Validierung der für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ermittelten Nutzungswerte werden bestimmte externe Faktoren sowie die wesentlichen Werttreiber jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit regelmäßig überprüft. Dabei ergab sich eine Abweichung des ermittelten Nutzungswertes zum Buchwert von 91 Mio € für die zahlungsmittelgenerierende Einheit Privatkunden bzw. von 1.747 Mio € für die zahlungsmittelgenerierende Einheit Geschäfts- und Firmenkunden. Um die Belastbarkeit der Nutzungswerte zu testen, werden die für das kapitalwertorientierte Verfahren herangezogenen wesentlichen Annahmen wie der Wachstumsfaktor und der Kapitalisierungszins einer Sensitivitätsprüfung unterzogen. Analysen haben gezeigt, dass lediglich für die zahlungsmittelgenerierende Einheit Privatkunden eine realistische Änderung der wesentlichen Annahmen zu einer Wertminderung führen könnte. Die nachfolgend dargestellten Änderungen der wesentlichen Annahmen führen dazu, dass der Nutzungswert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Privatkunden dem Buchwert entspricht:

	Privatkunden %-Punkte
Erhöhung Diskontierungssatz	0,1
Verminderung langfristige Wachstumsrate	0,5

(24) Sachanlagen

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Grundstücke und Gebäude	496	480
Betriebs- und Geschäftsausstattung	186	176
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	33	43
Gesamt	715	699

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grund- stücke und Gebäude	Betriebs- und Ge- schäfts- ausstat- tung	Geleis- tete Anzah- lungen und Anlagen im Bau	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
Anfangsbestand 01.01.2016	920	476	22	1.418
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	19	-	19
Umgliederung wegen IFRS 5	-27	-	-	-27
Zugänge	0	72	24	96
Umbuchungen	16	3	-3	16
Abgänge	0	59	0	59
Endbestand 31.12.2016	909	511	43	1.463
Endbestand Vorjahr	909	511	43	1.463
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	0	-	0
Umgliederung wegen IFRS 5	-	-	-	-
Zugänge	10	52	20	82
Umbuchungen	27	4	-30	1
Abgänge	5	64	-	69
Endbestand 31.12.2017	941	503	33	1.477

	Grund- stücke und Gebäude	Betriebs- und Ge- schäfts- ausstat- tung	Geleis- tete Anzah- lungen und Anlagen im Bau	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen				
Anfangsbestand 01.01.2016	407	333	-	740
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	16	-	16
Umgliederung wegen IFRS 5	-6	-	-	-6
Abschreibungen	12	42	-	54
Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	16	0	-	16
Abgänge	0	56	-	56
Endbestand 31.12.2016	429	335	0	764
Endbestand Vorjahr	429	335	-	764
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-
Umgliederung wegen IFRS 5	-	-	-	-
Abschreibungen	20	43	-	63
Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	4	61	-	65
Endbestand 31.12.2017	445	317	0	762
Buchwert 31.12.2016	480	176	43	699
Buchwert 31.12.2017	496	186	33	715

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2017	Verände- rungen des Konso- lidierungs- kreises	Zugänge	Abgänge	Um- buch- ungen	Umglie- derung IFRS 5	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Buchwert 31.12.2017
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Grundstücke und Gebäude	480	0	10	-	26	-	-	20	496
Betriebs- und Geschäftsausstattung	176	0	52	3	4	0	-	43	186
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	43	0	20	-	-30	0	-	-	33
Gesamt	699	0	82	3	0	0	0	63	715

Zum Bilanzstichtag bestehen Anlagen im Bau in Höhe von 33 Mio € (Vorjahr: 43 Mio €).

(25) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	74	144
Latente Ertragsteueransprüche		
temporäre Differenzen	201	194
steuerliche Verlustvorträge, davon	28	4
inländisch	28	4
ausländisch	0	0
	229	198
Gesamt	303	342

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit temporären Unterschieden der folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen gebildet:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Aktivposten		
Risikovorsorge	14	2
Handelsaktiva	170	176
Finanzanlagen	1	3
Sachanlagen	6	6
Sonstige Aktiva	24	28
Passivposten		
Verbindlichkeiten	73	90
Handelsspassiva	106	148
Hedging-Derivate	0	1
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	169	160
Andere Rückstellungen	27	22
Sonstige Passiva	3	4
	593	640
Steuerliche Verlustvorträge	28	4
Saldierung mit passiven latenten Steuern	392	446
Gesamt	229	198

Im Berichtsjahr wurden latente Steueransprüche auf temporäre Differenzen in Höhe von 11 Mio € und auf zeitlich nicht befristete Verlustvorträge in Höhe von 19 Mio € nicht angesetzt.

Die aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge entfallen auf inländische Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG.

(26) Sonstige Aktiva

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	188	171
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	162	55
Rechnungsabgrenzungsposten	64	65
Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs	6	7
Forderungen an Finanzbehörden	1	32
Übrige	56	58
Gesamt	477	388

Bestände in Höhe von 157 Mio € (Vorjahr: 106 Mio €) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

Realisierte, aber noch nicht erhaltene Beträge aus der Vermittlung von Versicherungsverträgen werden unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfasst (siehe Note 4 (p)).



(27) Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte

Im zweiten Halbjahr 2017 hat die Bank eine Beteiligung als zur Veräußerung gehalten klassifiziert. Der Buchwert der Beteiligung belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 9 Mio €. Die Beteiligung ist der Bewertungskategorie Available for Sale und dem Fair-Value-Hierarchie-Level 1 zugeordnet. Die Zuordnung in der Segmentberichterstattung erfolgt im Segment Financial Markets. Der Verkaufsprozess wurde im Januar 2018 abgeschlossen.

Die im Vorjahr unter den zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten enthaltenen Vermögenswerte sind im Geschäftsjahr 2017 abgegangen.

Veräußerungsabsicht nach dem Stichtag

Im Januar 2018 hat die Bank beschlossen, im ersten Halbjahr 2018 eine Immobilie mit einem Buchwert in Höhe von 102 Mio € zu veräußern. Die Immobilie ist dem Segment Cost Center zugeordnet.

(28) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
täglich fällig	178	383
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	11.808	12.616
	11.986	12.999
Ausländische Kreditinstitute		
täglich fällig	79	125
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	0	9
	79	134
Gesamt	12.065	13.133

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 324 Mio € (Vorjahr: 654 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 7.901 Mio € (Vorjahr: 8.425 Mio €) fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 11,9 Mrd € (Vorjahr: 12,9 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 0,2 Mrd € (Vorjahr: 0,2 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2017 bestanden Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 2,7 Mrd € (Vorjahr: 3,1 Mrd €).

(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich überwiegend aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen zusammen.

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Spareinlagen		
mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	36.593	38.482
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	95	103
	36.688	38.585
Bauspareinlagen	18.587	18.809
darunter: zu vergütende Zinsboni	957	968
darunter: zu erstattende Abschlussgebühren	60	50
darunter: auf gekündigte Verträge	81	91
darunter: auf zugeteilte Verträge	3	2
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	51.481	46.841
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	11.943	14.683
	63.424	61.524
Gesamt	118.699	118.918
Inländische Kunden	116.743	116.977
Ausländische Kunden	1.956	1.941
Gesamt	118.699	118.918

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 5.304 Mio € (Vorjahr: 6.827 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 20.279 Mio € (Vorjahr: 22.424 Mio €) fällig.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen auf festverzinsliche Verbindlichkeiten 76,9 Mrd € (Vorjahr: 75,4 Mrd €) sowie auf variabel verzinsliche Verbindlichkeiten 41,8 Mrd € (Vorjahr: 43,5 Mrd €).

In den Bauspareinlagen sind Zinsbonusverpflichtungen in Höhe von 957 Mio € (Vorjahr: 968 Mio €) enthalten, die an den Bausparer bei Darlehensverzicht zu zahlen sind. Des Weiteren wurden in Höhe von 60 Mio € (Vorjahr: 50 Mio €) zu erstattende Abschlussgebühren (Darlehensverzicht bei Altтарifen) berücksichtigt.

(30) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen einschließlich Hypothekendarlehen und öffentliche Pfandbriefe sowie Geldmarktpapiere (z. B. Certificates of Deposit, Euro-Notes) ausgewiesen.

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Öffentliche Pfandbriefe	56	56
Hypothekendarlehen	2.344	2.405
Sonstige Schuldverschreibungen	815	878
Gesamt	3.215	3.339

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten sind 2.284 Mio € (Vorjahr: 76 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 3.121 Mio € (Vorjahr: 3.195 Mio €) fällig.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 3,1 Mrd € (Vorjahr: 3,1 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 0,1 Mrd € (Vorjahr: 0,2 Mrd €).

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten wurden zurückgekauft eigene Schuldverschreibungen in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) ausgebucht.

(31) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands und des Bankbuchs ausgewiesen.

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	76	81
Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	128	300
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	13	28
Gesamt	217	409

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 163 Mio € (Vorjahr: 262 Mio €) fällig.

(32) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit negativem Marktwert, welche die Voraussetzung für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	0	0
	0	0
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	2	3
	2	3
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25	39
	25	39
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0
Nachrangkapital	0	0
	0	0
Gesamt	27	42

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 20 Mio € (Vorjahr: 35 Mio €) fällig.

(33) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus leistungsorientierten Versorgungszusagen ermitteln sich wie folgt:

	2017 Mio €	2016 Mio €
Barwert der Versorgungsverpflichtungen	2.860	2.837
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	-2.532	-2.583
Nettopensionsrückstellungen	328	254

Die Entwicklung der Nettopensionsrückstellung stellt sich wie folgt dar:

	2017 Mio €	2016 Mio €
Bilanzwert 1. Januar	254	56
Dienstzeitaufwand	48	35
Nettozinsaufwand	4	2
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/ Verluste (+) aus der Änderung demo- grafischer Annahmen	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/ Verluste (+) aus der Änderung finanzieller Annahmen	13	330
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/ Verluste (+) aus der Änderung erfahrungs- bedingter Annahmen	-2	2
Ertrag aus dem Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	83	-140
Arbeitgeberbeiträge an das Planvermögen	-72	-70
Erbrachte Pensionsleistungen	0	0
Transfers und Unternehmenstransaktionen	0	39
Bilanzwert 31. Dezember	328	254

Für leistungsorientierte Pensionspläne wurden im Geschäftsjahr 2017 folgende Aufwendungen erfasst:

	2017 Mio €	2016 Mio €
Dienstzeitaufwand	48	35
Nettozinsaufwand	4	2
Gesamt	52	37

Die Entwicklung des Barwertes der Versorgungsverbindungen und des beizulegenden Zeitwertes des Planvermögens sind in den folgenden Tabellen dargestellt:

	2017 Mio €	2016 Mio €
Barwert der Versorgungsverbindungen am 1. Januar	2.837	2.249
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Komponenten	96	95
Dienstzeitaufwand	58	48
Zinsaufwand	48	60
Nachzuerrechnender Dienstzeitauf- wand und Gewinne (-)/Verluste (+) aus Planabgeltungen	-10	-13
Im sonstigen Ergebnis erfasste Komponenten	11	332
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/ Verluste (+)	11	332
aus der Änderung demografischer Annahmen	0	0
aus der Änderung finanzieller Annahmen	13	330
aus erfahrungsbedingten Anpassungen	-2	2
Zahlungen und sonstige Änderungen	-84	161
Arbeitnehmerbeiträge	3	3
Erbrachte Pensionsleistungen	-87	-85
Zahlungen für Planabgeltungen	0	0
Transfers und Unternehmens- transaktionen	0	243
Barwert der Versorgungsverbindungen am 31. Dezember	2.860	2.837

Der nachzuerrechnende Dienstzeitaufwand entstand bei einer Tochtergesellschaft im Wesentlichen durch die Einführung eines Karrieredurchschnittsplans, die Einräumung der Möglichkeit zur Kapitalauszahlung und durch die Änderung des Verfahrens zur Bewilligung einer besonderen Invaliditätsrente.

	2017 Mio €	2016 Mio €
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	2.583	2.193
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Komponenten	44	58
Zinsertrag	44	58
Im sonstigen Ergebnis erfasste Komponenten	-83	140
Ertrag aus dem Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	-83	140
Zahlungen und sonstige Änderungen	-12	192
Arbeitnehmerbeiträge	3	3
Arbeitgeberbeiträge	72	70
Zahlungen für Planabgeltung	0	0
Erbrachte Pensionsleistungen	-87	-85
Transfers und Unternehmens- transaktionen	0	204
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	2.532	2.583

Für die Versorgungsverpflichtungen bestehen keine Erstattungsansprüche.

Für das folgende Geschäftsjahr werden Beiträge in das Planvermögen (inklusive direkter Leistungszahlungen) in Höhe von 81 Mio € (Vorjahr: 77 Mio €) erwartet.

Die Aufteilung des Barwertes der Versorgungsverpflichtungen auf die verschiedenen Berechtigten Gruppen und die gewichtete Duration dieser Verpflichtungen zeigt die folgende Tabelle:

	2017 Mio €	2016 Mio €
Aktive Anwärter	1.063	1.051
Mit unverfallbarer Anwartschaft ausgeschiedene Anwärter	483	496
Rentner	1.314	1.290
Barwert der Versorgungsverpflichtungen	2.860	2.837
Gewichtete Duration der Verpflichtungen in Jahren	16,9	18,2

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens verteilt sich auf folgende Anlageklassen:

	2017 Mio €	2017 in %	2016 Mio €	2016 in %
Planvermögen auf Basis von Marktpreisnotierungen in einem aktiven Markt	557	22,0	509	19,7
Barmittel	97	3,8	45	1,7
Aktien	28	1,1	26	1,0
Staatsanleihen	432	17,1	438	17,0
Festverzinsliche Wertpapiere mit Investment Grade	0	0,0	0	0,0
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	0	0,0	0	0,0
Strukturierte Produkte	0	0,0	0	0,0
Investmentfonds	0	0,0	0	0,0
Alternative Investments	0	0,0	0	0,0
Derivate	0	0,0	0	0,0
Planvermögen, für das keine Marktpreisnotierungen in einem aktiven Markt bestehen	1.975	78,0	2.074	80,2
Barmittel	0	0,0	0	0,0
Aktien	3	0,1	0	0,0
Staatsanleihen	160	6,3	182	7,0
Festverzinsliche Wertpapiere mit Investment Grade	1.607	63,5	1.583	61,3
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	15	0,6	6	0,2
Strukturierte Produkte	40	1,6	36	1,4
Investmentfonds	0	0,0	0	0,0
Alternative Investments	132	5,2	159	6,2
Derivate	18	0,7	108	4,2
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	2.532	100	2.583	100

Im Planvermögen sind 15 Mio € (Vorjahr: 15 Mio €) eigene Finanzinstrumente der BHW Bausparkasse AG enthalten.

Die Anlage und das Risikomanagement der Vermögensmittel, mit Ausnahme derer des Pensionskassenvermögens der BHW Bausparkasse AG, orientieren sich am Anlageziel der Deutschen Bank unter Berücksichtigung Postbank spezifischer Anforderungen.

Ziel des Risikomanagements ist vorrangig die Minimierung von Schwankungen zwischen dem Barwert der Versorgungsverpflichtungen und dem Wert des Planvermögens aufgrund von Kapitalmarktbebewegungen. Zur Erreichung wird eine Anlagestrategie verfolgt, welche im Wesentlichen das Risiko­profil der Versorgungszusagen hinsichtlich Markt­risikofaktoren wie Zinsniveau und Kreditausfallrisiko widerspiegelt.

Die Anlagestrategie für das Pensionskassenvermögen der BHW Bausparkasse AG wird vom Vorstand der Pensionskasse festgelegt. Dabei werden sämtliche aufsichtsrechtlichen Vorgaben (VAG in Verbindung mit der Anlageverordnung AnIV) berücksichtigt. Die Anlagestrategie wird regelmäßig auf Angemessenheit überprüft.

Die Pensionsverpflichtungen sind sensitiv in Bezug auf Veränderungen der Marktbedingungen und der Bewertungsannahmen. Seitdem der Konzern ein verpflichtungsorientiertes Anlagekonzept verfolgt, verursachen Veränderungen in den Verpflichtungen durch Änderung der kapitalmarktbedingten Bewertungsannahmen, hauptsächlich beim Zinssatz und bei der Inflationsrate, auch Bewegungen im Planvermögen. Um das Verständnis für das Gesamtrisiko­profil des Konzerns, bezogen auf wichtige Kapitalmarktbebewegungen, zu erhöhen, werden deshalb die Nettoveränderungen von Pensionsverpflichtungen und Planvermögen dargestellt; bei Annahmen ohne Einfluss auf die Vermögenswerte wird nur die Veränderung der Verpflichtungen gezeigt.

Die vermögensbezogenen Sensitivitäten werden durch die Abteilung Markt­risikomanagement durch Nutzung von risikosensitiven Faktoren bestimmt. Diese Sensitivitätsberechnungen basieren auf Daten von den Vermögensmanagern der Pläne.

Die Sensitivitäten stellen in Bezug auf Kapitalmarktbebewegungen und wesentliche Annahmen plausible Veränderungen über die Zeit dar. Der Konzern ist nicht in der Position, Einschätzungen zur Wahrscheinlichkeit dieser Veränderungen auf dem Kapitalmarkt oder in den Annahmen anzugeben.

Während diese Sensitivitäten die Gesamtveränderung auf das Finanzierungsniveau verdeutlichen, können sich die Auswirkung und die Bandbreite angemessener alternativer Annahmen zwischen verschiedenen Plänen unterscheiden. Obwohl das Planvermögen wie auch die Verpflichtungen sensitiv im Hinblick auf ähnliche Risikofaktoren sind, können sich tatsächliche Veränderungen im Planvermögen und in den Verpflichtungen durch eine unzureichende Korrelation zwischen Markt­risikofaktoren und versicherungsmathematischen Annahmen nicht vollständig ausgleichen. Etwaige Maßnahmen des Managements zur Reduzierung verbundener Risiken in den Pensionsplänen sind in diesen Sensitivitätszahlen nicht enthalten.

Die Sensitivitäten hinsichtlich der Veränderungen am Kapitalmarkt und der bedeutendsten Annahmen werden in der unten stehenden Tabelle dargestellt. Jeder Marktrisikofaktor bzw. jede Annahme wird dabei jeweils isoliert verändert.

	2017 Mio €	2016 Mio €
Abzinsungssatz (-50 bp)		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen	267	268
Erwarteter Anstieg des Planvermögens	150	191
Erwartete Netto-Auswirkung auf den Bilanzwert	117	77
Abzinsungssatz (+50 bp)		
Rückgang der Versorgungsverpflichtungen	-244	-239
Erwarteter Rückgang des Planvermögens	-150	-191
Erwartete Netto-Auswirkung auf den Bilanzwert	-94	-48
Inflationsrate (-50 bp)		
Rückgang der Versorgungsverpflichtungen	-121	-119
Erwarteter Rückgang des Planvermögens	0	0
Erwartete Netto-Auswirkung auf den Bilanzwert	-121	-119
Inflationsrate (+50 bp)		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen	128	129
Erwarteter Anstieg des Planvermögens	0	0
Erwartete Netto-Auswirkung auf den Bilanzwert	128	129
Gehaltsdynamik (-50 bp)		
Rückgang der Versorgungsverpflichtungen = Rückgang des Nettobilanzbetrags	-27	-23
Gehaltsdynamik (+50 bp)		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen = Anstieg des Nettobilanzbetrags	33	25
Reduktion der Sterbewahrscheinlichkeiten um 10 %		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen = Anstieg des Nettobilanzbetrags	102	103

Die erwarteten Pensionszahlungen der leistungsorientierten Pläne zeigt die folgende Tabelle. Die ausgewiesenen Zahlungen umfassen sowohl die aus dem Planvermögen als auch die direkt von der Postbank zu erbringenden Leistungszahlungen.

	Mio €
Erwartete Zahlungen 2018	93
Erwartete Zahlungen 2019	95
Erwartete Zahlungen 2020	97
Erwartete Zahlungen 2021	98
Erwartete Zahlungen 2022	100
Erwartete Zahlungen 2023-2027	537

Beitragszahlungen an den BVV von Mitgliedsunternehmen und Arbeitnehmern aus der Postbank Gruppe werden im Jahr 2018 in Höhe von 2,7 Mio € erwartet. Rund 2.300 Arbeitnehmer aus der Postbank Gruppe sind beim BVV versichert, entsprechend 0,65 % des BVV-Gesamtversichertenbestands. Die rund 1.200 zugeordneten Rentner entsprechen 1,03 % des Gesamtrentnerbestands des BVV.

(34) Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 31.12.2016/ 01.01.2017 Mio €	Veränderung Konsolidie- rungskreis Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Umbuchung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2017 Mio €
Personalbezogene Rückstellungen	194	0	65	4	–	297	422
Prozesse und Regresse	163	0	50	32	1	35	117
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	45	0	2	27	–	11	27
Übrige	251	0	86	37	5	111	244
Gesamt	653	0	203	100	6	454	810

Nach mehr als 12 Monaten sind 502 Mio € (Vorjahr: 345 Mio €) der gebildeten Rückstellungen fällig.

Für den überwiegenden Teil der Rückstellungen wird eine Inanspruchnahme in den Jahren 2018 bis 2020 erwartet.

Von den personalbezogenen Rückstellungen in Höhe von 422 Mio € entfallen 287 Mio € auf neu gebildete Rückstellungen im Rahmen der geplanten Zusammenführung der Postbank mit der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG und der Neuorganisation des Vertriebs.

Die Rückstellungen für Prozesse und Regresse bestehen im Wesentlichen für Risiken im Zusammenhang mit widerrufenen Darlehensverträgen und für Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung. Der Großteil der letztgenannten Klagen und Beschwerden bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds, deren Vertrieb 2012 eingestellt wurde. In diesem Zusammenhang bestehen auch Eventualverbindlichkeiten (siehe dazu Note 40). Außerdem beinhaltet der Betrag die Rückstellungen für eine Vielzahl von gerichtlich geltend gemachten Kundenansprüchen in unterschiedlichen Bereichen. Da es sich bei den rechtlichen Verfahren um vergleichbare Verfahren handelt, werden diese zu einer Gruppe zusammengefasst. Die für diese Verfahren jeweils geschätzten Mittelabflüsse, soweit eine verlässliche Schätzung möglich ist, werden nicht einzeln ausgewiesen. Die Postbank geht davon aus, dass eine Offenlegung weiterer Detailinformationen zu den Rechtsstreitigkeiten den Verlauf der jeweiligen Verfahren ernsthaft beeinträchtigen könnte.

Die Rückstellungen für das Kreditgeschäft beziehen sich im Wesentlichen auf die Risiken aus Eventualverpflichtungen sowie Kreditzusagen.

In den übrigen Rückstellungen sind Rückstellungen für variable Vergütungsanteile in Höhe von 47 Mio € (Vorjahr: 45 Mio €), für Zinsen auf Steuernachzahlungen in Höhe von 13 Mio € (Vorjahr: 36 Mio €), für Risiken aus dem Vertrieb von Produkten in Höhe von 37 Mio € (Vorjahr: 39 Mio €), für Provisionszahlungen in Höhe von 20 Mio € (Vorjahr: 19 Mio €), für Jubiläumzahlungen in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €) und für eine Vielzahl von weiteren rückstellungspflichtigen Sachverhalten enthalten.

In den Rückstellungen für variable Vergütungsanteile ist der Gesamtbuchwert der Schulden aus anteilsbasierten Vergütungen in Form von Aktien-Awards und virtuellen Aktien in Höhe von 20,0 Mio € (Vorjahr: 17,6 Mio €) enthalten. Die Postbank gewährt Vorstandsmitgliedern und Geschäftsleitern, die nicht Mitglieder des Postbank Vorstands sind, sowie Risk Takern anteilsbasierte Vergütungen. Risk Takern wird die anteilsbasierte Vergütung in Form von virtuellen Aktien, orientiert am Aktienkurs der Deutschen Bank, gewährt. Vorstandsmitglieder erhalten Aktien-Awards sowie virtuelle Aktien aus den Jahren 2013 bis 2016 der Deutschen Bank. Art und Bedingungen der entsprechenden Vereinbarungen für die Mitglieder des Postbank Vorstands werden in Note 54 ausführlich beschrieben. Hiervon abweichend sieht das Vergütungssystem für sonstige Risk Taker kein Cliff Vesting vor. Die Gewährung für Tranchen erfolgt ratierlich.

Der Anstieg gegenüber 2016 ist im Wesentlichen zurückzuführen auf eine höhere Personenanzahl in der Gruppe der Risk Taker. Vom Gesamtbuchwert der Schulden aus anteilsbasierten Vergütungen entfallen auf die Mitglieder des Vorstands 6,6 Mio € (Vorjahr: 6,8 Mio €). Der beizulegende Zeitwert der Schuld in Höhe von 20,0 Mio € wurde unter Berücksichtigung von Erwartungen über die künftige Zielerreichung, im Fall bereits gewährter virtueller Aktien unter Berücksichtigung der letzten gehandelten Xetra-Kurse zum Stichtag und erwarteter Kursschwankungen bis zum Ende der Sperrfrist bestimmt; in beiden Fällen wurde der Zeitwert des Geldes bis zum Zeitpunkt der erwarteten Auszahlung in die Berechnung einbezogen.

Im Geschäftsjahr 2017 wurde ein Gesamtaufwand für anteilsbasierte Vergütungen von 6,8 Mio € (Vorjahr: 6,4 Mio €) erfasst.

Die Anzahl der durch Umwandlung im März 2017 (Vorjahr: März 2016) gewährten unverfallbaren virtuellen Aktien belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 263 Tausend (Vorjahr: 225 Tausend) Stück der Deutschen Bank AG, die Umwandlung erfolgte auf Basis der Xetra-Kurse in Höhe von 15,96 € (Vorjahr: 17,47 €). Für die Rückwandlung und Auszahlung der gewährten unverfallbaren virtuellen Aktien nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist im März 2018 (Vorjahr: März 2017) wurden somit 4,2 Mio € (Vorjahr: 3,3 Mio €) berücksichtigt. Zurückgewandelt und ausgezahlt wurden im Jahr 2017 225 Tausend (Vorjahr: 123 Tausend) Aktien der Deutschen Bank AG zu einem Kurs von 18,00 € (Vorjahr: 17,41 €), die im Jahr 2016 gewährt worden waren.

137

119

(35) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen

	Stand 01.01.2017 Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2017 Mio €
Tatsächliche Steuern	98	54	22	17	39
Latente Steuern	17	–	4	9	22
Gesamt	115	54	26	26	61

Die Rückstellungen für tatsächliche Steuern betreffen gegenwärtige Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen in Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Aktivposten		
Forderungen	124	137
Risikovorsorge	1	0
Handelsaktiva	154	215
Finanzanlagen	2	3
Sachanlagen	6	5
Sonstige Aktiva	70	64
Passivposten		
Verbindlichkeiten	20	4
Hedging-Derivate	0	1
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	28	28
Andere Rückstellungen	9	6
	414	463
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	392	446
Gesamt	22	17

(36) Sonstige Passiva

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	112	100
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	106	111
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	58	55
Verbindlichkeiten aus Tantiemen	55	49
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitanträgen	42	44
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	45	39
Rechnungsabgrenzungsposten	17	21
Anteile im Fremdbesitz (Fremdkapitalinstrumente)	7	6
Sonstige Verbindlichkeiten	298	116
Gesamt	740	541

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 58 Mio € (Vorjahr: 36 Mio €) fällig.

In den Sonstigen Verbindlichkeiten ist die Gewinnabführung an die DB Beteiligungs-Holding GmbH in Höhe von 217 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €) enthalten.

(37) Nachrangkapital

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.011	909
Hybride Kapitalinstrumente	868	1.447
Genussrechtskapital	167	189
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	22	22
Gesamt	2.068	2.567

Von dem bilanziellen Nachrangkapital sind unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regulär phased-in) insgesamt 927 Mio €¹ (Vorjahr: 1.090 Mio €) regulatorisch als Ergänzungskapital anrechenbar.

In den Nachrangigen Verbindlichkeiten ist, neben Endfälligkeiten, ein Zugang durch eine Neuemission zu verzeichnen.

Eine Emission der unter den Hybriden Kapitalinstrumenten ausgewiesenen Trust Preferred Securities in Höhe von 0,5 Mrd € wurde im Berichtsjahr zurückgezahlt.

Der Rückgang des Genussrechtskapitals ist im Wesentlichen auf Endfälligkeiten zurückzuführen.

Im Posten „Nachrangkapital“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 1.444 Mio € (Vorjahr: 2.430 Mio €) fällig.

Der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 46 Mio € (Vorjahr: 47 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 23 Mio € (Vorjahr: 24 Mio €) werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Der Zinsaufwand für Hybride Kapitalinstrumente beträgt 49 Mio € (Vorjahr: 92 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen für Hybride Kapitalinstrumente betragen 2 Mio € (Vorjahr: 17 Mio €); sie werden im Posten „Hybride Kapitalinstrumente“ erfasst.

Die Genussscheinhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende feste jährliche Vergütung. Der Ausschüttungsanspruch mindert sich, wenn und soweit ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht vorhanden ist.

Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital für das Jahr 2017 beträgt insgesamt 9 Mio € (Vorjahr: 25 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 8 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €) werden dem Posten „Genussrechtskapital“ direkt zugeordnet.

Die Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter stellt aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters Fremdkapital dar und wird gemäß IAS 32 im Nachrangkapital ausgewiesen.

Das Nachrangkapital ist mit insgesamt 925 Mio € (Vorjahr: 1.508 Mio €) gegen zinsinduzierte Änderungen des Fair Value abgesichert.

¹Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2017 vorbehaltlich dessen Billigung

Das Nachrangkapital ist mit 1,0 Mrd € (Vorjahr: 1,4 Mrd €) festverzinslich sowie mit 1,1 Mrd € (Vorjahr: 1,2 Mrd €) variabel verzinslich.

(38) Eigenkapital

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 ¹ Mio €
Gezeichnetes Kapital	547	547
Kapitalrücklage	2.191	2.191
Gewinnrücklagen	3.823	3.808
Neubewertungsrücklage	304 ²	359 ³
Andere Rücklagen	4.127	4.167
Bilanzgewinn	250	314
Gesamt	7.115	7.219

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

²Davon entfallen 9 Mio € auf eine als zur Veräußerung bestimmte Beteiligung (siehe Note 27).

³Davon entfielen im Vorjahr 14 Mio € auf eine als zur Veräußerung bestimmte Beteiligung.

Das gezeichnete Kapital der Postbank (547 Mio €) ist in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen.

In den Gewinnrücklagen werden grundsätzlich nicht ausgeschüttete Gewinne aus Vorjahren und Neubewertungsgewinne/-verluste aus leistungsorientierten Plänen unter Berücksichtigung von latenten Steuern erfasst.

In der Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen zum beizulegenden Zeitwert nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen. Die erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst nach Veräußerung oder wenn ein Abschreibungsbedarf des Vermögenswertes vorliegt.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 218,8 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 54,7 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Beschluss sieht ferner die Möglichkeit eines vereinfachten Bezugsrechtsausschlusses gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG vor. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die näheren Einzelheiten zu den Genehmigten Kapitalien I und II ergeben sich aus § 4 Abs. 6 und 7 der Satzung.

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juli 2014 unter den unter Tagesordnungspunkt 9a näher festgelegten Bedingungen bis zum 8. Juli 2019 ermächtigt, einmalig oder mehrmals Genusscheine, hybride Schuldverschreibungen, Options- und Wandelschuldverschreibungen auszugeben. Der Gesamtnennbetrag darf insgesamt 3 Mrd € nicht übersteigen. Options- bzw. Wandlungsrechte dürfen nur auf Aktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu nominal 273,5 Mio € ausgeben werden.

Das Grundkapital ist um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Rechten an die Inhaber von Options- bzw. Wandelgenussscheinen, Options- und Wandelschuldverschreibungen, die mit den von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juli 2014 unter Tagesordnungspunkt 9a auszugebenden Genuss-scheinen bzw. Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen verbunden sind. Die bedingte Kapitalerhöhung kann bis zum 8. Juli 2019 nur insoweit durchgeführt werden, als von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu den gemäß der vorstehend genannten Ermächtigung jeweils zu berechnenden Options- bzw. Wandlungspreisen. Die neuen auf den Namen lautenden Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die näheren Einzelheiten zum bedingten Kapital ergeben sich aus § 4 Abs. 8 der Satzung.

Die in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie Available for Sale haben sich wie folgt entwickelt:

Finanzinstrumente Available for Sale

	2017 Mio €	2016 Mio €
Stand 1. Januar	359	327
Bewertungsänderungen	-93	63
Available for Sale gehedgt (nicht gesichertes Risiko)	-18	126
Available for Sale nicht gehedgt	-75	-63
Bestandsänderungen	38	-32
Impairment	1	2
davon Available for Sale	1	2
davon Loans and Receivables	0	0
Verkauf/Hedge-Auflösung	-63	-113
davon Available for Sale	-67	-174
davon Loans and Receivables	4	61
Amortisationseffekt im Zinsüberschuss	100	79
davon Available for Sale	102	80
davon Loans and Receivables	-2	-1
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	0	1
Stand 31. Dezember	304¹	359²

¹Davon entfallen 9 Mio € auf eine als zur Veräußerung bestimmte Beteiligung (siehe Note 27).

²Davon entfielen im Vorjahr 14 Mio € auf eine als zur Veräußerung bestimmte Beteiligung.

Aus den Abgängen und Impairments von Finanzinstrumenten Available for Sale und umgewidmeten Finanzinstrumenten Available for Sale auf Loans and Receivables wurden der Neubewertungsrücklage im Geschäftsjahr 62 Mio € erfolgswirksam entnommen (Vorjahr: 111 Mio €). Durch den Amortisationseffekt dieser Finanzinstrumente wurden im Geschäftsjahr 100 Mio € der Neubewertungsrücklage erfolgswirksam zugeführt (Vorjahr: 79 Mio €). Des Weiteren reduzierte sich die Neubewertungsrücklage um 93 Mio € (Vorjahr: Erhöhung 63 Mio €) aufgrund der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale. Die erfolgsneutral gebildeten Ertragsteuern blieben unverändert gegenüber dem Vorjahr bei einem Bestand von -1 Mio €.

SONSTIGE ANGABEN

(39) Segmentberichterstattung

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

	Privatkunden		Geschäfts- und Firmenkunden		Financial Markets		Cost Center		Gesamt	
	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €
Zinsüberschuss	2.023	2.145	364	344	-322	-319	1	4	2.066	2.174
Handelsergebnis	56	12	-1	7	57	31	0	0	112	50
Finanzanlage- ergebnis	1	90	0	0	66	154	13	14	80	258
Provisions- überschuss	742	652	133	122	-23	-23	84	84	936	835
Gesamterträge	2.822	2.899	496	473	-222	-157	98	102	3.194	3.317
Verwaltungs- aufwand	-1.276	-1.311	-110	-110	-9	-11	-1.635	-1.421	-3.030	-2.853
Risikovorsorge	-134	-143	35	-41	0	0	0	0	-99	-184
Sonstige Erträge	24	20	1	2	0	0	202	119	227	141
Sonstige Aufwendungen	-11	-87	-6	0	0	-1	-27	-29	-44	-117
Verrechnungen	-1.186	-992	-107	-116	-126	-135	1.419	1.243	0	0
davon Erträge	216	180	37	30	-10	-3	-243	-207	0	0
davon Auf- wendungen	-1.402	-1.172	-144	-146	-116	-132	1.662	1.450	0	0
Ergebnis	239	386	309	208	-357	-304	57	14	248	304
Wertminderungen	-18	-20	-1	-1	0	0	-87	-77	-106	-98
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Planmäßige Abschreibungen	-18	-20	-1	-1	0	0	-87	-77	-106	-98
Cost Income Ratio (CIR)²	87,8 %	82,9 %	48,7 %	50,8 %	-53,9 %	-90,1 %	-	-	89,9 %	85,9 %
Eigenkapital- Rendite vor Steuern (RoE)	7,1 %	11,7 %	36,5 %	26,9 %	-11,5 %	-10,1 %	-	-	3,4 %	4,3 %

¹Angaben angepasst (vgl. Erläuterung innerhalb dieser Note)

²Für die Segmente wurde die Kennzahl mit genauen Beträgen gerechnet, die aus dem Management-Informationssystem stammen. Bei der Berechnung mit gerundeten Zahlen kann es daher zu geringfügigen Differenzen kommen.

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationssystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns.

Im Jahr 2017 ergaben sich folgende Veränderungen bzw. Sondersachverhalte in der Rechnung nach Geschäftsfeldern:

- Die in der Berichtsperiode durchgeführte Anpassung der Vorjahreszahlen (vgl. Note 6) wurde in der Segmentberichterstattung ebenfalls berücksichtigt. Im Segment Geschäfts- und Firmenkunden erhöhte sich der Zinsüberschuss für 2016 um 1 Mio € und im Segment Financial Market um 4 Mio €, die Provisionserträge reduzierten sich im Segment Geschäfts- und Firmenkunden um 4 Mio € und im Segment Cost Center um eben diesen Betrag. Das Segment Privatkunden wird in den Verrechnungen mit 4 Mio € belastet, gegenläufig zum Segment Cost Center.

- Einem angepassten Steuerungsansatz und den entsprechend veränderten Managementverantwortungen folgend, sind die Zuordnungen der betreffenden Ergebnisbeiträge zu Segmenten analog angepasst worden:

- Nach erfolgreicher weitgehender Reduktion der Bestände wurde die Non Core Operating Unit als eigenständige Steuerungseinheit aufgegeben und entsprechend entfällt auch der Ausweis als separates Segment. Die darin bisher berichteten Bauspar-Hochzinstarife, die Niederlassung BHW Italien, die Niederlassung BHW Luxemburg sowie die nicht mehr aktiv vertriebenen Retail-Produkte Altersvorsorgekonto und Closed End Funds wurden dem Segment Privatkunden zugeordnet. Das Portfolio Corporate High Risk wurde in das Segment Geschäfts- und Firmenkunden übertragen. Die Ergebnisbeiträge aus besicherten und unbesicherten Emissionen, Finanzanlagen mit Emittenten aus GIIPS-Staaten sowie das zentrale NCOU-Team wurden dem Segment Financial Markets zugeordnet.

- Der Aufwand für Einlagensicherung sowie bestimmte Aufwendungen für Prozessrisiken, die bislang im Segment Cost Center erfasst wurden, wurden, einer neuen Managementverantwortung folgend, in das Segment Privatkunden übertragen.
- In Übereinstimmung mit dem Steuerungsansatz ist die funktionale Zuordnung der Infrastruktureinheiten zu Vorstandsressorts über die bisher vorgenommene Zuordnung gemäß Einzelgesellschaft priorisiert worden: Insbesondere wurden Kosten der Infrastrukturfunktionen von Tochterunternehmen, die bislang je nach Hauptgeschäftsfeld der Gesellschaft auch den Segmenten Privatkunden, Geschäfts- und Firmenkunden und Financial Markets zugeordnet sein konnten, nun zusammen mit den übrigen Infrastrukturfunktionen des Postbank Konzerns dem Segment Cost Center zugeordnet.
- Als Beitrag eines Geschäfts zum jeweiligen Segmentergebnis wird nun die konzernexterne Wirkung dieses Geschäfts berichtet. Bisher erfolgte der Ausweis in den Segmenten inklusive konzerninterner Ergebnisbestandteile, und eine Eliminierung dieser konzerninternen erzielten Ergebnisse erfolgte im Segment Cost Center. Die bislang ausgewiesenen Intersegmenterträge entfallen damit.
- Insgesamt verändern sich die Zahlen der Vergleichsperiode durch die rückwirkende Umstellung hieraus wie folgt:
 - Der Zinsüberschuss reduziert sich im Segment Privatkunden um 77 Mio €, im Segment Financial Markets um 282 Mio € und erhöht sich in den Segmenten Geschäfts- und Firmenkunden sowie Cost Center um jeweils 1 Mio €.
 - Das Handelsergebnis reduziert sich im Segment Privatkunden um 1 Mio €, gegenläufig steigt es im Segment Cost Center um eben diesen Betrag.
 - Das Finanzanlageergebnis im Segment Financial Markets verbessert sich um 11 Mio €.
 - Der Provisionsüberschuss reduziert sich im Segment Privatkunden um 29 Mio €, während er sich im Segment Financial Markets um 2 Mio € und im Segment Cost Center um 26 Mio € erhöht.
 - Im Verwaltungsaufwand werden die Segmente Privatkunden mit 145 Mio € und Financial Markets mit 19 Mio € entlastet, während das Segment Geschäfts- und Firmenkunden mit 2 Mio € und das Segment Cost Center mit 171 Mio € belastet werden.
 - Die sonstigen Erträge für das Segment Cost Center verbessern sich um 16 Mio €, gegenläufig zur Reduktion der sonstigen Erträge im Segment Privatkunden um 14 Mio € und im Segment Financial Markets um 1 Mio €.
 - Bei den sonstigen Aufwendungen wird das Segment Privatkunden um 84 Mio € entlastet, gegenläufig kommt es zu einer Belastung im Segment Cost Center in Höhe von 89 Mio €.
 - Die Belastung durch Verrechnungen erhöht sich für die Segmente Privatkunden um 197 Mio € und Financial Markets um 96 Mio €, während das Segment Geschäfts- und Firmenkunden um 36 Mio € und das Segment Cost Center um 216 Mio € entlastet werden.

- Insgesamt erhöht sich das Ergebnis vor Steuern für das Segment Geschäfts- und Firmenkunden um 36 Mio €, während sich das Ergebnis vor Steuern für Financial Markets um 347 Mio € und für das Segment Privatkunden um 104 Mio € verschlechtert.

Im Geschäftsfeld Privatkunden bietet die Postbank ein breites Spektrum von Post-, Bank- und Finanzdienstleistungen an. Die Produktpalette umfasst das Giro- und das Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bauspargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie Investmentfonds. Außerdem werden die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft mit nicht mehr aktiv vertriebenen Retail-Produkten (Altersvorsorgekonto und Closed End Funds) erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den Ergebnissen des Geschäfts mit Privatkunden der Deutschen Postbank AG, des inländischen sowie ausländischen Privatkundengeschäfts der BHW Bausparkasse AG sowie dem Kundengeschäft weiterer Tochtergesellschaften, namentlich der BHW Holding AG, der Postbank Filialvertrieb AG, der Postbank Finanzberatung AG, der Postbank Immobilien GmbH, der BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft GmbH und der Postbank Direkt GmbH. Darüber hinaus wird das Ergebnis aus der Fortschreibung der Effekte der Kaufpreisallokation aus dem Erwerb der BHW Bausparkasse AG dem Segment Privatkunden zugeordnet.

Im Geschäftsfeld Geschäfts- und Firmenkunden erbringt die Postbank für Geschäfts- und Firmenkunden Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr. Die gewerbliche Finanzierung – insbesondere von Immobilien – stellt national wie international eine zweite wesentliche Säule des Firmenkundengeschäfts dar. Einen weiteren Bereich dieses Geschäftsfelds bilden Factoring und Leasing. Darüber hinaus werden das Anlage- und das sonstige Kreditgeschäft mit den Geschäfts- und Firmenkunden in diesem Segment erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den Ergebnissen aus Dienstleistungen für Geschäfts- und Firmenkunden der PB Firmenkunden AG, der Postbank Leasing GmbH, der PB Factoring GmbH, der Geschäfte mit Firmen- und Geschäftskunden der Deutschen Postbank AG sowie aus Teilen der Ergebnisse der Zweigniederlassung Luxemburg.

Dem Geschäftsfeld Financial Markets zugeordnet sind die Ergebnisse aus den Financial-Markets-Geschäften des Konzerns (Bank- und Handelsbücher), der Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft, aus besicherten und unbesicherten Emissionen sowie aus Finanzanlagen mit Emittenten aus GIIPS-Staaten.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen sowohl aus den jeweiligen Bank- und Handelsbüchern der Deutschen Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG sowie den Ergebnissen der Tochter PB International S.A. und der Zweigniederlassung Luxemburg (ohne Firmenkundengeschäft) als auch aus den Ergebnissen der Teilgesellschaftsvermögen, der Deutschen Postbank Funding Trust I, der Deutschen Postbank Funding Trust II, der Deutschen Postbank Funding Trust III, der Deutschen Postbank Funding Trust IV (bis 22. September 2017), der Deutschen Postbank Funding LLC I, der Deutschen Postbank Funding LLC II, der Deutschen Postbank Funding LLC III und der Deutschen Postbank Funding LLC IV (bis 22. September 2017).

Das Segment Cost Center enthält die Ergebnisse der Infrastrukturfunktionen der Deutschen Postbank AG, der BHW Bausparkasse AG, der BHW Holding AG, der PB Firmenkunden AG, der Deutschen Postbank AG, Zweigniederlassung Luxemburg, der Postbank Direkt GmbH, der Postbank Filialvertrieb AG, der Postbank Finanzberatung AG und der Postbank Immobilien GmbH. Das Segment beinhaltet außerdem die Ergebnisse der den Cost Centern zugeordneten Tochtergesellschaften Postbank Systems AG, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, DSL Portfolio GmbH & Co. KG, DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Postbank Service GmbH, BHW Kreditervice GmbH, Betriebs-Center für Banken AG, VÖB-ZVD Processing GmbH und Postbank Beteiligungen GmbH.

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmens-einheiten werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet. Gemäß IFRS 8.23 weisen wir den Zinsüberschuss (Nettozinsenertrag) statt der Zinserträge und der Zinsaufwendungen aus. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand und der sonstige Aufwand der in den Segmentergebnissen berücksichtigten Einheiten basieren im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Ertragsteuern werden nicht auf Segmentebene ermittelt.

Wertaufholungen und Wertminderungen beziehen sich auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Es werden sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige Wertveränderungen berücksichtigt.

Die Zuordnung des Eigenkapitals zu den Segmenten richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der Postbank und legt fest, in welcher Höhe Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken sowie Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten, erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals zu den Segmenten.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehende Tabelle enthält Informationen zu Erträgen je Produkt bzw. Dienstleistung.

	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €
Einlagen und Kredite Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden	2.477	2.587
Zahlungsverkehr Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden	467	378
Provisionsgeschäft Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden	343	341
Transaction Banking Insourcing	-76	-79
Übriges	-17	90
Summe Erträge	3.194	3.317

¹Angaben angepasst (vgl. Erläuterung innerhalb dieser Note)

Die Summe der Erträge setzt sich zusammen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Finanzanlageergebnis des Postbank Konzerns. Die Positionen „Einlagen und Kredite“, „Zahlungsverkehr“ und „Provisionsgeschäft“ bilden die den Segmenten Privatkunden sowie Geschäfts- und Firmenkunden zugeordneten Erträge für Bankprodukte für den Zins- und Provisionsüberschuss ab. Die Position „Transaction Banking“ beinhaltet den Provisionsüberschuss der Betriebs-Center für Banken AG. Die Position „Übriges“ enthält u. a. das Handels- und das Finanzanlageergebnis des Konzerns sowie den Zins- und Provisionsüberschuss des Segments Financial Markets.

Die Ermittlung der Ergebnisse nach geografischen Regionen erfolgt über die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung der den Regionen zuzuordnenden Legaleinheiten und Niederlassungen.

Die Region Europa enthält die Luxemburger Einheiten PB International S.A., die Zweigniederlassung Luxemburg und die Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH sowie die BHW Niederlassungen in Italien und in Luxemburg. Die Region Deutschland enthält alle inländischen Geschäftseinheiten inklusive aller Konsolidierungssachverhalte. Die Region USA beinhaltet die Deutsche Postbank Funding LLC I-IV und die Deutsche Postbank Funding Trust I-IV, Wilmington, Delaware (Deutsche Postbank Funding LLC IV und Deutsche Postbank Funding Trust IV bis 22. September 2017).

	Erträge		Ergebnis vor Steuern		Langfristige Vermögenswerte	
	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €	2017 Mio €	2016 Mio €
Deutschland	3.136	3.248	229	274	2.737	2.645
Europa	58	69	19	30	16	17
USA	0	0	0	0	0	0
Gesamt	3.194	3.317	248	304	2.753	2.662

¹Angaben angepasst (vgl. Erläuterung innerhalb dieser Note)

Langfristige Vermögenswerte beinhalten immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen.

(40) Eventual- und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Eventualverpflichtungen		
Aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	413	362
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	8.102	7.752
Sonstige Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen Einlagensicherungsfonds	46	22
Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen Barsicherheit Bankenabgabe	16	13
Sonstige Verpflichtungen	13.444	13.425 ¹
Gesamt	22.021	21.574

¹Vorjahresangabe korrigiert um 364 Mio €

Die Sonstigen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen Kreditlinien, die durch die Postbank jederzeit gekündigt werden können. Zusätzlich beinhaltet der Betrag eine Eventualverbindlichkeit für Beschwerden, die sich auf die Beratung und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds beziehen. Weitere Detailinformationen zu diesem Sachverhalt werden nicht gesondert dargestellt, da hieraus die Lage der Bank in den entsprechenden Verfahren ernsthaft beeinträchtigt werden kann.

Den Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen, die sich gegen den in der ordentlichen Hauptversammlung am 28. August 2015 gefassten Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutschen Postbank AG auf die Deutsche Bank Aktiengesellschaft gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung richten, ist in erster Instanz vor dem Landgericht Köln durch Urteil vom 20. Oktober 2017 stattgegeben worden. Die Deutsche Postbank AG hat gegen das Urteil Berufung vor dem Oberlandesgericht Köln eingelegt.

Die Eventual- und anderen Verpflichtungen wurden um die gebildete Risikovorsorge gekürzt.

Höhe und Zeitpunkt der Inanspruchnahme sind insbesondere bei Kreditlinien, Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen regelmäßig variabel.

(41) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten**Fair-Value-Hierarchie**

Im Folgenden wird die Zuordnung der zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente zur dreistufigen Fair-Value-Hierarchie gemäß IFRS 13.72 ff. dargestellt. Dementsprechend ordnet die Postbank die Bestände wie folgt dem entsprechenden Level zu:

Level 1: Für die nach Level 1 kategorisierten Bestände liegen quotierte Preise in Märkten für den identischen Vermögenswert oder die identische Verpflichtung vor. Das heißt, bei der Fair-Value-Bewertung des Level 1 werden ausschließlich am aktiven Markt notierte Preise des identischen Finanzinstruments zur Bewertung herangezogen. Unter Level 1 werden somit vor allem hochliquide Wertpapiere und börsengehandelte Derivate dargestellt.

Level 2: Bei der Bewertung nach Level 2 werden die Fair Values entweder mithilfe von in aktiven Märkten für ähnliche Instrumente notierten Preisen oder mit Bewertungsmethoden, deren Inputparameter nur auf direkt oder indirekt beobachtbaren Marktdaten beruhen, bestimmt. Hierunter fallen u. a. nicht börsengehandelte Derivate (z. B. Swaps, Caps, Floors) sowie Anleihen und Schuldscheindarlehen, deren Bewertung auf Basis von Zins- und Spread-Kurven bzw. Volatilitäten erfolgt.

Level 3: Bei der Bewertung nach Level 3 werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, bei denen wesentliche bzw. signifikante Eingangsparameter nicht am Markt beobachtbar sind. Solche Bewertungsverfahren werden insbesondere zur Bewertung von strukturierten Kreditprodukten verwendet.

Die folgenden Tabellen zeigen die Zuordnung der einzelnen Klassen von Finanzinstrumenten zu dem entsprechenden Level der Fair-Value-Hierarchie:

Zum 31. Dezember 2017

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte

Klassen	31.12.2017 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	310	0	310	0
Held-for-Trading-Darlehen	45	0	45	0
Derivate	265	0	265	0
Hedging-Derivate	47	0	47	0
Forderungen an Kunden	2.843	0	2.843	0
davon private Baufinanzierungen	2.843	0	2.843 ¹	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	14.154	9.953	4.161	40
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13.858	9.953	3.892	13
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	264	0	264	0
Beteiligungen	32	0	5	27
Sonstige Aktiva	232	0	0	232
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	232	0	0	232
Gesamt	17.586	9.953	7.361	272

¹Bei der Bewertung der Kredite in der Fair-Value-Option haben die nicht am Markt beobachtbaren Parameter seit Anfang 2014 als Folge der Zinsentwicklung einen größeren Anteil am Abzinsungsfaktor erlangt. Im Hinblick auf ihre erwartete geringere Volatilität und ihre Insignifikanz für den gesamten Fair Value erfolgt weiterhin eine Einstufung als Level 2.

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten

Klassen	31.12.2017 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelspassiva	217	0	217	0
Derivate	217	0	217	0
Hedging-Derivate	27	0	27	0
Gesamt	244	0	244	0

Zum 31. Dezember 2016

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte

Klassen	31.12.2016 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	475	0	475	0
Held-for-Trading-Darlehen	53	0	53	0
Derivate	422	0	422	0
Hedging-Derivate	112	0	112	0
Forderungen an Kunden	3.645	0	3.645	0
davon private Baufinanzierungen	3.645	0	3.645 ¹	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	14.571	12.078	2.454	39
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14.252	12.064	2.171	17
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	271	0	271	0
Beteiligungen	48	14	12	22
Sonstige Aktiva	140	0	0	140
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	140	0	0	140
Gesamt	18.943	12.078	6.686	179

¹Bei der Bewertung der Kredite in der Fair-Value-Option haben die nicht am Markt beobachtbaren Parameter seit Anfang 2014 als Folge der Zinsentwicklung einen größeren Anteil am Abzinsungsfaktor erlangt. Im Hinblick auf ihre erwartete geringere Volatilität und ihre Insignifikanz für den gesamten Fair Value erfolgt weiterhin eine Einstufung als Level 2.

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten

Klassen	31.12.2016 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsspassiva	409	0	409	0
Derivate	409	0	409	0
Hedging-Derivate	42	0	42	0
Gesamt	451	0	451	0

Im Rahmen der Bewertung der Level-2-Bestände – sofern nicht die Bewertung anhand von Transaktionen des identischen Finanzinstruments zum Bewertungsstichtag bzw. anhand von Transaktionen zum Bewertungsstichtag von ähnlichen Finanzinstrumenten erfolgen kann – greift die Postbank auf sogenannte Discounted-Cash-Flow-Modelle zurück. Bei dem Großteil der oben genannten Finanzinstrumente (Derivate, Anleihen, Schuldscheindarlehen) werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spread-Kurven (Credit Spreads, Basis-Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten.

Die Fair-Value-Option wird im Postbank Konzern ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs angewandt. Als Bewertungsparameter werden

die aktuelle Swaprenditekurve sowie darlehensspezifische Risiko- und Kostenaufschläge verwandt. Die Risikoaufschläge werden auf Basis von geschätzten Verlustquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten aus dem internen und von der Aufsicht zugelassenen Ratingmodell berücksichtigt.

Der Rückgang der Level-1-Bestände im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus einem Transfer zum Level 2 aufgrund der nicht am aktiven Markt quotierten Preise.

Sowohl auf der Aktivseite als auch auf der Passivseite kommen Bewertungsverfahren zum Einsatz, die aufgrund der verwendeten Inputparameter Level 3 zuzuordnen sind, Embedded Derivatives (CDS) aus den synthetischen, strukturierten Kreditprodukten werden dem Level 3 zugeordnet.

Die finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, haben sich in der Berichtsperiode wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte

Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2017							
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS			Gesamt
	Handels- aktiva	Hedging- Derivate	Forderungen an Kredit- institute/ Kunden	Finanz- anlagen	Forderungen an Kredit- institute/ Kunden	Sonstige Aktiva	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anfangsbestand	0	0	0	39	0	140	179
Summe Gewinne oder Verluste	0	0	0	5	0	0	5
in GuV	0	0	0	-2	0	0	-2
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	7	0	0	7
Erwerbe	0	0	0	1	0	147	148
Veräußerungen	0	0	0	-1	0	0	-1
Emissionen	0	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-4	0	-55	-59
Wechselkurseffekte	0	0	0	0	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Endbestand	0	0	0	40	0	232	272
Summe der Bewertungsgewinne/ -verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0	5	0	0	5

Zum 31. Dezember 2016 stellte sich die Entwicklung der finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, wie folgt dar:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte

Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2016							
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS			Gesamt
	Handels- aktiva	Hedging- Derivate	Forderungen an Kredit- institute/ Kunden	Finanz- anlagen	Forderungen an Kredit- institute/ Kunden	Sonstige Aktiva	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anfangsbestand	1	0	0	34	0	105	140
Summe Gewinne oder Verluste	-1	0	0	1	0	0	0
in GuV	-1	0	0	-1	0	0	-2
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	2	0	0	2
Erwerbe	0	0	0	26	0	96	122
Veräußerungen	0	0	0	-11	0	0	-11
Emissionen	0	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-11	0	-61	-72
Wechselkurseffekte	0	0	0	0	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Endbestand	0	0	0	39	0	140	179
Summe der Bewertungsgewinne/ -verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	-1	0	0	1	0	0	0

Die Bewertung der strukturierten Kreditprodukte innerhalb der Finanzanlagen, die dem Level 3 zuzuordnen sind, erfolgt derzeit mittels Arranger/Dealer Quotes, die durch ein internes Bewertungsmodell validiert werden. Im internen Bewertungsmodell wird neben den ausfallbedingten Beeinträchtigungen der erwarteten Zahlungsströme auch die Illiquidität der Märkte für strukturierte Produkte berücksichtigt, indem bei der Diskontierung der zuvor ermittelten Zahlungsströme ein Aufschlag auf den fristenkongruenten „risikolosen“ Zinssatz vorgenommen wird. Unter der Annahme einer Veränderung der Arranger/Dealer Quotes um +/- 100 Basispunkte würde sich der Fair Value um +/- 0,1 Mio € verändern.

Die Bestände an geschlossenen Fonds werden mit Cashflow-Modellen, die risikoadjustierte Planannahmen der einzelnen Fonds berücksichtigen, bewertet. Sofern die Planannahmen um +/- 10 % von den bei der Fair-Value-Ermittlung getroffenen Annahmen abweichen, würde sich eine Änderung des Fair Value von +/- 0,4 Mio € ergeben.

Innerhalb der Level-3-Bestände werden unter den Beteiligungen Vorzugsaktien der Visa Inc. dargestellt. Im Rahmen der Fair-Value-Ermittlung werden Annahmen in Bezug auf die Conversion Rate (Umtauschverhältnis in Stammaktien) und die Liquidität der Aktien berücksichtigt. Eine Veränderung der Annahmen zur Conversion Rate und zur Liquidität der Aktien in Höhe von +/- 10 % würde zu einer Wertänderung des Fair Value von +/- 2 Mio € führen.

Die Level-3-Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beziehen sich auf Provisionsforderungen im Zusammenhang mit der Vermittlung von Versicherungen und auf Forderungen aus erbrachten Dienstleistungen gegenüber verbundenen Unternehmen. Die Fair Values der für die Vermittlung von Versicherungen zu erhaltenden Abschlussprovisionen werden unter Berücksichtigung zukünftiger Stornierungen/erwarteter vorzeitiger Beendigungen ermittelt. Die zuverlässige Ermittlung der Fair Values der oben genannten Provisionen basiert auf dem Berichtssystem des Produktgebers und enthält Annahmen über die Stornoquote/erwartete vorzeitige Beendigungen der abgeschlossenen Versicherungen. Unter der Annahme der Veränderung der Stornoquoten von +/- 5 % würde sich eine Änderung des Fair Value der Forderung von +/- 8 Mio € ergeben, die als Änderung der Zahlungsströme erfolgswirksam erfasst werden würde.

Der Fair Value der Forderung aus der erbrachten Dienstleistung im Zusammenhang mit einem Refinanzierungsprogramm der Europäischen Zentralbank wird auf Basis von Erwartungen über die Laufzeit und die Höhe des Refinanzierungsvorteils und den daraus abgeleiteten künftigen Zahlungen an die Postbank ermittelt. Der Anstieg um 106 Mio € dieser Forderung ist auf den Wegfall von Unsicherheiten aus dem Refinanzierungsprogramm im Vergleich zum 31. Dezember 2016 zurückzuführen. Sofern die Annahmen um +/- 10 % von den bei der Fair-Value-Ermittlung getroffenen Schätzungen abweichen, würde sich eine Änderung des Fair Value von +/- 13 Mio € ergeben.

Da sowohl zum 31. Dezember 2017 als auch im Vorjahr die Verbindlichkeiten, die dem Level 3 zugeordnet werden, einen Buchwert wie auch einen Fair Value von 0 Mio € haben, wird auf die Angabe in tabellarischer Form verzichtet.

Nicht wiederkehrende Fair-Value-Bewertungen von Finanzinstrumenten waren in der Berichtsperiode nicht zu verzeichnen.

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

	31.12.2017					31.12.2016 ¹	
	Buchwert	Beizulegender	Level 1	Level 2	Level 3	Buchwert	Beizulegender
	Mio €	Zeitwert	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Zeitwert
		Mio €					Mio €
Aktiva							
Barreserve	2.020	2.020	2.020	0	0	2.291	2.291
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	10.821	10.825	8.924	1.901	0	13.108	13.117
Wertpapierpensionsgeschäfte	834	834	0	834	0	5.832	5.834
Täglich fällige Gelder	8.924	8.924	8.924	0	0	6.381	6.381
Darlehen	63	64	0	64	0	92	94
Namenschuldverschreibungen	0	0	0	0	0	300	306
Termingelder	1.000	1.003	0	1.003	0	500	499
Sonstige Forderungen	0	0	0	0	0	3	3
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	104.154	108.258	0	0	108.258	98.351	102.222
Private							
Baufinanzierungen	68.563	72.214	0	0	72.214	65.384	68.890
Bauspardarlehen	2.760	2.760	0	0	2.760	2.992	2.992
Gewerbliche Kredite	15.857	15.979	0	0	15.979	13.670	13.717
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.078	5.145	0	0	5.145	5.205	5.234
Ratenkredite	8.053	8.292	0	0	8.292	7.438	7.704
Kontokorrentkredite	2.195	2.195	0	0	2.195	2.085	2.085
Schuldscheindarlehen	1.604	1.629	0	0	1.629	1.537	1.560
Sonstige Forderungen	44	44	0	0	44	40	40
Risikovorsorge (Loans and Receivables)	-997	-997	0	0	-997	-998	-998
Private							
Baufinanzierungen	-226	-226	0	0	-226	-292	-292
Bauspardarlehen	-5	-5	0	0	-5	-5	-5
Gewerbliche Kredite	-125	-125	0	0	-125	-153	-153
Forderungen an öffentliche Haushalte	-3	-3	0	0	-3	-4	-4
Ratenkredite	-473	-473	0	0	-473	-389	-389
Kontokorrentkredite	-165	-165	0	0	-165	-155	-155
Schuldscheindarlehen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Forderungen	0	0	0	0	0	0	0
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	8.451	8.648	3.733	4.908	7	12.196	12.573
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8.451	8.648	3.733	4.908	7	12.196	12.573
Sonstige Aktiva (Loans and Receivables)	150	150	0	0	150	147	147
	124.599	128.904	14.677	6.809	107.418	125.095	129.352
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Liabilities at amortised cost)	12.065	12.345	66	2.750	9.529	13.133	13.539
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Liabilities at amortised cost)	118.699	120.066	0	0	120.066	118.918	120.616
Spareinlagen	36.688	36.688	0	0	36.688	38.585	38.585
Bauspareinlagen	18.587	18.587	0	0	18.587	18.809	18.809
Andere Verbindlichkeiten	63.424	64.791	0	0	64.791	61.524	63.222
Verbriefte Verbindlichkeiten (Liabilities at amortised cost)	3.215	3.589	60	0	3.529	3.339	3.767
Öffentliche Pfandbriefe	56	60	60	0	0	56	62
Hypothekendarlehen	2.344	2.397	0	0	2.397	2.405	2.467
Sonstige Schuldverschreibungen	815	1.132	0	0	1.132	878	1.238
Nachrangkapital (Liabilities at amortised cost)	2.068	2.332	0	0	2.332	2.567	2.598
Hybride Kapitalinstrumente	868	1.042	0	0	1.042	1.447	1.385
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.011	1.089	0	0	1.089	909	989
Genussrechtskapital	167	179	0	0	179	189	202
Vermögenseinlagen typischer stiller Gesellschafter	22	22	0	0	22	22	22
Sonstige Passiva (Liabilities at amortised cost)	546	546	0	0	546	318	318
	136.593	138.878	126	2.750	136.002	138.275	140.838

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr.

(42) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39

	Erläuterungen	2017 Mio €	2016 ¹ Mio €
Zinserträge und -aufwendungen (inklusive atypische Zinsen)	(7)		
Loans and Receivables		3.315	3.676
Available for Sale		182	206
Held for Trading		-147	-155
Liabilities at amortised cost		-1.284	-1.553
Nettogewinne und -verluste	(10), (11)		
Held for Trading		55	38
Designated as at Fair Value		57	12
Loans and Receivables		16	84
Available for Sale		64	174

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

	Fair Value Hedge/Option		Nicht gehedgt		Gesamt	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 ¹ Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 ¹ Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 ¹ Mio €
Aktiva	15.147	17.199	126.015	125.546	141.162	142.745
Loans and Receivables	4.108	4.572	119.468	119.230	123.576	123.802
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	10.821	13.108	10.821	13.108
Forderungen an Kunden	2.558	2.482	101.596	95.869	104.154	98.351
Finanzanlagen	1.550	2.090	6.901	10.106	8.451	12.196
Sonstige Aktiva	-	-	150	147	150	147
Available for Sale	8.149	8.870	6.237	5.841	14.386	14.711
Finanzanlagen	8.149	8.870	6.005	5.701	14.154	14.571
Sonstige Aktiva	-	-	232	140	232	140
Held for Trading	-	-	310	475	310	475
Handelsaktiva	-	-	310	475	310	475
Fair-Value-Option	2.843	3.645	-	-	2.843	3.645
Forderungen an Kunden	2.843	3.645	-	-	2.843	3.645
Hedging-Derivate	47	112	-	-	47	112
Passiva	8.877	9.135	127.960	129.591	136.837	138.726
Liabilities at amortised cost	8.837	9.065	127.756	129.210	136.593	138.275
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	324	654	11.741	12.479	12.065	13.133
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.304	6.827	113.395	112.091	118.699	118.918
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.284	76	931	3.263	3.215	3.339
Nachrangkapital	925	1.508	1.143	1.059	2.068	2.567
Sonstige Passiva	-	-	546	318	546	318
Held for Trading	13	28	204	381	217	409
Handelspassiva	13	28	204	381	217	409
Hedging-Derivate	27	42	-	-	27	42

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

(43) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisenswaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps sowie Zinsoptionsgeschäfte. Kreditderivate (Credit Default Swaps) resultieren aus abgespaltenen Derivaten synthetischer CDOs.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Bei der Abwicklung von Derivaten über einen zentralen Kontrahenten nutzt die Postbank die bestehenden Nettingmöglichkeiten.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Derivate des Handelsbestands	131.764	138.822	265	422	217	409
Hedging-Derivate	23.543	21.785	47	112	27	42
Gesamt	155.307	160.607	312	534	244	451

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins-, kredit- und fremdwährungsbezogenen, bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Nominalwerte		Fair Value			
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermin (Forwards)	1.023	1.124	31	29	20	32
Devisenswaps	2.180	3.877	3	15	7	7
Devisenoptionen ¹	663	884	12	10	11	10
Gesamtbestand Fremdwährungsderivate	3.866	5.885	46	54	38	49
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	124.199	129.738	153	228	165	323
Cross Currency Swaps	653	866	63	137	10	33
Forward Rate Agreements	–	–	–	–	–	–
OTC-Zinsoptionen	173	46	1	0	1	0
Sonstige zinsgebundene Verträge	2.865	2.274	2	3	3	4
Gesamtbestand Zinsderivate	127.890	132.924	219	368	179	360

¹Inklusive Goldoptionen

	Fair Value					
	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktienoptionen (long/short)	-	-	-	-	-	-
Gesamtbestand Aktien-/ Indexbezogene Derivate	-	0	-	0	-	-
Kreditderivate						
Credit Default Swaps	8	13	0	0	0	0
Gesamtbestand Kreditderivate	8	13	0	0	0	0
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	131.764	138.822	265	422	217	409
davon Derivate des Bankbuchs	63.688	57.497	265	421	128	300
davon Derivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	7.844	11.180	0	0	13	28
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges						
Zinsswaps	23.540	21.779	47	112	26	40
Cross Currency Swaps	3	6	0	0	1	2
Credit Default Swaps	-	-	-	-	-	-
Gesamtbestand Hedging-Derivate	23.543	21.785	47	112	27	42
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	155.307	160.607	312	534	244	451

Gesamtbestand der bilanziell ausgewiesenen derivativen
Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

	Hedging-Derivate			
	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	11	10	6	7
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0	0	1	0
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	1	0	4	5
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1	2	2	8
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	0	1	1	3
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	0	0	2	1
mehr als 5 Jahre	34	99	11	18
	47	112	27	42

Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	28	30	31	56
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	26	25	23	91
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	18	15	7	31
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	24	20	7	11
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	10	35	9	26
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	21	28	8	30
mehr als 5 Jahre	138	269	132	164
	265	422	217	409

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgliedert.

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Kontrahenten				
Banken in der OECD	126	320	224	397
Sonstige Kontrahenten in der OECD	186	214	20	54
Nicht OECD	-	-	-	-
	312	534	244	451

(44) Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen, die die Aufrechnungsvoraussetzungen des IAS 32.42 ff. erfüllen, sind zum Nettowert in der Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Angaben zum 31. Dezember 2017 zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Falle von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind.

	Finanzielle Vermögenswerte (brutto) Mio €	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto) Mio €	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto) Mio €	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen Mio €	Barsicherheiten Mio €	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten Mio €	Netto-betrag Mio €
Aktiva							
Forderungen an Kreditinstitute	11.354	-800	10.554	-	-	-835	9.719
Handelsaktiva	4.842	-4.532	310	-54	-41	-	215
Hedging-Derivate	722	-675	47	0	-7	-	40
Gesamt	16.918	-6.007	10.911	-54	-48	-835	9.974

	Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto) Mio €	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto) Mio €	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto) Mio €	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen Mio €	Barsicherheiten Mio €	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten Mio €	Netto-betrag Mio €
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.204	-455	2.749	-	0	-2.588	161
Handelspassiva	5.226	-5.009	217	-54	-111	-	52
Hedging-Derivate	570	-543	27	0	-14	-	13
Gesamt	9.000	-6.007	2.993	-54	-125	-2.588	226

In der Spalte „Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)“ sind die Beträge ausgewiesen, die nach Maßgabe der Kriterien des IAS 32.42 ff. aufgerechnet wurden. In der Spalte „Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen“ werden die Beträge ausgewiesen, die Gegenstand einer Netting-Rahmenvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen des IAS 32.42 ff. nicht aufgerechnet wurden. Die Spalten „Barsicherheiten“ und „Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten“ zeigen deren beizulegenden Zeitwert. Das Recht zur Aufrechnung von Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten bedingt den vorherigen Ausfall der Gegenpartei.

Die Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos/Repos) sind Gegenstand der Bilanzpositionen „Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Risikovorsorge)“ und „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“.

Aufrechnungen aus Derivaten spiegeln sich in den Bilanzpositionen „Handelsaktiva“, „Handelspassiva“ und „Hedging-Derivate“ wider. Die als Absicherung für positive Marktwerte von Derivaten erhaltenen und für negative Marktwerte von Derivaten übertragenen Barsicherheiten werden unter den „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ bzw. „Forderungen an Kreditinstitute“ bilanziert.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2016:

	Finanzielle Vermögenswerte (brutto) Mio €	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto) Mio €	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto) Mio €	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen Mio €	Barsicherheiten Mio €	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten Mio €	Nettobetrag Mio €
Aktiva							
Forderungen an Kreditinstitute	17.714	-4.606	13.108	-	-	-5.839	7.269
Handelsaktiva	6.632	-6.157	475	-191	-73	-	211
Hedging-Derivate	1.042	-930	112	-1	-19	-	92
Gesamt	25.388	-11.693	13.695	-192	-92	-5.839	7.572

	Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto) Mio €	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto) Mio €	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto) Mio €	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen Mio €	Barsicherheiten Mio €	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten Mio €	Nettobetrag Mio €
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.167	-4.020	3.147	-	-	-2.881	266
Handelspassiva	7.271	-6.862	409	-191	-289	-	-71
Hedging-Derivate	853	-811	42	-1	-30	-	11
Gesamt	15.291	-11.693	3.598	-192	-319	-2.881	206

(45) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

	31.12.2017 Anzahl	31.12.2016 Anzahl
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	322	385
Zwangsverwaltungsverfahren	65	72
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	289	377

(46) Fremdwährungsvermögen

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Fremdwährungsaktiva	3.469	3.245
Fremdwährungspassiva	3.433	3.236

(47) Kapitalmanagement, Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Die Postbank erfüllt die seit dem 1. Januar 2014 in Kraft getretenen Anforderungen aus Basel III, wie sie sich aus der Capital Requirements Regulation (CRR) und der Capital Requirements Directive IV (CRD IV) sowie den begleitenden Verordnungen deutschen Rechts ergeben. Im Jahr 2017 galten noch zahlreiche Übergangsvorschriften.

Die Ermittlungs- und Steuerungsprozesse der Postbank für die Eigenmittelausstattung sowie die Leverage Ratio entsprechen dem aktuellen Stand von Gesetzen, Verordnungen und Standards der European Banking Authority (EBA). Interne Berechnungen erfolgen dabei stets sowohl für die Ergebnisse bei Anwendung der aktuell gültigen Übergangsvorschriften (regulatory phased-in) wie auch ohne Anwendung dieser erleichternden Übergangsvorschriften (fully phased-in). Die Eigenmittelentwicklungen werden in beiden Sichtweisen überwacht und gesteuert.

Im Jahr 2016 wurden für die Postbank erstmals zusätzliche Kapitalpufferanforderungen schlagend. Diese Kapitalpuffer sind alle durch hartes Kernkapital (CET 1) abzudecken, das bezogen auf die risikogewichteten Aktiva zusätzlich zu den bestehenden Mindestanforderungen vorzuhalten ist. Die CRR regelt Übergangsfristen, die eine stufenweise Erhöhung der Kapitalpufferanforderungen im Zeitraum zwischen 2016 und 2019 vorsehen. Die Anforderungen an Kapitalpuffer werden je nach Pufferart direkt durch die CRD IV bzw. das KWVG definiert oder aber instituts- bzw. landesspezifisch durch die Aufsicht festgelegt und kommuniziert.

Der Kapitalerhaltungspuffer ist in seiner Höhe bereits durch die CRD IV definiert und wurde im Jahr 2017 mit einer Kapitalanforderung von 1,25% der risikogewichteten Aktiva berücksichtigt. Die maximale Anforderung für den Kapitalerhaltungspuffer wird im Jahr 2019 mit 2,5 % erreicht sein. Die BaFin hat aktuell den antizyklischen Kapitalpuffer für Deutschland auf 0 % festgesetzt. Bezogen auf entsprechende ausländische Exposures, ergibt sich für die Postbank eine gewichtete antizyklische Kapitalpufferanforderung in Höhe von 0,007% der RWA. Über diese Kapitalpufferanforderungen hinaus kann die zuständige Aufsichtsbehörde im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) Banken zusätzliche individuelle Eigenkapitalanforderungen auferlegen, die über den gesetzlichen Mindestanforderungen liegen.

Die Postbank erfüllt in diesem Zusammenhang alle an sie gerichteten Mindestkapitalanforderungen inklusive der gesetzlichen und individuellen Kapitalpufferanforderungen.

Die Postbank erwartet aus der Einführung des neuen Rechnungslegungsstandards IFRS 9 im Jahr 2018 einen negativen Erstanwendungseffekt auf das bilanzielle Eigenkapital¹. Bei der Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel kann ein Teil der nach IFRS 9 zusätzlich gebildeten Risikovorsorge im Rahmen des Wertberichtigungsabgleichs angerechnet werden, wodurch der negative bilanzielle Erstanwendungseffekt im harten Kernkapital teilweise kompensiert werden kann.

Nach aktueller Einschätzung erwartet die Postbank, auch 2018 alle an sie gerichteten Mindestkapitalanforderungen

inklusive der gesetzlichen und individuellen Kapitalpufferanforderungen zu erfüllen.

Die externen, durch die Bankenaufsicht vorgegebenen Eigenmittelanforderungen stellen für die Postbank eine harte Untergrenze im Rahmen der strategischen Steuerung dar. Sie sind in das Risikoappetit-Framework eingebunden. Die entsprechenden Kennzahlen werden sowohl auf der Ebene des Postbank Konzerns als auch auf der Ebene der Einzelinstitute im Konzern ermittelt und gesteuert, die unter den Anwendungsbereich der CRR fallen.

Die Steuerung der Eigenmittelanforderungen ist in den übergreifenden Kapitalsteuerungsprozess eingebunden. Dieser umfasst die regulatorische (normative) und die ökonomische Steuerungssicht. Hinsichtlich der ökonomischen Kapitalsteuerung verweisen wir auf unsere Darstellungen in Note 48 „Risikotragfähigkeit, Risikodeckungsmasse und Risikokapital“.

Die regulatorische (normative) Kapitalsteuerung legt den Fokus auf die Anforderungen an das harte Kernkapital (CET 1) und berücksichtigt darüber hinaus das Kernkapital (Tier 1) und das Gesamtkapital (own funds). Somit werden die Anforderungen der Säule I abgedeckt. Das Kapitalsteuerungskonzept umfasst die folgenden drei Stufen:

1. Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Mindestquoten gemäß CRR/CRD IV bzw. gemäß Festsetzung durch die BaFin/EZB.
2. Beobachtung und Einhaltung der intern definierten Schwellenwerte, bei deren Unterschreitung ein Handlungsimpuls zum Ergreifen von Kapitalsteuerungsmaßnahmen ausgelöst wird. Schwellenwerte wurden für die jeweiligen IST-Kapitalquoten, die im Forecast ermittelten Quoten sowie die Ergebnisse der Stresstests definiert.
3. Anstreben einer durch den Vorstand im Rahmen der Festlegung der Risikostrategie jährlich neu definierten mittelfristigen Zielquote für das CET 1.

Für die Leverage Ratio besteht bisher keine aufsichtsrechtliche Mindestanforderung. Die Bank hat jedoch zur internen Steuerung auch hier Schwellenwerte sowie interne Zielquoten festgelegt. Diese sind über die Risikostrategie in die übergreifende Kapitalsteuerung eingebunden. Der übergreifende Kapitalsteuerungsprozess beinhaltet verschiedene Überwachungs- und Prognoseprozesse für die definierten Kennzahlen. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird einmal jährlich eine Vorschau auf die Entwicklung von Eigenmittel- und Verschuldungsquoten sowie ergänzend die bail-in-fähigen Verbindlichkeiten (MREL) über die folgenden drei Jahre auf der Basis von Volumen-, Migrations- und Ergebnisplanungen sowie dezidierter Planungsannahmen aufgestellt. Diese Planung umfasst auch ein Downside-Szenario.

Monatlich werden die aktuellen Quoten für die Eigenmittelausstattung und den Verschuldungsgrad berechnet. Vierteljährlich werden die aktuellen Quoten sowie die Ergebnisse der Stresstestberechnungen im Gesamtbankrisikobericht an den Vorstand und den Aufsichtsrat berichtet.

132

¹Siehe Note (5)

Die Risikostrategie definiert entsprechende interne Schwellenwerte, bei deren Unterschreitung Handlungsimpulse ausgelöst und Handlungsempfehlungen ausgearbeitet werden. Unterjährig erfolgt darüber hinaus monatlich ein Forecast der Eigenmittelquoten mit Blick auf das nächste Quartal sowie das Ende des Geschäftsjahres, um die Notwendigkeit von Steuerungsmaßnahmen zu prüfen.

Zentrales Gremium bei der Überwachung und Steuerung der Kapitalquoten sowie der Leverage Ratio ist das Asset & Liability Committee. Hier werden Vorschläge für Steuerungsmaßnahmen entwickelt, bewertet und entschieden sowie deren Wirkung überwacht.

Die auf Basis des aktuellen Regelwerks ermittelte Eigenmittelausstattung gemäß CRR/CRD IV (regular phased-in) stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2017 ¹ Mio €	31.12.2016 ² Mio €
Adressrisiken (inklusive CVA)	36.459	36.108
Marktrisikopositionen	68	62
Operationelle Risiken	5.373	5.827
Gesamt-Risikoaktiva	41.900	41.997
regular phased-in:		
Hartes Kernkapital (CET 1)	5.417	5.946
Zusätzliches Kernkapital (AT 1)	125	228
Kernkapital (Tier 1)	5.541	6.174
Ergänzungskapital (Tier 2)	900	1.052
Eigenmittel (own funds)	6.441	7.226
	%	%
Harte Kernkapitalquote (CET 1 Capital Ratio)	12,9	14,2
Kernkapitalquote (Tier 1 Capital Ratio)	13,2	14,7
Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio)	15,4	17,2
fully phased-in:		
Harte Kernkapitalquote (CET 1 Capital Ratio)	11,9	12,4
Kernkapitalquote (Tier 1 Capital Ratio)	11,9	12,4
Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio)	15,2	15,9

¹Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2017, vorbehaltlich dessen Billigung

²Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2016, Angaben angepasst (siehe Note 6)

Die harte Kernkapitalquote (CET 1 Capital Ratio) gemäß Meldung per 31. Dezember 2017 (regular phased-in) beträgt 12,9 %.

Wesentliche Bestandteile des Kernkapitals sind das Grundkapital und gebildete Rücklagen. Das Ergänzungskapital setzt sich aus längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechtsverbindlichkeiten zusammen.

(48) Risikotragfähigkeit, Risikodeckungsmasse und Risikokapital

Die Postbank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist. Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem Eigenkapital nach IFRS (abzüglich Goodwill und aktiver latenter Steuern) und dem Nachrangkapital nach IFRS sowie sonstigen Reserven und Lasten von Finanzinstrumenten einschließlich Kundengeschäften abzüglich der Nettokosten. Als sonstige Reserven werden über die in der IFRS-Bilanz bzw. den Notes ausgewiesenen Reserven hinaus weitere Reserven berücksichtigt. Hierbei handelt es sich um anteilige Reserven aus den Spar- und Girobeständen und dem BHW Bausparkollektiv, die über Replikationsmodelle ermittelt werden. Zur Berücksichtigung von Schätzunsicherheiten werden bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse konservativ angesetzte Abschläge und Limitpuffer verwendet. Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet.

Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß CRR, KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen dar.

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der MaRisk konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns, differenziert nach Risikoarten, auf Basis des genehmigten Risikokapitals vor und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten sowie die freie Risikodeckungsmasse, bezogen auf die Geschäftsjahre 2017 und 2016 (Berechnung jeweils per 31. Dezember):

Risikokapital, differenziert nach Risikoarten

Kapital- und Risikokomponenten	Allotiertes Risikokapital	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Kreditrisiken	2.600	2.700
Marktrisiken	1.800	2.180
Operationelle Risiken	600	700
Geschäftsrisiken	2.670	2.670
Summe vor Diversifikation	7.670	8.250
Diversifikationseffekte	1.376	1.460
Summe nach Diversifikation	6.294	6.790
Freie Risikodeckungsmasse	3.059	3.128
Risikodeckungsmasse gesamt	9.353	9.918

Weiterführende Angaben zum Management des ökonomischen Risikokapitals werden im Abschnitt „Risikobericht“ des Konzernlageberichts dargestellt.

(49) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2017:

	Täglich fällig	Bis 3 Mo- nate	3 Mo- nate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	8.925	424	949	195	0	0	217	111	10.821
Forderungen an Kunden	5.470	6.920	8.155	9.988	8.896	9.900	8.907	48.761	106.997
Handelsaktiva	–	30	28	19	31	16	23	163	310
Hedging-Derivate	–	11	–	1	1	0	0	34	47
Finanzanlagen	–	2.577	3.054	4.473	2.171	1.840	1.743	6.747	22.605
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	1	11	57	5	0	–	–	–	74
Latente Ertragsteueransprüche	0	0	30	3	20	22	70	84	229
Sonstige Aktiva	120	52	148	88	41	8	3	17	477
Gesamt	14.516	10.025	12.421	14.772	11.160	11.786	10.963	55.917	141.560
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	258	3.082	824	1.050	859	1.040	1.031	3.921	12.065
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	51.645	37.438	9.337	4.528	2.213	3.115	1.943	8.480	118.699
Verbriefte Verbindlichkeiten	84	0	10	122	1.111	1.084	0	804	3.215
Handelspassiva	–	31	23	7	7	9	8	132	217
Hedging-Derivate	–	6	1	4	2	1	2	11	27
Rückstellungen	10	36	281	273	183	81	61	213	1.138
Pensionsrückstellungen	0	5	14	19	19	19	50	202	328
Sonstige Rückstellungen	10	31	267	254	164	62	11	11	810
Tatsächliche Ertragsteuerpflichtungen	0	–	38	1	–	–	–	–	39
Latente Ertragsteuerpflichtungen	0	0	2	0	0	0	11	9	22
Sonstige Passiva	193	160	329	22	10	10	6	10	740
Nachrangkapital	0	239	385	133	14	24	15	1.258	2.068
Gesamt	52.190	40.992	11.230	6.140	4.399	5.364	3.077	14.838	138.230
Eventualverbindlichkeiten	413	0	0	0	0	0	0	0	413
Unwiderrufliche Kreditzusagen	8.102	0	0	0	0	0	0	0	8.102



Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente sind gesondert in einer Tabelle unter Note (43) ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2016:

	Täglich fällig	Bis 3 Mo- nate	3 Mo- nate bis 1 Jahr Mio €	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	6.383	2.853	1.827	1.422	92	0	236	295	13.108
Forderungen an Kunden ¹	5.034	6.452	8.753	9.950	9.350	8.571	8.625	45.261	101.996
Handelsaktiva	–	39	27	17	21	43	34	294	475
Hedging-Derivate	–	10	0	0	2	1	0	99	112
Finanzanlagen	–	2.267	2.234	6.126	4.557	2.222	1.882	7.479	26.767
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	0	0	81	53	0	10	–	–	144
Latente Ertragsteueransprüche	0	0	37	16	3	2	59	81	198
Sonstige Aktiva	170	34	78	67	16	8	4	11	388
Gesamt	11.587	11.655	13.037	17.651	14.041	10.857	10.840	53.520	143.188
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	508	3.214	986	1.171	1.073	869	1.123	4.189	13.133
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	47.029	39.740	9.725	4.815	2.866	2.114	2.967	9.662	118.918
Verbriefte Verbindlichkeiten	83	0	61	10	123	1.141	1.115	806	3.339
Handelspassiva	–	56	91	31	11	26	30	164	409
Hedging-Derivate	–	7	0	5	8	3	1	18	42
Rückstellungen	14	36	271	180	119	53	28	206	907
Pensionsrückstellungen	–	3	10	13	12	12	12	192	254
Sonstige Rückstellungen	14	33	261	167	107	41	16	14	653
Tatsächliche Ertragsteuerpflichtungen	0	–	62	15	–	21	–	–	98
Latente Ertragsteuerpflichtungen	–	0	0	11	0	0	4	2	17
Sonstige Passiva	179	172	154	11	7	7	4	7	541
Nachrangkapital	0	9	128	401	133	14	25	1.857	2.567
Gesamt	47.813	43.234	11.478	6.650	4.340	4.248	5.297	16.911	139.971
Eventualverpflichtungen	362	0	0	0	0	0	0	0	362
Unwiderrufliche Kreditzusagen	7.752	0	0	0	0	0	0	0	7.752

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

(50) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Deutsche Postbank AG zahlt gemäß § 16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (BAnstPT), Postbeamtenversorgungskasse (PVK) in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltstfähig beurlaubten Beamten. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können. Die Patronatserklärung für die Deutsche Postbank International S.A. (heute: PB International S.A.), Luxemburg, ist ab dem 1. Juli 2014 gegenstandslos geworden und wurde daher zu diesem

Stichtag hinsichtlich neu begründeter Verbindlichkeiten gekündigt, nachdem die Deutsche Postbank AG, Zweigniederlassung Luxemburg, den Geschäftsbetrieb der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, insgesamt unter fast vollständiger Übernahme der Aktiva und der Passiva der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, zum 1. Juli 2014 aufgenommen hat.

Aus der Abgabe der Patronatserklärungen gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Deutsche Postbank AG in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaften. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch die Gläubiger gegenüber.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II und III, alle Delaware, USA, abgegeben.

Die finanziellen Verpflichtungen aus operativen Leasinggeschäften der Postbank aus unkündbaren Leasingverträgen betreffen Grundstücke und Gebäude und stellen sich in ihrer Fälligkeitsstruktur wie folgt dar:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	59	59
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	53	51
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	46	43
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	35	35
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	28	24
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	63	66
Gesamt	284	278

(51) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 ¹ Mio €
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	1	1
Forderungen an Kunden	350	380
	351	381
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	349	380
	351	381

¹Vorjahresangaben angepasst

(52) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraums:

	Gesamt 2017	Gesamt 2016
Vollzeitkräfte		
Beamte	3.953	4.278
Angestellte	12.100	12.301
	16.053	16.579
Teilzeitkräfte		
Beamte	1.051	1.050
Angestellte	4.232	4.564
	5.283	5.614
	21.336	22.193

Die Mitarbeiter werden fast ausschließlich im Inland beschäftigt.

(53) Beziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Gegenstand dieser Note sind Angaben zu Beziehungen mit strukturierten Unternehmen, die von der Postbank nicht beherrscht und somit nicht konsolidiert werden.

Unter Beziehungen zu strukturierten Unternehmen sind vertragliche und nichtvertragliche Geschäftsbeziehungen zu verstehen, die die Postbank schwankenden positiven und/oder negativen Renditen aus der Geschäftstätigkeit eines strukturierten Unternehmens aussetzen.

Ein strukturiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei dem – aufgrund der besonderen Ausgestaltung – die Stimmrechte oder vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor für die Beurteilung der Beherrschung sind. Ein strukturiertes Unternehmen zeichnet sich oft durch nachfolgende charakterisierende Eigenschaften aus: beschränkte Aktivitäten, enger und genau definierter Unternehmenszweck, unzureichende Eigenkapitalausstattung und Finanzierung, die zur Konzentration von Kredit- oder anderen Risiken führt.

Die Postbank hat im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierungen u. a. Kreditbeziehungen zu Immobilienobjektgesellschaften, deren Zweck Halten und Vermieten der gewerblichen Immobilien im Wesentlichen in Deutschland und Europa ist, und zu nationalen und internationalen Immobilienfonds (Kategorie „gewerbliche Immobilienfinanzierungen“). Die Finanzierung der Immobilien erfolgt durch Eigen- und Fremdkapitalaufnahme. Bei den Immobilienobjektgesellschaften kommt in der Regel ein höherer Fremdkapitalanteil zum Einsatz.

Unter die Beziehungen mit strukturierten Unternehmen fallen ebenfalls die im Bestand des Konzerns befindlichen von strukturierten Unternehmen (z. B. Verbriefungsgesellschaften) emittierten Wertpapiere (Kategorie „Sonstige“) und Fondszertifikate/-anteile (Kategorie „Fonds“).

Als maximales Ausfallrisiko wird der höchstmögliche Verlust aus den Beziehungen zu den strukturierten Unternehmen, denen die Bank ausgesetzt sein könnte, gezeigt. Das maximale Ausfallrisiko bei den zu Anschaffungskosten bewerteten Transaktionen setzt sich zusammen aus dem Bilanzwert und dem Wert der außerbilanziellen Verpflichtungen der Bank, die mit Beziehungen zu strukturierten Unternehmen zusam-

menhängen. Das maximale Ausfallrisiko wird ohne Berücksichtigung von erhaltenen Sicherheiten gezeigt.

Der Umfang der strukturierten Unternehmen wird mithilfe folgender Größen dargestellt:

- Gewerbliche Immobilienfinanzierungen und Fonds: Vermögenswerte des strukturierten Unternehmens,
- Sonstige: Nominalwerte der ausgegebenen Notes.

	Gewerbliche Immobilienfinan- zierungen	Fonds	Sonstige	Gesamt
	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €
Aktiva				
Forderungen an Kunden	6.354	–	4	6.358
Handelsaktiva	–	–	–	–
Finanzanlagen	0	264	–	264
Risikovorsorge	–48	–	–	–48
Maximales Ausfallrisiko	6.553	264	4	6.821
Forderungen an Kunden	6.354	–	4	6.358
Handelsaktiva	–	–	–	–
Finanzanlagen	0	264	–	264
Risikovorsorge	–48	–	–	–48
Außerbilanzielle Verpflichtungen	247	–	–	247
Umfang der strukturierten Unternehmen	7.039	8.396	4	15.439

Die nachfolgende Tabelle enthält die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2016.

	Gewerbliche Immobilienfinan- zierungen	Fonds	Sonstige	Gesamt
	31.12.2016 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2016 Mio €
Aktiva				
Forderungen an Kunden	5.089	–	11	5.100
Handelsaktiva	–	–	–	–
Finanzanlagen	3	270	–	273
Risikovorsorge	–80	–	–	–80
Maximales Ausfallrisiko	5.139	270	11	5.420
Forderungen an Kunden	5.089	–	11	5.100
Handelsaktiva	–	–	–	–
Finanzanlagen	3	270	–	273
Risikovorsorge	–80	–	–	–80
Außerbilanzielle Verpflichtungen	127	–	–	127
Umfang der strukturierten Unternehmen	5.633	5.660	11	11.304

Die außerbilanziellen Verpflichtungen stellen vertragliche Verpflichtungen der Bank, eine finanzielle Unterstützung an die strukturierten Unternehmen zu leisten, dar. Die Bank hat in der Berichtsperiode finanzielle Unterstützung, zu der die Bank nicht vertraglich verpflichtet war, an die strukturierten Unternehmen weder erbracht noch hat sie vor, solche zu erbringen.

(54) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen steht die Postbank unmittelbar und mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit der Deutschen Bank AG, die die Postbank beherrscht, sowie einer geringen Anzahl von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die nicht in den Postbank Konzernabschluss einbezogen werden, in Beziehung. Als sonstige nahestehende Unternehmen werden die Tochtergesellschaften der Deutschen Bank AG, die assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen der Postbank und der Deutschen Bank sowie deren Tochterunternehmen bezeichnet. Als nahestehende Personen in Schlüsselpositionen werden die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und der Deutschen Bank AG sowie deren nahe Familienangehörige definiert. Im Rahmen der Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Lieferungs- und Leistungsbeziehungen, die mit diesen Unternehmen und Personen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die von der Deutschen Postbank AG beherrscht werden, sind in der Anteilsbesitzliste (Note 59) verzeichnet.

Zu Geschäftsvorfällen mit nahestehenden Unternehmen gehört auch die Teilnahme der Deutschen Postbank AG an einem beitragsorientierten Versorgungsplan, dessen Aufwendungen Zahlungen an die BANstPT, PVK (vormals Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.) in Höhe von 93 Mio € (Vorjahr: 96 Mio €) umfassen. Weiterhin wurden Verwaltungsaufwendungen des BANstPT anteilig in Höhe von 14 Mio € (Vorjahr: 12 Mio €) abgegolten.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 hat die Postbank fünf Servicegesellschaften zurückerworben und ab diesem Zeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen. Infolgedessen werden die Beziehungen zu diesen Gesellschaften ab dem Übertragungszeitpunkt nicht mehr in dieser Note offengelegt, da diese im Konzernabschluss gemäß IFRS 10 eliminiert werden.

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

Mit Verschmelzungsvertrag vom 19. April 2017 hat die DB Finanz-Holding GmbH ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung ohne Abwicklung auf die DB Beteiligungs-Holding GmbH übertragen. Die Verschmelzung ist am 27. April 2017 durch Eintragung im Handelsregister wirksam geworden.

Daraus ergibt sich, dass die DB Finanz-Holding GmbH mit Eintragung der oben genannten Verschmelzung erloschen ist und deshalb nicht mehr am Grundkapital der Deutschen Postbank AG beteiligt ist. Die DB Beteiligungs-Holding GmbH als Rechtsnachfolgerin der DB Finanz-Holding GmbH

hält somit nicht mehr mittelbar, sondern unmittelbar die Mehrheit am Grundkapital der Deutschen Postbank AG.

Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht nunmehr zwischen der Deutschen Postbank AG als abhängigem Unternehmen und der DB Beteiligungs-Holding GmbH.

Forderungen an nahestehende Unternehmen

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Deutsche Bank AG	1.133	2.288
Tochtergesellschaften	42	42
Sonstige nahestehende Unternehmen	4	4
	1.179	2.334
Forderungen an Kunden		
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	0
	0	0
Handelsaktiva		
Deutsche Bank AG	31	125
Finanzanlagen		
Deutsche Bank AG	1.020	1.118
	1.020	1.118
Sonstige Aktiva		
Deutsche Bank AG ¹	158	50
Sonstige nahestehende Unternehmen	5	5
	163	55

¹Vorjahresangaben korrigiert um 40 Mio € aufgrund geänderter Zuordnung

Bei den Forderungen an Kreditinstitute handelt es sich im Wesentlichen um Geldmarktgeschäfte gegenüber der Deutschen Bank AG und ihren Tochtergesellschaften. Der Rückgang der Forderungen an die Deutsche Bank AG ist im Wesentlichen auf ein im Vergleich zum Vorjahr geringeres Volumen der Wertpapierpensionsgeschäfte zurückzuführen.

Der Rückgang der Handelsaktiva ist im Wesentlichen auf Bewertungseffekte zurückzuführen.

Bei den Finanzanlagen handelt es sich um Anleihen der Deutschen Bank AG.

In den sonstigen Aktiva ist im Jahr 2017 eine Forderung gegenüber der Deutschen Bank AG in Höhe von 126 Mio € aus der Teilnahme der Postbank an der von der Deutschen Bank als Leitinstitut geführten Bietergruppe an einem Refinanzierungsprogramm der Europäischen Zentralbank (TLTRO II) enthalten. Die von der Postbank vereinnahmte Vergütung ist in Höhe von 106 Mio € in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Deutsche Bank AG	2.847	3.004
Sonstige nahestehende Unternehmen	1	0
	2.848	3.004
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Tochtergesellschaften	5	8
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	5
	5	13
Handelsspassiva		
Deutsche Bank AG	149	237
	149	237
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	0	1
	0	1
Sonstige Passiva		
Deutsche Bank AG	37	35
DB Beteiligungs-Holding GmbH	217	9
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	1
	254	45
Nachrangkapital		
Deutsche Bank AG	185	0
	185	0

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bank AG handelt es sich im Wesentlichen um Wertpapierpensionsgeschäfte.

Der Rückgang der Handelsspassiva ist im Wesentlichen auf Bewertungseffekte zurückzuführen.

Bei den sonstigen Passiva gegenüber der DB Beteiligungs-Holding GmbH handelt es sich um die Effekte aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, die in den Gewinnrücklagen erfasst wurden.

Bei der Position „Nachrangkapital“ handelt es sich um eine Neuemission zum Ende des Berichtsjahres.

Gegenüber der Deutschen Bank AG bestehen zum Stichtag Eventualverbindlichkeiten aus Gewährleistungsverpflichtungen in Höhe von 45 Mio € (31. Dezember 2016: 41 Mio €).

Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen

	2017 Mio €	2016 Mio €
Zinserträge		
Deutsche Bank AG	17	12
Tochtergesellschaften	1	0
Sonstige nahestehende Unternehmen	-12	-11
	6	1
Zinsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	5	4
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	0
	5	4
Provisionserträge		
Deutsche Bank AG	26	30
Sonstige nahestehende Unternehmen	24	27
	50	57
Provisionsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	2	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	1	0
	3	2
Handelsergebnis		
Deutsche Bank AG	13	6
	13	6
Ergebnis aus Finanzanlagen		
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	-
	0	-
Verwaltungsaufwand		
Deutsche Bank AG	15	24
Tochtergesellschaften	15	16
Sonstige nahestehende Unternehmen	11	16
	41	56
Sonstige Erträge		
Deutsche Bank AG	111	61
Tochtergesellschaften	3	3
Sonstige nahestehende Unternehmen	4	5
	118	69
Sonstige Aufwendungen		
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	-
	0	-

In den Zinserträgen gegenüber der Deutschen Bank AG sind 7 Mio € aus atypisch verzinsten Wertpapierpensionsgeschäften enthalten.

Die Entwicklung der sonstigen Erträge ist auf die von der Postbank vereinnahmte Vergütung in Höhe von 106 Mio € aus der Teilnahme an der von der Deutschen Bank als Leitinstitut geführten Bietergruppe an einem Refinanzierungsprogramm der Europäischen Zentralbank zurückzuführen.

Personen in Schlüsselpositionen

Zum Bilanzstichtag hat die Postbank Kredite an Personen in Schlüsselpositionen in Höhe von 1.042 T€ (Vorjahr: 891 T€) gewährt und Einlagen in Höhe von 1.678 T€ (Vorjahr: 2.198 T€) von nahestehenden Personen in Schlüsselpositionen erhalten.

Die nachfolgende Tabelle stellt den in der Berichtsperiode entstandenen Personalaufwand in Verbindung mit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG gemäß IAS 24.17 dar.

	2017 T€	2016 T€
Kurzfristig fällige Leistungen	4.737,3	5.024,3
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3.036,5	2.478,8
Andere langfristig fällige Leistungen	2.057,1	2.097,4
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,0	625,0
Anteilsbasierte Vergütung	2.057,3	2.097,6
Gesamtvergütung gemäß IAS 24.17	11.888,2	12.323,1

Die kurzfristig fälligen Leistungen beinhalten neben der Grundvergütung und dem unmittelbar in bar zu vergütenden Anteil der variablen Vergütung auch die Nebenleistungen, die im Wesentlichen aus geldwerten Vorteilen aus Sachbezügen wie Firmenwagennutzung, Versicherungsprämien und geschäftsbezogenen Aufwendungen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern bestehen. Die Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses stellen den Dienstzeitaufwand der Berichtsperiode dar. Als andere langfristig fällige Leistungen ist der Periodenaufwand für die gewährte Barzuwendung mit langfristiger Anreizwirkung dargestellt.

Der Gesamtbuchwert der Verpflichtung aus gewährten Zuwendungen für Vorstandsmitglieder belief sich zum Bilanzstichtag auf 11.129,7 T€ (Vorjahr: 11.347,1 T€).

Der Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen und Anwartschaften aktiver Vorstandsmitglieder beläuft sich zum Jahresende auf 30.539 T€ (Vorjahr: 24.876 T€).

Die Gesamtvergütung der Aufsichtsratsmitglieder für die Berichtsperiode in Höhe von 1.091,3 T€ (Vorjahr: 1.137,7 T€) wird gemäß IAS 24.17 als kurzfristig fällige Leistung klassifiziert.

Eine detaillierte Beschreibung der Grundzüge des Vergütungssystems entnehmen Sie dem nachfolgenden Kapitel „Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung“.

Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung

Die Deutsche Postbank AG veröffentlicht hiermit die Grundsätze der Festlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Bericht enthält zudem zusammengefasste quantitative Angaben zur Vergütung der Organmitglieder.

Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands

Zuständigkeit

Zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und für die Festsetzung der individuellen Bezüge der Vorstandsmitglieder ist der Aufsichtsrat als Plenum. Unterstützt wird das Plenum durch den Vergütungskontrollausschuss. Der Ausschuss ist insbesondere zuständig für die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Geschäftsleiter und Mitarbeiter, insbesondere für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie für solche Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts haben. Der Vergütungskontrollausschuss bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement, bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats über die Vergütung der Geschäftsleiter vor und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme.

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2017

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Postbank festgelegt und regelmäßig überprüft. Im Mittelpunkt der Überprüfung stehen dabei insbesondere die Frage der Angemessenheit der Ausgestaltung des Systems sowie erforderliche Anpassungen an neue gesetzliche bzw. regulatorische Vorgaben.

Maßgebliche Zielsetzung ist, die Vorstandsmitglieder unter Berücksichtigung aller gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben entsprechend ihrem Tätigkeits- und Verantwortungsbereich angemessen und unter Berücksichtigung des nachhaltigen Gesamterfolgs der Postbank sowie der gemeinsamen und der individuellen Leistungen des Vorstands markt- und wettbewerbsgerecht zu vergüten. Für das Geschäftsjahr 2017 wurde ein vertikaler und horizontaler Vergütungsvergleich durchgeführt, welcher die Angemessenheit der Vergütung als Ergebnis bestätigte.

Der Aufsichtsrat hat eine Obergrenze für das Verhältnis von variabler Vergütung zur fixen Vergütung bestimmt. Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben des § 25a Abs. 5 KWG hat die Hauptversammlung der Postbank ein maximales Verhältnis der festen zur variablen Vergütung von 1:2 für die Vorstandsmitglieder gebilligt.

Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Vorstands unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

a) Erfolgsunabhängige Komponenten

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Festvergütung) und Nebenleistungen. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Leistungen zur betrieblichen Altersversorgung (einzelvertragliche Versorgungszusagen), geldwerten Vorteilen aus Sachbezügen wie Firmenwagennutzung, Versicherungsprämien und dem Ersatz von geschäftsbezogenen Aufwendungen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern in gleicher Weise zu; die Höhe kann im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation variieren.

b) Erfolgsabhängige Komponente (variable Vergütung)

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die Höhe der variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder wird, ausgehend von einem vereinbarten Zielwert für die variable Vergütung auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen mit Postbank Gruppen-, Ressort- und Individualzielen, auf der Basis von Messkriterien ermittelt, wobei einheitliche Postbank Gruppenziele in der Gewichtung die Hälfte der Leistungsmessung ausmachen. Die Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) von 150 % des vereinbarten Zielwertes begrenzt.

Der Aufsichtsrat hatte, der Empfehlung des Vergütungskontrollausschusses folgend, bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Gewährung¹ der ermittelten variablen Vergütung und eine Harmonisierung mit den im Deutsche Bank Konzern geltenden Regelungen beschlossen. Nach Verkündung der Strategie 2020 der Deutschen Bank AG und der damit verbundenen geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern wurden die Gewährungsregelungen für die variable Vergütung durch Beschluss des Aufsichtsrats mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2015 nochmals modifiziert. Dies ist mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils durch Anpassung der entsprechenden Regelungen ihres Anstellungsvertrags vereinbart.

Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2017

Die Vergabemodalitäten der festgesetzten variablen Vergütung wurden mit Wirkung für die variable Vergütung für 2014 geändert und aufgrund der geänderten strategischen Planung der Deutschen Bank im Hinblick auf die Positionierung der Postbank für 2015 erneut modifiziert. Eine erneute Änderung der Vergabemodalitäten für das Geschäftsjahr 2017 war nicht erforderlich.

Die variable Vergütung wird unter Berücksichtigung der jeweils gültigen regulatorischen und bankspezifischen Vorgaben zu großen Teilen in aufgeschobener Form gewährt und über mehrere Jahre gestreckt. Auf diese Weise ist eine langfristige Anreizwirkung für einen mehrjährigen Zeitraum sichergestellt.

Den Vorgaben der Institutsvergütungsverordnung folgend, werden mindestens 60 % der variablen Vergütung aufgeschoben gewährt und über mehrere Jahre gestreckt. Der nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung wird zur Hälfte in Form eines aktienbasierten Vergütungselements (Equity Upfront Award) vergeben und zur anderen Hälfte

unmittelbar bar (Cash-Bonus) ausgezahlt. Der aufgeschobene Teil der variablen Vergütung besteht zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen (Restricted Equity Award), während der verbleibende andere Teil als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award) gewährt wird. Der Wert der aktienbasierten Vergütungselemente hängt während der Zurückbehaltungs- sowie Haltefristen von der Kursentwicklung der Deutsche Bank Aktie ab. Für den Restricted Equity Award gelten während der Zurückbehaltungsfrist und, soweit zutreffend, während der Haltefrist besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen.

Equity Upfront Award

Der Anteil der nicht aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Equity Upfront Award (EUA) an die Vorstandsmitglieder vergeben. Der EUA ist sofort unverfallbar, es gilt jedoch eine weitere Haltefrist, während der besondere, nachstehend gesondert dargestellte Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen gelten. Für den für das Geschäftsjahr 2017 gewährten EUA beträgt die Haltefrist zwölf Monate. Nach Ablauf der Haltefrist wird der EUA nach heutigem Stand in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert.

Restricted Equity Award

Der Anteil der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Restricted Equity Award (REA) vergeben. Die REA unterliegen einer dreijährigen Zurückbehaltungsfrist, und sie werden in einer Tranche unverfallbar (sogenanntes „Cliff Vesting“).

An die genannte Zurückbehaltungsfrist schließt sich für alle Vorstandsmitglieder eine zwölfmonatige Haltefrist an, bevor die aktienbasierten Vergütungselemente nach heutigem Stand in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert werden. Während der Zurückbehaltungsfrist und, soweit zutreffend, während der Haltefrist gelten besondere, nachstehend gesondert dargestellte Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen.

Für das Geschäftsjahr 2017 bedeutet dies, dass die Vorstandsmitglieder einheitlich den Wert ihrer für das Jahr 2017 gewährten REA unter Berücksichtigung der Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen frühestens im Jahr 2022 (vier Jahre nach Festlegung) realisieren können.

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2018 für das Geschäftsjahr 2017 in Form von EUA und REA gewährt werden, wird mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar 2018 ermittelt.

Restricted Incentive Award

Der nicht aktienbasierte Teil der hinausgeschobenen Vergütung wird als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award – RIA) gewährt, die in drei gleichen Tranchen über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar wird. Während der Zurückbehaltungsfrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Die letzte Tranche des den Vorstandsmitgliedern für das Jahr 2017 gewährten RIA wird frühestens im Jahr 2021 ausgezahlt.

¹Gewährung meint in diesem Zusammenhang die Aufteilung der für das abgelaufene Geschäftsjahr festgesetzten variablen Vergütung auf die Vergütungselemente und Inaussichtstellung der festgelegten variablen Vergütung in diesen Vergütungselementen.

Die genannten Awards berechtigen nicht zum Bezug von Zins- oder Dividendenzahlungen. Die Planregelungen der aktienbasierten Vergütungselemente enthalten einen Verwässerungsschutz im Falle einer Kapitalerhöhung.

Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen

Die Vergütungskomponenten EUA, RIA und REA unterliegen bestimmten Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen während der Zurückbehaltungs- bzw. Haltefristen. Diese Bedingungen und Fristen bilden ein zentrales Element der Struktur für die aufgeschobene Vergütung. Sie gewährleisten, dass die entsprechenden Awards an zukünftigem Verhalten und zukünftiger Leistung ausgerichtet und auch langfristig bestimmte Ereignisse in der Vergütung angemessen berücksichtigt sind. Für die zurückbehalten gewährten Vergütungselemente REA und RIA gelten sogenannte Leistungsbedingungen, d. h. Vorschriften über den Einbehalt im Hinblick auf den Erfolgsbeitrag der Postbank Gruppe bzw. des Deutsche Bank Konzerns. Danach können bis zu 100 % der anstehenden RIA- bzw. REA-Tranche verfallen, wenn die Leistungsbedingungen, bezogen auf das Ergebnis vor Steuern der Postbank Gruppe und/oder des Konzerns, nicht erfüllt sind. So können bis zu 1/3 des für 2017 gewährten REA für jedes Jahr des Zurückbehaltungszeitraums verfallen, in dem die Leistungsbedingungen nicht erfüllt sind. Eine weitere Leistungsbedingung ist die sogenannte Common-Equity-Tier-1-Leistungsbedingung. Danach verfallen bis zu 100 % des noch nicht unverfallbaren REA, wenn an einem beliebigen Quartalsende vor Ablauf der Zurückbehaltungsfrist die Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1) des Deutsche Bank Konzerns und der Postbank Gruppe unter der jeweils gültigen regulatorischen Minimumkapitalgrenze liegt (einschließlich eines zusätzlichen Risikopuffers von 200 Basispunkten).

Sämtliche zurückbehaltenen gewährten Vergütungselemente (REA, RIA) sowie der EUA und der REA während der Haltefrist unterliegen darüber hinaus dem (gegebenenfalls teilweisen) Einbehalt, z. B. nach einem Verstoß des Vorstandsmitglieds gegen interne Richtlinien oder regulatorische Auflagen respektive wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage.

Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2014 bis 2016

Der Aufsichtsrat hatte, der Empfehlung des Vergütungskontrollausschusses folgend, bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Gewährung der ermittelten variablen Vergütung und eine Harmonisierung mit den im Deutsche Bank Konzern geltenden Regelungen beschlossen. Nach Verkündung der Strategie 2020 der Deutsche Bank AG und der damit verbundenen geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern wurden die Gewährungsregelungen für die variable Vergütung durch Beschluss des Aufsichtsrats nochmals mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2015 modifiziert, wobei die Grundstrukturen unverändert geblieben sind. Vor diesem Hintergrund kann für die Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2014, 2015 und 2016 im Wesentlichen auf die vorstehenden Ausführungen für das Geschäftsjahr 2017 verwiesen werden. Dies gilt insbesondere für die Aufteilung der variablen Vergütung in die Vergütungselemente Cash-Bonus, Equity Upfront Award (EUA), Restricted Incentive Award (RIA) sowie Restricted Equity Award (REA). Folgende Besonderheiten sind zu berücksichtigen.

a) Geschäftsjahr 2016

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2017 für das Geschäftsjahr 2016 in Form von EUA und REA gewährt wurden, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar 2017 (18,499 €) ermittelt.

Die genannten Vergütungselemente für das Geschäftsjahr 2016 berechtigten nicht zum Bezug von Zins- oder Dividendenzahlungen.

b) Geschäftsjahr 2015

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2016 für das Geschäftsjahr 2015 in Form von EUA und REA gewährt wurden, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar 2016 (15,4705 €) ermittelt.

Die genannten Vergütungselemente für das Geschäftsjahr 2015 berechtigten nicht zum Bezug von Zins- oder Dividendenzahlungen.

c) Geschäftsjahr 2014

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2015 für das Geschäftsjahr 2014 in Form von REA gewährt wurden, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2015 (27,1080 €) ermittelt.

Den Verantwortlichkeiten innerhalb des Konzerngefüges Rechnung tragend, waren die Zurückbehaltungszeiträume der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung (REA) unterschiedlich ausgestaltet. Grundsätzlich wurde der für das Geschäftsjahr 2014 vergebene REA in drei gleichen Tranchen pro rata über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar. Für Mitglieder des Vorstands, die im Geschäftsjahr 2014 zusätzlich der sogenannten Senior Management Group auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zugeordnet waren (dies betraf Frau Klöß-Braekler sowie die Herren Strauß, Heß und Storr), fanden im Jahr 2014 Sonderregelungen Anwendung, und es gilt abweichend eine viereinhalbjährige Zurückbehaltungsfrist, nach der die Awards in einer Tranche unverfallbar werden (sogenanntes „Cliff Vesting“). Die sich an die Zurückbehaltungszeiträume anschließende Haltefrist für die REA beträgt einheitlich sechs Monate. Für das Geschäftsjahr 2014 bedeutet dies, dass Vorstandsmitglieder, die der Senior Management Group zugeordnet waren, den Wert ihrer für das Jahr 2014 gewährten REA unter Berücksichtigung der Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen frühestens im Jahr 2020 (also fünf Jahre nach Gewährung) realisieren können. Für die übrigen Vorstandsmitglieder kann der Wert der letzten Tranche des REA frühestens im Jahr 2018 (also dreieinhalb Jahre nach Gewährung) realisiert werden.

Die für das Geschäftsjahr 2014 gewährten Vergütungselemente sahen folgende (Zins-)Aufschläge vor:

- **Equity Upfront Award:**
Gewährung eines Dividendenäquivalents während der Haltefrist.
- **Restricted Equity Award:**
Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 5 % bei Vergabe. Mitglieder der sogenannten Senior Management Group erhalten ein Dividendenäquivalent.
- **Restricted Incentive Award:**
Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 2 % bei Vergabe.

Die Verfallbedingungen für die aufgeschoben gewährten Vergütungselemente RIA und REA sehen eine Messung sowohl am Postbank Gruppen- wie auch Deutsche Bank Konzernergebnis vor.

Gewährung und Auszahlung der variablen Vergütung bis Ende 2013

In dem bis Ende 2013 geltenden Vergütungssystem wurde die variable Vergütung aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40 %) und eine Langfristkomponente (Anteil 60 %). Sie wurde, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt. Für die Vergütungsjahre 2012 bis 2013 waren im Jahr 2017 noch Langfristkomponenten offen, die nach den bei Gewährung maßgeblichen Vertragsregelungen zu den vereinbarten Terminen zur Auszahlung anstanden bzw. anstehen.

Die Langfristkomponente wurde insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe gewährt, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wurde. Im unmittelbar auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wurden das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses war für die variable Vergütung bis 2013 definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernerfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr war.

Die Langfristkomponente wurde – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen bzw. in Phantom Shares umgewandelt wurden.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums für die noch ausstehenden Vergütungskomponenten die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares, die nach Ablauf einer zwölfmonatigen Sperrfrist wieder in einen Eurobetrag umgewandelt werden.

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems kann die Auszahlung von noch nicht ausbezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden.

Diese Vergütungsmechanismen wirken bei den für die Vergütungsjahre 2012 bis 2013 aufgeschoben gewährten Vergütungselementen noch nach und gelten insoweit fort.

Im Jahr 2017 wurden nach Ablauf der Sperrfrist die Umwandlungsbeträge aus den Phantom Shares der Langfristkomponenten aus den Basisjahren 2012 (dritte Tranche) und 2013 (zweite Tranche) ausgezahlt. Hierfür wurden die im Jahr 2016 in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG umgewandelten Vergütungskomponenten (Phantom Shares) mit dem Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie der letzten zehn Handelstage (8. bis 21. März 2017) bis zum Ablauf der Sperrfrist (18,00 €)¹ multipliziert. Im Jahr 2017 wurde darüber hinaus die dritte und letzte Tranche des Baranteils der Langfristkomponente des Basisjahres 2013 mit Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums ausgezahlt. Die entsprechende andere Hälfte der genannten Tranchen wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) auf Basis des durchschnittlichen Kurswertes (Xetra-Schlusskurs) der letzten zehn Handelstage vor dem 22. März 2017 (18,00 €) umgewandelt und steht nach Ablauf der Sperrfrist zur Auszahlung im Jahr 2018 an.²

Für die im Jahr 2017 am Tag der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG gesperrten Phantom Shares wurde kein Dividendenäquivalent berechnet, da die Deutsche Bank für das Geschäftsjahr 2015 keine Dividende ausgeschüttet hat.

Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens
Bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, wird die Postbank nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergütet und die Zahlung auf maximal zwei Jahresvergütungen (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung (Grundvergütung sowie variable Vergütung) pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Weitere Regelungen

Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

¹Aufgrund der Kapitalerhöhung der Deutschen Bank AG, die am 19. März abgeschlossen wurde, war der Kurs für den 21. März (erste Notierung nach der Kapitalerhöhung ex Bezugsrecht) nachträglich um den Kurs des Bezugsrechts (2,21 €) erhöht worden, sodass sich der Durchschnittskurs entsprechend auf die 18,00 € erhöhte. Dies führte zu entsprechenden Nachzahlungen.

²Die Summe der Phantom Shares wurde zum Ausgleich der Kapitalerhöhung der Deutschen Bank AG im Jahr 2017 nachträglich um 12,04 % erhöht.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist begrenzt durch die maximale Höhe der variablen Vergütung von 150 % des vereinbarten Zielwertes.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Die Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Festlegung der variablen Vergütung für die Mitglieder des Vorstands wurden Ende Januar 2018 intensiv im Vergütungskontrollausschuss beraten und von diesem für das Gesamtplenar vorbereitet. Der Aufsichtsrat hat auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses die variable Vergütung für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2017 festgelegt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands belaufen sich im Geschäftsjahr 2017 auf 7.601,1 T€ (2016: 7.759,2 T€). Hiervon entfielen 4.003,9 T€ (2016: 4.307,4 T€) auf erfolgsunabhängige Komponenten, 2.863,7 T€ (2016: 2.734,9 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und 733,5 T€ (2016: 716,9 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten ohne langfristige Anreizwirkung. Frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bezogen im Geschäftsjahr 2017 Pensionszahlungen in Höhe von 2.652,2 T€ (2016: 2.394,1 T€).

Die Langfristkomponente I bzw. die Restricted Incentive Awards sind als eine hinausgeschobene, nicht-aktienbasierte Vergütung, die aber bestimmten (Verfall-)Bedingungen unterliegt, nach DRS 17 erst im Geschäftsjahr der Auszahlung (also in dem Geschäftsjahr, in dem die bedingungsfreie Auszahlung erfolgt) in die Gesamtbezüge einzubeziehen und nicht bereits in dem Geschäftsjahr, in dem die Zusage ursprünglich erteilt bzw. der Award eingeführt wurde. Dem entsprechend erhielten die einzelnen Vorstandsmitglieder für die Jahre bzw. in den Jahren 2017 und 2016 die nachstehenden Bezüge für ihre Tätigkeit im Vorstand inklusive der Nebenleistungen.

DRS 17

	01.01.– 31.12.2017 T€	01.01.– 31.12.2016 T€
Vergütung		
Erfolgsabhängige Komponenten		
Ohne langfristige Anreizwirkung		
unmittelbar ausgezahlt	733,5	716,9
Mit langfristiger Anreizwirkung		
Bar		
Langfristkomponente I	252,0	578,0
Restricted Incentive Award ausgezahlt	689,7	295,8
Aktienbasiert		
Equity Upfront Award	733,5	716,9
Restricted Equity Award	1.188,5	1.144,2
Summe erfolgsabhängige Komponenten	3.597,2	3.451,8
Erfolgsunabhängige Komponenten		
Festvergütung	3.822,5	4.150,0
Nebenleistungen	181,4	157,4
Summe	7.601,1	7.759,2

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2017 für das Geschäftsjahr 2016 in Form von Equity Upfront Awards (EUA) sowie in Form von Restricted Equity Awards (REA) gewährt wurde, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar 2017 (18,499 €) ermittelt. Hieraus ergab sich folgende Anzahl gewährter Aktienanwartschaften (gerundet):

Jahr	Equity Upfront Award(s) (mit Haltefrist)	Restricted Equity Award(s) (aufge- schoben mit zusätzlicher Haltefrist)
	€	€
2016	34.580,25	55.594,90
Summe	34.580,25	55.594,90

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2018 für das Geschäftsjahr 2017 in Form von Equity Upfront Awards (EUA) sowie in Form von Restricted Equity Awards (REA) zu gewähren ist, wird mittels Division der jeweiligen Eurobeträge (siehe „festgelegte Werte“ in der Gewährungstabelle) durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar 2018 ermittelt. Dieser Kurswert lag bei Aufstellung des Konzernabschlusses noch nicht vor, sodass die errechneten Anwartschaften im Konzernanhang des Folgejahres abzulesen sind.

Vergütung des Aufsichtsrats

Das Vergütungssystem ist in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats ausschließlich aus einer festen, erfolgsunabhängigen Vergütung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die feste jährliche Vergütung (Grundvergütung) beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 40.000 €. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Grundvergütung.

Die Grundvergütung erhöht sich für die Mitgliedschaft und den Vorsitz in den Ausschüssen um folgende zusätzliche feste jährliche Vergütungen:

Die Mitgliedschaft im Prüfungsausschuss und im Risikoausschuss wird mit zusätzlich 30.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 60.000 € vergütet. Die Mitgliedschaft im Präsidialausschuss, im Personalausschuss, im Vergütungskontrollausschuss und im Nominierungsausschuss wird mit zusätzlich 20.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 40.000 € vergütet. Für Mitgliedschaft und Vorsitz im Vermittlungsausschuss wird keine zusätzliche feste Vergütung gewährt.

Im Februar 2017 hat der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG die vorübergehende Einrichtung eines Ausschusses „Digitale Transformation“ bis Ende 2018 beschlossen. Der Ausschuss hat nur eine beratende Funktion und ist im Geschäftsjahr 2017 nicht zusammengetreten.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen, ein Sitzungsgeld von 500 €.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung und das Sitzungsgeld nach der Hauptversammlung, die den Konzernabschluss für das jeweilige Geschäftsjahr entgegennimmt oder über seine Billigung entscheidet.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat und/oder seinen Ausschüssen angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig. Die Vergütung wird auf volle Monate auf- und abgerundet. Eine zeitanteilige Vergütung für die Ausschusstätigkeiten setzt voraus, dass der betreffende Ausschuss im entsprechenden Zeitraum zur Erfüllung seiner Aufgaben getagt hat.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Die Vergütung von Mandaten als Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten von Gesellschaften des Deutsche Bank Konzerns bleibt davon unberührt.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2017 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 1.091,3 T€ (Vorjahr: 1.137,7 T€). Darüber hinaus haben Mitglieder des Aufsichtsrats, die eine Vergütung für Aufsichtsratsmandate in Tochterunternehmen erhalten, für das Geschäftsjahr 2017 eine Gesamtvergütung einschließlich Sitzungsgelder von 15,5 T€ (Vorjahr: 14,3 T€) erhalten.

Die von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder haben im Geschäftsjahr 2017 eine arbeitsvertragliche Vergütung in Höhe von 627,7 T€ erhalten.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsratsstätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Zum 31. Dezember 2017 befinden sich keine von der Deutschen Postbank AG ausgegebenen Aktien im Besitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands in Höhe von 481,8 T€ (Vorjahr: 0 T€) und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 557,7 T€ (Vorjahr: 48,5 T€) gewährt.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und die Mitglieder des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Im Schadenfall ist eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstandsmitglieder vorgesehen.

(55) Andere Angaben

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Die Postbank hat eine Garantie gegenüber der BHW Bausparkasse AG, Luxemburg, in Höhe von 12 Mio € abgegeben, über die das First Loss Piece eines Retail-Kreditportfolios der BHW Niederlassung Luxemburg übernommen wird.

Wesentliche Beschränkungen des Transfers von Vermögenswerten innerhalb des Postbank Konzerns

Gesetzliche, regulatorische und vertragliche Regelungen können den Transfer von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten innerhalb eines Konzerns beschränken. Hiervon betroffen sind im Postbank Konzern Vermögenswerte in Höhe von 15.506 Mio € (Vorjahr: 18.177 Mio €), die zur Deckung von besicherten Emissionen (Pfandbriefen), und Vermögenswerte in Höhe von 2.596 Mio € (Vorjahr: 2.918 Mio €), die im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften als Sicherheiten verwendet werden, sowie Vermögenswerte in Höhe von 39 Mio € (Vorjahr: 38 Mio €), die als Abwicklungssicherheiten hinterlegt sind. Erstmals wurden Sicherheiten für das OTC-Derivate-Exposure in Höhe von 706 Mio € geleistet. Des Weiteren dienen Vermögenswerte in Höhe von 46 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €) zur Deckung von unwiderprüflichen Zahlungsverpflichtungen.

Darüber hinaus existieren bei einzelnen Gesellschaften des Konzerns gesetzliche Beschränkungen bezüglich der Gewinnausschüttung, insbesondere gemäß § 268 Abs. 8 HGB, § 253 Abs. 6 HGB und bezüglich des Mindestkapitals. Diese Beschränkungen sind aus Konzernsicht von untergeordneter Bedeutung.

**(56) Namen und Mandate der Organmitglieder
Vorstand****Mitglieder des Vorstands sind:**

Frank Strauß, Bad Nauheim (Vorsitzender)	
Marc Heß, Bonn	
Susanne Klöß-Braekler, München	
Philip Laucks, Goldbach	seit 1. Juni 2017
Dr. Ralph Müller, Bonn	
Zvezdana Seeger, Berlin	seit 1. Januar 2018
Ralf Stemmer, Königswinter	bis 31. Mai 2017
Hanns-Peter Storr, Bonn	
Lars Stoy, Bonn	seit 1. Juni 2017

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

**Frank Strauß
Vorsitzender des Vorstands**

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. August 2017)	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. August 2017)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. August 2017)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln

Marc Heß

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln

Susanne Klöß-Braekler

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzende des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Vorsitzende des Aufsichtsrats (seit 27. September 2017) Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Eurex Frankfurt AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Verwaltungsrats	Eurex Zürich AG, Zürich (Schweiz)

**Philip Laucks
Mitglied des Vorstands seit 1. Juni 2017**

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Kreditservice GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (vom 1. Juli 2017 bis 30. November 2017)	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 8. August 2017)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Oktober 2017)	Postbank Service GmbH, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2017)	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats (seit 1. Juni 2017)	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Dr. Ralph Müller

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 5. April 2017)	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

**Zvezdana Seeger
Mitglied des Vorstands seit 1. Januar 2018**

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzende des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Vorsitzende des Aufsichtsrats	BHW Kreditservice GmbH, Hameln
Vorsitzende des Aufsichtsrats	Postbank Service GmbH, Essen
Vorsitzende des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln

Ralf Stemmer

Mitglied des Vorstands bis 31. Mai 2017

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 31. Mai 2017)	PB International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 29. Mai 2017)	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2017)	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	BHW Bausparkasse Aktien- gesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 31. Mai 2017)	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Hanns-Peter Storr

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktien- gesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 31. August 2017)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn

Lars Stoy

Mitglied des Vorstands seit 1. Juni 2017

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 13. September 2017) Mitglied des Aufsichtsrats (seit 3. August 2017)	BHW Bausparkasse Aktien- gesellschaft, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. September 2017) Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juni 2017)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Kreditservice GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 9. Oktober 2017)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Werner Steinmüller (Vorsitzender) Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Dreieich-Buchsschlag
Prof. Dr. Edgar Ernst Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e.V., Bonn
Stefanie Heberling Marktgebietsleiterin Privatkunden Ruhrgebiet Mitte Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Wuppertal
Dr. Tessen von Heydebreck Vorsitzender des Kuratoriums der Deutsche Bank Stiftung, Berlin
Prof. Dr. Katja Langenbucher-Adolff Professorin für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht und Bankrecht Goethe-Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
Karen Meyer Global Chief Operating Officer, HR, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Christiana Riley CFO Corporate & Investment Banking Deutsche Bank AG, Bad Homburg v. d. Höhe
Karl von Rohr Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Oberursel
Christian Sewing Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Osnabrück
Michael Spiegel Head of Cash Management and Head of GTB Germany, Deutsche Bank AG, Bad Homburg v. d. Höhe

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske (Stv. Vorsitzender) Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin	
Susanne Bleidt Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG, Bell	
Frank Fuß Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Elsdorf	seit 22. März 2017
Timo Heider Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft und Postbank Finanzberatung AG, Emmerthal	
Jens Isselmann Leitender Angestellter Deutsche Postbank AG, Bornheim	
Hans-Jürgen Kummert Beamter, Köln	bis 22. März 2017
Bernd Rose Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG und Postbank Filial GmbH, Menden (Sauerland)	
Martina Scholze Gewerkschaftssekretärin, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), München	
Eric Stadler Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG, Markt Schwaben	
Gerd Tausendfreund Gewerkschaftssekretär, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl	bis 28. Februar 2017
Anna Lisa Trompa Vorsitzende Konzern-Jugend- und Auszubildendenvertretung, Deutsche Postbank AG, Lehrte	seit 22. März 2017

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner:

Prof. Dr. Edgar Ernst

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 7. September 2017) Mitglied des Aufsichtsrats (bis 6. September 2017)	VONOVIA SE, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	DMG SEIKI AG, Bielefeld
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Februar 2017)	METRO AG, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	TUI AG, Hannover

Dr. Tessen von Heydebreck

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Beirats	IFA Rotorion Holding GmbH, Haldensleben
Mitglied des Stiftungsrats (bis 31. Dezember 2017)	Dussmann Stiftung & Co. KGaA, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. März 2017)	Vattenfall GmbH, Berlin

Karen Meyer

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Beirats	Deutsche Bank HR Solutions GmbH, Frankfurt am Main

Karl von Rohr

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin

Christian Sewing

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer:

Frank Bsirske

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	innogy SE, Essen
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	RWE AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2017)	IBM Central Holding GmbH, Ehningen
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Susanne Bleidt

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied der Mitglieder-versammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

Timo Heider

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main

Bernd Rose

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	ver.di Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Martina Scholze

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzende des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Juli 2017)	ERGO Group AG, Düsseldorf

Gerd Tausendfreund

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Renate Treis**Mitglied des Aufsichtsrats bis 28. Februar 2017**

Funktion	Gesellschaft
1. Ersatzmitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

(57) Honorar des Abschlussprüfers gemäß §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB

	2017 Mio €	2016 Mio €
Abschlussprüfungen	5,3	4,7
Andere Bestätigungsleistungen	1,2	2,7
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,1
Sonstige Leistungen, die für das Mutterunternehmen oder Tochterunternehmen erbracht worden sind	0,6	2,5
Gesamt	7,2	10,0

Die Honorare werden im Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den Anforderungen des IDW RS HFA 36 „Anhangangaben nach §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB über das Abschlussprüferhonorar“ ohne Umsatzsteuer angegeben.

Die Abschlussprüfungs- und die Prüfungsleistungen beinhalten die Honorare für die Konzernabschlussprüfung, die Prüfung der Einzelabschlüsse der Deutschen Postbank AG und ihrer Tochterunternehmen, die Prüfung des Konzernberichtspakets zum 31. Dezember 2017 sowie die prüferische Durchsicht des Halbjahresfinanzberichts. Die Honorare für andere Bestätigungsleistungen umfassen im Wesentlichen die prüferische Durchsicht der Konzernberichtspakete sowie gesetzlich vorgeschriebene, vertraglich vereinbarte oder freiwillig beauftragte Bestätigungsleistungen. Die Honorare für sonstige Leistungen umfassen überwiegend die Honorare für projektbezogene Beratungsleistungen.

(58) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB

Die folgenden vollkonsolidierten Tochterunternehmen nehmen für das Geschäftsjahr 2017 die Erleichterungen des § 264 Abs. 3 HGB in Anspruch:

- PB Firmenkunden AG
- Postbank Beteiligungen GmbH
- Postbank Filialvertrieb AG
- Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH
- Postbank Systems AG

(59) Angaben gemäß § 313 Abs. 2 HGB

Anteilsbesitzliste

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis ¹ T€
a) Verbundene Unternehmen			
In den Konzernabschluss einbezogen			
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	197.860	7.025
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	100,0	952.432	37.159
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0	918.946	0 ³
BHW Holding AG, Hameln	100,0	727.503	0 ³
BHW Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	6.980	4.110
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	3.000	380
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0		4
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0		5
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0		6
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	14	-19 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	88	-21 ⁵
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	17	-17 ⁶
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	4.620	12
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	58	1
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ³
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ³
PB International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	57.735	2.346
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn	100,0	3.967.186	168.024 ²
Teilgesellschaftsvermögen PB 02	100,0	512.225	20.713
Teilgesellschaftsvermögen PB 08	100,0	855.263	25.039
Teilgesellschaftsvermögen PB 09	100,0	580.883	26.415
Teilgesellschaftsvermögen PB 11	100,0	684.254	30.056
Teilgesellschaftsvermögen PB 13	100,0	367.120	15.534
Teilgesellschaftsvermögen PB 14	100,0	366.878	16.965
Teilgesellschaftsvermögen PB 21	100,0	226.676	11.299
Teilgesellschaftsvermögen PB 26	100,0	310.220	17.647
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	310.970	0 ³
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	19.004	3.145
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	31.135	0 ³
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0	67.285	2.070
Postbank Immobilien GmbH, Hameln	100,0	2.908	0 ³
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ³
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn	90,0	23.098	532
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ³
Postbank Service GmbH, Essen	100,0	5.010	4.885
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	60.170	-2 ³
VÖB-ZVD Processing GmbH, Bonn	75,0	22.699	7.522 ⁷

Fußnoten siehe Seite 151

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahres- ergebnis ¹ T€
a) Verbundene Unternehmen			
Nicht in den Konzernabschluss einbezogen²			
CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ³
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & Co. KG in Insolvenz, Hamburg	65,2	-10.390	-6.745
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	74,9	0	-20
Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln	100,0	1.020	16
SAB Real Estate Verwaltungs GmbH, Hameln	100,0	37	4
b) Andere Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden			
Nicht in den Konzernabschluss einbezogen⁴			
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	30,6	0	-8
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	41,2	0	-20
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	13
MT „CAPE BEALE“ Tankschiffahrts GmbH & Co. KG, Hamburg	27,5	29	-883
MT „KING DANIEL“ Tankschiffahrts GmbH & Co. KG, Hamburg	25,7	1.772	-3.396
MT „KING DOUGLAS“ Tankschiffahrts GmbH & Co. KG, Hamburg	25,7	9.420	-2.902
SRC Security Research & Consulting GmbH, Bonn	22,5	4.971	942
Starpool Finanz GmbH, Berlin	49,9	407	68
c) Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet			
BSQ Bauspar AG, Nürnberg	14,1	29.044	-163
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung, Leezen	11,0	48.990	3.379

¹Die Angaben zu Eigenkapital und Jahresergebnis basieren auf den jeweils zuletzt festgestellten Jahresabschlüssen der Gesellschaften.

²In der Gesellschaft sind zusätzlich die Anteile des Teilgesellschaftsvermögens PB 25 enthalten, die nicht von einer Gesellschaft des Postbank Konzerns gehalten werden.

³Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag im Konzern Deutsche Postbank

⁴Die Angaben basieren auf dem konsolidierten Jahresabschluss der Deutsche Postbank Funding Trust I. Dieser umfasst sowohl die Deutsche Postbank Funding Trust I als auch die Deutsche Postbank Funding LLC I.

⁵Die Angaben basieren auf dem konsolidierten Jahresabschluss der Deutsche Postbank Funding Trust II. Dieser umfasst sowohl die Deutsche Postbank Funding Trust II als auch die Deutsche Postbank Funding LLC II.

⁶Die Angaben basieren auf dem konsolidierten Jahresabschluss der Deutsche Postbank Funding Trust III. Dieser umfasst sowohl die Deutsche Postbank Funding Trust III als auch die Deutsche Postbank Funding LLC III.

⁷Ein Geschäftsanteil von 25 % des Stammkapitals wird treuhänderisch vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. (VÖB) für die Deutsche Postbank AG gehalten.

⁸Auf die Einbeziehung von diesen Unternehmen wurde verzichtet, da diese weder strategisch noch quantitativ wesentlich sind und somit für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

(60) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Seit dem 14. Januar 2016 ist die Deutsche Postbank AG nicht mehr börsennotiert. Seitdem unterliegen Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG nicht mehr der Pflicht zur Abgabe einer sogenannten Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG. Die zuletzt von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebene Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2015 und die darin enthaltenen Begründungen haben keine Gültigkeit mehr. Die Postbank hat sich auch nicht anderweitig verpflichtet, den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex zu entsprechen.

VERSICHERUNG DES VORSTANDS

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, den 21. Februar 2018

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß

Susanne Klöß-Braekler



Philip Laucks



Dr. Ralph Müller



Zvezdana Seeger



Hanns-Peter Storr



Lars Stoy

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Deutsche Postbank AG, Bonn

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Deutsche Postbank AG, Bonn, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017, der Konzerngesamtergebnisrechnung, der Konzerngewinn- und Verlustrechnung, der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Konzernanhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprü-

fungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

1. Verbindlichkeiten aus Zinsbonusverpflichtungen

2. Rückstellungen für Prozesse und Regresse

3. Rückstellungen für Restrukturierung

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Verbindlichkeiten aus Zinsbonusverpflichtungen

1. Im Konzernabschluss der Deutsche Postbank AG werden unter dem Bilanzposten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ zum 31. Dezember 2017 Verbindlichkeiten für zu vergütende Zinsboni für Bauspareinlagen in Höhe von € 957 Mio ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten aus zu vergütenden Zinsboni fallen bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel durch den Kunden an. Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt auf Basis eines von der Konzerngesellschaft entwickelten Bewertungsmodells, welches für jeden einzelnen Kunden eine Einschätzung trifft, ob der Verzicht auf die Inanspruchnahme des Bauspardarlehens und damit die Erstattung der Abschlussgebühr sowie die Vergütung von Zinsboni aus Kundensicht im Vergleich zu einer alternativen Finanzierung wirtschaftlich vorteilhaft und daher wahrscheinlich ist. Den voraussichtlichen Auszahlungszeitpunkt ermittelt die Konzerngesellschaft auf Basis von Erfahrungswerten aus dem Bausparkollektiv. Die Auswahl des Bewertungsmodells sowie dessen Parametrisierung basieren auf Annahmen und Ermessensentscheidungen der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Die wesentlichen Annahmen betreffen den Vergleichszinssatz, die für den Kunden geschätzte Wahrscheinlichkeit für die Inanspruchnahme von Zinsbonus und Abschlussgebührenerstattung sowie die Ablauffiktion der Zahlungen. Da die Höhe der Verbindlichkeiten vor diesem Hintergrund in hohem Maße von den Einschätzungen und

Annahmen der gesetzlichen Vertreter abhängt und damit mit entsprechenden Schätzunsicherheiten behaftet ist, war dieser Sachverhalt in unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir durch Befragungen und Einsichtnahme in die zugrunde liegenden Unterlagen der Konzerngesellschaft ein Verständnis über die Ausgestaltung des Prozesses zur Ermittlung der Verbindlichkeiten, das Bewertungsmodell und die in die Bewertung eingeflossenen Annahmen erlangt. Wir haben insbesondere gewürdigt, inwieweit das angewandte Bewertungsmodell zur Ermittlung der Verbindlichkeiten geeignet ist und die von den gesetzlichen Vertretern getroffenen wesentlichen Annahmen sachgerecht und schlüssig sind. Weiterhin haben wir die Angemessenheit und Funktionsfähigkeit der Kontrollen zur Sicherstellung der Vollständigkeit und Richtigkeit der in die Berechnung einfließenden Daten beurteilt sowie die Ermittlung rechnerisch nachvollzogen. Für die Prüfung der von der Konzerngesellschaft angesetzten Wahrscheinlichkeiten für die Inanspruchnahme von Zinsboni und Abschlussgebührenerstattung sowie der Ablauffiktion haben wir vor allem den von der Konzerngesellschaft durchgeführten Vergleich der für vorhergehende Geschäftsjahre vorgenommenen Schätzungen mit den späteren tatsächlichen Ergebnissen (Backtesting) gewürdigt und die Ergebnisse daraufhin analysiert, ob sie das angewandte Bewertungsmodell bestätigen. Die Angemessenheit des von der Konzerngesellschaft verwendeten Vergleichzinssatzes haben wir durch den Vergleich mit Marktdaten und anderen öffentlich verfügbaren Informationen beurteilt. Durch den Vergleich der angesetzten Ablauffiktion mit Datenauswertungen aus der Bausparkollektivsimulation haben wir die Angemessenheit des in der Bewertung berücksichtigten Zahlungsabflusses nachvollzogen.

Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Annahmen und Ermessensentscheidungen unter Berücksichtigung der verfügbaren Informationen aus unserer Sicht insgesamt geeignet sind, um die Bewertung der Verbindlichkeiten für zu vergütende Zinsboni sachgerecht vorzunehmen.

3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Verbindlichkeiten sind im Konzernanhang, Note (4) „Bilanzierung und Bewertung“, (I) „Verbindlichkeiten“ und Note (29) „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ enthalten.

2. Rückstellungen für Prozesse und Regresse

1. Im Konzernabschluss der Deutsche Postbank AG zum 31. Dezember 2017 sind im Bilanzposten „Sonstige Rückstellungen“ Rückstellungen für Prozesse und Regresse in Höhe von € 117 Mio enthalten.

Die Rückstellungen bestehen im Wesentlichen für Risiken im Zusammenhang mit widerruflichen Darlehensverträgen sowie für Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung. Weiterhin bestehen Rückstellungen für eine Vielzahl von sonstigen gerichtlich geltend gemachten Kundenansprüchen. Die Risikobeurteilung zum Verlauf von Rechtsstreitigkeiten sowie die Einschätzung, ob und in welcher Höhe die Bildung einer Rückstellung dafür erforderlich ist, wird in hohem Maße durch die Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter geprägt. Vor diesem Hintergrund war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir den im Konzern eingerichteten Prozess einschließlich der relevanten Kontrollen zur Erfassung von Rechtsrisiken, zur Einschätzung hinsichtlich eines Verfahrensausgangs und zur bilanziellen Darstellung der Prozesse und Regresse beurteilt. Diese Beurteilung umfasste auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit den zwei wesentlichen, oben genannten Rechtsrisiken des Konzerns. Mit der Kenntnis, dass bei geschätzten Werten ein erhöhtes Fehlerrisiko in der Rechnungslegung besteht und die Ansatz- und Bewertungsentscheidungen der gesetzlichen Vertreter eine direkte Auswirkung auf das Konzernergebnis haben, haben wir den Ansatz und die Angemessenheit der Wertansätze für die beiden wesentlichen Rechtsrisiken unter anderem unter Berücksichtigung der Erfahrungswerte aus der Vergangenheit zum Verlauf und Ausgang der Streitigkeiten sowie den Nachvollzug der stetig angewendeten Berechnungsmethodik gewürdigt. Ergänzend haben wir – bezogen auf die gesamten Rechtsstreitigkeiten – regelmäßig Gespräche mit den gesetzlichen Vertretern und dem Bereich Recht der Deutsche Postbank AG für die Konzerngesellschaften zur Erläuterung der aktuellen Entwicklungen und der Gründe für die getroffenen Einschätzungen eines Verfahrensausgangs geführt. Weiterhin haben wir zum Bilanzstichtag externe Rechtsanwaltsbestätigungen eingeholt.

Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und Annahmen begründet und hinreichend dokumentiert sind, um den Ansatz und die Bewertung der Rückstellungen für Prozesse und Regresse zu rechtfertigen.

3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Rückstellungen sind im Konzernanhang, Note (4) „Bilanzierung und Bewertung“, (n) „Rückstellungen“ und Note (34) „Sonstige Rückstellungen“ enthalten.

3. Rückstellungen für Restrukturierung

1. Im Konzernabschluss der Deutsche Postbank AG zum 31. Dezember 2017 sind im Bilanzposten „Sonstige Rückstellungen“ personalbezogene Rückstellungen in Höhe von € 422 Mio enthalten.

Diese Rückstellungen enthalten vor allem Verpflichtungen für ein freiwilliges Vorruhestands- und Abfindungsprogramm der Konzerngesellschaften im Zusammenhang mit der geplanten Zusammenführung der Deutsche Postbank AG mit der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG sowie weitere Verpflichtungen im Rahmen der Neuorganisation des Vertriebs. Die Höhe der Rückstellungen für die geplanten Angebote und Maßnahmen hängt in hohem Maße von den Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter ab. Vor diesem Hintergrund und der wesentlichen Bedeutung für die Ertragslage des Konzerns war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst beurteilt, ob die Ansatzkriterien für die Restrukturierungsrückstellungen erfüllt sind. Anschließend haben wir mit der Kenntnis, dass bei geschätzten Werten ein erhöhtes Fehlerrisiko in der Rechnungslegung besteht und die Bewertungsentscheidungen der gesetzlichen Vertreter eine direkte Auswirkung auf das Konzernergebnis haben, die Angemessenheit der Höhe der Rückstellungen vor allem durch die Einsichtnahme in die der Ermittlung zugrunde liegenden Unterlagen der

Konzerngesellschaften und durch Nachvollzug der Berechnungen gewürdigt. Sofern bei der Ermittlung der Höhe der Restrukturierungsrückstellung auf Erfahrungswerte aus vorherigen Restrukturierungsmaßnahmen zurückgegriffen wurde, haben wir die sachgerechte Verwendung der Vergangenheitswerte prüferisch nachvollzogen. Ergänzend haben wir Gespräche mit den gesetzlichen Vertretern und den verantwortlichen Bereichen der Konzerngesellschaften zur Erläuterung der Annahmen, aus denen die jeweiligen Einschätzungen resultieren, sowie zur Einschätzung der Inanspruchnahme des freiwilligen Vorruhestands- und Abfindungsprogramms geführt.

Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und Annahmen begründet und hinreichend dokumentiert sind, um den Ansatz und die Bewertung der personalbezogenen Rückstellungen zu rechtfertigen.

3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Rückstellungen sind im Konzernanhang, Note (4) „Bilanzierung und Bewertung“, (n) „Rückstellungen“ und Note (34) „Sonstige Rückstellungen“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses, des geprüften Konzernlageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsabschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum Konzernlagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des

Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise,

die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im

Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 22. März 2017 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 2. Juni 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1999 als Konzernabschlussprüfer der Deutsche Postbank AG, Bonn, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Christian F. Rabeling.

Düsseldorf, den 22. Februar 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes
Wirtschaftsprüfer

Christian F. Rabeling
Wirtschaftsprüfer

KONZERNABSCHLUSS: QUARTALS- UND MEHRJAHRESÜBERSICHTEN

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT¹

	2017				2016 ¹				2017	2016 ¹
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.– Dez. Mio €	Jan.– Dez. Mio €
Zinserträge	884	872	897	902	976	957	1.006	993	3.555	3.932
Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten	11	5	11	11	8	8	7	6	38	29
Zinsaufwendungen	-351	-354	-369	-386	-434	-408	-455	-436	-1.460	-1.733
Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte	-14	-15	-18	-20	-16	-15	-13	-10	-67	-54
Zinsüberschuss	530	508	521	507	534	542	545	553	2.066	2.174
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-50	-37	21	-33	-63	-45	-35	-41	-99	-184
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	480	471	542	474	471	497	510	512	1.967	1.990
Provisionserträge	278	290	288	304	286	261	264	280	1.160	1.091
Provisionsaufwendungen	-63	-52	-53	-56	-62	-65	-63	-66	-224	-256
Provisionsüberschuss	215	238	235	248	224	196	201	214	936	835
Handelsergebnis	28	32	41	11	30	11	0	9	112	50
Ergebnis aus Finanzanlagen	3	19	19	39	66	18	130	44	80	258
Verwaltungsaufwand	-1.028	-664	-664	-674	-751	-684	-711	-707	-3.030	-2.853
Sonstige Erträge	133	37	30	27	69	20	23	29	227	141
Sonstige Aufwendungen	-16	-13	-14	-1	-15	-12	-63	-27	-44	-117
Ergebnis vor Steuern	-185	120	189	124	94	46	90	74	248	304
Ertragsteuern	-10	27	-9	-6	44	-9	-16	-9	2	10
Ergebnis nach Steuern	-195	147	180	118	138	37	74	65	250	314
Ergebnis Konzernfremde	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Konzerngewinn	-195	147	180	118	138	37	74	65	250	314
Unverwässertes/ verwässertes Ergebnis je Aktie in € ¹	-0,89	0,67	0,82	0,54	0,63	0,17	0,34	0,30	1,14	1,44

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

ZUSAMMENGEFASSTE GESAMTERGEBNISRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT

	2017				2016 ¹				2017	2016 ¹
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.– Dez. Mio €	Jan.– Dez. Mio €
Ergebnis nach Steuern ¹	-194	146	181	117	138	37	74	65	250	314
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	3	-59	40	-121	-125	-24	-79	70	-137	-158
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden, vor Steuern	-2	-75	50	-66	-39	-93	-60	-33	-93	-225
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	-2	-75	50	-66	-39	-93	-60	-33	-93	-225
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	6	4	-3	4	19	4	2	10	11	35
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden, vor Steuern	0	11	-7	-59	-106	65	-21	93	-55	31
Veränderung der Neubewertungsrücklage	0	11	-7	-59	-106	65	-21	93	-55	31
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	-24	1	-22	-48	-121	32	61	91	-93	63
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	24	10	15	-11	15	33	-82	2	38	-32
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	-1	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Gesamtergebnis¹	-191	87	221	-4	13	13	-5	135	113	156

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – MEHRJAHRESÜBERSICHT

	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 ¹ Mio €	2016 ¹ Mio €	2017 Mio €
Zinserträge	5.158	4.734	4.180	3.961	3.593
Zinsaufwendungen	-2.695	-2.249	-1.942	-1.787	-1.527
Zinsüberschuss	2.463	2.485	2.238	2.174	2.066
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-319	-265	-209	-184	-99
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	2.144	2.220	2.029	1.990	1.967
Provisionserträge	1.376	1.210	1.074	1.091	1.160
Provisionsaufwendungen	-256	-259	-252	-256	-224
Provisionsüberschuss	1.120	951	822	835	936
Handelsergebnis	-53	-6	56	50	112
Ergebnis aus Finanzanlagen	274	415	27	258	80
Verwaltungsaufwand	-3.177	-2.754	-2.593	-2.853	-3.030
Sonstige Erträge	129	364	889	141	227
Sonstige Aufwendungen	-119	-758	-646	-117	-44
Ergebnis vor Steuern	318	432	584	304	248
Ertragsteuern	13	-172	27	10	2
Ergebnis nach Steuern	331	260	611	314	250
Ergebnis Konzernfremde	-1	-1	-1	-	-
Konzerngewinn	330	259	610	314	250
Cost Income Ratio (CIR)	83,8 %	83,4 %	80,3 %	85,9 %	89,9 %
Eigenkapital-Rendite (RoE)					
vor Steuern	5,5 %	6,9 %	8,8 %	4,3 %	3,4 %
nach Steuern	5,7 %	4,2 %	9,2 %	4,4 %	3,4 %

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

BILANZ – MEHRJAHRESÜBERSICHT

Aktiva	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €	31.12.2016 ¹ Mio €	31.12.2017 Mio €
Barreserve	1.739	1.230	1.357	2.291	2.020
Forderungen an Kreditinstitute	20.096	19.602	15.876	13.108	10.821
Forderungen an Kunden	101.313	98.340	98.933	101.996	106.997
Risikovorsorge	-1.478	-1.361	-923	-998	-997
Handelsaktiva	1.824	697	647	475	310
Hedging-Derivate	113	119	78	112	47
Finanzanlagen	34.015	33.477	30.768	26.767	22.605
Immaterielle Vermögenswerte	2.028	1.952	1.902	1.963	2.038
Sachanlagen	698	683	678	699	715
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	115	148	101	144	74
Latente Ertragsteueransprüche	101	73	77	198	229
Sonstige Aktiva	717	283	514	388	477
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	157	-	489	47	9
Summe der Aktiva	161.438	155.243	150.497	147.190	145.345

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Passiva	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €	31.12.2016 ¹ Mio €	31.12.2017 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	18.282	17.425	15.341	13.133	12.065
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	121.450	120.493	119.150	118.918	118.699
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.342	4.571	3.446	3.339	3.215
Handelsspassiva	1.681	767	665	409	217
Hedging-Derivate	460	298	208	42	27
Rückstellungen	688	854	703	907	1.138
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	93	155	56	254	328
b) Sonstige Rückstellungen	595	699	647	653	810
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	80	104	110	98	39
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	70	41	9	17	22
Sonstige Passiva	833	526	466	541	740
Nachrangkapital	4.358	3.699	3.239	2.567	2.068
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	168	–	–	–	–
Eigenkapital	6.026	6.465	7.160	7.219	7.115
a) Gezeichnetes Kapital	547	547	547	547	547
b) Kapitalrücklage	2.010	2.010	2.010	2.191	2.191
c) Andere Rücklagen	3.134	3.644	3.987	4.167	4.127
d) Konzerngewinn	330	259	610	314	250
Anteile in Fremdbesitz	5	5	6	–	–
Summe der Passiva	161.438	155.243	150.497	147.190	145.345

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG – MEHRJAHRESÜBERSICHT

	Privatkunden					Geschäfts- und Firmenkunden					Financial Markets				
	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2016 ¹ Mio €	2017 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2016 ¹ Mio €	2017 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2016 ¹ Mio €	2017 Mio €
Zinsüberschuss	2.485	2.591	2.303	2.145	2.023	302	277	358	344	364	115	47	5	-319	-322
Handelsergebnis	17	-10	22	12	56	-2	1	1	7	-1	-52	3	33	31	57
Finanzanlageergebnis	0	0	0	90	1	0	-10	-2	0	0	22	50	29	154	66
Provisionsüberschuss	908	877	731	652	742	90	83	126	122	133	-14	-15	-21	-23	-23
Gesamterträge	3.410	3.458	3.056	2.899	2.822	390	351	483	473	496	71	85	46	-157	-222
Verwaltungsaufwand	-1.980	-1.707	-1.434	-1.311	-1.276	-95	-79	-91	-110	-110	-63	-51	-44	-11	-9
Risikovorsorge	-210	-221	-172	-143	-134	-38	-37	-36	-41	35	-2	1	1	0	0
Sonstige Erträge	31	4	49	20	24	9	16	2	2	1	19	1	1	0	0
Sonstige Aufwendungen	-31	-222	-146	-87	-11	0	-1	-1	0	-6	0	-3	0	-1	0
Verrechnungen	-516	-783	-832	-992	-1.186	-92	-99	-149	-116	-107	-33	-38	-42	-135	-126
Ergebnis vor Steuern	704	529	521	386	239	174	151	208	208	309	-8	-5	-38	-304	-357
Cost Income Ratio (CIR)	75,1 %	79,8 %	79,7 %	82,9 %	87,8 %	49,8 %	51,2 %	53,2 %	50,8 %	48,7 %	107,5 %	107,3 %	178,9 %	-30,1 %	-53,9 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE)	28,3 %	19,9 %	17,2 %	11,7 %	7,1 %	27,1 %	25,2 %	42,3 %	26,9 %	36,5 %	-0,7 %	-0,5 %	-2,6 %	-10,1 %	-11,5 %

¹Angaben angepasst (siehe Note 39)

	NCOU			Cost Center					Konzern				
	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2016 ¹ Mio €	2017 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2016 ¹ Mio €	2017 Mio €
Zinsüberschuss	-416	-430	-369	-23	0	-59	4	1	2.463	2.485	2.238	2.174	2.066
Handelsergebnis	-15	0	0	-1	0	0	0	0	-53	-6	56	50	112
Finanzanlageergebnis	-60	-10	13	312	385	-13	14	13	274	415	27	258	80
Provisionsüberschuss	18	6	6	118	0	-20	84	84	1.120	951	822	835	936
Gesamterträge	-473	-434	-350	406	385	-92	102	98	3.804	3.845	3.143	3.317	3.194
Verwaltungsaufwand	-27	-25	-13	-1.012	-892	-1.011	-1.421	-1.635	-3.177	-2.754	-2.593	-2.853	-3.030
Risikovorsorge	-69	-8	-2	0	0	0	0	0	-319	-265	-209	-184	-99
Sonstige Erträge	1	3	4	69	340	833	119	202	129	364	889	141	227
Sonstige Aufwendungen	-32	-100	-16	-56	-432	-483	-29	-27	-119	-758	-646	-117	-44
Verrechnungen	-53	-40	-38	694	960	1.061	1.243	1.419	0	0	0	0	0
Ergebnis vor Steuern	-653	-604	-415	101	361	308	14	57	318	432	584	304	248
Cost Income Ratio (CIR)	-23,7 %	38,4 %	-19,8 %	-	-	-	-	-	83,8 %	83,5 %	80,3 %	85,9 %	89,9 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE)	-44,3 %	-31,7 %	-25,7 %	-	-	-	-	-	5,5 %	6,9 %	8,8 %	4,3 %	3,4 %

¹Angaben angepasst (siehe Note 39)

ADRESSEN

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 0
Telefax: 0228 920 35151
Internet: www.postbank.de
E-Mail: direkt@postbank.de

Deutsche Postbank AG
Zweigniederlassung Luxemburg
PB Finance Center
Parc d'Activité Syrdall 2
18–20, rue Gabriel Lippmann
L-5365 Munsbach
Postanschrift:
L-2633 Luxemburg
Telefon: +352 34 95 31 1
Telefax: +352 34 95 32 550
E-Mail: deutsche.postbank@postbank.lu

Tochtergesellschaften (Auswahl)

Betriebs-Center für Banken AG
Eckenheimer Landstraße 242
60320 Frankfurt am Main
Postfach
60290 Frankfurt am Main
Telefon: 069 6 89 76 0
Telefax: 069 6 89 76 5099
E-Mail: bcb.direkt@bcb-ag.de

BHW Bausparkasse AG
Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach
31781 Hameln
Telefon: 05151 18 6700
Telefax: 05151 18 3001
E-Mail: info@bhw.de

BHW Kreditservice GmbH
Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 10 02 16
Telefon: 05151 18 8000
Telefax: 05151 18 8999
E-Mail: info@bhw-kreditservice.de

PB Factoring GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 5500 3311
Telefax: 0228 5500 3339
E-Mail: factoring@postbank.de

PB Firmenkunden AG
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 5500 3300
Telefax: 0228 5500 3399
E-Mail: firmenkunden@postbank.de

Postbank Direkt GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Telefon: 0228 920 0
Telefax: 0228 920 35151
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Filialvertrieb AG
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 0
Telefax: 0228 920 35151
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Finanzberatung AG
Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Telefon: 0228 5500 1555
Telefax: 05151 18 3001
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Immobilien GmbH
Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 10 13 42
31763 Hameln
Telefon: 0228 5500 1155
Telefax: 05151 18 5101
E-Mail: immobilien@postbank.de

Postbank Leasing GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 5500 3322
Telefax: 0228 5500 3323
E-Mail: leasing@postbank.de

Postbank Service GmbH
Kruppstraße 2
45128 Essen
Postfach
45125 Essen
Telefon: 0201 819 8001
Telefax: 0201 819 8009
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Systems AG
Baunscheidtstraße 8
53113 Bonn
Postfach 26 01 46
53153 Bonn
Telefon: 0228 920 0
Telefax: 0228 920 63010
E-Mail: postbank.systems@postbank.de

VÖB-ZVD Processing GmbH
Alemannenstraße 1
53175 Bonn
Postfach 26 01 32
53153 Bonn
Telefon: 0228 9377 0
Telefax: 0228 9377 599
E-Mail: zvd@voeb-zvd.de

Impressum

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 0

Investor Relations

E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Konzept, Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion

Postbank
Investor Relations

Dieser Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Geschäftsberichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

